REKONSTRUIERTE TEXTAUSGABE

analyse & kritik

Nr. 324 · 12.11.1990

Diese Ausgabe ist kein Scan des gedruckten Heftes. Sie rekonstruiert die Ausgabe aus den born-digital HTML-Dateien der CD-ROM akArchiv.5. Titel, Rubriken, Autorinnen- und Autorenangaben sowie Volltexte wurden aus der gesicherten CD-Quelle übernommen.

Umfang: 55 HTML-Quelldateien. Die ursprünglichen Dateinamen und CD-Quellpfade werden bei jedem Eintrag ausgewiesen. Vorhandene oder künftig aufgefundene Faksimile-Scans bleiben eigenständige Primärdigitalisate.

Quelle: akArchiv.5, lokale verifizierte CD-Sicherung · Fassung 9. August 2026

Inhalt

1. 10 Jahre nach Tito"s Tod Jugoslawien bricht auseinander
2. Die Linke vor der Wahl: PDS/Linke Liste: Was sonst?
3. Ein Mensch, eine Stimme! Zum Urteil gegen das Ausländerwahlrecht
4. Krieg bis Ende Januar verschoben?
5. Leipzig: Polizei erschießt Hooligan
6. Regierung der Ukraine zurückgetreten
7. Reichstagswahlen: Ohne uns!
8. Wahlen in Euskadi: Es bleibt wie es war
9. Landtagswahlen in der DDR
10. Dokumentation: "Stille Post" Hausmitteilung der WoZ vom 12. Oktober 1990
11. Ölkrise und Rezession
12. "Bring the Troops Home Now!" - Patriotismus, Friedensbewegung und gesellschaftliche Polarisierung in den USA
13. Stop the war machine! No war for big oil!
14. Ein Land ohne Militär will Truppen an den Golf schicken
15. Bundeswehrverbände für unbefristete "Manöver" nach Kurdistan verlegt
16. "Stoppt den Krieg am Golf!" - "Kein Blut für Öl" Demonstration am 24.11. in Bonn
17. Aspekte des Golfkonflikts, von Thomas Mönkemeyer, ehemal. Mitarbeiter der PDS-Fraktion in der DDR-Volkskammer
18. Zur Geschichte der Ukraine
19. Ein Jahr Transformation in Osteuropa: Kleinkapitalismus
20. Sowjetunion: Krise und Zerfall unaufhaltsam
21. "Wir sind keine Brandstifter, aber auch keine Feuerwehrleute" - Interview mit Tomás Borge (FSLN-Nicaragua)
22. Palästina-Woche in Hamburg vom 26.11.-1.12.90
23. Hände weg von Kuba Die Revolution verteidigen - Jetzt erst recht
24. Schwarz-Rot-Gold in Wien
25. Landtagswahlen in Bayern "Republikaner" scheiterten an 5%-Hürde
26. Frauen gegen Nationalismus, Rassismus/Antisemitismus, Sexismus (Konferenzprogramm) 16.-18.11.90
27. Deserteure fordern Anerkennung Bundesvereinigung Opfer der Militärjustiz gegründet
28. SPD und U-Boot-Skandal: "Wir sind Reisende in einem fremden Land"
29. Hafenstrasse - Eine nicht ganz vollständige Chronologie
30. "Das Ende der Bescheidenheit" - Kommentar zur Hafenstraße
31. Wie löst mensch einen Geheimdienst auf? Interview mit Hans Schwenke / Komitee zur Auflösung des MfS
32. Ostkolonisation: Bundesdeutsche Beamte übernehmen DDR- Verwaltung
33. Sind Sie oder waren Sie Mitglied der kommunistischen Partei?
34. Der staatlichen Zerschlagungsstrategie begegnet die PDS mit politischer Selbstzerstörung
35. Offene Fragen zum PDS-"Finanzskandal"
36. PCI wird PDS - Godesberg all" italiana
37. Das Millionending als Krise
38. Links wählen ist eine Stimme gegen Großdeutschland
39. Außerparlamentarische Opposition gegen Deutschland - Konferenz am 30.11. - 2.12.
40. Motor, Bremse oder Mahnwache? - die Kommunistische Plattform der PDS debattiert ihre Rolle in der Partei
41. Vereinzelte Linke oder vereinigte linke Vielfalt? Überlegungen zum einjährigen Bestehen der VL
42. Nicht Feiern und nicht Vergessen - (Selbst-)kritische Überlegungen zur Demonstration am 3. November

43. Redebeiträge Demo 3.11.: K.H. Roth, Sussidrna, J.Weizenbaum, M.Baader Th.Kieseritzy, Dimitris Dessyla
44. Wie weiter mit "Nie wieder Deutschland"?
45. Die Berliner Demonstration aus kritischer Sicht (Demo 3.11.)
46. Althusser lesen! - Zum Tode des Philisophen, der niemals den Klassenkampf vergaß
47. Wider die tödliche Toleranz - Zwei aktuelle Bücher gegen die neue "Euthanasie"-Debatte
48. Die Kämpfer an der unsichtbaren Front Die Erfolge der Hauptverwaltung Aufklärung
49. KALENDER
50. Demokratie deutschen Blutes
51. LESERINNENBRIEFE
52. Diskussionsangebot der Kommunistischen Plattform der PDS an alle Kommunisten
53. Offener Brief an die Kommunistische Plattform
54. Keine Stimme für Deutschland!
55. Jugoslawien vor der Spaltung

1. 10 Jahre nach Tito"s Tod Jugoslawien bricht auseinander

10 Jahre nach Titos Tod

Rubrik: Jugoslawien / Ex-Jugoslawien · CD-Datei: daten/aksuche/ak324/20.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:324:20

Vor wenigen Tagen rief die jugoslawische Bundesregierung das Verfassungsgericht des Landes an: Es will die Republiken Slowenien, Kroatien und Serbien zwingen, die gegen das Bundesrecht verstoßenden Gesetze auszusetzen. Doch dieser Vorstoß zur Durchsetzung der Bundesmacht wird ebenso folgenlos bleiben wie die gewaltsame Besetzung der slowenischen Militärkommandantur durch Einheiten des Bundesheeres am 5.10. Die ökonomischen und politischen Entwicklungen und Interessen der einzelnen Republiken sind weit auseinandergedriftet, es gibt heute keine Kraft mehr, die den multinationalen Staat Jugoslawien zusammenhalten könnte. Der folgende Artikel will Verlauf und Hintergründe dieser Entwicklung nachzeichnen.

Die Abnabelung Sloveniens

Faktisch aufgehört zu bestehen hat die jugoslawische Föderation mit der Souveränitätserklärung Sloweniens im Juli dieses Jahres. Ausgetreten ist die Republik bislang nicht aus dem Bundesstaat, die Möglichkeit dazu wurde jedoch in der neuen Verfassung Ende 1989 verankert. Den Verbleib im jugoslawischen Verbund hat Slowenien, ähnlich wie Kroatien, von der Umwandlung der jugoslawischen Föderation in einen lockeren Staatenverbund (Konföderation) nach EG-Vorbild abhängig gemacht, in der die Republiken selbständig sind und nur über einen gemeinsamen Binnenmarkt, die Koordination der Außenwirtschaftsbeziehungen sowie der Verteidigung der Staatsgrenzen zusammengehalten werden. Die Bundesregierung in Belgrad soll nach dem Willen Sloweniens aufgelöst, das Bundesparlament nur noch beratende Funktion haben. Ljubljana stellt die Mitarbeit im Bundesparlament in Frage, "da dieses Organ sich in ein Werkzeug der serbischen Repressionspolitik im Kosovo und anderer politischer Absichten Serbiens verwandelt habe" (FAZ 25.9.)

Slowenien als industriell am stärksten entwickelte Republik erfuhr schon Mitte der 80er Jahre politisch ideologische Veränderungen, die sich zuspitzten an Widersprüchen innerhalb der KP über den wirtschaftlichen Kurs und die Rolle von politischem Pluralismus. Auf die Herausbildung eines "Alternativmilieus" mit Gruppen neuer sozialer Bewegungen, die sich der Parteikontrolle entzogen, folgte die Formierung einer national-konservativen Opposition mit der Forderung nach nationaler Souveränität. Kristallisationspunkt der Opposition wurde 1987 der sozialdemokratisch orientierte Flügel innerhalb der slowenischen KP.

Zu den Wahlen im Frühjahr trat die KP Sloweniens mit der Losung "Europa jetzt" an - der rote Stern im Parteiemblem wurde durch einen gelben Stern vor blauem Hintergrund ersetzt, programmatisches Vorbild wurde das Berliner Programm der bundesdeutschen Sozialdemokraten. Trotzdem verlor die KP ihre absolute Mehrheit an die Koalition DEMOS, die maßgeblich die neue Regierung bildet. Stärkste Fraktionen von DEMOS sind mit je ca. 14% die Christdemokraten sowie der Bauernbund. In grundsätzlichen Fragen wie dem Vorbehalt der Lostrennung sowie der marktwirtschaftlichen Umgestaltung gibt es keine Differenzen zwischen DEMOS und KP, letzterer wurde der Posten des Präsidenten der Republik zugestanden.

Slowenien ist das wirtschaftliche Herzstück Jugoslawiens und nicht zuletzt Aushängeschild für eine Zusammenarbeit mit der EG. Mit 8% der jugoslawischen Bevölkerung (2 Mio. Einwohnern) werden 20% des Volksvermögens und sogar ein Drittel des jugoslawischen Exports in Devisenländer produziert. Das wirtschaftliche Gefälle zwischen den Nordrepubliken Slowenien und Kroatien einerseits und den auf Dritte-Welt-Niveau abgesunkenen Republiken im Süden andererseits wirkt nach dem Zerfall des Bundes der Kommunisten (BdKJ) als Katalysator der Sezessionsbestrebungen. Nach der Devise "Rette sich wer kann" will Slowenien das im Land erwirtschaftete Sozialprodukt nicht länger mit dem verarmten Süden teilen. Von der bürgerlichen Koalition wurde im Wahlkampf damit geworben, Zahlungen an den Bundesetat von bisher 20 auf 8% herunterzusetzen, da die Republik sonst vom unterentwickelten Süden "ausgeplündert" würde. Serbien und die Bundesregierung haben aus eben diesem Grund Interesse, Slowenien verstärkter einzubinden. Ohne die slowenischen Zahlungen dürfte der Bundesregierung das Wasser bald politisch bis zum Halse stehen, bis vor kurzem kamen zusätzlich über den Fond für unterentwickelte Regionen aus dem Norden entscheidende Beiträge für die Aufrechterhaltung des Repressionsregimes im Kosovo.

Der Konflikt zwischen Serbien und Kroatien

Auch in Kroatien ist die KP von der politischen Bühne abgetreten, neben der schweren Wirtschaftskrise beschleunigten die Widersprüche im BdKJ ihren Machtverfall - bei der Wahl im Mai dieses Jahres erhielt sie gerade noch ein Viertel der Stimmen. Die nationalistische Politik Serbiens und seine Vormachtstellung in den Bundesinstitutionen stärkten den radikal rechten nationalistischen Flügel der Opposition, Sieger der Wahlen wurde die "Kroatische Demokratische Gemeinschaft" unter Franjo Tudjman.

Ca. 10% der Bevölkerung Kroatiens sind Serben. Laut kroatischer Verfassung besitzen sie als "Teil des Staatsvolkes" keine besonderen Rechte als Minderheit, dies betrifft u.a. den Gebrauch ihrer Sprache sowie des kyrillischen Alphabetes. Sie stellen aber andererseits 60% der Polizeikräfte und sind weit über ihren zahlenmäßigen Anteil in der Republik in deren Apparaten vertreten. Der Wahlsieg der Rechtsnationalisten gab dem serbischen Nationalismus in Kroatien Auftrieb, angestachelt von dem auf Gebietsabtretungen hoffenden Serbien. So erschien die Belgrader Zeitung "Politika" über Wochen mit Schlagzeilen wie "Es ist schwer, als Serbe in Kroatien zu leben." Seitdem läßt sich erahnen, was auf die endgültige Auflösung Jugoslawiens folgt.

Im wirtschaftlichen Problemgebiet Kroatiens, der von Serben bewohnten Enklave Knin, herrscht seit Wochen der Ausnahmezustand. Alle Nichtserben wurden von bewaffneten Aufständischen gezwungen, das Gebiet wieder zu verlassen, Überlandstraßen sind blockiert, Zugverbindungen sind in die Luft gesprengt. Anfang Oktober riefen die um Knin wohnenden Serben nach einem selbst organisierten "Referendum" die Unabhängigkeit der serbisch besiedelten Gebiete Kroatiens aus. Die kroatischen Sicherheitskräfte griffen zunächst nicht ein, da für diesen Fall mit Toten und einer Militärintervention der Bundesarmee gerechnet wurde.

Inzwischen wurden schwerbewaffnete Verbände kroatischer Sonderpolizei nach Knin geschickt, um die bei Überfällen auf Polizeistationen geraubten Waffen wieder einzusammeln. In anliegenden mehrheitlich kroatisch bewohnten Gemeinden wurden an Mitglieder der Bürgerwehren Gewehre ausgegeben.

Unterstützung erhält die serbische Minderheit aus Bosnien-Herzegowina. Der "Nationalrat der Serben" in Bosnien erklärte, nicht zuzulassen, daß sich Kroatien aus der jugoslawischen Föderation löse und die dort lebenden Serben "mitnähme". Das serbische Volk sei in seinem Territorium eine Einheit. Von den serbischen Minderheiten wird offenbar in beiden Republiken auf eine Vereinigung in einem "Westserbien" auf bosnisch-kroatischen Territorium gesetzt, was für Kroatien den Verlust aller direkten Verkehrsverbindungen mit Dalmatien bedeuten würde. (FAZ 15.10.90)

Der Griff nach Bosnien

Sowohl Franjo Tudjman als auch der serbische Regierungschef Milosevic spekulieren bei einem Zerfall Jugoslawiens auf die Erbmasse Bosnien-Herzegowina, der von 40% Moslems, 30% Serben und 20% Kroaten bewohnten Nachbarrepublik Kroatiens und Serbiens. Bemäntelt wird dieser Expansionismus in beiden Fällen mit dem Schutz bedrohter Minderheiten der eigenen Nationalität in dieser Republik. Die Ankündigung Milosevics vom Juni 1990, für den Fall einer Umwandlung Jugoslawiens in eine Konföderation werde Serbien seine Grenzen wieder als "offene Frage" betrachten, gaben Tudjman die Gelegenheit, die "bosnische Frage" als eine aktuelle aufzuwerfen. Laut Tudjman geht es "hier nicht um Grenzen, sondern darum, daß in Bosnien auch Kroaten leben" (die angeblich vor Serben geschützt werden müssen. Anm. sab.) Doch Tudjman warb schon im Wahlkampf mit der Wiederherstellung eines souveränen Kroatien in seinen historischen, weite Teile von Bosnien-Herzegowina umfassenden Grenzen. Er scheute sich nicht, die "Integrität" Bosniens in Frage zu stellen mit der Forderung, die Bevölkerung Bosnien-Herzegowinas solle "selber darüber entscheiden, wohin sie gehört." "Sollte es zu dem Versuch kommen, ein Groß-Serbien zu bilden oder sollte Jugoslawien zerfallen, dann bestehen wir auf Wiederherstellung der natürlichen und historischen Grenzen und werden uns nicht mit diesen unnatürlichen, absurden Grenzen abfinden." (Spiegel 18.6.90) Sollte es zu keiner Lösung für den Gesamtstaat kommen, sind militärische Auseinandersetzungen zwischen Kroatien und Serbien vorprogrammiert.

Der serbische Vormachtanspruch

In Serbien ist die KP mit Parteichef Slobodan Milosevic als "Volkstribun" heute Hauptträger eines in aggressiver Frontstellung gegen andere ethnische Gruppen Jugoslawiens stehenden Nationalismus.

Im Frühjahr 87 begann die von einer sich zuspitzenden wirtschaftlichen und politischen Krise bedrängte KP mit der Organisierung von nationalistischen Massendemonstrationen unter der Parole die Serben müßten wieder "Herr im Hause" sein. Ein Schwerpunkt der serbischen Manifestationen lag im Bergbaugebiet von Niksic in der Woywodina, wo die Hüttenarbeiter mit einem Monatsverdienst von umgerechnet 100 DM Schuhe und Stromrechnungen nicht mehr bezahlen können. Die absehbaren Hungerdemonstrationen konnten so rechtzeitig in Rufe wie "Gebt uns Waffen - wir gehen ins Kosovo" und "Milosevic, Serbien steht neben Dir" umgebogen werden. Laut Milosevic befände sich das Land nicht in der Krise "weil wir nicht zu arbeiten verstehen, sondern weil wir nicht einig sind". Er forderte die Herstellung der großen nationalen Einheit aller Serben, wozu außer den serbischen Minderheiten in den Nachbarrepubliken auch die angeblich zum "Stamm der Serben" gehörenden Mazedonier und Montenegriner gehören. (Welt 15.10.88)

Mit der raffinierten Verknüpfung von sozialem Protest und nationalistisch-chauvinistischer Mobilisierung hat Milosevic seine Stellung und die der KP in Serbien bislang halten können.

Die Vereinigung der KP mit dem "Sozialistischen Verband des schaffenden Volkes" zur "Sozialistischen Partei Serbiens" (SPS) im Juli dieses Jahres hatte kosmetische Funktion und sollte den Sieg eventueller Wahlen absichern.

Die SPS verspricht Marktwirtschaft, ein Mehrparteiensystem mit demokratischen Wahlen, die - sofern die Lage im Lande sich "stabilisiere" - am 9. Dezember durchgeführt werden sollen. Die angekündigten "bürgerlichen Freiheiten" werden nicht für den Kosovo gelten, denn das Parteiprogramm hält den Vorherrschaftsanspruch aufrecht. Elemente, die sich der "Einheit Serbiens widersetzten" und die "innerhalb wie außerhalb die Stellung des serbischen Volkes in Frage stellen", könnten nicht zugelassen werden. Innerhalb Serbiens dürfe sich, wie es an die Adresse der Albaner im Kosovo hieß, "kein Staat einer anderen Nationalität bilden". (FAZ 19.7.90)

Es ist heute absehbar, daß es nur auf massiven Protest hin in Serbien überhaupt eine Wahl geben wird, denn jede nicht von vornherein diskreditierte Wahl müßte den Parteien und Organisationen der Albaner im Kosovo die gleichberechtigte Teilnahme ermöglichen. Der Demokratische Bund der Albaner im Kosovo und andere Organisationen werden von der serbischen Regierung als "illegal" bezeichnet, angeblich entfalten sie eine "antistaatliche und terroristische Tätigkeit, die in keinem demokratischen Staat gestattet würde". Registrieren lassen konnten sie sich nur auf Bundesebene, aber da es absehbar keine mehr Bundeswahlen geben wird, ist dies ohne praktische Bedeutung.

Die größte Chance, Milosevic eines Tages politisch zu beerben, hat von den nahezu hundert neugegründeten Parteien die Serbische Erneuerungsbewegung (SEB), eine ausgeprägt nationale Partei zur Verteidigung der serbischen Interessen. Die SEB hält das Vorgehen der KP im Kosovo für deren größten Fehler und fordert entschlosseneres Vorgehen - gemeint ist die umgehende Aussiedlung all jener Albaner, die die Zugehörigkeit des Kosovo zu Serbien nicht anerkennen.

Milosevic und die Verfassung von 1974

Mit der im März '89 verabschiedeten neuen Verfassung Serbiens wurde ein entscheidendes Herzstück der Titoschen Nationalitätenpolitik, die Bundesverfassung von 1974, ausgehebelt.

Diese machte die Woywodina und den Kosovo zu direkten Bestandteilen Jugoslawiens und räumte ihnen Selbständigkeit in den Bereichen Wirtschaft, Justiz, Polizei und territoriale Verteidigung ein. Die neue serbische Verfassung sollte eben jene Hegemonie wieder herstellen. Belgrader Zeitungen erschienen in jenen Tagen mit Schlagzeilen wie "Endlich Serbien", "Serbien wieder gleichberechtigt". Der jugoslawische Staatspräsident Jovic, feierte die Verfassungsänderung mit den Worten ab, nun habe die unausgewogene Stellung Serbiens im Bündnis endlich ihr Ende gefunden, "der historische Irrtum" der Verfassung von 1974 sei beseitigt.

Mit Inkrafttreten der neuen Verfassung erloschen die Befugnisse der Regionalparlamente im Kosovo und der Woywodina und gingen auf die serbische Regierung über, was gegen die noch gültige Bundesverfassung von 1974 verstößt. Die Befugnisse für Polizei, Gerichtswesen, Schulwesen, Wirtschaftsplanung und Sprachenordnung wurden aus der Kompetenz der autonomen Regionen gelöst, das Vetorecht für weitere Änderungen der Verfassung abgeschafft.

Im Kosovo wurde die Verfassungsänderung unter dem Ausnahmezustand durchgesetzt. (Damals noch) von Slowenien und Kroatien unterstützt marschierten Einheiten des Bundesheeres auf, die albanischen Abgeordneten wurden vor der entscheidenden Abstimmung zur Polizei gerufen und bedroht, mindestens 22 Albaner (nach inoffiziellen Angaben mehr als 100) ließen in jenen Tagen ihr Leben. Milosevic erreichte damit, daß sich nur 10 albanische Abgeordnete der Zustimmung zur eigenen Zwangsverwaltung verweigerten. So konnte sich der in der Nachkriegsgeschichte wohl einzigartige Vorgang abspielen, daß einer Region und ihrer ethnischen Mehrheit mit Militärpräsenz, Drohungen und Verhaftungen ein Verzicht auf ihre nationalen und staatsrechtlichen Autonomierechte aufgezwungen wurde.

Der serbische Anspruch auf das Amselfeld

Am 28. Juni 1990 versammelten sich weit über eine Million Serben auf dem historischen Schlachtfeld des Kosovo polje (Amselfeld) südlich von Pristina, um 600 Jahre nach der Niederlage gegen die Türken ihren Anspruch auf den Kosovo geltend zu machen. Die Niederlage auf dem Amselfeld wird heute zum zentralen Ereignis der serbischen Geschichte hochstilisiert, die serbischen Heldenlegenden sind in Belgrad an jeder Ecke zu haben, werden in Musik, Literatur umgesetzt. Milosevic verknüpfte die nationalistische Gedenkfeier mit dem heutigen serbischen "Kampf um das Kosovo". "Wir stehen vor weiteren Kämpfen, und es ist nicht ausgeschlossen, daß sie bewaffnet sein werden." (FAZ, 30.6.90)

Das Kosovo kam mit den Balkankriegen 1912/13 zu Serbien und wurde 1918 mit diesem zusammen Bestandteil Jugoslawiens, unterbrochen war diese Zugehörigkeit während der zwei Weltkriege. Die unter der königlichen Herrschaft Jugoslawiens sehr unterdrückten Albaner empfanden 1941 den Einmarsch der Italiener als eine Erleichterung ihres Schicksals, da sie unter Mussolini eine gewisse Selbstverwaltung erhielten. Nach der Kapitulation Italiens unterstützte die neu gewählte albanische Regierung Hitlers Wehrmacht im Kampf gegen die Partisanen Titos und Enver Hodschas. Im Februar 1945 kam es im Kosovo zu einem Aufstand gegen die Regierung Tito, eine Militärverwaltung wurde eingeführt. Bis zum Sturz von Rankovic 1966 wurde das Kosovo in allen wesentlichen Angelegenheiten von Belgrad regiert, die serbische Minderheit verlor danach ihre beherrschende Stellung. Ab 1981 unternahm Serbien den Versuch, die zunehmende Selbständigkeit des Kosovo wieder rückgängig zu machen.

Politisch ist Serbien im Kosovo heute am Ende. Mitte diese Jahres legte der BdK Serbiens dem Parlament ein Programm zur Lösung der "Kosovo-Frage" vor. Es sieht die Umsiedlung von 100.000 Serben in den Kosovo vor sowie die Ausweisung aller Albaner, die nicht die Staatsbürgerschaft Jugoslawiens besitzen oder sie "unrechtmäßig" erwarben, d.h. jener, die nach 1945 aus anderen Ländern zuwanderten. Die von Serben und Montenegrinern bewohnten Gebiete des Kosovo sollen bevorzugt ökonomisch aus dem Entwicklungsfond unterstützt werden.

Sowohl unter den Vertretern der Albaner wie auch in den nördlichen Republiken existiert die Befürchtung, Milosevic wünsche im Kosovo einen bewaffneten Konflikt, der das offene rücksichtslose "Drauflosschlagen" ermögliche. Vertreter der Armeespitze sollen diese Sehnsüchte teilen. Offen propagiert wird dieses Vorgehen von national-serbischen Vereinen wie "Bozur", der die Serben im Kosovo aufruft, sich für die "endgültige Abrechnung", für die "Entscheidungsschlacht" zu bewaffnen. (NZZ 17.3.90) Die albanischen Organisationen bemühen sich, jede offene Herausforderung zu vermeiden.

Doch auch mit Panzern werden die Serben im Kosovo mit einem Bevölkerungsanteil von 8% langfristig nicht mehr als den Status einer Minderheit beanspruchen können. Auch eine eigene Republik wird den Albanern des Kosovo letztlich nicht zu verweigern sein - die Albaner sind mit 2,4 Millionen Menschen in Jugoslawien - mehr als Slowenen, Mazedonier und Montenegriener, denen eigene Republiken zugestanden wurden.

Kosovo - die besetzte Provinz

Nach der 1989 verfügten Auflösung von Parlament und Regierung herrscht im Kosovo faktisch ein Besatzungsregime mit völliger Rechtlosigkeit für die AlbanerInnen. An der Tagesordnung sind Razzien in Dörfern unter dem Vorwand der Suche nach Waffen, die zu umfangreichen Konfiszierungen von Fernsehern u.a. Gegenständen genutzt werden. Seit Anfang Juli sind an allen (FAZ 24.7.90) Straßenkreuzungen ständig Polizeiposten, das Gebäude des Rundfunks und Fernsehens wird schwer bewacht, 120 Journalisten u.a. Mitarbeiter wurden entlassen, Fernsehprogramm und Zeitungen in albanischer Sprache sind seit dieser Zeit

suspendiert, das Haus des Schriftstellerverbandes geschlossen. SchülerInnen wurden in den Schulen nach Volkszugehörigkeit getrennt, albanische Kinder werden nur nachmittags unterrichtet.

Ein wichtiges Mittel der "Befriedungspolitik" sind Arbeitsentlassungen und wirtschaftliche Aushungerung. Seit der Auflösung des Parlamentes sind 30.000 Albaner aus Betrieben und Verwaltungen entlassen worden, öffentliche Einrichtungen wie Krankenhäuser sind funktionsuntüchtig. Unternehmen des Kosovo unterstehen serbischer Zwangsverwaltung, Maschinen und finanzielle Mittel wurden dorthin transferiert, Banken sind geschlossen und ihre Mittel, einschließlich privater Sparkonten, beschlagnahmt.

Die albanische KP ist faktisch zerschlagen, die Umwandlung in eine sozialistische Partei nach serbischem Muster mußte von dem als Parteichef eingesetztem früheren Polizeifunktionär Molina allein mit einigen Serben vollzogen werden. Das politische Vakuum wird heute von albanischen Organisationen wie dem "Demokratischen Bund", der sozialdemokratischen "Vereinigung für jugoslawische Demokratie", von freien Gewerkschaften sowie durch die "Demokratische Liga" ausgefüllt, mit mehr als 1 Million Mitgliedern größte Partei Jugoslawiens. Sie fordert die Wahl eines freien Parlamentes im Kosovo, daß dann über weitere politische Optionen entscheiden soll. "Weitere Optionen" beinhaltet die Forderung nach einer eigenen Republik. Von einigen Kräften ins Gespräch gebracht wurde eine albanische Konföderation mit anderen, von Albanern bewohnten Gebieten im südlichen Serbien, in Mazedonien und Montenegro.

Serbien fürchtete schon immer den Verlust des Kosovo an Albanien, eine Möglichkeit, die in dem Maße, wie sich die Nordrepubliken aus der Verantwortung für das Schicksal des Kosovo stehlen, an Aktualität gewinnen könnte. "Bisher haben die Albaner im Kosovo ihre Augen nicht auf Albanien gerichtet. Wenn wir aber weiterhin so unterdrückt werden und gleichzeitig die Demokratisierung in Albanien weitergeht, ist dies nicht mehr auszuschließen", so Jusuf Buxhovi, Generalsekretär der "Demokratischen Liga".

Der Zerfall des Bundes der Kommunisten

Der BdKJ, einstmals Garant der jugoslawischen Förderation, entwickelte sich Mitte der 80er Jahre zu einem Spaltpilz, der Jugoslawien auseinandertrieb.

In den Zeiten bescheidener ökonomischer Prosperität spielten nationalistische Auseinandersetzungen in Jugoslawien nur eine untergeordnete Rolle. Seitdem der Lebensstandard auf Dritte-Welt- Niveau gesunken ist, wurde in den Republiken auf die nationale Karte gesetzt. Als 1986 die Inflation die 90%-Marke überstieg, Brot, Zucker, Mehl und Mieten unerschwinglich wurden, die Zahl der Arbeitslosen über 1 Million betrug und die Auslandsschulden auf 20 Milliarden Dollar kletterten, wurde aus einer einheitlichen Volkswirtschaft ein Verteilungskampf unter acht konkurrierenden Volkswirtschaften.

Die Politik der Selbstverwaltung der Republiken und Regionen setzte auf weitgehende Dezentralisierung des Staats-, Partei-und Wirtschaftsapparates, führte aber zu unterschiedlichen bis gegensätzlichen Interessen. Verschärft nach Einführung der begrenzten Marktwirtschaft wurde der Bund der Kommunisten in einen Zustand sechs einander bekämpfender nationalistischer Republiksparteien getrieben. Der Zerfall des BDKJ und sein Abtritt von der politischen Bühne ist unaufhaltbar: Für die KPs Sloweniens und Kroatiens existiert der Bund der Kommunisten nicht mehr, der letzte Sonderparteitag im Januar wurde vorzeitig abgebrochen und auf unbestimmte Zeit verschoben.

Dieser Zustand verweist auf Probleme der Nationalitätenpolitik im Jugoslawien unter Tito. Mit dem Sieg der kommunistischen Partisanen und dem Sturz der Bourgeoisie sollten nach 1945 auch die Gründe für die nationalen Konflikte absterben. Formell wurden allen Nationen die gleichen Rechte eingeräumt. Bisherige ethnische Minderheiten wurden zur Nation aufgewertet und erhielten eine eigene Republik. Dies galt jedoch nicht für die Albaner des Kosovo - ihre Forderungen nach einer eigenen Republik wurden mit einer brutalen Repressionskampage in den Jahren 55/56 unter dem großserbisch orientierten Geheimpolizeichef und Vizepräsidenten Rankovic erstickt. 30.000 Albaner wurden seinerzeit unter dem Vorwand der Suche nach Waffen mißhandelt und ca. 100 in Gefängnissen ermordet. Teilweise berücksichtigt wurden die Forderungen aus dem Kosovo und der Woywodina bei der Verfassungsänderung von 1974 mit ihrer Umwandlung in autonome Provinzen. Aber auch die wirtschaftliche und soziale Gleichberechtigung der Republiken blieb ein nie erreichtes Ziel. Kämpfe um den Erhalt von Privilegien der wirtschaftlich besser gestellten Republiken wie Slowenien oder Kroatien oder politische Explosionen wie im von Arbeitslosigkeit gebeutelten Kosovo waren die Folge.

Die aufbrechenden Konflikte wurden im BDKJ politisch nie aufgearbeitet, ein Versäumnis, das sich heute bitter rächt. Die serbische Vormachtstellung in Jugoslawien wurde 1974 bürokratisch von oben durch die Herauslösung von Woywodina und Kosovo aus dem Territorium der Republik beschnitten.

Der sogenannte "kroatische Frühling" wurde 1971 mit militärischer Drohung aus Belgrad beendet. Tito malte seinerzeit Gespenst eines Bürgerkrieges an die Wand. 1970/71 entwickelte sich in der kroatischen KP ein rechtsnationalistischer Flügel, der sich gegen den mit serbischem Nationalismus gleichgesetzten Zentralismus der Belgrader Bundesregierung richtete. Der radikalste Teil der "Neuen Rechten" träumte von einem autonomen, souveränen Staat mit eigener Armee und UN-Mitgliedschaft. Hauptkritikpunkt an der Bundesregierung war die "Devisenfrage". Kroatien gab aufgrund der Einnahmen aus der Touristik mehr Devisen an den Bundesetat ab als es Ressourcen zurückbekam. Ideologisch knüpfte die "Neue Rechte" an die Unterdrückung der Kroaten im serbisch dominierten Jugoslawischen Königreich in der Zwischenkriegszeit einerseits und die gegen das "Serbentum" gerichtete faschistische Ustascha-Bewegung kroatischer Nationalisten im zweiten Weltkrieg andererseits an.

Die nationalen Kämpfe, die politische Unterdrückung bestimmter jugoslawischer Völker durch andere in der Zeit vor 1945 wurden im Jugoslawien Titos nie aufgearbeitet. Die blutige Verfolgung serbischer Partisanen durch kroatische Faschisten wurde als Taten der "Volksfeinde gegen antifaschistische Kräfte" oder als Kampf der jugoslawischen Völker gegen den deutschen Faschismus uminterpretiert. Kränkungen und Mißtrauen dieser Zeit brechen heute unter den Nationen wieder auf.

Der Zerfall der Bundesinstitutionen

Nach Slowenien trat am 22.10.90 auch Serbien aus dem Rechtssystem Jugoslawiens aus, Steuern und Abgaben werden nicht mehr an den Bund abgeführt. Die Bundesinstitutionen des Landes haben ihre zusammenhaltende Kraft verloren und sind nicht mehr als eine leere Hülle, jede Republik regiert nach eigenen Gesetzen. Gleichzeitig ist nach dem Abtritt der KP keine der über 100 Parteien in der Lage, eine die nationalen und wirtschaftlichen Gegensätze überbrückende Funktion wahrzunehmen. Ihnen stehen keine entsprechenden gemeinsamen Interessen mehr gegenüber.

Die "Partei der Reformkräfte", eine Gründung von Ministerpräsident Ante Markovic, tritt für die Einheit Jugoslawiens und radikale Reformen des politischen und ökonomischen Systems ein als Versuch, den Prozeß der Desintegration zu stoppen. Doch es ist fraglich, ob es überhaupt noch zu Bundeswahlen kommt. Zudem hat das Schweigen Markovics zum Konflikt um den Kosovo ihn republikweite Unterstützung gekostet.

Der Zerfall der Bundesinstitutionen macht ein Eingreifen der von serbischen Interessen bestimmten Armee in der "Schlacht um Jugoslawien" entgegen aller Drohungen heute unwahrscheinlich. Zwar sind 80% der Offiziere Serben, aber mehr als 20% der Soldaten Albaner. Insofern ist die Armee ein unsicherer Kantonist. Zudem haben die nichtserbischen Republiken verlauten lassen, daß sie im Falle einer militärischen Intervention ihre Soldaten aus den Reihen der Armee abberufen würden.

Für Jugoslawiens Zukunft stehen zwei Optionen: Die Umwandlung in eine Konföderation oder der Zerfall in Einzelstaaten.

Bezüglich des ersteren ist Skepsis angebracht. Der von Slowenien und Kroatien ausgearbeitete Plan einer Umwandlung des Staates in eine Konföderation liegt dem Bundesparlament zur Abstimmung vor. Serbien wird diesem Entwurf auf keinen Fall zustimmen. Sollte der Plan umgesetzt werden, so serbische Politiker, dann entstünden neue Staaten, in denen Serben als Minderheiten "zurückgelassen" werden müßten, dies sei für sie und für Serbien unannehmbar. Überall, wo Serben wohnten, würden deshalb autonome serbische Regionen entstehen. (FAZ, 25.10.90) Die Nordrepubliken ihrerseits wollen Serbien wegen seiner Repressionspolitik im Kosovo nicht im Verbund haben. Die Politik Serbiens im Kosovo wird von den anderen Republiken als Teil einer Beherrschungspolitik gesehen, die auf die ganze Föderation zielt. Die Unterdrückung im Kosovo ist eine Schranke für eine Demokratisierung ganz Jugoslawiens, die Freiheit der Nationen wird immer an der der Albaner zu messen sein.

Mögliche Lösung erscheint noch die "kleine" Konföderation zwischen Slowenien und Kroatien, möglicherweise unter späterem Zusammenschluß mit Bosnien-Herzegowina und Mazedonien. Doch die Widersprüche sind groß. Bosnien hat Schwierigkeiten, sich der serbischen Hegemoniepolitik zu erwehren. Selbst nach Wahlen

wird es ein labiler Konfliktherd sein, in das Serbien und Kroatien hineinregieren. Slowenien und Kroatien haben wirtschaftspolitische Differenzen: Während sich Slowenien mit der Errichtung von Auslandsbüros in Brüssel auf den Weg zur EG macht, hat die kroatische Regierung staatskapitalistische Vorstellungen.

Die wahrscheinlichste Zukunft Jugoslawiens ist der Zerfall in Einzelstaaten - in diesem Fall werden sich die bewaffneten Kämpfe in Kroatien und um Bosnien-Herzegowina zu Bürgerkriegen ausweiten. Bewaffnete Auseinandersetzungen zwischen Serbien und Albanien um den Kosovo einerseits und mit Bulgarien andererseits (mit dem Mazedonien ein Konföderation anstrebt), könnten folgen.

sab.

2. Die Linke vor der Wahl: PDS/Linke Liste: Was sonst?

Rubrik: PDS-Debatte, linke · CD-Datei: daten/aksuche/ak324/56.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:324:56

Eines ist bereits heute klar: Wenn am Abend des 2. Dezember die Stimmen zur Wahl des 12. Deutschen Bundestages ausgezählt sind, werden Helmut Kohl und mit ihm die CDU/CSU/FDP das Rennen gemacht haben. Am Sieg der Bonner Koalition ist vernünftigerweise nicht zu zweifeln. Für die Gewinner wird in erster Linie interessant sein, wie sich die Stimmanteile innerhalb der Regierungskoalition verschieben, ob also die FDP nach der Wahl einen Ministersessel mehr und die CSU entsprechend einen weniger wird beanspruchen können. Offen bei dieser Wahl ist lediglich, in welcher Stärke und mit wie vielen Sitzen die Opposition im nächsten gesamtdeutschen Parlament vertreten sein wird.

Machen wir uns nichts vor. In diesem Land, oder genauer gesagt, seiner westlichen BRD-Hälfte, die tatsächlich eine satte 3/4-Mehrheit Deutschlands repräsentiert, geht es den meisten wirtschaftlich so gut wie nie zuvor, und genau hier hat sich die Wahl längst entschieden.

Mit dem Ende der Nachkriegsgeschichte, dem Zerfall der Sowjetunion als politischem Ordnungsfaktor und dem überragenden Einfluß bei der Etablierung der EG als neuer Großmacht neben den USA hat sich die Bundesrepublik zur unumschränkten und erzwungenermaßen anerkannten Führungsmacht Europas aufgeschwungen. Aus dem ökonomischen Riesen und politischen Zwerg BRD der siebziger und frühen achtziger Jahre, was schon zu Strauß' Zeiten von jenem eine schmeichelhafte Untertreibung darstellte, ist mit dem neuen, vereinigten Deutschland ein wirtschaftlicher Gigant und politischer Koloß der neunziger Jahre geworden.

Acht Jahre andauernde volkswirtschaftliche Hochkonjunktur, ungebremstes industrielles Wachstum, Preisstabilität, immense Handelsbilanzüberschüsse und immer neue Rekordgewinne der Unternehmen bescheren diesem Land eine politische Stabilität, daß deren Verfechter jeden Gedanken an gesellschaftspolitische oder ökonomische Alternativen ins Reich des Spinnertums oder der Neidhammel verweisen können. Der Hang, sich an die Sieger dieser Entwicklung anzulehnen, ist beim übergroßen Teil der Bevölkerung im Ost- wie im Westteil dieses Landes ausgeprägt. Wer läßt sich schon gerne mit Verlierern und Miesmachern ein. In der Tat gibt es im Westen eine große Zahl von realen Gewinnern der ungebrochenen wirtschaftlichen Prosperität. Der nicht mehr so neue und wachsende Mittelstand aus mittleren Angestellten, mittelständischen Unternehmern, Handwerkern und Freiberuflern stellt die Vorteile marktwirtschaftlicher Effizienz offen zur Schau und bestimmt gleichzeitig den kulturellen Bewußtseinsstand einer fleißigen, arbeitsamen Nation, deren Mitglieder individuell und ungestört die Genüsse des unermüdlichen Schaffens auszuleben wünschen. Hart arbeiten und dann gut leben ist ebenso das Versprechen, mit dem allen Hindernissen zum Trotz viele Menschen in der ehemaligen DDR für das Modell eines neuen Deutschland Kohlscher Prägung gewonnen wurden und dies bei der Bundestagswahl auch zeigen können. Nicht die schwierigen Verhältnisse bestimmen im Osten Deutschlands die Motivation zur Stimmabgabe, sondern die Hoffnung an den grandiosen Erfolgen westdeutschen Wachstums teilhaben zu können. Diese Hoffnung wird, auch das ein Erfolg des vor Jahren von Heiner Geißler propagierten neokonservativen Bewußtseinswandels, untrennbar mit der vielgerühmten Kompetenz der CDU verbunden und wird sich in ihrem Wahlerfolg niederschlagen. Anders sind die Ergebnisse durchgeführter Umfragen und die Erfolge bei den Landtagswahlen für die CDU nicht zu interpretieren. Acht von zehn ehemaligen DDR-BürgerInnen haben akute Angst um ihren Arbeitsplatz, während gleichzeitig sechs von zehn Ex-DDR-BürgerInnen fest davon überzeugt sind, daß es ihnen im nächsten Jahr besser gehen wird. All dies jedoch kein Grund aus linker, westlicher Sicht zur trotzigen Überheblichkeit, wie sie gelegentlich anzutreffen ist, weil das Volk im Osten in seiner Mehrheit vermeintlich oder tatsächlich so blöd ist, wie im Zug der Lemminge dem Koloß aus Oggersheim zu folgen und ihm auf den Leim zu gehen. Zwei Millionen Arbeitslose im Westen, drängende Wohnungsnot, astronomische Mieten, um sich greifender Ausländerhaß und zunehmende Verelendung der aus dem Produktionsprozeß Ausgestoßenen sind so gut wie keine Praxisfelder der hiesigen Linken mehr und drängen ebensowenig die Notwendigkeit gesellschaftlicher Veränderungen auf die Tagesordnung, wie sich das so mancher vor Jahren gedacht haben mag. Kein Grund zur Überheblichkeit also, auch im Westen wird die CDU gewinnen.

Offen bleibt danach die Frage des Abschneidens aller Parteien diesseits von CDU/CSU/FDP. Die Rolle der parlamentarischen Opposition im Lande wird in den nächsten vier Jahren, ob sie es wollen oder nicht, den Grünen gemeinsam mit den Bürgerbewegungen und der PDS/Linken Liste zufallen.

Die SPD bietet wie selten in ihrer Geschichte keinerlei eigenständiges politisches Profil mehr. In Verhandlungen mit den Regierungsparteien über eine Grundgesetzänderung, um endlich deutsche Soldaten, gegebenenfalls unter dem blauen Helm der UNO, in den Nahen und Mittleren Osten schicken zu können, ist ihrem Spitzenkandidaten Lafontaine an Strategie gleichzeitig nur Dürftiges eingefallen. Die Sozialdemokraten kritisieren den Crashkurs der CDU beim Anschluß der DDR im wesentlichen nur unter einem Aspekt. Die Bonner Regierung habe zuwenig dafür getan, daß sich westliche Unternehmen dort ansiedeln und den Ostteil nur als günstigen Absatzmarkt für ihre Produkte nutzen. Im übrigen sieht die SPD im Westen und noch mehr im Osten ihre Hauptaufgabe darin, die PDS als eigenständige politische Kraft zu liquidieren. Mit dem Ja zum 1. Staatsvertrag vor der Währungsunion und der Zustimmung zum Einigungsvertrag im Sommer hat sich die Sozialdemokratie von jeder eigenen Politik in Abgrenzung zum Bonner Regierungskurs verabschiedet. Kein Wort darüber, daß die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze gegenüber Polen nur unter dem Diktat eines Verzichts auf Entschädigung für eine Million polnischer Nazi-Opfer und Zwangsarbeiter erfolgen soll. Kein Wort darüber, daß den wohlklingenden Worten des Dankes für die Wiedervereinigung an Gorbatschow aus Bonn keinerlei meßbare Hilfen an die Sowjetunion folgen. Außenpolitisch hat sich die SPD aktuell in die Verantwortung der Demokraten einbinden lassen. Für grünes Licht zu Willy Brandts medienwirksamer persönlichen Reise in den Irak von seiten des Kanzleramtes und des Außenministeriums stützt die SPD die Bonner Hilfe der amerikanischen Kriegsoption gegen Saddam Hussein. Milliardenzusagen, Waffenlieferungen, Panzer und Ersatzkräfte für abgezogene amerikanische Truppen in Mitteleuropa und im östlichen Mittelmeer flankieren den andauernden Aufmarsch der US-Armee in Saudi-Arabien.

Die Wiedervereinigung und der sogenannte Irak-Konflikt zusammengenommen haben auch führenden Repräsentanten der Grünen Anlaß gegeben, über die neue Rolle Deutschlands nachzudenken. Sich dem eroberten Weltmachtstatus zu stellen, ihn auszufüllen und sich an einer Weltpolizei zu beteiligen, liegt nicht mehr außerhalb der Vorstellungskraft grüner Realpolitik. Verkauft wird diese neue Aufgabenzuweisung mit dem Hinweis darauf, erst die 68er Generation mit ihren Vorstellungen, als deren Personifizierung Antje Vollmer sich sieht, habe diese Gesellschaft "zivilisiert". Entsprechend zivilisiert solle die vergrößerte Bundesrepublik nun überall auf der Welt auftreten. Krasser kann die Überschätzung der eigenen Bedeutung und der sie angeblich verändernden Realität kaum ausfallen. Jenes Murren, das bei der grünen Basis angesichts solcher Höhenflüge zu verspüren ist, führt leider nicht dazu, solche Äußerungen zurückzuweisen, sondern wird unter parteiinterner Pluralität verbucht, die es gleichzeitig jedem Grünen vor Ort gestattet, politische Positionen zu beziehen, wie sie gerade gefragt sind. Das früher so attraktive Element politischer Vielfalt bei den Grünen hat sich unter dem Zwang, den Laden zusammenzuhalten, gewandelt zu einer vielfältigen politischen Unverbindlichkeit der Partei, die, ohne daß es zu Konsequenzen irgendwelcher Art führen würde, unter ihrem Dach Antje Vollmer ebenso Platz bietet wie Gaby Gottwald.

Ehrlicherweise sei zur Grünen Partei jedoch noch angefügt, daß Äußerungen von Einzelpersonen wie Antje Vollmer und Udo Knapp, der geneigt ist, am Golf mitzukämpfen, nicht das Hauptargument gegen eine Wahl der Grünen sein sollen. Hervorstechendes Abgrenzungsmerkmal der Grünen ist insbesondere gegenüber der Linken geworden, daß, mit Ausnahme einzelner grüner Mitglieder wie Jutta Ditfurth, die Partei insgesamt ihren Abschied von antikapitalistischen und sozialistischen Ansätzen und Utopien in ihrer politischen Praxis vollzogen hat. Waren früher solche Positionen bei den Grünen noch geduldet, wird jetzt explizit erklärt, keine linke Partei zu sein oder sein zu wollen. Nicht mehr nur alte und ehemalige Gallionsfiguren grüner Realpolitik wie Joschka Fischer verfechten den staatstragenden Kurs der Grünen, sondern die Partei in ihrer übergroßen Mehrheit hat sich dem Wertewandel zur allseits anerkannten und dafür kompromißbereiten Reformkraft angepaßt. Hierfür steht beispielsweise das taktische Spielchen des grünen niedersächsischen Ministers Jürgen Trittin, der für Zugeständnisse beim Asylrecht Kompromisse der niedersächsischen SPD zum Thema Gorleben zu erlangen hofft. Jeder bei den Grünen in Hannover weiß das, und alle machen mit. Der ökologischen Profilierung werden so immer häufiger soziale Belange untergeordnet. In diesen Zusammenhang der kompromißfreudigen Reformbereitschaft paßt ebenso die Zustimmung der Westberliner AL-Senatorinnen zur Einführung der Wehrpflicht in der ehemals entmilitarisierten Stadt, während sie gleichzeitig die Verweigerung der Betriebsgenehmigung für einen (kleinen) Forschungsreaktor des Hahn-Meitner-Instituts abfeiern. Die ausdrücklich radikal-linke Kritik Jutta Ditfurths auf dem Kongreß der PDS/Linken Liste an deren

Wahlprogramm hat innerhalb ihrer eigenen grünen Partei keine praktische Resonanz mehr. Das von ihr ausgesprochene Angebot zur Zusammenarbeit sollte aufgegriffen werden, freilich außerhalb der Grünen.

Die einzige Partei, die in den nächsten vier Jahren nirgends in die Verlegenheit kommen wird, regieren zu sollen, wird die PDS/Linke Liste sein.

Um es gleich vorweg zu sagen: Es wird an dieser Stelle zur Wahl der PDS/Linken Liste aufgerufen. Und zwar nicht, weil etwa der Sozialismus zur Wahl stünde, wie es vereinzelte Wahlboykotteure für eine Abgabe "ihrer Stimme" verlangen. Die Liste ihrer Argumente, die gegen eine Wahlbeteiligung sprechen, suggerieren geradezu, als würde über Wahlen in diesem Land die Politik der herrschenden Klasse bestimmt oder auch nur wesentlich beeinflußt.

Die PDS/Linke Liste ist nicht das, was wir uns gelegentlich unter einer sozialistischen Organisation vorgestellt haben. Mit unseren Utopien von einer gerechteren, selbstbestimmten und emanzipatorischen Gesellschaft hatte die DDR nur wenig zu tun. Die DDR war eine deformierte, undemokratische Gesellschaft, und die PDS wird hiervon noch geprägt. Das heißt gegenwärtig für die Partei, in ihrem Kernbestand bürokratisch zu sein, und heißt im Politikverständnis vieler Mitglieder, auf die Anweisungen von oben zu warten, statt selber Politik zu machen oder zu entwickeln.

Es ist jedoch angesichts des Zustands der Westlinken allzu billig, sich an diesem Punkt über die PDS erhaben zu fühlen. Für die Linke des ehemaligen BRD-Gebiets stellt sich die Frage allemal nach sich selbst: Wenn sie der Annexion der DDR schon nicht ernsthaft widerstehen konnte, sollte sie mit ihrer Stimme nicht wenigstens der Partei zu Präsenz im Parlament verhelfen, die von den Wiedervereinigern immer noch als ärgster Feind bekämpft wird?

Noch vertritt die Partei antikapitalistische Positionen, bemüht sich um Überlegungen zur Entwicklung sozialistischer Alternativen und befindet sich im innerparteilichen Umbruch von der unumschränkten Staats- zur Oppositionspartei. Sie hat zugunsten ihrer Erneuerung andere Linke aus Ost und West ausdrücklich zur Diskussion eingeladen mit allen Schwierigkeiten, die damit verbunden sind, wenn langjährige hiesige Systemoppositionelle auf mindestens ebenso langjährige dortige ehemalige Realsozialisten treffen. Der Ausgang des Erneuerungsprozesses und der Entwicklung der Partei ist ungewiß, und der andauernde Finanzskandal gibt einen Eindruck davon. Nach ersten Erfahrungen jedoch läßt sich aber auch sagen, daß die Diskussion mit dieser Partei, insbesondere mit ihren linken Kräften, sich interessanter anläßt, als es anfangs zu vermuten war. Gerade auf diese linken Kräfte sollten wir als Westlinke unser Augenmerk legen, wenn es, was wahrscheinlich ist, demnächst zur weiteren Ausdifferenzierung der Partei kommt.

Letztlich gibt es viele Gründe, die PDS zu kritisieren, keinen einzigen jedoch, dieser Partei die Solidarität zu versagen, wenn ihr als "Krebsgeschwür für die Demokratie" (Volker Rühe) der Kampf angesagt wird. Dazu haben wir, als seinerzeit vom damals noch quicklebendigen Strauß so bezeichnete "Ratten und Schmeißfliegen", denen das "Maul gestopft" gehöre, keinerlei Veranlassung. Wir haben genügend Gründe, am 2. Dezember PDS/Linke Liste zu wählen.

mar., Hamburg

3. Ein Mensch, eine Stimme! Zum Urteil gegen das Ausländerwahlrecht

Rubrik: Wahlen; Ausländer- und Asylpolitik · CD-Datei: daten/aksuche/ak324/bvg.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:324:bvg

Das Bundesverfassungsgericht, oberstes Organ deutscher Rechtsfindung, hat mit seinem Urteil vom 31. Oktober zum kommunalen Wahlrecht für AusländerInnen in Hamburg und Schleswig-Holstein in erster Linie eins deutlich gemacht: Das Volk ist deutsch.

Wer in diesem Staat an einem Grundrecht teilhaben will, nämlich dem der freien und geheimen Stimmabgabe, in dessen und deren Adern muß deutsches Blut rollen. Auf eine einfache Formel gebracht: wer die falschen Ahnen hat, ist und bleibt einE BürgerIn minderer Qualität.

Dabei war das Ansinnen der beiden Bundesländer auf alles andere gerichtet als die jetzt unterstellte Aushöhlung der einen deutschen Nation. Nur sehr begrenzte Gruppen der hier lebenden AusländerInnen sollten für unterste parlamentarische Organe in die "demokratische Willensbildung" einbezogen werden.

Alles in allem sehr bescheidene Vorstöße der SPD-Landesregierungen, die selbst bei ihrer Umsetzung himmelweit von tatsächlicher Gleichstellung aller hier lebenden Menschen entfernt gewesen wären. Viel eher waren sie ein politisches Feigenblatt, dazu gedacht, zu verdecken, daß auch die SPD kräftig sowohl auf gesetzlicher als auch praktischer Ebene mitmischt, allen Nichtdeutschen den Aufenthalt hier so weit es geht zu erschweren, ihn nach Möglichkeit ganz zu verhindern.

Das selbst dies von den Herren in den roten Roben verhindert wurde, zeigt abermals deutlich, was auch vereinigte Staatsraison ist und bleiben soll: Deutschtum über Alles. Jeder Vorstoß selbst in Richtung einer Erweiterung dieser Gemeinschaft wird abgeblockt.

Als Verlierer werden sich die Sozialdemokratie und mit ihr alle anderen BefürworterInnen solcher Formen der "Integration" nicht sehen: seht, wir haben's doch versucht - Rassismus als deutscher Konsens.

Bericht auf Seite 4

4. Krieg bis Ende Januar verschoben?

Rubrik: Golfkrieg · CD-Datei: daten/aksuche/ak324/golf.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:324:golf

Erneut wurde der Zeitplan für die Kriegsbereitschaft der US- und NATO-Truppen am Golf geändert. Aus Mitte Oktober wurde Anfang November; nun soll es noch weitere zwei Monate dauern, bis ausreichende Kräfte für eine "offensive militärische Option", das heißt für einen Angriff auf Kuwait und den Irak, vor Ort bereitgestellt sind. Präsident Bush wartete aus politischen Gründen nur noch die Kongreßwahlen Anfang November ab und gab dann bekannt, daß die amerikanischen Streitkräfte am Golf noch einmal erheblich verstärkt werden sollen: von derzeit 230.000 Mann auf rund 450.000. Weitere moderne Kampfpanzer und Kriegsschiffe sollen ebenfalls in das Krisengebiet verlegt werden. Der Aufmarsch soll, heißt es nun, in etwa zwei Monaten abgeschlossen sein. Das jetzt vorgesehene amerikanische Kriegspotential wird dann den im Vietnamkrieg eingesetzten Streitkräften entsprechen. Außerdem sind jetzt schon 200.000 Soldaten anderer Staaten gegen den Irak aufmarschiert.

Dem neuen Aufschub gingen äußerst pessimistische Prognosen über einen eventuellen Kriegsverlauf voraus. Im Gegensatz zu anfänglichen Äußerungen ist nun davon die Rede, daß ein Angriff auf die fest verschanzten, starken Streitkräfte in Kuwait und im südöstlichen Irak alles andere als ein "Spaziergang" sein würde. Es wird vor schweren Verlusten der Angreifer gewarnt, die in keiner Relation mehr zu den vergleichsweise kleinen US-Aktionen der letzten Jahre gegen Grenada und Panama stehen würden. Aus beiden amerikanischen Parteien wird Bush gemahnt, sich nicht "überstürzt" auf einen Krieg einzulassen, sondern nur mit plausiblen, vertretbaren Gründen, die nicht gleich wieder als konstruierter Vorwand in sich zusammenfallen.

Dreieinhalb Monate sind inzwischen seit der Besetzung Kuwaits durch den Irak und dem Beginn des NATO-Aufmarsches vergangen. Und die Zeit arbeitet keineswegs für die von Bush angestrebte "offensive Option". Vor allem in den arabischen Staaten, die sich in die Front gegen den Irak hineinbegeben haben, wachsen mit zunehmendem zeitlichen Abstand zum Ausgangspunkt des Konflikts die Probleme. Ein Angriff auf den Irak, den dieser aller Voraussicht nach durch nichts provozieren wird, würde in der gesamten arabischen Welt eine Welle antiimperialistischer Proteste und Solidarisierungen auslösen. Einige arabische Regimes, die sich allzu eng mit den USA liiert haben, müßten um ihre Macht fürchten.

Weiter auf den Seiten 5 - 10

5. Leipzig: Polizei erschießt Hooligan

Rubrik: Staat, Innere Sicherheit; DDR; Sport · CD-Datei: daten/aksuche/ak324/31.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:324:31

Die Ermordung des 18-jährigen Mike Polley am 3. November in Leipzig hat in den Medien diese Landes hauptsächlich Gejammer über "falsche Freunde des Fußballs" und ansonsten den Ruf nach mehr Polizei produziert - in der linken Szene dürfte sie bei vielen sicherlich insgeheim eine gewisse Befriedigung ausgelöst haben. Wenn jedoch auch alles darauf hindeutet, daß die Ex-Vopos einen Skin erschossen haben, so gibt es doch genug Gründe, genau hinzuschauen, wie die nationale Öffentlichkeit darauf reagiert.

Natürlich geht es für Linke anläßlich der polizeilichen Schießerei in Leipzig nicht darum, mit Trauer und Wut zu reagieren, zu grundverschieden sind die Umstände des Todesschusses in der einstigen "Heldenstadt" von tödlichen Polizeiaktionen gegen kleine Autoklauer oder eben gegen Linke - wie zum Beispiel beim Tod von Conny vor einem Jahr in Göttingen. Trotzdem ist es notwendig, zu beobachten, wie dieser "Vorfall" in der Öffentlichkeit dargestellt und kommentiert wird, welche Erklärungsansätze angeboten und Schlußfolgerungen gezogen werden. Wertet man nämlich die Reaktionen daraufhin aus, kommt nichts zum Vorschein, was für AntifaschistInnen in irgendeiner Weise befriedigend sein könnte.

Polizeiversion wie üblich: Notwehr

Schon wenige Stunden nach den Leipziger Ereignissen liefert BILD die erste Darstellung. Natürlich ist sie wie gewohnt mit reichlich Ungenauigkeiten und Fehlern durchsetzt, widerlich aufgemacht sowieso, im wesentlichen aber bestätigt sie sich in den Berichten, die am Montag überall zu lesen sind. Gestützt hauptsächlich auf die Pressekonferenz der Polizei am Samstagabend ergeben sie folgendes Bild: anläßlich des Fußball-Oberliga-Spiels zwischen FC Sachsen Leipzig und FC Berlin hatten bereits gegen Mittag auf dem Weg vom Bahnhof zum Stadion die Auseinandersetzungen zwischen Polizei und aus Berlin anreisenden Hooligans begonnen, die schon auf dem Hinweg kurz hinter Halle den Zug gestoppt und sich mit Gleisschotter versorgt hatten. Auch im Stadion selbst gab es vor dem Spielbeginn um 14 Uhr schon Auseinandersetzungen zwischen Berlinern und Leipzigern, die dazu führten, daß erstens der Anpfiff um 25 Minuten verschoben wurde, zweitens etliche (möglicherweise mehrere Hundert) Berliner Hools von Polizeikräften aus dem Stadion vertrieben wurden und drittens die erst jetzt ankommenden Berliner keinen Zutritt zum Stadion mehr erhielten. Genau zwischen diese beiden Gruppen soll dann ein Polizeitrupp geraten, von den Hools eingeschlossen worden sein (ausgerechnet das "Hamburger Abendblatt" nennt das "Leipziger Kessel"!). Wegen der Bedrohlichkeit und Bewaffnung ist dann von der Polizeieinsatzleitung der Befehl zum Gebrauch der Schußwaffen gegeben worden. Ergebnis: ein Toter, drei Schwerverletzte (mindestens ein Bauchschuß) und mindestens sechs weitere Schußverletzte.

Direkt anschließend und auch nach Abpfiff des Spiel haben sich den Berichten zufolge die Auseinandersetzungen mit mehreren Hundert Beteiligten ins Innenstadtgebiet von Leipzig, in die Gegend rund um die Nikolaikirche (Ort der ehemaligen oppositionellen "Montagsgottesdienste" und Treffpunkt für die letztjährigen "Montagsdemonstrationen") verlagert. Die Folgen dort waren in erster Linie Sachschäden (Glasbruch), insgesamt wurden 80 Leute festgenommen; die Polizei gibt einen leichtverletzten Beamten an. Ein DFF2-Journalist wird in der FR mit den Worten zitiert: "Kurz vor acht Uhr tobte in Leipzig ein regelrechter Krieg."

Diese Äußerung ist typisch für den Ton der Berichterstattung, wohl auch für die Leipziger Pressekonferenz, vor allem aber für die Erklärung, die Einsatzleiter und Pressesprecher geben. Auf das Schlüsselwort zusammengekürzt: Notwehr. Nun sind die Begleitumstände zwar beeindruckend - zwischen 250 und 500 mehr oder weniger bewaffnete Hools, Skins, Nazis gegen insgesamt 219 Polizisten -, trotzdem ist Mißtrauen gerade deswegen angebracht. Schließlich ist die "Notwehr"-Begründung das Standardargument jedes Bullen weltweit, wenn er einen Menschen abschießt, ganz egal, ob sein Gegenüber nun tatsächlich bedrohlich war oder - wie es in der Regel der Fall ist - nicht.

Tatsächlich tauchen dann in den folgenden Tagen (Dienstag und Mittwoch) auch Zweifel auf, wie eingekesselt die Bullengruppe vor dem Stadion war: beteiligte Augenzeugen geben an, von einer Umzingelung oder ausweglosen Situation könne keine Rede sein, vielmehr sei es so gewesen, daß die Polizei die Berliner aus dem Stadion herausgeschmissen habe, diese den eigenen Kollegen in den Rükken getrieben habe; eine

etwas andere Version besagt, der Polizeimannschaftswagen, von dessen Besatzung dann die tödlichen Schüsse abgegeben worden sind, hätte sich der Unterzahl-Situation durchaus noch entziehen können. Dazu kommt, daß einzelne Augenzeugen auch berichten, daß es weder Warnschüsse noch eine Warndurchsage per Megaphon gegeben habe, sondern daß die Polizei sowohl wahllos in die Menge als auch auf Flüchtende geschossen habe. Darüberhinaus gibt es Unstimmigkeiten in bezug auf die Zahl der Verletzten, in der taz vom 7.11. ist von 15 allein in einem Leipziger Krankenhaus die Rede; die anfängliche Meldung, daß die Hools Jagd auf unbeteiligte Passanten gemacht hätten, taucht schon am Montag praktisch gar nicht mehr auf.

Bleibt zusammenzufassen, daß es bisher erstaunlich wenig Unstimmigkeiten in der Darstellung der Polizei gibt, die zwar im einzelnen durchaus wichtig sind, am Bild des Gesamtablaufs jedoch relativ wenig ändern - ganz im Gegensatz zu sonstigen Polizeieinsätzen mit Todesfolgen.

Psychologisch unvorbereitet - der Ruf nach der Westpolizei

Politisch viel wichtiger ist es deshalb auch, zu verfolgen, wie die Frage beantwortet wird: "Wie konnte es dazu kommen?" Übereinstimmend werden von der Polizei und den Kommentatoren aller Zeitungen von ND bis FAZ (lediglich mit unterschiedlichen Gewichtungen) folgende Erklärungsmuster angeboten.

Erstens ist die Leipziger Polizei zur Zeit personell ungenügend ausgerüstet. Lediglich 219 Beamte konnten eingesetzt werden, da einerseits hunderte bereits gekündigt haben und andererseits bestimmte Kräfte, hauptsächlich NVA-Wehrpflichtige, nicht mehr zur Verfügung stehen. Dadurch fehlt das Personal selbst für die Bedienung von Wasserwerfern. Zusätzlich seien andere sächsische Polizeieinheiten bei anderen Fußballspielen gebunden gewesen. Amtshilfeersuchen seien noch nicht möglich, da ein Innenministerium praktisch noch nicht existiere.

Zweitens fehle die praktische Erfahrung mit massenhaften Auseinandersetzungen nicht nur dieser Art. Der "Morgen" z.B. fragt sich: "Welcher Dilettantismus war in Leipzig am Werk, wenn sich eine schwer gerüstete Polizeitruppe derart in die Enge treiben läßt, daß ihr nur noch der Griff zum Revolver bleibt?" (Kommentar vom 5.11.) Damit zusammenhängend wird gesagt, daß die Kommunikation zwischen Leipzig und Berlin unzureichend war, da in Berlin die "Gefahr" durchaus bekannt gewesen sei.

Drittens aber, und das ist der Hauptpunkt, seien die Ex-DDR-Ordnungshüter psychologisch unzureichend vorbereitet. Die taz kommentiert am 6.11. (und ist damit der FAZ in der Stoßrichtung um einen Tag voraus): "Die Schüsse von Leipzig sind (...) vor allem das Problem der Polizei. (...) Die Leipziger Polizei war mit der Situation offensichtlich überfordert. (...) Wie will eine Polizei, die angesichts ihres immensen Autoritätsverlustes darüber klagt, daß sie es kaum noch schafft, Strafmandate im Verkehr durchzusetzen; wie will diese Polizei, die noch kein Selbstbild von ihrer neuen Rolle im demokratischen Staat entwickelt hat, souverän und maßvoll in einer schwierigen Situation entscheiden?" (Kommentar M. Kriener, 6.11.; zum politischen Stellenwert dieser Argumentation s.u., kla.)

Eine Kette von Mängeln also hat, nach einheitlicher Meinung der Kommentatoren, das Versagen der Polizei und damit die tödlichen Schüsse produziert. Letztlich heißt das natürlich: "Im Westen wäre das nicht passiert." Die Koffer von polizeilichen "Entwicklungshelfern" dürften in den nächsten Tagen gepackt werden. Nebenbei bemerkt: kaum ein Wort liest man davon, daß an eben jenem Samstag in Düsseldorf ein junger Mann starb, der eine Woche vorher bei Hool-Auseinandersetzungen verletzt worden war.

Wer nun aber ist dieser "Mob" (ND, 5.11.), dem die "Ordnungskräfte" so scheinbar hilflos ausgesetzt waren?

Beteiligte und Vorgeschichten

Regierungssprecher Vogel am 5.11. in Bonn: "Die Bundesregierung hat keine Erkenntnisse, daß die Ausschreitungen in Leipzig etwas mit dem wachsenden Rechtsextremismus in Ostdeutschland zu tun haben." (zit. nach FR vom 6.11.) Sicher, der Regierungssprecher lügt nicht, er versucht vielmehr, die politische Linie vorzugeben, die in der BRD üblich ist, wenn es um militante Auseinandersetzungen geht, an denen Nazis, Skins und ihr Umfeld beteiligt sind. In welche Konflikte allerdings dieser Umstand die Journaille bringt, die einerseits gerne die Tatsache zunehmender faschistischer Organisierung herunterspielen möchte, andererseits aber doch schreiben, was sie gesehen und gehört hat, ist durchgängig in allen Zeitungen zu beobachten.

In der BamS vom 4.11. kann mensch auf Seite 1 kurz und bündig lesen: "Skinheads und Neonazis zündeten Autos an, schossen mit Leuchtmunition auf die Polizei." Da es schnell gehen mußte, war für Verdrehungen offensichtlich keine Zeit.

Ab Montag jedoch setzt sich das Wort von den "Hooligans" mehr und mehr durch, dient aber nicht der Präzisierung (denn sicherlich waren nicht alle Beteiligten eindeutig der Nazi- und Skin-Szene zuzuordnen), sondern der Verschleierung. Beispiele: das ND spricht von "sogenannten Anhängern, randalierenden Fußballfans, Gruppen, Mob, Vandalen", die FAZ von "Randalierern, Sport-Rowdies, Schlägern und Schreiern", die taz von "Hooligans und randalierenden Fußballfans" (alles 5.11.).

Gleichzeitig jedoch tauchen mehr oder weniger herausgestellt immer wieder Charakterisierungen auf wie "dem neonazistischen Umfeld zuzurechnen", "von Augenzeugen als rechtsradikale Skinheads Bezeichnete", im "Morgen" steht recht unvermittelt der Bericht von einem Gespräch mit dem Ostberliner Kriminalisten und Nazi-Experten Wagner über Zusammenhänge zwischen Hooliganismus und Rechtsradikalismus ...

Die Tatsache, daß in der Ex-DDR - ähnlich wie im Westen - "Fußball" zum Kristallisationspunkt faschistischer Organisierung schon lange vor dem November '89 geworden ist, ist letztlich viel zu bekannt und unübersehbar, als daß sie völlig totgeschwiegen werden könnte. Gerade der FC Berlin ist berüchtigt dafür; die Zahl der Nazis und Skins, die sich schon seit Jahren im Umfeld des ehemaligen Stasi-Klubs gesammelt haben, wird auf mehrere hundert geschätzt (was durchaus ein Schlaglicht auf die Praxis des DDR-Antifaschismus und gesellschaftliche Leitbilder wirft). Die Kontakte zu den faschistisch geprägten "Hertha-Fröschen" aus Westberlin waren und sind bestens. Etliche andere Fußballklubs der Ex-DDR-Oberliga stehen dem im übrigen nur wenig nach.

Dazu kommt, daß die Auseinandersetzungen zwischen Polizei und Hools (im oben geschilderten Sinn) sich gerade in den letzten Monaten seit Saisonbeginn beständig zugespitzt haben: jedes Wochenende wird davon berichtet. Auffällig dabei ist, wie scharf die "Gangart" zu sein scheint: zuletzt zwei Wochen vor den Todesschüssen hatten in Leipzig Polizisten ihre Waffen benutzt. Das Ergebnis waren Treffer in die Beine einiger Leute, die Begründung, warum nicht mehr passiert ist, war, daß die betreffenden Bullen schon am Boden gelegen hätten und ihre Waffen nicht höher hätten heben können!

Nicht zuletzt hat in Leipzig der faschistische offene Straßenterror eine mittlerweile einjährige Tradition, war es doch zunächst am Rande, dann immer mehr im Zentrum der "Montagsdemonstrationen" schon kurz nach dem 9. November '89 zu Nazi-Aufmärschen und Übergriffen gegen Linke, AusländerInnen und andere gekommen.

Schlußfolgerungen: die Pädagogik, der Abscheu, mehr Bullen

Nicht nur die völlige Verleugnung dieses Umstands ist es jedoch, die die publizistische "Aufarbeitung" der Leipziger Ereignisse geradezu widerlich macht. Was wird da nicht alles an den Haaren herbeigezogen: in nahezu jedem Bericht findet sich der Hinweis, daß der heutige FC Berlin früher unter Mielkes Vorsitz stand; nicht nur das "Hamburger Abendblatt" versucht, gerade daraus ein Motiv für die Auseinandersetzungen zu basteln: der Haß auf die Stasi sei ein wichtiger Faktor gewesen - dann jedoch hätten Leipziger Hools die Akteure sein müssen und nicht ausgerechnet diejenigen, die sich in eben jenem verhaßten Klub ein Umfeld gesucht haben. Auf Logik kommt es offensichtlich nicht mehr an, Hauptsache, man kann der Stasi irgendwas anhängen.

Eine seltsame Ambivalenz taucht weiterhin auf, wenn es darum geht, die "Gewalttäter" - da sie ja schon nicht rechtsradikal sein dürfen - gesellschaftlich zuzuordnen. Das Wort von den "Chaoten" wird immer wieder benutzt, die Tatsache der Vermummung wird hervorgehoben, wiederum das "Hamburger Abendblatt" illustriert am 8.11. einen Hintergrundbericht über Hooligans mit einem riesigen "Portraitfoto" eines Männerkopfs mit Haßmaske - von dem Schreckbild des "Autonomen" überhaupt nicht mehr zu unterscheiden. Zwar wird der Vergleich "links gleich rechts" nicht offen gezogen, aber immerhin impliziert. So auch die FR am 7.11. Auf einer "Brennpunkt"-Seite ist eine Reportage über die Alltäglichkeit von Nazi-Übergriffen gegen alternative, linke Projekte in Leipzig zu lesen, auch darüber, wie unter anderem autonome Antifas den Selbstschutz organisieren. Gegen Ende heißt es dann, in bezug auf Auseinandersetzungen während Fußballspielen, überraschenderweise: "Meistens fangen die gegnerischen Fans an, sich zu prügeln, dann sorgen Skins und Antifa schon dafür, daß es zu Massenschlägereien kommt. Einig sind sich Skins und Antifa in ihrer Feindschaft gegen 'die Linken'." (keine Auslassung, so im Original; kla.) ...

Bei der Frage nun, was gegen "die Gewalt" zu tun sei, werden zwei Antworten angeboten: die erste ist die schon bei der Fußball-WM erprobte Leier von den Fanprojekten. Keine der großen Zeitungen kann es sich zur Zeit leisten, auf ein Gespräch mit einem Soziologen/Sozialarbeiter, der am besten noch in einem solchen Projekt arbeitet, zu verzichten. Stereotyp sind die Formulierungen: mehr Geld (wahlweise vom DFB und der Bundesregierung), die soziale Kälte des vereinigten Deutschland und "die Sinnleere" seien schuld an der Aggressivität der jungen Männer. Von Antifaschismus selbstverständlich keine Spur, Pädagogik dominiert, die Erklärungsansätze eines Heitmeyer (Bielefelder Soziologe und "Jugendexperte") werden bis zum Gehtnichtmehr reproduziert, die gesellschaftliche Auseinandersetzung auf ein Problem fehlender Arbeitsplätze reduziert.

Politisch brisanter, weil letztlich realitätstüchtiger, dürfte die zweite Antwort sein. Der oben schon zitierte Manfred Kriener (taz) gibt sie in der verbreiteteren Variante: eine bessere Polizei fordert er (und einen Tag später auch die FAZ), und was damit gemeint ist, das ist unschwer zu ahnen: West-Polizei, und zwar möglichst schnell, denn mann möchte sich schließlich das deutsch-deutsche Abschiedsspiel am 21. November nicht von Glatzköpfen vermiesen lassen ... Was auch immer man von der VoPo halten mag, die Invasion westlicher Experten für Sicherheit und Ordnung, die sich bisher eher auf leitender Ebene abspielte, ist auf keinen Fall zu begrüßen; die Ergebnisse dieser Entwicklung sind schon vorhersehbar, wenn man sich anschaut, wie von Staatsseite bei den Demonstrationen am 3.10. und 3.11. in Berlin vorgegangen wurde.

Die Variante des ND, das sei allerdings der Genauigkeit halber noch erwähnt, ist um keinen Deut besser, der Ruf nach dem starken Staat bleibt auch dort nicht aus: "Sicherheit im weitesten Sinne ist wie so vieles zum abgewerteten Begriff geworden. Diese Neuzeit nach der hastigen Vereinigung mit dem Über-Bord-Werfen vieler humaner Werte menschlicher Kultur schuf ein Vakuum im Zusammenleben (...) Dafür trägt der Staat die politische Verantwortung." (6.11.)

Es bleibt abzuwarten, wie sich die Situation in und um die Stadien weiter entwickelt, wie die Nazis, Skins und Hools auf den 3.11. reagieren werden. Sicher ist jedoch, daß für AntifaschistInnen ein polizeilicher Todesschuß auf diese Szene kein Gewinn ist. Denn selbst, wenn es noch eine zeitlang Sicherheitspartnerschaften zwischen Linken und Bullen geben sollte, so bleibt doch die Tatsache, daß Bullen in diesem Land keine Verbündeten im Kampf gegen Faschisten sind.

kla.

Quellen:

Benutzt wurden taz, FAZ, FR, BILD, Hamburger Abendblatt, ND, Der Morgen vom 4.11. bis 8.11.

6. Regierung der Ukraine zurückgetreten

Rubrik: Sowjetunion, Nationalitäten · CD-Datei: daten/aksuche/ak324/44.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:324:44

"Unter dem Druck destruktiver Kräfte", wie er selbst meint, ist der Regierungschef der Ukraine, Wiktor Masol, Mitte Oktober zurückgetreten. Diese Kräfte hätten nur ihre Macht zeigen wollen und seien gegen die bestehende Gesellschaftsordnung. Was aus dem Land wird, sei ihnen gleichgültig. Ihm selbst und der Regierung könne man keinen Vorwurf machen.

Die "destruktiven Kräfte", das war eine Welle von Studentenprotesten, die Ende September begonnen hatten. Die Studenten hatten sich offensichtlich eng am Pekinger Vorbild von 1989 orientiert: Auf dem eigentlich als Bannmeile deklarierten Platz vor dem Parlamentsgebäude in der Hauptstadt Kiew war unter den gelb-blauen Nationalfarben ein Zeltgelände aufgebaut worden, in dem rund 200 Studenten sich in einem Hungerstreik befanden. Flankiert wurde diese spektakuläre Aktion von Massendemonstrationen in Kiew und in der Westukraine, vor allem in Lwiw, der ehemaligen galizischen Metropole Lemberg. Aus historischen Gründen ist die Westukraine das Zentrum des Nationalismus in der Vergangenheit gewesen und bis heute geblieben. In der stärker "russifizierten" Ostukraine, namentlich in der Industrieregion des Donez-Beckens, fand auch die jüngste Protestwelle wenig Anklang - wenn auch anscheinend mehr als bei früheren Anlässen.

Die Studenten hatten ein Forderungsprogramm aufgestellt, das aus folgenden Punkten bestand:

- Rücktritt der Regierung, Auflösung des Parlaments und Neuwahlen.

- "Nein zum Kolonialvertrag", d.h. keine Beteiligung der Ukraine an Verhandlungen über einen neuen Unionsvertrag, sondern Austritt aus der UdSSR.

- Aufstellung eigener Streitkräfte der Republik; kein Wehrdienst außerhalb der Ukraine.

- Enteignung der KPdSU und der Jugendoranisation Komsomol.

- "Entpolitisierung" aller Staatsorgane, einschließlich Armee und KGB, worunter vor allem die Auflösung der Parteiorganisationen der KPdSU in diesen Einrichtungen zu verstehen ist.

Die Forderungen der Studenten wurden von der parlamentarischen Opposition unterstützt. In der Ukraine waren Anfang März der Oberste Sowjet (= Parlament der Republik) und die Kommunalvertretungen neu gewählt worden. Das nationalistische Oppositionsbündnis "Narodna Rada" mit dem großen Dachverband "Ruch" als Zentrum hatte bei den Wahlen nur rund ein Viertel der Sitze im Obersten Sowjet gewinnen können. Triumphe konnte die Opposition allerdings in der Westukraine feiern, wo sie riesige Mehrheiten in den großen Städten und vielen anderen Gemeinden errang, so daß sie dort die Macht übernommen hat. Auch in der Hauptstadt Kiew stellt sie die Stadtregierung. Die KPdSU hat im Obersten Sowjet der Ukraine nur eine knappe Mehrheit, so daß Koalitionen der "Narodna Rada" mit Zwischenkräften möglich sind. Gelegentlich gibt es sogar, wie im Falle der ukrainischen Souveränitätserklärung vom Juli, eine Allparteien-Koalition auf Basis eines Kompromisses mit der "Narodna Rada".

Mit der Forderung nach Neuwahlen demonstriert die nationalistische Opposition, daß sie ihre Minderheitsrolle nicht akzeptiert, sondern einen baldigen Machtwechsel erzwingen will. In diesem Punkt wurde mit dem Rücktritt Masols bereits ein Zeichen gesetzt. Doch soll über die Frage, ob das Parlament sich auflöst und dann im Frühjahr 1991 vorgezogene Wahlen stattfinden, noch in einer Volksabstimmung entschieden werden.

Punkt zwei: die Ukraine wird keinen neuen Unionsvertrag unterzeichnen, solange nicht eine neue Verfassung der Republik ausgearbeitet und verabschiedet ist. Diese Position war aber schon vorher, unabhängig von den Studentenprotesten, klar.

Punkt drei: Als Übergangslösung sollen Wehrpflichtige nur noch auf freiwilliger Basis außerhalb der Ukraine stationiert werden. Schon am 10. Oktober hatte das Parlament ein Gesetz verabschiedet, das es der Zentralregierung untersagt, ukrainische Soldaten bei ethnischen Konflikten einzusetzen. In allen anderen Fällen muß der Einsatz außerhalb der Ukraine zuerst vom Parlament der Republik abgesegnet werden. Eine Berufsarmee auf freiwilliger Basis wird angestrebt. Bis Ende des Jahres soll ein neues Wehrdienstgesetz vorliegen.

Große Siege hat die Studentenbewegung also nicht errungen. Was "zugestanden" wurde, war eigentlich vorher schon beschlossen und entsprach der auf weitgehende Souveränität orientierten Politik, die auch von der ukrainischen KP betrieben wird. Es bleibt der Rücktritt Masols, der aber die weitere Entwicklung noch offen läßt. Daß Neuwahlen, falls sie wirklich stattfinden, entscheidende Veränderungen zugunsten der nationalistischen Opposition bringen würden, ist noch nicht ausgemacht. Es wäre auch falsch, zu sagen, daß Masols Rücktritt von den Studentenprotesten erzwungen worden sei. Dazu war die Mobilisierung ins Volk hinein und über die traditionellen Zentren Westukraine plus Kiew hinaus nicht breit genug. Es scheint, daß Masol fiel, weil ihm der Rückhalt in der eigenen Partei nicht mehr sicher war.

Seine Äußerungen weisen ihn als "konservativen" Grantler aus, der das Land am liebsten noch mit den alten Methoden regieren würde, und der die sich rasch verändernde Welt nicht mehr so recht begreift. Dem allgemeinen Trend der KPdSU zur Anpassung an die jeweiligen Nationalismen stand Masol vermutlich im Weg.

Auf der anderen Seite ist die nationalistische Opposition in der Ukraine bisher weniger extrem als in anderen Republiken, wo die Widersprüche, bis an den Rand des Bürgerkriegs, toben. Die Polarisierung zwischen den Nationalitäten war in der Ukraine bisher vergleichsweise schwach entwickelt, was auch für die russische Seite gilt. Die Studentenbewegung hat möglicherweise eine schärfere ideologische Komponente ins Spiel gebracht: ihr ist, so war zu hören, die bisherige Opposition bei weitem nicht radikal genug. Forderungen, die KPdSU als "verbrecherische Organisation" kurzerhand zu zerschlagen, lassen aufhorchen. Auch Ehrungen für die bedeutendste rechtsnationalistische Organisation der 20er bis 40er Jahre, OUN, und deren Führer Bandera setzen ungute Zeichen. Ging doch deren Affinität zu faschistischen Theorien zeitweise bis zur Kollaboration mit den Nazis. Und man mag sich daran erinnern, daß damals die akademische Jugend die Hauptbasis des ukrainischen Rechtsnationalismus war. Dennoch wäre es zweifellos verfehlt, die heutige nationalistische Opposition der Ukraine oder auch nur relevante Teile der Studentenschaft einfach in die "faschistoide" Schublade zu schieben. Daß hier eine Gefahr liegt, sollte aber nicht übersehen werden.

Die Ukraine ist später als andere Republiken in den Trend zur Auflösung bestehender Machtverhältnisse und den Aufschwung nationalistischer Politikansätze geraten. Sie war die letzte Republik, in der noch ein KP-Chef aus der Riege Breschnews herrschte. Seit Mai 1972 hatte Wladimir Schtscherbitzki dieses Amt gehabt, und zu seinem Sturz Ende September 1989 ließ sich Gorbatschow persönlich nach Kiew einfliegen. Im gleichen Monat erst wurde der nationalistische Dachverband "Ruch" als republikweite Organisation offiziell konstituiert. Es gab die "Ruch" zwar auf örtlicher Ebene auch schon einige Monate vorher, aber der Zusammenschluß erfolgte erst im September 1989, ein Jahr später als in anderen Republiken. Während beispielsweise in den baltischen Republiken und anderswo die alten Staatssymbole bereits offiziell wieder Einzug hielten, war im Herbst 1989 in der Ukraine noch das Zeigen der blau-gelben Farben verboten. Demonstrationen wurden häufig noch gewaltsam aufgelöst.

Die Ukraine hat ihren "Rückstand" in der Entwicklung jedoch innerhalb weniger Monate aufgeholt. Die Kommunalwahlen im März dieses Jahres machten die traditionellen Unterschiede zwischen westlicher und östlicher Ukraine erneut sichtbar und führten faktisch zu Zuständen der Doppelherrschaft. Nach Übernahme der Macht in Lwiw, Ternopol und anderen Städten und Gemeinden der galizischen und bukowinischen Westukraine läßt es die Opposition auf Kraftproben mit dem Obersten Sowjet in Kiew ankommen. Da wurde die Beflaggung der öffentlichen Gebäude in Blau-Gelb angeordnet, die Regierung in Kiew erklärte die Erlasse für ungültig, aber es kümmerte sich schon niemand mehr darum. Da wurden Kirchen an die 1946 aufgelöste und seit 1989 wieder zugelassene, eng mit dem westukrainischen Nationalismus liierte Unierte Kirche zurückgegeben, unter vergeblichen Protesten des Obersten Sowjet. Da wurden auf kommunaler Ebene die Lehrpläne "entideologisiert", was praktisch heißt: Marx raus, Jesus rein! Da wurden Lehrer wegen Mitgliedschaft in der KPdSU gefeuert und Lenin-Statuen vom Sockel gerissen. Kiew kann oder will nichts mehr dagegen tun, Moskau schon gar nicht.

Die Ukraine treibt, da sich die unterschiedlichen geschichtlichen Hintergründe und nationalen Zusammensetzungen der Landesteile nicht einfach aufheben lassen, auf schwer lösbare Widersprüche, wenn nicht gar eine regionale Spaltung zu. Da kann man schon Solschenizyn verstehen, wenn er in seinem kürzlich publizierten Manifest lamentiert: "Heute die Ukraine zu separieren bedeutet, Millionen Familien und Menschen voneinander zu trennen; welch ein Umkneten der Bevölkerung, ganze Gebiete mit russischer Mehrheit; wie

viele Menschen werden schwanken, welche von beiden Nationalitäten sie wählen sollen; wieviel gemischte Abstammung, wie viele gemischte Ehen!" (nach FAZ, 20.10.)

Solschenizyn hält eine klassische Antwort auf das Dilemma bereit: sie alle, Russen, Weißrussen und Ukrainer (die er gelegentlich nach dem entlarvenden zaristischen Sprachgebrauch auch "Kleinrussen" nennt), sie alle sind doch im Grunde ihrer Seelen Kinder des einen russischen Volkes. "Nur durch das entsetzliche Unglück der Mongolenüberfälle und später durch die polnische Kolonialherrschaft hat sich unser Volk in drei Zweige gegliedert ... Unter litauischer und polnischer Herrschaft waren Kleinrussen und Weißrussen sich ihres Russentums bewußt und widerstanden den Versuchen zu Polonisierung und zur Katholisierung. Die Rückkehr dieser Länder nach Rußland wurde seinerzeit von allen als Wiedervereinigung aufgefaßt." - So soll nun noch einmal zusammenwachsen, was doch zusammengehört, appelliert Solschenizyn.

Die auch von anderen russischen Nationalisten geteilte Idee, sich von den quengeligen und undankbaren Mitbewohnern des sowjetischen Hauses zu trennen und stattdessen die drei ostslawischen Völker in einem russisch dominierten Staat zu sammeln, findet bei der ukrainischen Nationalbewegung jedoch keinen Anklang. Sie wird im Gegenteil als großrussischer Chauvinismus abgelehnt.

Kt., Hamburg

7. Reichstagswahlen: Ohne uns!

Rubrik: Radikale Linke · CD-Datei: daten/aksuche/ak324/wahlboy.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:324:wahlboy

Wie groß die "Lust auf Links" (PDS-Wahlslogan) nach dem 2.12. ist, wird sich erweisen. Absehbar wird die Regierung der Annexion es im Parlament mit einer Opposition zu tun haben, die verbal opponiert, sich aber ansonsten mit den Spielregeln imperialistischer Herrschaftsausübung arrangiert bis identifiziert. Die Zukunft der außerparlamentarischen Opposition ist offen - sie wird wesentlich von der Bewertung der Wiedervereinigung und ihrer Folgen, der Analyse der eigenen Situation und den daraus gezogenen Schlüssen abhängen. Wenn die Errichtung Großdeutschlands der mit Abstand bedeutsamste und folgenreichste Einschnitt der bundesdeutschen Nachkriegspolitik ist, muß auf diese Zäsur der objektiven Verhältnisse eine Zäsur nichtreformistischer, systemoppositioneller Politik folgen.

Linke Politik hat es in diesem Jahr nicht an einem einzigen Punkt geschafft, ernsthaft störend in den seit 1941 beispiellosen Siegeszug des BRD-Imperialismus einzugreifen. Diese Unfähigkeit und die Bereitschaft anderer Teile der Linken, Weltmachtpolitik mitzugestalten, ist vor allem mit eigenen Fehlern und nicht mit objektiven Bedingungen zu erklären. Dazu gehören neben einer Überschätzung von Einflußmöglichkeiten auch die Methoden politischer Aktivitäten der Vergangenheit wie beispielsweise in der Friedensbewegung, die der Forderung nach "deutscher Souveränität" innerlinke Akzeptanz verschaffte. Hier wird die Bedeutung der für das Wahlwochenende in Hamburg geplanten Konferenz "Außerparlamentarische Opposition in Deutschland" liegen. Vor dem Hintergrund der Formierung einer deutschnationalen Volksgemeinschaft wird die Auseinandersetzung mit Nationalismus, Rassismus und Faschismus und vor allem die Reflexion bisheriger linker Praxis in diesem Bereich im Mittelpunkt der Konferenz stehen. Eingeladen sind alle Menschen, die Interesse an der Entwicklung linksradikaler außerparlamentarischer Perspektiven haben.

Seite 28

8. Wahlen in Euskadi: Es bleibt wie es war

Rubrik: Spanien · CD-Datei: daten/aksuche/ak324/13.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:324:13

Am 28. Oktober fanden in Euskadi Wahlen zum "autonomen" baskischen Parlament in den drei anerkannten Provinzen Gipuzkoa, Bizkaya und Araba statt. An der Wahlbeteiligung von 60 Prozent zeigt sich, wie wenig sich die BaskInnen von dieser Wahl versprechen. Die, die ihre Stimme abgaben, bestätigten den Stand der Dinge.

Der gemäßigte Nationalismus, vertreten durch die konservative Partido Nacionalista Vasco (PNV), gewann gegenüber der letzten Wahl 5% dazu und besetzt nun mit 28% 22 Sitze im baskischen Parlament. Die mit der PNV die Regierungskoalition bildende PSE-PSOE, baskischer Ableger der spanischen Spezialdemokraten, verlor 2% und stellt mit knapp 20% 16 Sitze, genug um die Koalition mit einer absoluten Mehrheit im 75 Sitze zählenden Parlament fortzuführen.

Herri Batasuna (HB), als Vertreterin des radikalen Nationalismus, zu deren Wahl auch LKI (4. Internationale) und EMK (Baskische Kommunistische Bewegung) aufriefen, konnte sich auf der anderen Seite als drittstärkste Partei mit 13 Sitzen und 18,7% halten. Trotz massiver Hetze gegen HB und die Organisationen in deren Umfeld gibt es einen bedeutenden Teil in der Bevölkerung, der an der Notwendigkeit einer radikalen Umwälzung der Gesellschaft festhält, wie an der Solidarität mit den für diese Idee Kämpfenden.

HB wird ihre Sitze voraussichtlich nicht einnehmen, da sie das Parlament als Farce innerhalb des 1982 von der Zentralregierung eingeführten Autonomiestatuts sieht. Neu ist, daß HB den propagandistischen Vorschlag gemacht hat, gemeinsam mit der PNV und deren Linksabspaltung Eusko Alkartasuna (EA) eine Regierung zu bilden, wenn es zu einer Übereinkunft kommt über die nationale Souveränität und einen Weg zur Sicherung des Friedens.

Zwischen diesen beiden Blöcken gibt es kaum Raum für reformistische Optionen, wie sie von Euskadiko Ezkerra (EE), aus ETApm hervorgegangen, und zum Teil EA vertreten werden. Beide Parteien verloren Stimmen, EE sank von knapp 11% auf knapp 8% und belegt nun 6 Sitze, damit ist ihr Hauptanliegen, ein Plätzchen in der künftigen Regierung, nicht erreicht. Bedeutende interne Auseinandersetzungen zeichnen sich ab, die möglicherweise zum Verlust des politischen Einfluß führen. Teo Uriarte, ein wichtiger Vertreter der Partei hat schon seinen Wechsel in die Reihen der PSOE bekannt gegeben. EA verlor 4% und hält mit heute gut 11% 9 Sitze.

Die extreme Rechte hatte Zugewinne. Die Partido Popular von Fraga (PP) konnte ihre Stimmen fast verdoppeln und erhielt mit 8% 6 Sitze. Deren neue Abspaltung Unidad Alavesa (UA), die Regional Chauvinismus für die Provinz Araba mit der Bejahung des spanischen Zentralstaats verbindet, landete in dieser Provinz mit 11% knapp hinter HB (ohne dabei PP allzuviele Stimmen zu nehmen) und kommt damit insgesamt auf 1,4% und zwei Sitze.

Das Wahlergebnis spiegelt die Polarisierung in der baskischen Gesellschaft wider. Einerseits das gemäßigte nationale Spektrum, daß sich mit ein paar Sonderrechten und etwas Machtbeteiligung in den spanischen Zentralstaat integrieren läßt und sich zunehmend von radikaleren Ansätzen distanziert. Andererseits das radikale Spektrum, das mit der nationalen Befreiung einen radikalen Umbruch der gesellschaftlichen Verhältnisse verbindet.

olafo

9. Landtagswahlen in der DDR

Rubrik: Wahlen; DDR · CD-Datei: daten/aksuche/ak324/53.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:324:53

Zum dritten Mal in diesem Jahr war am 14. Oktober in der DDR, die zu diesem Zeitpunkt bereits keine mehr war, zu wählen: nach Volkskammer (18. März) und Kommunen (6. Mai) diesmal die Landtage der fünf neuen Bundesländer. Ein Erlahmen des Interesses an dem neuen Volkssport "freie Wahlen" war nicht zu übersehen: Hatten am 18. März noch 93 bis 95% ihrer staatsbürgerlichen Pflicht Genüge getan, so zog es jetzt nur noch zwischen 65 und 73,5% des Wahlvolks an die Urnen. Die besonders schwarzen neuen Bundesländer Sachsen und Thüringen waren auch in Punkto Wahlbeteiligung etwas eifriger als der Norden.

In der Gesamtbilanz zeigt sich die CDU erneut als Siegerin. Sie hat den starken Einbruch bei den Kommunalwahlen wieder wettgemacht und hat das Super-Ergebnis der Volkskammerwahl sogar noch übertroffen: 40,8% am 18.3., dann runter auf 30,4% bei den Kommunalwahlen und nun wieder rauf auf 43,6%. Das Ergebnis korrigiert sich etwas, wenn man die Stimmen von CDU und DSU zusammenrechnet. Zusammen kamen sie bei der Volkskammerwahl auf 46,2% und jetzt auf 45,7%. - Außerdem ist zu berücksichtigen, daß am 14. Oktober in Ostberlin, wo die CDU bisher schwach war, nicht gewählt wurde: Wenn man Ostberlin nicht berücksichtigt, hatten CDU und DSU am 18. März in den fünf Ländern zusammen 50,2%.

Der Abstieg der DSU in die Bedeutungslosigkeit hat sich fortgesetzt: von 6,3% über 3,4% fiel sie auf 2,1%. In keinem der fünf neuen Bundesländer reichte es zum Sprung über die Fünf-Prozent-Hürde. Besonders kläglich fielen die Ergebnisse im Norden aus (0,8% in Mecklenburg-Vorpommern); aber auch Sachsen, wo die DSU am 18. März mit 13,1% ein sensationelles Ergebnis erreichte, zeigte sich mit nur noch knapp 3,6% abweisend. Hier profitierte vom Niedergang der DSU sichtlich die CDU, die über 10% zulegen konnte und die absolute Mehrheit erreichte. Die Hoffnung der CSU, mit Hilfe der DSU ihrem alten Ziel einer Ausdehnung über Bayern hinaus näherzukommen, scheint damit wieder einmal eine Niederlage erlitten zu haben.

Leichte Zugewinne, wohl in erster Linie auf Kosten der PDS, kann die SPD verzeichnen: nach 21,9% bei der Volkskammerwahl und 21% am 6. Mai liegt sie nun bei 25,2%. Ein beeindruckendes Ergebnis ist das immer noch nicht, das Gefälle zwischen West und Ost bleibt noch sichtbar. Am niedrigsten liegt die SPD in Sachsen (19,1%), am besten in Brandenburg (38,25%), wo sie künftig mit Unterstützung von FDP und Bündnis 90 (und Tolerierung der PDS) regieren wird. Allerdings ist daran zu erinnern, daß die SPD hier schon am 6. Mai bei 40,2% lag, seither also sogar wieder etwas abgebaut hat.

Insgesamt muß festgestellt werden, daß die eigentlich logische und begründete Erwartung, die CDU werde am 14. Oktober doch wohl wenigstens einen "Denkzettel" für ihre antisoziale Politik bekommen, und die SPD (vielleicht sogar die PDS?) werde einen entsprechenden Auftrieb haben, nicht in Erfüllung ging. Alle Untersuchungen zeigen, daß die Menschen der DDR über die realen Folgen des Anschlusses stöhnen, aber zumindest die zahlreiche Anhängerschaft der CDU scheint das überhaupt nicht mit der Bonner Politik in Verbindung bringen zu wollen, sondern glaubt offenbar immer noch an das von Kohl versprochene Wirtschaftswunder oder an den Lieben Gott.

Drittstärkste Partei in den fünf östlichen Bundesländern blieb die PDS. Viel mehr Positives läßt sich dazu nicht sagen. Von 16,4% am 18. März fiel sie bei den Kommunalwahlen auf 14% und nun am 14. Oktober auf 11,6%. Mit Ostberlin, daran sei noch einmal erinnert, würde das Ergebnis der PDS etwas besser aussehen. Die PDS hat am stärksten überall dort verloren, wo sie am 18. März ihre Spitzenergebnisse hatte. So sackte sie in Mecklenburg-Vorpommern von 22,8% (Volkskammer) und 19,4% (Kommunal) auf 15,65% ab, was aber immer noch ihr bestes Länderergebnis ist. In den vier anderen Ländern sind die Ergebnisse der PDS, verglichen mit denen der Kommunalwahlen, fast stabil geblieben. In Thüringen, wo die PDS am schwächsten verankert ist, ergibt der Vergleich zwischen 6. Mai und 14. Oktober sogar ein zartes Plus: von 9,32% auf 9,72%.

Insgesamt muß wohl eingeschätzt werden, daß sich das am 18. März noch sehr starke Gefälle zwischen den regionalen Ergebnissen der PDS (zwischen 30% und 5%) nivelliert hat und sich wahrscheinlich noch weiter angleichen wird. Das bringt leider auch mit sich, daß die PDS am 14. Oktober in keinem einzigen Wahlkreis mehr stärkste Partei wurde. Die Hoffnung, über diesen Seitenweg - stärkste Partei in mindestens drei Wahlkreisen - die Fünf-Prozent-Hürde umgehen zu können, dürfte damit bereits wieder zunichte sein.

Recht gut haben die Bürgerbewegungen und die Grünen abgeschnitten. Ihr Anteil ist von 4,9% (Volkskammer) auf 6,8% gestiegen. In vier der fünf neuen Bundesländer sind sie jetzt im Landtag vertreten, und zwar als Bündnis 90 in Brandenburg, als Neues Forum in Sachsen, sowie als Grüne/Neues Forum in Thüringen und Sachsen-Anhalt. Nur in Mecklenburg- Vorpommern, wo Grüne, Bündnis 90 und Neues Forum gegeneinander kandidierten, scheiterten alle drei an der Fünf-Prozent-Hürde. Zusammen hätten sie 9,3% gehabt.

Offensichtlich sind die Bürgerbewegungen, die in der "Revolution" vom Herbst 1989 eine zentrale Rolle spielten, und die Grünen auf dem Gebiet der DDR noch nicht zu einer Partei zusammengewachsen. Letzten Endes wird aber eine Unterordnung der DDR-spezifischen Bürgerbewegungen unter die BRD-dominierten Grünen kaum ausbleiben können. Der Zwang, auch auf Bundesebene mit der Fünf-Prozent-Hürde fertig werden zu müssen, wird diesen Trend befördern.

Gut behauptet hat sich die FDP, die von 5,3% (Volkskammer) auf 7,8% gewachsen ist und damit ihren festen Platz auch auf dem Gebiet der ex-DDR sicher haben dürfte. Die Differenz zwischen ihren Länderergebnissen ist allerdings groß: in Mecklenburg-Vorpommern (5,5%) und Sachsen (5,3%) reichte es nur gerade eben für den Landtag, während die FDP in Sachsen-Anhalt mit 13,5% sogar die PDS überflügelte und auf den vierten Platz verwies. Hier sind besonders die Ergebnisse in den Wahlkreisen von Halle (zwischen 22 und 26%) hervorzuheben.

Die Hoffnungen der Rechtsradikalen, sich in der DDR plazieren zu können, gingen nicht in Erfüllung. Hier scheint das rechtsextreme Potential noch weitestgehend der CDU/DSU zugute zu kommen oder sich in Nicht-Wählen auszudrücken. NPD und Reps kamen in Brandenburg auf 1,3%, in Thüringen und Mecklenburg-Vorpommern auf 1,1%, in Sachsen-Anhalt auf 0,8% und in Sachsen (nur NPD) auf 0,7%.

Als DDR-spezifisches Kuriosum sei noch die Kandidatur einer Deutschen Biertrinker-Union erwähnt, die insgesamt 31.126 Stimmen (etwa 0,35%) bekam und in Mecklenburg-Vorpommern mit 0,55% überdurchschnittlich gut abschnitt. (Hier wäre das Ergebnis wahrscheinlich sogar noch besser ausgefallen, wenn man nicht in sektiererischer Weise die Korntrinker ausgegrenzt hätte.)

Verschwunden ist leider eine weitere DDR-Besonderheit, nämlich die beiden Bauernparteien DBD und Bauernverband. Zusammen hatten sie bei den Kommunalwahlen am 6. Mai immerhin 5,7% erreicht, tatsächlich aber regional noch besser abgeschnitten: 10,5% im Bezirk Schwerin, 13,1% im Bezirk Neubrandenburg, 8,8% im Bezirk Rostock, über 7,5% auch in den Bezirken Cottbus und Frankfurt/Oder.

Der CDU ist es weitgehend gelungen, sich nicht nur das organisatorische Gerüst der beiden Bauernparteien einzuverleiben, sondern auch deren Wählerschaft an sich zu binden. Eigentlich unglaublich, denn von keiner anderen Partei haben die Bauern der ehemaligen DDR Schlimmeres zu erwarten als von der Wirtschaftspolitik der CDU. Aber, wie man bei Bauerns schon immer zu sagen pflegte: "Die dümmsten Kälber wählen ihre Schlachter selber".

Kt., Hamburg

10. Dokumentation: "Stille Post" Hausmitteilung der WoZ vom 12. Oktober 1990

Rubrik: Medien; RAF · CD-Datei: daten/aksuche/ak324/04.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:324:04

(RAF / AK / WoZ / AP / taz / stern) Daß Journalismus etwas mit dem beliebten Flüsterspiel "Stille Post" zu tun hat, wissen wir und wissen Sie als Leserinnen und Leser. Selbstverständlich bemühen wir uns mit allem pipapo, die Verdrehungen und Verzerrungen in dem, was wir veröffentlichen, möglichst klein zu halten, und ebenso selbstverständlich gelingt uns das höchstens annäherungsweise. Und dann geht die Kette weiter, und was LeserInnen anderen erzählen, können wir schon gar nicht mehr beeinflussen.

Aktuelles Beispiel: In der letzten Ausgabe der WoZ (Nr. 40/90) dokumentierten wir - soweit es platzmäßig möglich war - eine Erklärung des westdeutschen politischen Gefangenen Helmut Pohl (RAF). Nach dem wochenlangen Klamauk über eine Zusammenarbeit von DDR-Stasi und BRD-RAF fanden wir es wichtig, einmal die Sicht eines Beteiligten darzustellen. Pohl hatte sich bereits Ende August aus dem Gefängnis gemeldet, seinen Brief hatte der Hamburger "Arbeiterkampf" in der Ausgabe vom 17. September (AK 322) veröffentlicht, und wir zogen nach. Mit einer Fußnote, deutlich durch Sternchen markiert, in der die Quelle genannt wird. Nun arbeitet einer unserer Leser bei der Nachrichtenagentur AP in Frankfurt/ Main. Er rief an, wir wiesen auf die Fußnote hin, er wollte unsere Interpretation zu einem Abschnitt der Erklärung wissen, wir konnten keine eindeutige Interpretation geben. Soweit und noch lange nicht gut. Ein, zwei Stunden später meldete sich ein Redakteur der linksliberalen Berliner "taz" und fragte nach einer "neuen RAF-Erklärung", die einer von AP verbreiteten Meldung zufolge in der WoZ erschienen sei und in der sich die RAF von ihrer bisherigen Politik distanziere. Wir wiesen den Kollegen darauf hin, daß die Erklärung alt, in der "taz" selbst schon vor Wochen ausführlich kommentiert, wenn auch nicht dokumentiert worden sei und daß uns die Interpretation "Absage an den bewaffneten Kampf" doch etwas sehr weit hergeholt erscheine. Offenbar hatte der Redakteur jedoch Blut geleckt, die Geschichte paßte ja auch so wunderbar in die "taz"-Redaktionslinie, störende Bedenken waren da schnell verdrängt, und die Meldung erschien im Blatt. Offensichtlich wurde sie auch in anderen westdeutschen Zeitungen veröffentlicht, die sich gar nicht erst bei uns erkundigt hatten. Und stets mit dem Verweis: WoZ laut AP. Die WoZ behauptet, die RAF habe ... So geht das. Und immer weiter. Der Hamburger "stern" meldete sich und wollte unser "Interview mit Helmut Pohl" (und bestellte gleich ein Abo, wo wir doch so interessante Sachen publizieren ...)

Ihr WoZ-Kollektiv

Hausmitteilung aus: Die Wochenzeitung, WoZ, Zürich, 12. Oktober 1990, Nr. 41

11. Ölkrise und Rezession

Rubrik: Imperialismus und Weltwirtschaft; Golfkrieg · CD-Datei: daten/aksuche/ak324/01.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:324:01

Die vormaligen Ölkrisen waren gleichsam Vorboten weltweiter Rezessionen. Auf die Ölpreissteigerungen von 1973 folgte die erste synchron verlaufende Krise 1974/75; als das Öl vor 10 Jahren nochmals einen Preissprung machte, machte die gesamte kapitalistische Weltwirtschaft die bis dahin tiefste Krise seit dem zweiten Weltkrieg durch und schrieb erst wieder Ende 1982 schwarze Zahlen. Setzt sich diese Parallele fort?

Nach der Besetzung Kuwaits durch das irakische Regime schoß der Ölpreis in geradezu astronomische Höhen. War er von seinem Höchststand von rund 30 Dollar pro Barrel (1 Barrel=159 Liter) vor 10 Jahren seit 1985 auf ein Durchschnittsniveau von 18-22 Dollar gesunken, so schnellte er im Oktober dieses Jahres auf über 40 Dollar hoch. Einige Wochen später war er auf 28 Dollar gesunken. Derzeit liegt er gerade bei 35 Dollar.

Die Berg- und Talfahrt des Ölpreises hat mit den realen Verhältnissen auf dem Ölweltmarkt so gut wie nichts zu tun - und im Unterschied zur sogenannten Ölkrise 1973 werden auch gar nicht erst die bösen arabischen Scheichs und Emire dafür verantwortlich gemacht. 1973 gab es massive imperialistischen Drohungen, sich die arabischen Ölfelder militärisch anzueignen.

Durch das weltweite Handelsembargo gegen den Irak werden dem Weltmarkt rund 4 Mio. Faß Rohöl pro Tag oder 7% des Weltverbrauchs entzogen, die jedoch leicht durch erhöhte Ölförderungen in Saudi-Arabien, Venezuela und anderen erdölexportierenden Staaten kompensiert werden können. Von einer weltweiten Angebotsverknappung kann also keine Rede sein, zumal die imperialistischen Länder sich nach den beiden vorherigen Ölkrisen durch das Anlegen eigener Reserven gewappnet haben. Die rasanten Schwankungen des Ölpreises sind rein spekulativ begründet und Reaktionen auf einen möglichen Krieg am Golf. Massive Drohungen des US-Präsidenten oder Maggie Thatchers, einen Blitzkrieg gegen den Irak zu entfachen, sorgt für eine spekulativ überhöhte Nachfrage und treibt den Ölpreis nach oben. Während einer Verhandlungsphase zwischen sowjetischen Diplomaten und der irakischen Führung rutschte der Ölpreis prompt nach unten. Als Präsident Bush am Morgen des 29. Oktober erneut zur Entscheidungsschlacht blies, kostete der Barrel sogleich 7 Dollar mehr, usw. Sollten die USA tatsächlich eine militärische Aggression gegen den Irak durchführen, werden Ölpreise bis zu 65 Dollar pro Barrel genannt.

Verlierer und Gewinner

Während die erdölexportierenden Länder mit Ausnahme des Irak von den Preiserhöhungen durch einen gleichfalls steigenden Einnahmenanteil profitieren, verschlechtern sich umgekehrt die Leistungsbilanzen der ölimportierenden Länder. Vor allem die Staaten der "Dritten Welt" und Osteuropas müssen über ihre prekäre Verschuldung und knappen Ressourcen hinaus zusätzliche Milliardensummen überweisen. Für dieses Jahr müssen allein die osteuropäischen Staaten 15 Mrd. Dollar mehr hinblättern, da sie zu allem Überfluß nicht mehr aus der Sowjetunion Öl zu wesentlich günstigeren Preisen erhalten. Marktwirtschaft hat eben ihren Preis - von dem mindestens die sowjetische Leistungsbilanz profitiert.

Die höheren Ölrechnungen, die die Regierungen in den Drittweltländern zu begleichen haben, werden die ohnehin extrem miserablen Lebensbedingungen der Bevölkerungsmehrheiten noch weiter verschlechtern und die sogenannten Reformprozesse in Osteuropa verzögern. Außerdem bereitet dies auch den Gläubigerländern und ihren Agenturen wie dem IWF und der Weltbank Kopfzerbrechen, weil die längst fälligen Zins- und Tilgungszahlungen weiter geschoben werden müssen. Die seit 1982 offen zutage getretene Schuldenkrise verschärft sich zweifellos.

Damit sind die Verlierer der spekulativ begründeten Ölpreissteigerungen im wesentlichen benannt.

Die Gewinner, vor allem Saudi-Arabien, auch der Iran, der seine Ölförderung erhöhte und andere ölexportierende Länder, erhöhen ihre Deviseneinnahmen, darunter auch Schuldnerländer wie Venezuela und Mexiko. Einige dieser Länder wie Saudi-Arabien und die Emirate betreiben - wie gehabt - ein "Recycling" der Petro-Dollars: Diesmal wandern aber rund 20 Mrd. Dollar direkt in die Kriegskasse des Pentagon zur Finanzierung der "Operation Wüstenschild". Die US-Rüstungsindustrie macht ihre geringen Verluste infolge

der Haushaltskürzungen für ihre Budgets dadurch mehr als wett, zumal auch die Nato bereits zur Kasse gebeten wurde und ihr Solidaritäts-Scherflein dazu beitrug.

Unter den imperialistischen Staaten schälen sich Gewinner und Verlierer heraus; zu den Verlierern zählen die USA und all die Länder, die ihre Ölrechnungen in Dollar bezahlen und deren Wechselkurse ebenso wie der Green Back im Abwertungstrend liegen. Das gilt etwa für Großbritannien, Griechenland, bedingt auch für Japan.

Kaum berührt von den Ölpreissteigerungen sind die Staaten der EG und jene Länder, die ihre Währungen an das Stabilitätsniveau der D-Mark angeschlossen haben, denn im Vergleich zu Beginn dieses Jahres ist der Dollar gegenüber der D- Mark 25% weniger wert. Mit dem historischen Tiefstand von 1,50 DM gegenüber der Kohl-Mark im Keller - und das ist noch nicht das Ende des Dollar-Tiefflugs - sind die höheren Ölrechnungen so gut wie kompensiert.

Das ist gerade jetzt Wasser auf die Mühlen der Herren Pöhl und Waigel, können sie doch die Vorzüge ihres Modells einer gemeinsamen Währungsunion anpreisen, die auf nichts anderes hinausläuft als auf eine D-Mark-Union, in der die mächtigen Teutonen den stabilitätspolitischen Ton angeben, koste es Arbeitslose und Reallohnabbau von Portugal bis Griechenland, was es wolle.

Es rumpelt im "Casino-Kapitalismus"

Auch ohne den Einfall des Irak in Kuwait würde die derzeitige Befindlichkeit der kapitalistischen Weltwirtschaft, und eine andere als diese gibt es nach dem Zusammenbruch des Realsozialismus nicht mehr, für kräftige Negativschlagzeilen und Krisengemälde sorgen.

"Konturen eines Desasters", heißt es beispielsweise über Japan, "Weltmacht auf tönernen Füßen", so lautet die Diagnose über die USA ("Die Zeit", Nr. 43 und 44-1990). Tatsächlich zeichnete sich bereits vor der Golfkrise eine gespaltene Weltkonjunktur ab; vor allem im angelsächsischen Raum wie in den USA, Großbritannien, Kanada und Australien kündigt sich eine zyklische Krise an, die Wachstumsraten tendieren gegen Null, die Inflationsraten steigen, die Auftragsbücher in den Industrien warten auf Eintragungen. Demgegenüber sind die Konjunkturen in Westeuropa und Japan "robust" und laufen wie geschmiert, vor allem die deutsche mit Ausnahme des sächsischen Raums.

Tatsächlich spielt die vergrößerte BRD die weltwirtschaftliche Wachstumslokomotive, denn die Exporte Frankreichs, Großbritanniens und der USA in die BRD weisen inzwischen zweistellige Zuwachsraten auf. Allerdings ist der gesamtdeutsche Binnenmarkt trotz Anschlußpolitik viel zu klein und kann von daher nie die Lokomotivfunktion spielen wie die USA, allenfalls die Krisentendenzen etwas abmildern.

Weitaus gravierender sind die weltweiten Veränderungen außerhalb der realen Akkumulation, der Sphäre der internationalen spekulativen Geld-, Kredit-, Devisen- und Finanzmärkte, in denen täglich bis zu 600 Mrd. Dollar umgesetzt werden und den realen Warenaustausch um das Zehnfache übertreffen, gleichfalls jedoch nicht völlig unabhängig von der handfesten Produktionssphäre agieren können.

Hier sind Veränderungen insbesondere in Japan und in der BRD eingetreten, die auf die USA zurückschlagen. Zum einen hat die BRD einen enormen Kapitalbedarf bei der Sanierung der ehemaligen DDR, der über höhere Zinsen als in den USA so richtig schmackhaft gemacht wird und der BRD obendrein zur Dämpfung der Inflation dient. Auch die japanische Zentralbank erhöhte ihren Diskontsatz, um die höhere Inflation dank einer aufgeblasenen Konjunktur und höherer Ölpreise einzudämmen. Stabilität geht über Solidarität, denn betroffen sind die USA, die aufgrund ihrer 3-Billionen-Dollar-Verschuldung und ihres riesigen "doppelten Defizits" einerseits ihre Zinsen erhöhen müßten, um ihre Defizite aus externen Quellen, wie übrigens auch den Aufmarsch am Golf, zu finanzieren. Höhere US-Zinsen würden jedoch die ohnehin nach unten schauende Konjunktur vollständig abwürgen.

Vor allem der Abzug japanischen Leihkapitals aus den USA ist heute nicht nur eine Drohung sondern teilweise inzwischen Realität; im ersten Halbjahr 1990 zog Japan knapp 9 Mrd. Dollar vom US- Wertpapiermarkt ab, nachdem sie die USA in den letzten 3 Jahren allein mit 180,9 Mrd. Dollar, zu guten Zinsen natürlich, alimentiert hatten. Der Grund für das Umlenken der Kapitalströme liegt im "japanischen Roulette", einer doppelten Spekulation auf den Aktien- und den Immobilienmärkten.

Der weltweite schleichende Aktiencrash an fast allen wichtigen Börsen der Welt kostete allein japanischen Spekulanten 250 Billionen Yen (ca. 2.000 Mrd. Dollar). Dabei ist zu berücksichtigen, daß die Aktienkurse mit den realen Wertgrößen der betreffenden Unternehmen nichts zu tun haben, sondern allein aufgrund der Spekulation zunächst in astronomische Höhen kletterten, bis der nächste Absturz folgte. In Japan wurde nicht nur mit Aktien, sondern auch mit Grundstücken und Immobilien gezockt, die als die sicherste und profitabelste Investition galten. Nunmehr will die japanische Regierung die Grundstückssteuern ein wenig erhöhen, was sich angesichts der jährlichen Preisverdoppelungen der Bodenpreise entsprechend niederschlägt. Steigen Unternehmen, die sich ebenso wie Versicherungsgesellschaften und Banken an diesem Roulette beteiligen, aus, und kommt es zu einem Kollaps dieses Marktes mit einem Crash von 25%, dann bedeutete dies einen Wertverlust von 460 Billionen Yen (3.712 Mrd. Dollar oder 5.540 Mrd. DM). Sollte ein Ausstieg aus dem Immobilienspiel, dem sich die Spieler wie die Lemminge anschließen, stattfinden, dann wären die japanischen Banken in schweren Nöten, ein Kollaps nahezu unvermeidlich. Das hängt damit zusammen, daß in den Zeiten der Börsen- und Immobilienhausse die Spekulation auf Kreditbasis finanziert wird; ca. 100 Billionen Yen (1.180 Mrd. DM) stehen bei den Banken zur Disposition und müssen buchstäblich in den Wind geschrieben werden, wenn dieser kreditfinanzierte Schwindel in luftigen Höhen wie eine Seifenblase zerplatzt - mit erheblichen Folgen nicht nur für die betreffenden Banken sondern die auch die gesamte Weltwirtschaft, denn dort haben die japanischen Anleger rund 1.800 Mrd. Dollar "geparkt". Ein zusätzliches Dilemma der japanischen Banken ergibt sich daraus, daß sie weltweit Leihkapital kurzfristig aufgenommen, aber langfristig (etwa in Staatspapieren der USA) angelegt haben und ohne weitere Verluste keine größeren Rücktransfers durchführen können.

Westeuropa, speziell die BRD, investiert derzeit lieber in das Binnenmarkt-Projekt und konzentriert sich bei den Kreditvergaben gen Osten, in den osteuropäischen Raum einschließlich der Sowjetunion. Außerdem ist das Zinsniveau in der BRD und vor allem in Großbritannien weitaus höher als das in den USA, so daß sich in den westeuropäischen Gefilden höhere Renditen erzielen lassen.

"Entschuldung" der USA

Die Veränderungen der Ströme des weltweit nach lukrativen Anlagesphären suchenden Geldkapitals bilden den Hintergrund der derzeitigen US-Politik.

Da ist zunächst der niedrige Dollarkurs zu nennen. Offenbar mit Absprache innerhalb der G-7-Gruppe, der sieben größten kapitalistischen Industrienationen, hat keine westeuropäische oder japanische Notenbank an den Devisenmärkten interveniert, um den Dollar zu stützen, sein freier Fall ist also durchaus erwünscht. Eine Dollarabwertung führt zu dem Effekt, die Warenexporte der USA zu verbilligen, während sich die Importe verteuern und tendenziell inflationsfördernd wirken. Per Saldo sorgt ein Dollar im Kurs von 1,50 DM zu einer Entlastung der defizitären Handelsbilanz; bei einer sich abschwächenden Konjunktur sinkt gleichzeitig die Nachfrage nach importierten Waren, so daß die negative Leistungsbilanz der USA von dieser Seite her entlastet und abgebaut wird. Einige US-Ökonomen wünschen sich den Dollarkurs auf ein Niveau von 1,30 DM, um den Außenhandel, auch aus konjunkturellen Gründen, zu verstärken.

Ein zweiter Effekt eines niedrigen Dollarkurses ist, daß damit die USA Schulden loswerden, weil die hohen Auslandsverbindlichkeiten billig zu bezahlen sind. Diejenigen Gläubiger, die den USA etwa 1985 Geld borgten, erhalten heuer dafür weniger als die Hälfte zurück. Es ist überhaupt kein Zufall, daß die USA nach heftigen innenpolitischen Kontroversen ihr prekäres Haushaltsdefizit in Höhe von 220 Mrd. Dollar (1990) durch Maßnahmen aus Einsparungen - vom Militär bis zu den Gesundheitsausgaben - und durch Steuererhöhungen binnen fünf Jahren ihr Defizit abbauen wollen.

Auch wenn das nunmehr verabschiedete Sanierungspaket noch einige Gleichungen mit vielen Unbekannten enthält, etwa die Kosten eines kommenden Golfkrieges, die internen Sanierungskosten des zusammengebrochenen Sparkassenmarktes ("Saving & Loans") in Höhe von mindestens 500 Mrd. Dollar und die Unabwägbarkeiten der Steuermehreinnahmen angesichts einer drohenden Rezession, so ist dennoch unverkennbar, daß sich die USA vom "Leben auf Pump" verabschieden wollen oder - besser gesagt - müssen, da ihre bisherigen Kreditgeber aus Fernost und Westeuropa andere Interessen verfolgen bzw. eigene Probleme zu bewältigen haben.

Eine explosive Gemengelage

Weltweit ist zwar genügend Liquidität vorhanden, aber - etwa im Unterschied zum Börsencrash vor drei Jahren - viel stärker gebunden, so daß nicht mehr, sondern weniger Handlungsspielräume für die Notenbanken vorhanden sind, einem erneuten Crash zu begegnen. Dabei kommen heute verschiedene Faktoren zusammen, die sich in ihren krisenhaften Folgen potenzieren können: die Aktien- und Immobilienbaisse ist bereits in vollem Gange und sorgt für erhebliche Kreditrisiken; die Schuldenkrise der "Dritten Welt" und Osteuropas verschärft sich durch die Ölpreissteigerungen; Bankenzusammenbrüche drohen in Japan ebenso wie in den USA; und die Golfkrise hält nicht nur die Welt, sondern insbesondere die Banken und Spekulanten in Atem - alles zusammengenommen bildet eine durchaus explosive Gemengelage.

Die "Ölkrise" spielt im Zusammenhang der Golfkrise eher die Rolle eines Initialzünders vor dem Hintergrund der Veränderungen auf den spekulativen Leihkapitalmärkten und konjunkturellen Einbrüchen in der Sphäre der realen Akkumulation.

D./Westberlin

12. "Bring the Troops Home Now!" - Patriotismus, Friedensbewegung und gesellschaftliche Polarisierung in den USA

Rubrik: Golfkrieg; Friedensbewegung; USA · CD-Datei: daten/aksuche/ak324/16.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:324:16

Zum ersten Mal seit ihrer Niederlage in Indochina vor über 15 Jahren steuern die USA auf einen großen offenen Krieg zu. Lange Zeit hatte der Schock in der amerikanischen Bevölkerung über die Niederlage - das sogenannte Vietnam-Syndrom - die US-Regierung an erneuten massiven Interventionen in der "Dritten Welt" gehindert. Im Rahmen der "Kriegsführung niedriger Intensität" setzte man auf fremde Söldnertruppen (Contras in Nicaragua, UNITA in Angola, etc.) oder auf begrenzte eigene Operationen (Besetzung Grenadas, Bombardierung Libyens, Invasion Panamas). Diese Art der Kriegsführung forderte zwar hohe Opfer in der jeweiligen Zivilbevölkerung, aber nur sehr geringe Verluste des US-Militärs selbst. Mit der gegenwärtigen Krise im Mittleren Osten ist jedoch eine völlig neue Situation entstanden.

Die US-Intervention im Persischen Golf traf die US-Linke zunächst völlig unvorbereitet. Zu Beginn waren es oft nur arabische und palästinensische Organisationen in den US-Großstädten, die zu den ersten kleinen Protestaktionen mobilisierten. Die US-Linke und die "einschlägige" Friedensbewegung waren zunächst reichlich verunsichert und wurden in der Öffentlichkeit weitgehend ignoriert - angesichts der massiven Kriegspropaganda in den Massenmedien und der anfänglich breiten Zustimmung in der US-Bevölkerung zum militärischen Vorgehen gegen den "verrückten" Saddam Hussein.

Von den Medien noch weitgehend totgeschwiegen, begannen sich die Protestaktionen im September auszubreiten - auch über die Ballungszentren hinaus. Vorläufiger Höhepunkt der Anti-Interventions-Bewegung war der 20. Oktober. An diesem Tag fanden in etwa zwanzig Städten Anti-Kriegs-Demonstrationen und "Sit-Ins" statt, mit Schwerpunkt in New York City, wo über 15.000 Menschen demonstrierten. Mit dieser Demonstration gelang es auch erstmals, die Medienblockade gegenüber der Protestbewegung zu durchbrechen.

Ein breites Protestspektrum

Zu den Aktionen hatten zahlreiche örtliche Bündnisse sowie zwei nationale Koordinationsausschüsse aufgerufen. In diesen Zusammenschlüssen ist ein breites politisches Spektrum vertreten: Reste der "traditionellen" Friedensbewegung, verschiedene sozialistische Gruppen und Parteien, progressive christliche und jüdische Organisationen, linke Vietnamkriegs-Veteranen, arabische und palästinensische Organisationen, StudentInnengruppen, AIDS-AktivistInnen, ImmigrantInnenverbände und linke Einzelgewerkschaften.

So befand sich in der New Yorker Demonstration am 20.10. ein Block von streikenden BusfahrerInnen und FlugzeugtechnikerInnen, sowie starke Kontingente aus öffentlichem Dienst, Transport-und Gesundheitswesen. Oft handelt es sich um Gewerkschaften mit einem hohen Anteil von Frauen und von Angehörigen rassischer Minderheiten unter ihren Mitgliedern. Auf zahlreichen Kundgebungen sprachen linke GewerkschaftsfunktionärInnen. Auch die relativ fortschrittliche BergarbeiterInnen-Gewerkschaft hat die US-Intervention im Golf verurteilt. Daß sich manche Einzelgewerkschaften bereits jetzt an den Protestaktionen beteiligen, ist keine Selbstverständlichkeit: Während des Vietnamkriegs hatten nur wenige Gewerkschaften den US-Völkermord kritisiert - und dies erst sehr spät.

Der Dachverband AFL-CIO unterstützt jedoch (bisher) den militärischen Aufmarsch. Der Dachverbandsvorsitzende Lane Kirkland prahlte im September, die "Töchter und Söhne werktätiger Amerikaner befinden sich wieder einmal in der vordersten Front bei der Verteidigung der lebenswichtigen Interessen der Freien Welt" (AFL-CIO News, September). Manche Einzelgewerkschaften, wie der reaktionäre Lastwagenfahrerverband (immerhin die größte Einzelgewerkschaft im AFL-CIO) unterstützen die US-Intervention öffentlich, u.a. mit ganzseitigen flaggengeschmückten Zeitungsanzeigen. Sollte es zu einem länger anhaltenden Krieg im Persischen Golf kommen, stehen der US-Gewerkschaftsbewegung sicherlich heftige politische Kontroversen ins Haus.

Erstaunlich zögerlich verhält sich die einst recht schlagkräftige Mittelamerika-Solidaritätsbewegung, sowie die progressive "Regenbogenkoalition". Der "Rainbow"-Vorsitzende und ehemalige Präsidentschaftskandidat Jesse Jackson, der wohl bekannteste "links"-sozialdemokratische Politiker in den USA, unterstützte zu Beginn sogar die Entsendung von US-Truppen im Rahmen der UN-Sanktionen. Dies stieß allerdings auf heftigen Protest an der Basis und auf dem linken "Rainbow"-Flügel. Jackson hat sich inzwischen vorsichtig von der US-Kriegspolitik distanziert.

Organisatorisch und politisch weitgehend getrennt, aber bisweilen recht öffentlichkeitswirksam, protestieren auch Teile der Ökologiebewegung gegen den US-Aufmarsch am Persischen Golf. Vor allem wird auf den extrem verschwenderischen Umgang mit Rohstoffen und Energie in den USA hingewiesen - mit durchaus patriotischem Unterton. So heißt es in einem Öko-Fernseh-Werbespot und in Zeitungsanzeigen "Zuhause Energie sparen ist besser als im Ausland amerikanische Menschenleben zu opfern" und "wenn jedes Auto in Amerika 7 Liter (auf 100 km) verbrauchen würde, würden wir kein Erdöl aus dem Nahen Osten brauchen". Militärische Interventionen wären damit überflüssig.

Forderungen und Kontroversen in der Bewegung

Die beiden nationalen Anti-Interventions-Zusammenschlüsse fordern den bedingungslosen sofortigen Abzug der US-Truppen vom Persischen Golf, und politisch-diplomatische Lösungen für die Konflikte in der Region. Auch in den meisten anderen politischen und praktischen Fragen gibt es keine wesentlichen Unterschiede - außer in den jeweiligen Bewertungen der irakischen Besetzung Kuwaits und der Rolle der Vereinten Nationen.

Die "National Campaign for Peace and Justice in the Middle East", in der sich die meisten "traditionellen" Organisationen aus Friedens- und Solidaritätsbewegung zusammengeschlossen haben, verurteilt das irakische Vorgehen als Verletzung des Völkerrechts, und unterstützt die UN-Sanktionen gegen den Irak. Eine konsequente Haltung gegen jedwede militärische Intervention sei notwendig, um in der amerikanischen Öffentlichkeit auch glaubwürdig gegen die US-Aggressionen im Nahen Osten und z.B. in Mittelamerika protestieren zu können.

Die "Coalition to Stop U.S. Intervention in the Middle East", Hauptträgerin der 20.10.-Demos, lehnt es dagegen ab, den Irak ausdrücklich zu verurteilen. Dies leiste nur der Behauptung der US-Regierung Vorschub, daß das Vorgehen der USA eine direkte Antwort auf die irakische Annexion von Kuwait sei, - und nicht etwa ein Ausdruck imperialistischer Interessen in der Golfregion. Angesichts der militärischen Übermacht der USA und der politischen Schwäche der Sowjetunion, betrachtet die "Coalition" den UN-Sicherheitsrat (zumindest zur Zeit) lediglich als verlängerten Arm der US-Politik, und beruft sich daher auch nicht auf die UN-Sanktionen.

Beide nationalen Bündnisse beziehen sich auf den gesamten Nahen Osten ("Middle East"), fordern also auch den Rückzug Israels aus Westbank und Gaza. Der kurdische Befreiungskampf dagegen wird im allgemeinen kaum beachtet - obwohl vereinzelt auf die Giftgasmassaker in Irakisch-Kurdistan hingewiesen wird. Beide Bündnisse verurteilen auch die eskalierenden rassistischen Übergriffe gegen in den USA lebenden AraberInnen - eine Begleiterscheinung der rassistischen Propaganda gegen den "fanatischen" Hussein.

Veteranen und VerweigerInnen

Neben Demonstrationen und Öffentlichkeitsarbeit konzentriert sich die Anti-Kriegs-Bewegung auch auf die Beratung von ReservistInnen und Militär-VerweigerInnen. Mit dem Abzug der amerikanischen Truppen aus Vietnam war in den USA die allgemeine Wehrpflicht für junge Männer abgeschafft worden. Wenige Jahre später, im Laufe der iranischen Revolution, führte Präsident Carter allerdings die allgemeine Meldepflicht (Erfassung) für junge Männer wieder ein, auf deren Grundlage die Wehrpflicht jederzeit wiederhergestellt werden kann.

Seit Ende August, als die US-Regierung begann, mehrere zehntausend ReservistInnen einzuziehen, berichten KDV-Organisationen von täglich mehreren hundert Telefonanrufen. Verweigernden GI's und ReservistInnen drohen langjährige Haftstrafen. Trotzdem haben sich bereits mehrere Dutzend SoldatInnen öffentlich geweigert, sich nach Saudi-Arabien entsenden zu lassen.

Dementsprechend spielen progressive Vietnamveteranen-Verbände eine zentrale Rolle in der entstehenden Anti-Kriegs-Bewegung, so z.B. die "Vietnam Veterans Against the War" oder die "Black Vets for Social Justice". Diese Gruppen gehen auf den Widerstand innerhalb des US-Militärs gegen den Vietnamkrieg zurück.

Die innere Zersetzung und teilweise offene Meuterei war damals ein wesentlicher Grund für den schließlich erfolgten Abzug der US-Truppen aus Indochina. Zuhause gehörten die politisierten Veteranen oft zu den militantesten Teilen der Anti-Kriegs-Bewegung.

Krieg und Krise

In der Gesamtbevölkerung ist - laut Umfragen - die Unterstützung für die Entsendung von US-Truppen nach Saudi-Arabien deutlich zurückgegangen. Neben Patriotismus und Kriegsbegeisterung bestimmen inzwischen auch Skepsis und Zynismus das Bild. Während im August noch 75% die Regierungspolitik unterstützten, ging dieser Anteil bis Anfang Oktober auf 57% zurück, und sinkt vermutlich weiter. Etwa die Hälfte stimmten in Umfragen der Aussage zu, daß die US-Regierung auch dann behaupten werde, Irak habe US-Truppen angegriffen, wenn es sich in Wahrheit genau andersherum verhalten sollte (New York Times, 1. Okt.).

Auch innerhalb der herrschenden Klasse scheinen sich die Meinungsverschiedenheiten zu verschärfen. Unter anderem sind die Höhe sowohl der militärischen als auch der wirtschaftlichen Kosten eines Kriegs gegen den Irak umstritten. Bereits jetzt belastet der Aufmarsch den US-Haushalt mit mehreren Mrd. Dollar pro Monat - von den Kosten für eine offene Kriegsführung ganz zu schweigen. Angesichts der wachsenden Staatsverschuldung und der schwindelerregenden Krise des US-Kreditwesens kürzten Regierung und Kongreß im Oktober die staatlichen Sozialausgaben noch unter das Niveau der Reagan-Administration. Gleichzeitig - nicht zuletzt als Folge der Spekulation auf den Ölmärkten - verdichten sich die Anzeichen für eine bevorstehende Rezession. Dies dürfte eine Neuheit in der Geschichte des Imperialismus darstellen: zum ersten Mal verspricht ein Krieg keinen wirtschaftlichen Aufschwung, sondern droht die Krise noch weiter zu verschärfen.

Krieg ums Öl?

Zu Beginn des Truppenaufmarschs betonte die US-Regierung in der Öffentlichkeit nicht nur die Blutrünstigkeit des irakischen "Hitlers", sondern auch die Wichtigkeit einer ungehinderten Ölversorgung für die US-Wirtschaft. Dies wurde in der Öffentlichkeit nicht selten als Parteinahme für die Ölkonzerne gesehen. Das öffentliche "Ansehen" dieser Konzerne verhielt sich jedoch genau umgekehrt zum ca. 30-prozentigen Anstieg der Benzinpreise in den vergangenen drei Monaten: es fiel in den Keller. Die organisierte Anti-Kriegs-Bewegung versucht diese weitverbreitete Stimmung gegen die Ölkonzerne aufzugreifen: "Kein Krieg für die Profite der Ölkonzerne!" heißt es auf Plakaten.

Auch die Regierungspropaganda scheint dies erkannt zu haben. Ende Oktober war vom "free flow of oil" und vom angeblich bedrohten "American way of life" keine Rede mehr. Stattdessen betont die Regierung inzwischen das Schicksal der Geiseln in Irak und Kuwait, und behauptet, daß die US-Botschaft in Bagdad "ausgehungert" würde. Unschuldige amerikanische Menschenleben seien in Gefahr. Diese Propaganda erinnert zwangsläufig an die Vorwände für die US-Invasionen nach Grenada 1983 (damals sollten US-MedizinstudentInnen "gerettet" werden) und nach Panama 1989 (dort wurde ein US-Soldat bei einer Verkehrskontrolle erschossen).

"Body-Bags" bald als Stimmungsbarometer

Vermutlich würde es mit solchen "Argumenten" auch bei einem Krieg im Persischen Golf zumindest vorübergehend gelingen, eine "patriotische" Stimmung in der Mehrheit der Bevölkerung zu mobilisieren. Aber anders als in Grenada und Panama würden die US-Truppen dieses Mal wohl kaum ungeschoren davonkommen. Schon nach kurzer Zeit würden die ersten "body-bags" (Plastiksäcke mit Gefallenen) in die USA zurückgeflogen werden müssen. Bereits beim Kriegsaufmarsch sind bisher mindestens 42 GI's bei Unfällen ums Leben gekommen. Im Kriegsfall würde mit Zehntausenden toten und verwundeten GI's gerechnet.

Die Sorge um das Leben der eigenen SoldatInnen ist in der amerikanischen Öffentlichkeit kaum zu überhören. Die etwa 250.000 GV's, die bis Ende Oktober nach Saudi-Arabien verlegt wurden, mußten alle ihre persönlichen Testamente ausstellen - eine formale Kleinigkeit, deren psychologische Wirkung auf die Truppen und ihre mehrere Millionen Familienangehörigen aber kaum einzuschätzen ist.

An diese Sorge um die eigenen SoldatInnen (und nicht etwa an Mitgefühl und Solidarität mit irakischen ZivilistInnen, an die Respektierung des Völkerrechts, oder an eine anti-imperialistische Grundhaltung) versucht

auch die Anti-Kriegs-Bewegung anzuknüpfen: "Bring the Troops Home Now!" Für deutsche Ohren mag diese Argumentationslinie reichlich nationalistisch klingen - aber tatsächlich deutet sie auf die fundamentalen Klassenwidersprüche und Rassenkonflikte in der US-Gesellschaft.

Militär und Rassismus

Während des Vietnamkriegs konnten sich proletarische Jugendliche oft nur durch Flucht ins Ausland oder z.B. durch Selbstverstümmelung der damals bestehenden Wehrpflicht entziehen. Dagegen blieb vielen ihrer wohlhabenderen Altersgenossen der Einsatz in Vietnam ganz erspart, weil sie sich als "unabkömmlich" deklarieren lassen konnten oder wegen ihres Uni-Studiums zurückgestellt wurden. Diese ungleiche Behandlung - sowie rassistische Diskriminierung im Militär selbst - erklären auch, warum schwarze US-Soldaten im Vietnamkrieg die Hauptlast tragen mußten. Infanterie-Einheiten - diejenigen mit den höchsten Verlusten - waren überwiegend schwarz, während andere Waffengattungen mit weniger Feindberührung (sowie das Offizierskorps) fast ausschließlich aus weißen Soldaten bestanden.

Solche historischen Erfahrungen können erklären, warum die US-Intervention im Persischen Golf von Anfang an in der schwarzen Bevölkerung auf erheblich größere Skepsis stieß, als unter weißen US-Bürgern (laut Umfragen). Es ist zu erwarten, daß auch bei einem offenen Krieg in der Golfregion unverhältnismäßig viele "body bags" die Leichen von schwarzen GI's enthalten würden.

Bisher allerdings drückt sich diese Skepsis in der schwarzen Bevölkerung nur selten in offenem Protest und Widerstand und in organisierter Beteiligung an den Aktivitäten der Anti-Interventions-Bewegung aus. Die Berührungsschwierigkeiten zwischen der traditionellen (fast ausschließlich weißen) Friedensbewegung und der sozialistischen Linken einerseits und vielen Nicht-Weißen - besonders in den Großstadt-Ghettos - andererseits beginnen manchmal schon auf der sprachlichen Ebene. So stoßen Flugblätter "Gegen den Krieg im Golf" bisweilen bei denjenigen nur auf ein Achselzucken, die bereits ihren alltäglichen Überlebenskampf im Ghetto als Kriegszustand erleben - in der Klemme zwischen mörderischer Drogenkriminalität und rassistischem Polizei- und Justizterror.

Army statt Armut?

Die wirtschaftliche Zwangslage, die viele Ghetto-Jugendliche ins Militär treibt, und die damit verbundenen Widersprüche werden von der traditionellen Friedensbewegung oft übersehen. Zumindest in relativen Friedenszeiten stoßen die üblichen pazifistischen und anti-militaristischen Argumente und Aufrufe zur Militär-Verweigerung oft auf Unverständnis.

Für viele schwarze oder latino/a Jugendliche aus den Ghettos, aber auch für viele weiße proletarische Jugendliche ist eine mehrjährige Verpflichtung zum Militärdienst die einzige Alternative zu chronischer Arbeitslosigkeit und Kleinkriminalität. Wer "gedient" hat, bekommt anschließend die College-Ausbildung bezahlt und hat Anspruch auf andere soziale Vergünstigungen. Darauf zielt auch die Werbung der US-Armee für neue RekrutInnen ab: berufliche Karriere statt blutiges Kriegshandwerk.

Darüberhinaus gehören Rüstungsindustrie, Werften und "Verteidigungs"ministerium wegen der rassischen Orientierung bei vielen Staatsaufträgen zu den wichtigsten Arbeitgebern für viele Schwarze, Latinos/as und Angehörige anderer Minderheiten. Trotz aller Diskriminierung sind Militär und Rüstungsindustrie stärker rassisch "integriert" als viele linke Organistionen - Ironie und Armutszeugnis für die US-Linke zugleich.

Schwarzer Widerstand

Der hohe Anteil von Schwarzen und anderen proletarischen Jugendlichen hat jedoch auch eine gefährliche Kehrseite für das US-Militär. Es ist zu vermuten, daß - wie bereits im Vietnamkrieg - vor allem von schwarzen SoldatInnen Widerstand innerhalb des Militärs ausgehen wird.

In vieler Hinsicht sind Schwarze die fortschrittlichste Bevölkerungsgruppe in den USA. Es ist unübersehbar, daß die Ressourcen, die das Militär verschlingt, an allen Ecken und Enden fehlen - vor allem aber in den Ghettos der US-Großstädte und in den (überwiegend von Schwarzen bewohnten) Armutsregionen in den Südstaaten. Ebensowenig ist übersehbar, daß das US-Militär seit über 40 Jahren (seit der Intervention gegen die griechische KP) immer nur gegen nicht-weiße Völker vorgeht. Schwarze Organisationen stellen deshalb

immer wieder die (rhetorische) Frage, warum das US-Militär die UN-Sanktionen gegen Irak durchsetzt - aber keinen Finger für die UN-Sanktionen gegen Südafrika gekrümmt hat.

Schon gegen den rassistischen Charakter der US-Invasion in Panama hatte sich - außer in der "einschlägigen" Linken - am deutlichsten in der schwarzen Bevölkerung Widerstand geregt. Es war unübersehbar, daß die meisten Jubel-PanamanerInnen eine helle Hautfarbe hatten - und die meisten Opfer in zerbombten Barrios eine dunkle. Wenn überhaupt, dann besteht am ehesten in der schwarzen Bevölkerung ein Verständnis vom imperialistischen Charakter des US-Militärs. Die kämpferischste Opposition gegen den US-Kriegskurs am Golf kommt daher aus radikalen schwarzen Organisationen.

Es erscheint im Moment so, als wäre es nur eine Frage der Zeit, wann Präsident Bush das Signal zum Angriff gegen Irak geben werde. Politisch-diplomatische Vermittlungsbemühungen und Kompromisse lehnt die US-Regierung kategorisch ab. Auch vom Kongreß wäre kein wesentlicher Widerstand zu erwarten. Vor wenigen Wochen stimmten nur 29 von 435 Abgeordneten und 3 von 100 Senatoren gegen eine Resolution, die Bushs Kriegsvorbereitungen (allerdings noch keine offensiven Handlungen) voll unterstützte.

Die entstehende Anti-Kriegs-Bewegung in den USA ist zur Zeit noch viel zu schwach, um einen Kriegsausbruch zu verhindern. Der Widerstand ist jedoch jetzt bereits sehr viel weiter entwickelt, als er es zu einem vergleichbaren Zeitpunkt zu Beginn des Vietnamkrieges gewesen war. Für die Menschen - und künftigen Opfer - am Golf ist dies selbstverständlich nur ein schwacher Trost. Aber die inneren Krisenerscheinungen und Polarisierungen in der US-Gesellschaft wird ein offener imperialistischer Krieg nicht dauerhaft befrieden können - auch wenn zunächst vor allem Hurra-Patriotismus über die Fernsehschirme schwappen sollte. Bei einem offenen Krieg am Golf werden sich die inneren Konflikte in den USA nur schwer kontrollieren lassen.

m./Washington

13. Stop the war machine! No war for big oil!

Rubrik: Golfkrieg; Friedensbewegung; USA · CD-Datei: daten/aksuche/ak324/32.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:324:32

Rape the town and kill the people,

that's the thing we'll have to do.

Rape the town and kill the people,

That's the only thing to do.

Throw some napalm on the schoolhouse,

watch the kiddies scream and shout.

Rape the town and kill the people,

that's the thing we'll have to do.

Das gemeinsame Singen solcher Lieder beim täglichen 5-Meilen-Marsch gehört zur Grundausbildung der US-Marineinfanterie.

Traditioneller Auftrag der Eliteeinheit: "Freiheit und Demokratie zu schützen", wo immer ihr Oberbefehlshaber, der jeweils amtierende US-Präsident, sie in den Einsatz schickt. Der Präsident heißt Bush, Einsatzgebiet ist seit August dieses Jahres die Golfregion.

So begann am 5.11. in Berlin eine Sendung von Radio 100 über den Widerstand von Soldaten und Veteranen in den USA gegen den Krieg am Golf. Die Redaktion ‚Checkpoint' hat uns freundlicherweise ihr Manuskript zur Verwendung im AK überlassen, aus dem wir hier einige Auszüge verwenden.

David Raymond von der US-Organisation Pledge of Resistance ("Dem Widerstand verpflichtet"): "Die Vereinigten Statten haben zwei Ziele im Mittleren Osten. (...) Das minimale Ziel, das schon erreicht ist, ist die Errichtung dauerhafter Militärstützpunkte im Mittleren Osten. Das Maximum ist es, einen Krieg anzufangen, Irak mit einem Erstschlag anzugreifen unter welchem Vorwand auch immer, um die Armee Saddam Husseins und seine Macht zu zerstören. Die USA planen schon seit vielen Jahren, Stützpunkte im Mittleren Osten zu errichten, um US-Politik durchzusetzen." (...)

Dafür sprechen auch in Washington bereits ausgearbeitete Rotationspläne, die eine Ablösung der Fronttruppen nach jeweils mehreren Monaten vorsehen. Außerdem ist geplant, ein "Rest & Recreation" - (= Ruhe und Erholungs-) System aufzubauen, wie es auch während es Vietnamkrieges bestand. Damals durften die GIs während ihrer einjährigen Dienstzeit jeweils eine Woche auf Kosten der US-Regierung nach Hongkong, Bangkok, Manila, Hawaii oder nach Australien, und Taiwan fliegen. (...) Wenn jetzt ein ähnliches System aufgebaut wird, bieten sich gecharterte Kreuzfahrtschiffe, Städte wie Kairo oder auch Garmisch-Partenkirchen in Oberbayern an. General Norman Schwarzkopf, Kommandeur der US-Truppen bei der Operation "Wüstenschild": "Von Saudi-Arabien nach Garmisch ist es nicht so weit, wie von Vietnam nach Honolulu."

"Rest & Recreation"-Programme sind eine Tradition aus dem Korea-Krieg. Sie gelten als notwendig und nützlich für die Aufrechterhaltung der Moral der Truppe.

Auch die Gegner des Truppenaufmarsches am Golf bemühen sich, die Moral der Truppe zu heben. Wer Freunde oder Verwandte unter den Soldaten am Golf hat, schickt ihnen antimilitaristische Flugblätter und Informationen über die Antikriegsbewegung zu Hause. Linke Organisationen in den USA rufen in ihren Zeitungen dazu auf.

Die Zeit drängt. Mit einer US-Militäraktion muß jederzeit gerechnet werden. (...)

Der Reservist der US-Elite Einheit Marines Erik Larsen (der eine Rundreise durch europäische Länder hinter sich hat - Anm. AK) hat sich entschlossen, den Kriegsdienst zu verweigern:

"Bis zum ersten August haben die USA an Irak Waffen verkauft. Und plötzlich am nächsten Tag wurde Saddam Hussein ein Monster. Die nationalistische Politik Husseins macht es, kombiniert mit seiner schrecklichen Menschenrechtspraxis, für die USA und die CIA leicht, eine Medienkampagne gegen ihn auszulösen. Das Ziel der USA ist die Vorherrschaft im Mittleren Osten, einschließlich einer Destabilisierung der Region, ohne die palästinensische Frage zu lösen. Bush will Militärstützpunkte im Mittleren Osten und die bekommt er mit einem Krieg. Wenn ihr über einen sogenannten Irren reden wollt, und ihr Hussein als einen solchen versteht, nun wer gibt Millionen von Dollars für Nuklearwaffen aus? Wer unterstützt CIA-Umsturzpläne auf der gesamten Welt? Wer ist wirklich der eigentlich Verrückte?" (...)

Über die Aktivitäten der Friedensbewegung in den USA berichtete er: "Die Idee ist, zu probieren, über (...) Veranstaltungen die Lügen und Verdrehungen einer internationalen Medienkampagne zurückzuweisen und Einbrüche in deren Auswirkungen zu erzielen. (...) Ich war bei einigen der großen Teach ins mit dabei. Wir haben Professoren von den Universitäten Stanford und Berkeley eingeladen, oder Prominente wie Daniel Ellsberg, den Autor der Pentagon Papers, Daniel Shehan vom Christic Institute, Ramsey Clark, den ehemalige Justizminister und andere. Tausende Menschen kommen zu diesen Teach ins und wir versuchen, sie über unsere Friedensgruppen zu den nächsten Organisatoren von Teach ins in anderen Städten zu machen."

Unterstützt wird Erik Larsen in den USA von einer Organisation namens "Pledge of Resistance" (dem Widerstand verpflichtet), einer radikalpazifistischen Gruppe mit schlappen 85.000 Mitgliedern. Und die existiert bereits seit dem US-Krieg in Indochina. (...) Wir möchten aus einem Flugblatt zitieren, daß sich an "Unsere Truppen im Fort Saudi-Arabia" richtet:

"Die US-Regierung steckt Euch in Giftgas-Schutzanzüge, damit Ihr für sie den Rambo im Persischen Golf spielt. Dort sitzt Ihr dann mitten in der Wüste mit Eurem Arsch an der Grenze und möchtet gerne wissen, was als nächstes passiert. Wir vermuten, Ihr seid die Lockvögel für einen Giftgasangriff, der als Entschuldigung für eine US-Invasion in Kuwait oder Irak herhalten muß.

Wir wissen, was Ihr mitmacht, denn wir haben auch einiges an Zeit in der Schießbude hinter uns gebracht. Als Veteranen möchten wir Euch unumwunden sagen: Ihr habt kein größeres Interesse an einem Kampf, den die USA heute vorbereiten, als wir in einem Krieg, den sie in den 60ern geführt haben. Den GIs der Vietnam-Zeit wurde erklärt, daß wir den Völkern Asiens die Demokratie bringen würden. Das Ende vom Lied war, daß zweieinhalb Millionen dieser Menschen in einem Völkermordkrieg ermordet wurden. Ihr befindet Euch im Mittleren Osten um angeblich "unser" Öl zu schützen. Für Euch kann dabei herauskommen, daß Ihr Hunderttausende tötet. Die Offiziere wollen, daß Ihr pariert, wir möchten, daß Ihr nachdenkt. Wir meinen, daß unsere Erfahrungen Eure Entscheidungen beeinflussen können. Diejenigen von uns, die im Dschungel von Vietnam gesessen haben, haben herausgefunden, daß die "Search and Destroy" Missionen nichts mit Heldentum zu tun haben. Damals wurde mit zielgerichtetem Waffeneinsatz alles abgeschlachtet, was sich bewegt hat. Wir konnten nichts Ehrenhaftes darin sehen, ein Dorf zu zerstören, um es zu retten. Ähnlich ging es vielen Beirut-Veteranen, die von einem abrupten Erwachen reden, als sie erkennen mußten, daß die Menschen, die sie "beschützten", gehaßt haben und daß jeder US-GI eine lebendige Zielscheibe war. (Erinnert Ihr Euch an die Marines-Unterkünfte?) Diejenigen von uns, die Veteranen der Panama-Invasion sind, fragen, worin die Ehre im Terror des Häuserkampfes bestand, oder darin, Familien zurückzudrängen, die zu den Massengräbern kamen, um die Leichen ihrer Angehörigen zu verlangen und zu identifizieren. Zweifellos werdet Ihr einige dieser Erfahrungen machen müssen, die wir gemacht haben.

Klar, es gibt diese Rambo-Typen, die den Befehl zum Losschlagen kaum erwarten können. Nun, diejenigen mit den T- Shirts rumrennen, auf denen steht: "Tötet sie alle, Gott kann sie dann aussortieren!", können auch den Preis dafür zahlen. Aber denjenigen von Euch, die sich die Frage stellen, ob sie blind mitlaufen sollen, haben wir etwas mitzuteilen: Ihr solltet wissen, daß es Veteranen früherer Kriege und Militäraktionen gibt, die an der Spitze von Demonstrationen gegen Eure Anwesenheit im Mittleren Osten marschieren, während Ihr Befehle befolgt. Wir werden Euch zuhause willkommen heißen, wenn Ihr Euch unseren Reihen anschließt."

Diese Mitteilung von Veteranen an die Truppen im Fort Saudi-Arabia wird von den Vietnam-Veterans against the War-Anti-Imperialist in den USA als Flugblatt verbreitet mit der zusätzlichen schriftlichen Aufforderung an Freunde, Angehörige und Verwandte von Soldaten, den Militärangehörigen in ihren Stützpunkten diese Mitteilung zu kopieren und zuzuschicken.

Doch weiter im Text: "Wie Euch wurde uns auch befohlen, unsere Pflicht zu tun. Nehmt Vietnam (was einige von uns versucht haben). Einmal verarscht, haben wir angefangen, die Lügen und die Heuchelei, die uns dort hingebracht hatten, zu hinterfragen. Viele von uns sind an dem krank geworden, was uns befohlen wurde zu tun. Andere wurden inspiriert durch den heroischen Widerstand der Vietnamesen. Wir fingen an, uns zu wehren. Tausende von uns in Vietnam (und in den USA) verweigerten Befehle. Viele gingen eher ins Gefängnis, als daß sie ihre Waffen gegen unsere sogenannten Feinde richteten. Ganze Kompanien und Marineeinheiten meuterten und weigerten sich zu kämpfen. Eine halbe Million US-Soldaten desertierte. Der GI-Widerstand hatte vielfältige Formen, von der Ermordung von Offizieren bis hin zu denjenigen, die sich tatsächlich der anderen Seite anschlossen und für sie kämpften. Aus alldem haben wir gelernt zu fragen, was verdammt nochmal passiert. Alles was die Regierung gelernt hat, war noch größere Lügen zu verbreiten. Willkommen im Fort Saudi-Arabien." (...)

Am 16. August reichte der auf Hawaii stationierte US-Marineinfantrist Jeff Paterson öffentlich seinen Antrag auf Anerkennung als Kriegsdienstverweigerer beim US-Marine Corps ein. Der 22-jährige Corporal (...) war der erste US-Soldat, der sich öffentlich gegen den US-Truppenaufmarsch im Golf aussprach. Nach seiner Pressekonferenz, die großes Aufsehen erregte, wurde über ihn sofort eine Ausgangssperre verhängt. (...) Obwohl über seinen Antrag noch nicht entschieden war, wurde Jeff Paterson am 29. August von seinem Kommandeur befohlen, "freiwillig" als erster seines Bataillons in ein C-5 Transportflugzeug einzusteigen, um nach Saudi-Arabien geflogen zu werden. Jeff weigerte sich, dem Befehl Folge zu leisten und trat schließlich auf der Rollbahn in einen Sitzstreik. Er wurde verhaftet, in das Marinegefängnis von Pearl Harbour gebracht und von der Außenwelt isoliert. Ein Militärrichter erklärte ihn zu einem "Risiko für die Nationale Sicherheit der Vereinigten Staaten". Massive Proteste in der Öffentlichkeit und zahlreiche Unterstützungsbriefe aus aller Welt führten zu einer Lockerung seiner Haft und schließlich zu seiner vorläufigen Entlassung aus dem Marine-Gefängnis.

Jeff Paterson befindet sich jetzt unter Arrest auf seinem Stützpunkt auf Hawaii und wartet auf die Entscheidung über seinen Antrag auf Kriegsdienstverweigerung und sein Militärgerichtsverfahren wegen Befehlsverweigerung. Ihm droht eine Gefängnisstrafe von fünf Jahren, unehrenhafte Entlassung, Pfändung seines Soldes und Verlust aller Vergünstigungen für Veteranen. (...)

Anfang Oktober waren es bereits fast 100 aktiv dienende GIs und Reservisten der amerikanischen Berufsarmee, die als Reaktion auf den drohenden Krieg beantragten, als Kriegsdienstverweigerer aus Gewissensgründen anerkannt zu werden. Mehrere Hundert weiterer US-Soldaten bereiten einen solchen Schritt vor.

Am 20. Oktober, dem Tag internationaler Großdemonstrationen gegen die Kriegspläne im Nahen Osten, gaben aktive Soldaten und Reservisten, die den Einsatz am Golf verweigern, eine Pressekonferenz in New York. Sie prangerten besonders die Rekrutierungspraktiken der US-Armee an. 17-jährige Teenager, die die möglichen Folgen ihrer Entscheidungen oft noch nicht übersehen, werden mit der Aussicht auf Berufsausbildung, sicheren Arbeitsplatz und Zuschüssen für ein späteres College-Studium, das für die meisten sonst unerschwinglich wäre, geködert. Besonders erfolgreich ist die Army bei unterprivilegierten Jugendlichen, die auf dem zivilen Arbeitsmarkt in den USA so gut wie keine Chancen haben. Kritiker sprechen deshalb trotz Abschaffung der Wehrpflicht in den USA Anfang der 70er Jahre von einer "ökonomischen Wehrpflicht", d.h. einer "Wehrpflicht durch Armut". Dies hat mittlerweile dazu geführt, daß fast 40% der Soldaten in den Kampftruppen, also auch bei den jetzt in Saudi-Arabien stationierten US-Truppen, African Americans oder Latinos sind.

Ein aus Haiti stammender Reservistenverweigerer klagte auf der Pressekonferenz in New York den US-Amerikanischen Rassismus an:

"Meine Blutspende haben sie zurückgewiesen, aber zum Sterben ist mein Blut jetzt gut genug!" (...)

Dabei steht vielen das mahnende Schicksal der Vietnam-Veteranen vor Augen. Marine Corporal Erik Larsen: "Ich habe mit vielen Vietnam-Veteranen gesprochen und Erfahrungen berichtet. Ich habe die Amputierten in ihren Rollstühlen gesehen. Ich habe die 50.000 in schwarzem Granit eingravierten Namen auf dem Vietnam-Denkmal in Washington gesehen. Jeder einzelne Name symbolisiert das Leben eines jungen Mannes oder einer jungen Frau. Für jeden getöteten US-Soldaten wurden umgerechnet 50 Vietnamesen getötet.

Werden die Menschen im Irak das gleiche Schicksal erleiden? Die Schätzungen für die ersten wenigen Wochen nach Kriegsausbruch im Mittleren Osten kalkulieren 50.000 tote beziehungsweise schwerverletzte US-Soldaten ein. Innerhalb weniger Monate könnte man eine neue schwarze Granitmauer aufstellen. Ein Blutbad im Mittleren Osten steht bevor."

Stimmen, wie die des Professors für Erziehungswissenschaften, Alex Molnar, mehren sich. Bereits Ende August hatte die "New York Times" seinen Offenen Brief an George Bush veröffentlicht. Molnars 21-jähriger Sohn gehörte zu denjenigen Marines, die in den Golf geschickt wurden:

"Sehr geehrter Herr Präsident Bush.

Als ich Sie in meinem Hotelzimmer im Fernsehen sah, das hastig niedergeschriebene Testament meines Sohnes überflog und draußen das Geräusch militärischer Transporte hörte, da kamen sie mir gleichermaßen abgebrüht und lächerlich vor, wie Sie da in Kennebunkport hinter den Golfbällen herliefen und in Ihrem Boot herumkurvten.

Herr Präsident, die Politik, die sie während der letzten zehn Jahre befürwortet haben, hat die Grundlage für einen militärischen Konflikt im Mittleren Osten gelegt. Ihre Reaktion auf die irakische Eroberung Kuwaits hat eine Entwicklung in Gang gesetzt, die Sie dazu drängen wird, unsere Truppen nicht zur Verteidigung Saudi-Arabiens, sondern zum Angriff auf den Irak einzusetzen. Und ich fürchte, Sie werden, wenn der Druck zunimmt, das Leben meines Sohnes auf's Spiel setzen, um Ihre eigene politische Zukunft zu retten. (...) Wenn Sie schließlich, wie ich erwarte, amerikanischen Soldaten den Befehl zum Angriff auf den Irak geben, dann wird Ihnen Gott vergeben müssen. Ich werde es nicht tun."

14. Ein Land ohne Militär will Truppen an den Golf schicken

Rubrik: Golfkrieg; Japan · CD-Datei: daten/aksuche/ak324/50.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:324:50

Es geht hier um Japan, das in seiner Verfassung auf jegliches Militär und Gewaltandrohung verzichtet hat und trotzdem genauso viel Geld wie die BRD für ihr Militär ausgibt. Japan befindet sich ähnlich wie die BRD auf dem schrittweisen Wege von einer ökonomischen zu einer politischen und militärischen Weltmacht. Der Golfkonflikt wird als geeigneter Vorwand benutzt, um in diese Richtung einige Schritte zu tun.

Die Regierungspartei und das Offizierskorps würden am liebsten gleich Truppen in die Golfregion entsenden. Daraus dürfte diesmal aber nicht mehr als eine symbolische Handlung werden. Nächste Woche (nach Erscheinen dieser Zeitung) entscheidet sich in Abhängigkeit vom Ausgang einer Regionalwahl am Wochenende, ob aus den entsandten 200 Mann ziviles Sanitätspotential 1.000 Mann Sanitäts-, Fernmelde- und Elektronik-Soldaten mit Maschinen-Pistolen unter UN-Auftrag werden könnten. Das wäre ein gewaltiger politischer Sprung für Japan, sich antimilitari- stischer Fesseln zu entledigen. Für reaktionäre US-Parlamentarier sind die Japaner aber "widerlichen Kleinkrämer", weil nur US-Amerikaner ihr Leben aufs Spiel setzen würden. Auf der einen Seite wird Japan als größter politischer "Trittbrettfahrer" des Weltmachtpolizisten USA dargestellt, während die Japaner mit den Scheichs Handel betrieben, Hände schütteln und Kotaus machen würden. Auf der anderen Seite heißt es, daß die USA wohl noch niemals in ihrer Geschichte bei einem Kriegsunternehmen in solcher Abhängigkeit wie jetzt von Japan gestanden hätten, ohne japanische Zahlungen sei es aus mit dem US-amerikanischen Muskelspiel.

Als Anfang August der Irak Kuwait überfiel und die USA und später auch der UN-Sicherheitsrat einen Wirtschaftsboykott forderten, tat sich Japan erst einmal schwer, sich dem anzuschließen. Denn "kein Industriestaat ist abhängiger vom Nahen Osten als Japan, das rund 70% seines Erdöls aus jener Region bezieht. (...) Immerhin aber hatte sich Tokio noch vor den Sanktionsbeschlüssen des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen dazu durchgerungen, sämtliche Ölimporte aus dem Irak und Kuwait zu stoppen, keine Waren mehr an diese beiden Staaten zu liefern, finanzielle Transaktionen mit Bagdad zu unterbinden und überhaupt jede wirtschaftliche Zusammenarbeit mit dem Irak, aus dem Japan bis dahin rund zwölf Prozent seines Erdöls bezog, einzustellen. Ferner verpflichtete sich die japanische Regierung, allen Beschlüssen der Vereinten Nationen uneingeschränkt Folge zu leisten. Es war das erste Mal, daß in Japan die Abwägung außenpolitischer und wirtschaftlicher Interessen nicht zu Gunsten der letzteren ausfiel. Elf Jahre zuvor, als es wegen der Geiselnahme des amerikanischen Botschaftspersonals in Teheran um ein westliches Embargo gegen iranisches Erdöl gegangen war, hatte es Japan noch mit allen erdenkbaren Ausflüchten abgelehnt, dem Beispiel der Vereinigten Staaten und Westeuropas zu folgen. Auch diesmal war es vor allem das Außenhandels- und Industrieministerium (Miti), das von Wirtschaftssanktionen nichts wissen wollte. Sperre sich Japan gegen Erdölimporte aus dem Irak, werde dieser seine Schulden in Höhe von rund 700 Mrd. Yen nicht an Japan zurückzahlen." (1)

Der "Trittbrettfahrer" finanziert den Krieg

Nach dem Embargo folgte die Forderung der USA an ihre Verbündeten, ihren Militäreinsatz und die Verluste aus dem Irak-Boykott zu bezahlen. Präsident Bush legte dazu im August einen detaillierten Zahlungsplan vor: "An Militärkosten werden (...) folgende monatlichen Beiträge erwartet: 60 Mio. Dollar von Japan, 40 Mio. von Deutschland, 500 Mio. von Saudi-Arabien, 100 Mio. von den Golfemiraten, 400 Mio. von den gestürzten Herrschern Kuwaits und ein nicht spezifizierter Betrag von Südkorea. Weitere europäische Länder sollen zur Kasse gebeten werden.

Die wirtschaftlichen Folgekosten der Golfkrise in verschiedenen Ländern sollen durch einen international gespiesenen Fonds ausgeglichen werden. Die US-Regierung erwartet gemäß dem Planentwurf unter anderem folgende Einzahlungen: Japan 1,3 Mrd. Dollar, Deutschland 600 Mio., Saudi-Arabien 4 Mrd., Golfemirate 1 Mrd. und Kuwait 3 Mrd." (2)

Japan zahlte 23 Mio. DM sofortige Flüchtlingshilfe an Jordanien und bot den USA pflichtgemäß noch im August eine Milliarde Dollar an und eine weitere Milliarde für die geschädigten Anrainerstaaten Jordanien,

Ägypten und die Türkei. (3) Kaum zwei Wochen später hatte Japan sein Angebot auf vier Mrd. verdoppelt. Der schweizerische "Tagesanzeiger" beschrieb diesen Vorgang folgendermaßen:

"Noch vor einer Woche haben japanische Regierungsvertreter mit großem Nachdruck beteuert, eine Mrd. Dollar seien das Maximum - mehr komme nicht in Frage. Unter dem Druck der USA hat die Regierung unter Ministerpräsident Toshiki Kaifu nun einen radikalen Schwenker vollzogen. Die Freitagsausgaben japanischer Zeitungen zitierten den republikanischen Abgeordneten John Kasich, der im Kongreß gesagt hatte: ‚Der Mangel an Unterstützung, die die Japaner uns gewähren, widert mich an und macht mich krank'. Die gleichen Zeitungen zitieren freilich auch Thomas S. Foley, Speaker im US-Repräsentantenhaus, der den Japanern zu ihrem ‚Großmut' gratuliert hatte." (4)

"Japan hat sich freiwillig zu dieser Lastenteilung bekannt", versicherte Regierungschef Toshiki Kaifu unbeirrt, "denn wir müssen uns unserer globalen Verantwortung entsprechend unserem internationalen Gewicht stellen."

Das seien "neue Töne für den Wirtschaftsriesen, der sich in seiner Nachkriegsgeschichte auf die Rolle eines politisch-militärischen Trittbrettfahrers beschränkt hatte", behauptete Helmut Bek- ker in der "Zeit". (5) Die japanische Öffentlichkeit nehme aber dem Ministerpräsidenten "die Behauptung von der Freiwilligkeit der Mammutspende nicht ab. ‚Wir als gleichberechtigter Partner und Krisenhelfer der Vereinigten Staaten?' warf die Zeitung Asahi Shimbun spöttisch die Frage nach der Unabhängigkeit der japanischen Außenpolitik auf. Die Antwort: ‚Wieder ein Beispiel dafür, daß Washington bei gehörigem Druck in Tokio politische Grundsatzentscheidungen nach eigenem Gutdünken durchsetzt'. Die Pressionen, mit denen die amerikanische Schutzmacht den zögerlichen Partner gefügig zu machen sucht, werden in Tokio zunehmend als ungehörig empfunden." (5)

Auch dem japanischen Korrespondenten der "Neuen Züricher Zeitung" passen die "halbherzigen" Beschlüsse und die "politische Leisetreterei" gar nicht ins Konzept der geforderten imperialistischen Großmachtpolitik: "Insgesamt hat Japan bisher in der Golfkrise keine sehr gute Figur gemacht. Gerade als man Anzeichen einer politischen Emanzipation des Inselreiches zu erkennen glaubte, ist nun ein schwieriger Test nicht bestanden worden. Obwohl eigene Interessen auf dem Spiel stehen, hat sich Tokio lange bedeckt gehalten und schließlich eher auf äußeren Druck hin als aus eigenem Willen reagiert. Dazu mag auch der Umstand beigetragen haben, daß mit Toshiki Kaifu ein politisch schwacher Ministerpräsident an der Regierungsspitze steht, der innenpolitische kontroverse Maßnahmen kaum durchsetzen kann. Andererseits entspricht es wohl auch dem japanischen Charakter, unangenehmen Dingen und vorab einer Konfrontation mit anderen Staaten aus dem Weg zu gehen." (6)

Im "Tagesanzeiger" (2), darf ein Professor aus Tokio über die bisherige schlappe Haltung Japans jammern: "Bisher erschöpfte unsere Nahostpolitik sich darin, daß wir uns nach allen Seiten höflich verbeugt haben, um uns die Freundschaft der Scheichs zu erhalten und die Ölversorgung sicherzustellen."

Andererseits heißt es, daß der japanische Beitrag vielleicht "bescheiden" erscheine, aber vom schwachen Ministerpräsidenten ist nicht die Rede, im Gegenteil: "Vergleiche man es jedoch mit dem, was Japan in solchen Krisensituationen in der Vergangenheit unternahm, dann ist es doch als ein bedeutender politischer Fortschritt zu werten." Andere Kommentatoren hielten die nachträgliche Aufstockung der japanischen Geldleistung sowieso für ein abgekartetes Spiel, denn: "die USA wären selbst dann nicht zufrieden gewesen, wenn Tokio von Anfang an vier Mrd. Dollar Hilfe geleistet hätte." (7)

Es ist eine fatale Fehleinschätzung, wenn man aus der politischen "Leisetreterei" Japans im Vergleich zu den USA die derzeitige Machtverteilung ableiten wollte. So bemüht sich auch die US-Regierung einerseits das laute Geschrei von US-Abgeordneten zu nutzen, andererseits gibt sie aber gegenteilige Beteuerungen ab.

Die schimpfende "Neue Züricher Zeitung" fand es dann auch einfach "erstaunlich", daß das politisch so "schwache" Japan seine Finanzzusagen gleichzeitig mit einer Erhöhung des Diskontsatzes begleitet hatte. Auch ein halbes Prozent mehr Zinsen in Japan drehen den USA nämlich ein wenig den Finanzhahn ab, bzw. machen es noch abhängiger von japanischer Hilfe. "Während Tokio auf der einen Seite den USA hilft, fällt es ihnen an anderem Ort sozusagen in den Rücken. Aus dieser Sicht hätte dieser zinspolitische Schritt wohl kaum zu einem ungeschickteren Zeitpunkt kommen können." (6) Statt "ungeschickt" hätte es heißen müssen, daß der Zeitpunkt "für die USA kaum unglücklicher hätte kommen können". So meinte der US-Senator Nunn,

"der Konflikt mit dem Irak könnte der erste Krieg sein, den Amerika mit japanischen Krediten führen müßte". Daß ohne Japan da gar nichts läuft, führte Paul Kennedy im "Spiegel" aus: "Die USA sind darauf angewiesen, daß die Japaner jedes Vierteljahr amerikanische Schatzbriefe für etwa 14 Milliarden Dollar kaufen. Wenn Washington weiterhin auf Japan herumtrampelt und die japanische Regierung eines Tages ihren Börsenmaklern sagt, machen wir doch mal eine Pause und kaufen keine US-Schatzbriefe mehr, dann ist es auch mit dem militärischen Muskelspiel der USA vorbei." (8)

Sich nicht mehr hinter der Hypothek des Zweiten Weltkrieges verschanzen?

Der Streit geht aber keineswegs nur um die finanziellen Beiträge. Die US-Regierung hatte auch klare Vorstellungen über die gewünschte Militärbeteiligung Japans: "Die Vereinigten Staaten dringen aber auch auf ‚direkte Beiträge', die Japan (...) leisten möge. Gewünscht wird die Entsendung japanischer Patrouillen- und Minensuchboote und die Bereitstellung von Transportflugzeugen." (1)

Als Warnschuß gegen Japan beschloß das US-Repräsentantenhaus mit 370 gegen 53 Stimmen eine Gesetzesänderung, wonach Japan sämtliche Kosten für die dort stationierten 50.000 US-Soldaten aufgebürdet erhält. Bei einer Weigerung würde der Abzug von jährlich 5.000 Soldaten die Folge sein. Dieser Beschluß kam aber nur vor dem Hintergrund zustande, daß es dieses Gesetz nicht geben wird. So räumte einer der Initiatoren, der republikanische Abgeordnete John Kasich, ein, daß der Entwurf kaum eine Chance habe, den Senat zu passieren. (9)

"Washington läßt die Standardausrede der Japaner immer weniger gelten, den Hinweis auf Nippons von der amerikanischen Siegermacht entworfenen Nachkriegsverfassung, die jede Art von Gewalt zur Lösung internationaler Konflikte ächtet und damit selbst eine finanzielle Unterstützung Japans für militärische Aktionen zum Verfassungsproblem geraten läßt. ‚Japan muß endlich aufhören, sich hinter der flexibelsten Verfassung der Welt zu verschanzen, die es den anderen zumutet, für internationale Sicherheit den Kopf hinzuhalten und dafür zu bezahlen', schreibt die New York Times. ‚Wenn kein Profit zu erwarten ist, können wir auf Japan nicht zählen'." (5)

"Ob gewollt oder nicht, Japan steht ein neuer Test seiner pazifistischen Ideale bevor", schrieb Sam Seibert in der "Newsweek". (10) Aber es ist keineswegs so, daß die Japaner nur von außen bedrängt würden. "Japan hatte das erste Mal realisiert, daß sein Überleben nicht von dem Rest der Welt getrennt werden kann", sagte der frühere Vize-Verteidigungsminister Seiki Nishihiro. (10) Das sind Töne, die wir hier nur allzugut kennen.

"Wenn es nach der überwältigenden Mehrheit der Politiker der japanischen liberaldemokratischen Regierungspartei ginge, dann stünden vielleicht schon in wenigen Wochen Truppen des fernöstlichen Landes in Saudi-Arabien sowie in anderen nahöstlichen Staaten. Tatsächlich aber ist das Erscheinen japanischer Kampfverbände in der Nähe der irakischen Grenze zur Zeit recht unwahrscheinlich." Denn: "Ehe japanische Soldaten daher tatsächlich zeitweise Dienst ‚in Übersee' tun, wäre zunächst einmal eine Änderung der Verfassung und der entsprechenden Gesetze notwendig. Genau darauf zielt die Regierung in Tokio zur Zeit ab." (11) Es gehe den Befürwortern in der Regierungspartei LDP um "die Gelegenheit (...), ihre Gesetze für die Selbstverteidigungskräfte neuzuschreiben. Da macht es auch nichts, daß japanische Truppen für den Wüstenkrieg weder trainiert noch ausgerüstet sind." (10)

Es geht also weniger darum, jetzt in einem Golfkrieg unbedingt mit von der Partie zu sein, sondern darum, sich für die Zukunft zu rüsten: "Je schwächer die amerikanische Präsenz in Ostasien wird, desto mehr aber wird Japan sich verpflichtet sehen, selbst Verantwortung zu übernehmen. Dazu gehört wohl unbestreitbar auch das Recht der Entsendung eigener Truppen." (11)

In diesem Sinne befindet sich Japan tatsächlich in einer vergleichbaren Lage mit der BRD, allerdings mit ungleich höheren Hürden. Beginnen wir mit der Verfassung, die für die BRD von Anfang an bewaffnete Streitkräfte zuließ. Die von den USA damals diktierte japanische Verfassung ist eindeutig pazifistisch: Der Artikel 9 lautet nämlich:

Im aufrichtigen Bestreben für einen internationalen Frieden, der auf Gerechtigkeit und Ordnung beruht, verzichtet das japanische Volk für immer auf das Mittel des Krieges als ein souveränes Recht der Nationen und auf die Drohung und Anwendung von Gewalt als Mittel zur Regelung internationaler Konflikte.

In der Absicht, das Ziel des vorangehenden Paragraphen zu vervollständigen, werden nie mehr Land-, See- und Luftstreitkräfte sowie weiteres Kriegspotential unterhalten werden. Das Recht eines Staates auf Kriegsführung wird nicht in Anspruch genommen.

Aber schon bald - 1947 - war es mit solchen Tönen vorbei: "In den frühen 50er Jahren begann Washington damit, Tokio zu ermuntern, den Artikel 9 weniger als eine Deklaration für strikten Pazifismus zu begreifen, sondern mehr als ein Versprechen anzusehen, sich aus bewaffneten Konflikten außerhalb herauszuhalten. Japan unterhält nun das sechstgrößte Militärbudget der Welt." (10) "Japan verfügt über eine bestens ausgerüstete Freiwilligenarmee von 250.000 Soldaten und Tokios Verteidigungsetat gilt als der dritthöchste der Welt.

Gerechtfertigt wird indessen die Existenz der Streitkräfte damit, daß kein souveräner Staat wirksam auf das Recht zur Selbstverteidigung verzichten könne, wodurch also der Wortlaut der Verfassung durch Auslegung in sein Gegenteil verkehrt wird." (12) Allerdings ist es in Japan - anders als in der BRD - keineswegs gelungen, eine Zustimmung der Bevölkerung für die bisherige Praxis zu bekommen geschweige denn einen breiten Konsens:

"Selbst die Befürworter der Entsendung japanischer Einheiten an ferne Kriegsschauplätze akzeptieren, daß eine mögliche Verfassungsänderung erst nach längerer Diskussionen beschlossen werden sollte. Dabei wird die Gegnerschaft sicher stark sein. Viele Japaner fürchten nämlich nicht nur die Unterstellung eigener Kampfverbände unter die US-Führung, sondern vermuten, daß dies wohl nur der Anfang für einen Rückfall in den Militarismus wäre. Dies aber lehnen die allermeisten entschieden ab. Die friedliche Auseinandersetzung mit Halbleitern, Videorekordern und Personenautos auf den Märkten der freien Welt ist für sie verständlich, nachvollziehbar und gerechtfertigt. Für den Einsatz von Truppen in Spannungsgebieten gilt das jedoch keineswegs. Die Mehrheit der Japaner ist in einem außerhalb der Landesgrenzen kaum vorstellbaren Maß pazifistisch gestimmt." (11) Laut Newsweek lehnen zwar 71,1% Japaner die Annexion Kuwaits rundheraus ab, aber sogar 83% eine Entsendung japanischer "Selbstverteidigungskräfte" in diesen Konflikt. (10) Die "Washington Post" spricht von 2:1 bis zu 4:1-Mehrheiten, die ganz klar gegen jedwede Truppenentsendung eintreten. (13)

"Aber Widerstand regt sich keineswegs nur auf den japanischen Inseln. Schon die ersten Ankündigungen, daß Japan Sanitätspersonal als öffentlich Bedienstete in den Nahen Osten entsenden werde, rief den Unwillen vieler Gegner aus den Zeiten des Zweiten Weltkrieges hervor. China gehört ebenso dazu wie Südkorea und die Philippinen. Indonesien meldete schon Bedenken wegen der möglichen Durchfahrt japanischer Versorgungsschiffe durch die Straße von Malakka (...) an. Wieder einmal - wie schon so viele Male zuvor - hat die Diskussion um eine kleine japanische Beteiligung an den Ereignissen im Nahen Osten gezeigt, daß der Zweite Weltkrieg und jene Greueltaten, die japanische Truppen der Bevölkerung des übrigen Ostasiens zufügten, alles andere als vergessen sind." (11)

Das hat sogar erhebliche Folgen in der Armee: "Während Teile des Offizierskorps für die Entsendung vollbewaffneter Truppen ins Ausland eintreten, scheinen viele Mannschaftsdienstgrade den Dienst unter der UN-Fahne abzulehnen. Viele lassen nicht den geringsten Zweifel daran, daß sie wegen der Ausbildung, der Karriere oder aufgrund materieller Vorteile zum Militär gegangen sind. Ihre Entscheidung zum Militärdienst wäre anders ausgefallen, so sagen sie, wenn sie gewußt hätten, daß sie vielleicht eines Tages auch in Übersee Dienst tun müßten." (14) Ansonsten übt sich die Armee in Zurückhaltung, und nicht nur in der Form, daß sie sich aus der aktuellen Debatte öffentlich heraushält: "Selbst im eigenen Lande treten die japanischen Truppen mit ihrer zum großen Teil besonders modernen Ausrüstung nach außen kaum in Erscheinung. Sogar die in der obersten Verteidigungsbehörde in der Tokioter Innenstadt beschäftigten Offiziere erscheinen morgens in ziviler Kleidung zum Dienst und tauschen den Anzug erst im Büro gegen den Uniformrock. Daß draußen in den Wasserwüsten des Pazifik mehr japanische als amerikanische Zerstörer schwimmen, realisieren ohnehin nur die daran wirklich interessierten Japaner." (11)

Vor diesem Hintergrund muß die seit August in Japan laufende Debatte über den Truppeneinsatz am Golf gesehen werden. Während in der BRD die SPD zu einer Verfassungsänderung im Prinzip bereit ist, sei daran "in Japan überhaupt nicht zu denken." Die größte Oppositionspartei SPJ (Sozialistische Partei Japans) ringe sich "gerade erst dazu durch, die bisher für verfassungswidrig erachtete Armee als legitim zu akzeptieren, allerdings nur unter der Voraussetzung, daß die Streitkräfte ausschließlich zur Verteidigung japanischen

Hoheitsgebiets eingesetzt werden." (15) Insofern geht es um Maßnahmen, die als "verfassungskonform" interpretiert werden. Im September stellte der japanische Premierminister Kaifu einen Gesetzentwurf vor, "wonach die Regierung Truppen zur Unterstützung der Friedensbemühungen der Vereinten Nationen entsenden darf. Kaifu sagte, daß das Gesetz über die UN-Friedenskooperation nur nicht-militärische Operationen im Rahmen der entsprechenden UN-Resolutionen zulasse. Das Korps für die friedliche Zusammenarbeit stehe unter der zivilen Kontrolle des Regierungschefs. Die Aufgaben der Truppen beschränkten sich auf Nachschub und Kommunikation." (16) Ganz neu war dieser Versuch nicht, denn schon 1987, während des Krieges zwischen Iran und Irak, hatte der damalige Premier Nakasone eine Entsendung von Minensuchbooten als verfassungskonform bezeichnet. (17)

Gleichzeitig mit dem Gesetzentwurf wurden die ersten Mitglieder einer insgesamt 200-köpfigen von der Regierung gesponserten Gruppe von Freiwilligen als Sanitätspersonal nach Saudi-Arabien geschickt. (10) Praktisch geht es bei dem Gesetz darum, von dem zivilen Charakter zum militärischen zu kommen. Dabei ging es reichlich hin und her:

"Ministerpräsident Toshiki Kaifu hatte Ende August von ‚unbewaffneten SVK-Mitgliedern' (SVK = Selbstverteidigungskräfte, Anm. ak) ohne SVK-Status gesprochen. Damit waren dann Konservative unter den regierenden Liberaldemokraten und Offiziere der SVK unzufrieden.

Demnach wurde aus ‚leicht und nur zur Selbstverteidigung bewaffneten' SVK-Einheiten im Rahmen der geplanten japanischen Friedenstruppe (...) ‚voll ausgereifte' Soldaten, die durchaus über Feuerkraft verfügen sollen. Sogar Kaifu sprach vergangene Woche plötzlich von ‚Maschinengewehren', die mitgeführt werden sollen. Etwas mehr als die ‚leichten Handfeuerwaffen', von denen noch vor einem Monat die Rede war." (12) Und eigentlich stünde - trotz dieses Theaters - der Verabschiedung dieses Gesetzentwurfes nichts mehr im Wege: "Unbeeindruckt zeigen sich die Herren Japans, die seit 1955 unangefochten regieren, von Demonstrationen, die beinahe täglich von Hausfrauen- und Bürgervereinigungen organisiert werden.

Es zeichnet sich ab, daß die LDP bekommen wird, was sie will, die zweitgrößte Oppositionspartei Komeito hat wissen lassen, daß sie in Zukunft mehr mit der Regierungspartei kooperieren und nie mehr an eine Oppositionskoalition denken will. Das bedeutet, daß von der LDP genügend Millionen bezahlt wurden und die Komeito im Oberhaus, in dem die LDP gegen die Mehrheit der Opposition ankämpfen muß, höchstwahrscheinlich für das neue Gesetz stimmen wird." (12)

Aber ganz so einfach ist es doch nicht, denn auch die regierende LDP ist nicht ganz einer Meinung und der aktuelle Gesetzentwurf ein wackliger Kompromiß: "Gerade unter den Älteren dort ist das Thema keineswegs unumstritten. Der rechte Flügel der Älteren tritt für die Entsendung von Truppen ein. Ein großer Block möchte Japan allerdings nicht ‚remilitarisieren' (...) Unter den jüngeren LDP-Politikern findet die Truppenentsendung eindeutig Zustimmung. Dabei wird in diesem Lager darauf verwiesen, daß der Krieg nun schon lange zurückliege." (14)

Die "Frankfurter Allgemeine" behauptet, die für die nächste Woche geplante Verabschiedung des Gesetzes hänge ganz vom Ergebnis der Nachwahlen an diesem Wochenende ab. Die negative Stimmung gegen die Truppenentsendung könnte sich auch auf dem Wahlzettel gegen die Dauerregierer von der LDP wenden:

"Sollten die Oppositionsparteien als klare Sieger der Nachwahl in Aichi hervorgehen, hat der Gesetzentwurf von Kaifus regierenden Liberaldemokraten zur Truppenentsendung ins Ausland wohl kaum noch eine Chance. In Tokio ist aus dem Lager der Regierungspartei zu hören, in diesem Falle werde Kaifu vermutlich den Gesetzentwurf zurückziehen oder die ursprünglich für die nächste Woche vorgesehene Abstimmung im Parlament auf unbestimmte Zeit verschieben. Sollte Kaifu allerdings als Sieger aus der Nachwahl hervorgehen, wird es in der nächsten Woche mit großer Wahrscheinlichkeit zur Abstimmung kommen." Es könnte als dritte Variante auch ein Patt bei der Wahl herauskommen. (18)

An dieser Stelle muß auch noch ein unrühmliches Wort über die japanische parlamentarische Opposition angefügt werden, obwohl sie verglichen mit unseren Verhältnissen geradezu als "standhaft" zu bezeichnen ist.

Neben der offenbar eingekauften (buddhistisch beeinflußten) Komeito-Partei sind auch die Demokratischen Sozialisten für eine Entsendung von Truppenkontingenten bereit, aber beide treten dafür ein, daß dies ohne Waffen geschieht. Die größte Oppositionspartei, die Sozalistische Partei Japans und die Kommunisten sind

strikt gegen ein solches Gesetz. (14) Allerdings so prinzipiell scheint diese Opposition nicht zu sein und sie hat etwas damit zu tun, daß diese Parteien derzeit sehr weit von jeder Regierungsübernahme entfernt sind. So schrieb "Newsweek" dazu: "Führer durch das gesamte japanische politische Spektrum akzeptieren, daß der Artikel 9 Japan nicht prinzipiell verbiete, an UN-Friedensmissionen als Nichtkombatanten teilzunehmen. Takako Doi, Führer der japanischen sozialistischen Partei, schließt die Teilnahme auch nur deshalb aus, weil Washington die Mission nicht der UNO überlasse." (10)

"Auch viele Gegner" des aktuellen Gesetzes - schreibt Peter Odrich in der "Frankfurter Allgemeinen" - gäben trotz ihres "Widerstandes gegen die Pläne der Regierung (...) grollend zu, daß sich die Uhr nicht zurückdrehen lassen wird: Bei der nächsten Krise dürften auch japanische Truppen mit von der Partie sein." (11)

HH

Quellen:

1) FAZ, 24.8.90

2) Tagesanzeiger, 31.8.90

3) Wobei es sich nicht einfach nur um Geschenke, sondern teilweise um Kredite allerdings mit langfristiger Laufzeit (= 30 Jahre) und niedrigstem Zinssatz (= 1%) handelt. SZ, 15./16.9.90

4) Tagesanzeiger, 15.9.90

5) Zeit, 21.9.90

6) NZZ, 31.8.90

7) Tagesanzeiger, 15.9.90

8) Spiegel, 3.9.90

9) SZ, 14.9.90

10) Newsweek, 1.10.90

11) FAZ, 25.9.90

12) FR, 23.10.90

13) taz, 18.10.90

14) FAZ, 23.10.90

15) SZ, 19.9.90

16) FAZ, 29.9.90

17) NZZ, 11.9.90

18) FAZ, 3.11.90

15. Bundeswehrverbände für unbefristete "Manöver" nach Kurdistan verlegt

Rubrik: Militärpolitik BRD - Bundeswehr; Golfkrieg; Türkei · CD-Datei: daten/aksuche/ak324/45.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:324:45

Am 3. Oktober, dem Tag, an dem er deutscher Kriegsminister wurde, erklärte Gerhard Stoltenberg gegenüber der US-Zeitschrift "Forbes", deutsche Soldaten gegebenenfalls binnen kürzester Frist an die türkisch-irakische Grenze verlegen zu wollen. Wenn der Vorschlag gemacht werde, alliierte Truppen innerhalb der NATO-Struktur an jene Front zu schik- ken, gebe es auch mit dem Grundgesetz nicht das geringste Problem. (taz, 15.10.90)

Drei Tage später wurde die Bildzeitung konkret: Im Führungsstab der Bundeswehr habe man Pläne vorbereitet, um binnen 72 Stunden ein 60 Tornado umfassendes Geschwader der Bundeswehr auf einen NATO-Stützpunkt in die Türkei zu verlegen. Der Bericht blieb undementiert. (taz, 6.10.90) Bisher haben sich Bundeswehr-Einheiten im Ausland nur zur Bewachung von Materialdepots oder - kurzfristig - zu Ausbildungs- und Manöverzwecken aufgehalten. Eine Stationierung deutscher Soldaten an der NATO-Außengrenze, und dies in einer zugespitzten Vorkriegsphase, wäre somit ein Präzedenzfall. Dennoch haben die bekanntgewordenen Vorbereitungen der Hardthöhe hierzulande bisher so gut wie keine Beachtung gefunden.

Noch brisanter ist freilich das, was an Bundeswehreinsätzen in der östlichen Türkei bereits heute geschieht, und gerade deshalb mit einer Informationssperre belegt ist (1):

1. Seit Mitte September wird in der östlichen Türkei das vorgezogene NATO-Manöver "Deterrent Force" durchgeführt. Beteiligt sind die türkische Armee und die mobile Einsatztruppe der NATO ("Allied Mobil Force"), die in erheblichem Umfang von der Bundeswehr gestellt wird. Im wesentlichen dürfte es sich hierbei um Fallschirmjäger-Bataillone handeln, die von ihren Standorten Merzig/Saar, Nagold/Baden-Württemberg oder Iserlohn/Sauerland abkommandiert wurden. Das "Manöver" wurde jeweils auf die Monate Oktober und November ausgedehnt und mittlerweile auf unbestimmte Zeit verlängert. Die türkische Regierung hat über das Manövergebiet eine generelle Einreisesperre für Journalisten verhängt.

Die Nachrichtensperre gilt auch in der Bundesrepublik. Anrufe bei Presseoffizieren der genannten Standorte blieben erfolglos. Über den Verbleib und die mutmaßliche Rückkehr der Fallschirmjäger-Einheiten wird keine Auskunft erteilt.

Rückschlüsse lassen sich allerdings aus dem letzten Manöver dieser Art ("Aurora Express", 1.-30.6.1987) ableiten. Damals waren in den kurdischen Bergen 5.000 Soldaten aus sieben NATO-Ländern im Einsatz. Die Bundesrepublik stellte mit 1.000 Soldaten das größte Kontingent. Es bestand "vor allem aus dem Fallschirmjägerbataillon 261, Merzig, einer Artilleriebatterie, Stabs-, Fernmelde- und Versorgungsteilen sowie einer Staffel der Fliegenden Abteilung 301 des Heeresfliegerregiments 30, Niederstetten". Für die Luftwaffenunterstützung wurde "eine Staffel des Jabo-Geschwaders 43 nach Diyareebakir in Ostanatolien" verlegt. (Bundeswehr Aktuell, 24.4.1987)

2. Zugleich wird aktuell vor den Küsten Syriens und Israels ein gigantisches NATO-Seemanöver mit der Bezeichnung "Display Determination" durchgeführt. Daran beteiligt sind die im Mittelmeer stationierten Einheiten sowie die ständige NATO-Flotte aus dem Nordatlantik und der Nordsee. Es wurde Mitte September überraschend angesetzt und mittlerweile auf unbestimmte Zeit verlängert. Für die Bundesmarine sind der Zerstörer "Deutschland", und die Fregatte "Bremen" mit ca. 15 Begleitschiffen ausgelaufen. Das "Manöver" im Osten Zyperns läuft erstmals in voller Kriegsstärke, d.h. mit scharfer Munition.

3. Seit Anfang September sind aus Geilenkirchen mindestens zwei AWACS-Einheiten mit gemischtbemannten Besatzungen auf den NATO-Stützpunkt Konya Air Base verlegt worden. Über alle drei genannten Operationen wird in den Medien bis heute Stillschweigen gewahrt. Vom "Spiegel" ist bekannt geworden, daß das Angebot einer entsprechenden Enthüllung explizit abgelehnt wurde. Der mit großem Trara in See gestochene Minensuchverband der Bundesmarine bei Kreta (vgl. AK 322) nimmt sich neben den genannten Truppenbewegungen wie ein Kinderspiel aus. Der Verdacht liegt nahe, daß er die Öffentlichkeit ablenken soll.

Der einmalige Wert der Türkei für Aktionen der Schnellen Eingreiftruppe liegt darin, daß hier eine vollständige und zuverlässige Einflugschneise in taktischer Einsatzweite des Persischen Golfs besteht. Diese Route ist die einzige, die permanent einsetzbar und auch bei längeren Mittelost-Kriegen sicher zu schützen ist. Spätestens seit dem Militärputsch von 1980 wird deshalb die Türkei mit massiver US-amerikanischer Unterstützung zur Basis für mögliche Nah- und Mittelost-Interventionen ausgebaut. Von Anfang an wurde hierbei dem Juniorpartner BRD eine besondere Rolle beigemessen. Dies belegt nicht zuletzt das nebenstehend zitierte, bisher unveröffentlichte Geheim-Memorandum von Albert Wohlstetter, einem führenden US-Militärstrategen, das jener im November 1981 verfaßte.

Neben der offenkundigen Funktion der NATO-Manöver im Rahmen der Kriegsvorbereitungen gegen den Irak richten sich diese immer auch gegen den inneren Feind, die kurdische Aufstandsbewegung.

"Wenn die ‚NATO-Feuerwehrleute` in der Türkei eintreffen, werden sie eng mit den dortigen nationalen Kräften zusammenarbeiten", hieß es 1987 in einem NATO-Bulletin. (taz, 24.6.87) Die 2. Armee der Türkei aber "dient zur Verteidigung im Bereich der Südtürkei und dürfte nach der 1983 erfolgten Verlegung ihres Hauptquartiers von Konya nach Malatya auch in großem Umfang für die ‚Befriedungsaktionen` im irakisch-iranischen Grenzland gegen kurdische Guerillas eingesetzt werden", berichtet die regierungsnahe Stiftung Wissenschaft und Politik. (Informationsbulletin Kurdistan 6/87)

Immer wieder waren in der Vergangenheit Überfälle türkischer Truppen in den Irak und die Zerstörung kurdischer Siedlungen mit der Durchführung der NATO-Manöver zeitlich zusammengefallen. Auch heute ist es kein Zufall, daß die Manöver gerade in jener Region stattfinden, für die die türkische Regierung schon im Mai 1990 per Verordnung die Menschenrechte außer Kraft gesetzt hat. Hier tobt seit langem der offene Krieg gegen die kurdische Zivilbevölkerung. Die Bundesregierung hat seit der sozialliberalen Periode ihrem Verbündeten in diesem Kampf mit Schäferhunden, Leopards, Panzerspähwagen und einer Ausbildung türkischer Anti-Guerillaeinheiten durch die GSG 9 beiseite gestanden. Die Bundeswehr-Präsenz im Rahmen der NATO- Manöver richtet sich unmittelbar gegen den inneren Feind, da sie dazu beiträgt, der türkischen Armee den Rücken frei zu halten.

Traditionell kennen sich die Deutschen in dieser Gegend aus. Schon in der Zeit der deutsch-türkischen Waffenbrüderschaft im Ersten Weltkrieg haben deutsche Generäle beide Augen zugedrückt, als die türkische Armee den Völkermord an den Armeniern exekutierte.

max.

Anmerkung

1) Die folgenden Informationen basieren auf Recherchen von Anti-Mil-ExpertInnen bei den Grünen

16. "Stoppt den Krieg am Golf!" - "Kein Blut für Öl" Demonstration am 24.11. in Bonn

Rubrik: Golfkrieg; SPD; Friedensbewegung · CD-Datei: daten/aksuche/ak324/34.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:324:34

Am Samstag, den 24. November, wird in Bonn eine Demonstration und Kundgebung unter dem Motto: "Stoppt den Krieg am Golf! - Kein Blut für Öl!" stattfinden. Was als größere gemeinsame Aktion der Friedensbewegung in beachtlicher Breite begann, gerät allerdings in Gefahr, zur sozialdemokratischen Wahlkampfposse zu verkommen.

Für den 26. Oktober hatte auf Initiative von Alfred Mechtersheimer das Büro des Netzwerks Friedenskooperative (ehemals Koordinierungsausschuß) zu einem offenen Bündnistreffen für eine gemeinsame Golfdemo eingeladen. Neben diesen beiden waren u.a. erschienen: Falken, DFG- VK, die SPD-Friedensinitiative IFIAS, die Grünen, Naturwissenschaftler für den Frieden, Ärzte gegen den Atomkrieg (IPPNW), Gewaltfreie Aktion, ein Vertreter für das christliche Spektrum, die PDS und der KB.

In ausgesprochen konstruktiver Atmosphäre wurde verabredet, eine gemeinsame Veranstaltung unter dem Motto "Kein Blut für Öl" am 24.11. in Bonn durchzuführen. Geäußerte Bedenken bezogen sich vor allem darauf, daß dieser Termin zu spät sei einerseits und daß er die Mobilisierung für die Demo "Kein Krieg am Golf - entrüstet Daimler" am 17.11 in Stuttgart störe. Es gab Übereinstimmung, daß auf der Kundgebung nicht mehr als zwei Frauen und zwei Männer reden sollten, benannt wurden Johan Galtung, Leif Ericson (ein US-amerikanischer Deserteur) und eine namentlich noch zu bestimmende Angehörige deutscher Geiseln im Irak. Als viertes sei eine Person zu suchen, die entweder als "integrierende Persönlichkeit" die Zustimmung und das Vertrauen aller finden könne und/oder eine deutliche innenpolitische Zuspitzung zu leisten in der Lage wäre. Möglich wäre auch eine Vertreterin aus der Region (Palästina, Kurdistan).

Seitens der anwesenden Sozialdemokraten wurde die Notwendigkeit eines gemeinsamen Agierens nicht unzweideutig bejaht, ihre eigene Kampagne (Willy soll in den Irak und Geiseln befreien) sehr stark betont und ein recht durchschaubarer Trick in der RednerInnenfrage versucht: es soll niemand reden, der zum Bundestag kandidiert - bekanntlich kandidiert Brandt nicht mehr. Die Wahlkampfsituation lag also in der Luft, aber alle erklärten, es sei nötig, sie rauszuhalten. Ein zweites Treffen am 31.10. erarbeitete etwas mühsam einen gemeinsamen Aufruf. Dabei gab es Probleme immer dann, wenn nicht ganz stromlinienförmige Inhalte zur Debatte standen: eine moralische Verurteilung von Krieg überhaupt war der einzige Inhalt eines ersten Entwurfs. Der Text, auf den sich die Runde verständigen konnte, beinhaltete dann zwar Aussagen dazu, daß

- das Grundgesetz geändert werden soll, um Bundeswehreinsätze außerhalb des Natogebiets zu ermöglichen,

- daß Bundeswehreinheiten bereits in der Region anwesend sind,

- daß Deutschland eine neue Großmachtpolitik anstreben könnte.

Keine Einigung war zu erzielen darüber

- daß die Nato in der Golfregion Krieg will,

- daß es die Nato als Ganzes ist, die dort agiert, nicht nur die USA,

- daß die UNO dort nur die Tarnkappe ist, unter der die imperialistischen Staaten auftreten,

- daß die Bundesrepublik (nicht nur die Bundesregierung!) diesen Konflikt offensiv nutzt, um sich neue militärische Handlungsoptionen zu erobern,

- daß deshalb Deutschland entwaffnet und raus aus der Nato gehört.

Trotz dieser inhaltlichen Schwächen waren die KritikerInnen (v.a. KB, Grüne, PDS) bereit, im Sinne einer gemeinsamen Aktion den verabredeten Aufruf mitzutragen. Der Text sollte damit verbindlich verabredet sein, im Trägerkreis sollten alle mitarbeiten können, die sich finanziell beteiligen, die praktische Abwicklung sollte bei weiteren offenen Treffen besprochen werden. Dort sei auch zu klären, wer endgültig auf der Kundgebung sprechen solle. Termin und Aufruf seien unverzüglich zu veröffentlichen, damit die Mobilisierung anlaufen könne.

Das geschah nicht oder doch nur sehr beschränkt: vor allem die Grünen und die PDS begannen mit der Veröffentlichung, aus dem SPD-Umfeld geschah in dieser Hinsicht nichts. Das gibt auch einen Sinn: inzwischen war durch die Brandt- Reise in den Irak und die öffentliche Kontroverse darüber das Thema durchaus sozialdemokratisch besetzt. Da würde es sich sicher gut machen, auch die Demo möglichst an sich zu ziehen.

Genau das passierte auf einem dritten Bündnistreffen: Es sollte keinen offenen, sondern nur noch einen handverlesenen Trägerkreis geben. In dem sollten dann nur noch "Friedensorganisationen" sitzen. Dies heißt beim augenblicklichen Stand der Bewegung, daß linke Positionen damit offen ausgegrenzt werden. Die VertreterInnen der IPPNW verlangten, nicht in einer Reihe "Mit Parteien" aufgeführt zu werden (auch nicht als Unterzeichner des Aufrufs); auf Nachfrage wurde bestätigt, dies sei ein "Ihr oder wir" gegen die PDS. Die Sozialdemokraten hatten natürlich keine Schwierigkeiten mit einem Trägerkreis aus "Friedensorganisationen", weil sie in einigen dieser Vereine über erheblichen Einfluß verfügen - die jeweiligen SprecherInnen haben nicht selten das SPD-Parteibuch in der Tasche. Ich erspare den LeserInnen Details aus der stundenlangen Debatte zum Thema, es blieb nach 'ner Menge von Tricks beim skizzierten Ergebnis. Ein Trägerkreis, der in Wirklichkeit gar nicht arbeitet, sondern nur den politischen Rahmen abgeben soll, wurde gegründet, in dem sich Pax Christi und das Komitee für Grundrechte um die Ehre streiten dürfen, die fortschrittlichste Position innezuhaben.

Zu besseren Zeiten in der Friedensbewegung hätte sich jetzt hier ein Abschnitt anfügen müssen, in dem über Alternativen, eigenständige Möglichkeiten, diese Veranstaltung auch für linke Inhalte und Aktionsformen zu nutzen, nachgedacht worden wäre. Aber es sind keine guten Zeiten für linke Politik. Und die Nato-Aggression am Golf bleibt bestehen. Lauter, breit getragener Protest dagegen bleibt notwendig und richtig. Richtig bleibt es auch, daß es gut ist, wenn auch konservative Teile der Friedensbewegung bereit sind, diesen Protest auf die Straße zu bringen. Linke sollten also weiterhin diese Demonstration unterstützen, sie sollten hingehen und offensiv dafür mobilisieren. Dabei ist es ja keineswegs erforderlich, den Aufruf des Ausgrenzerbündnisses mitzutragen.

Werner Rätz

(Nähere Informationen über: AG Golf im Netzwerk Friedenskooperative, Römerstr. 88, 5300 Bonn 1, Tel.: 0228/692 904.)

17. Aspekte des Golfkonflikts, von Thomas Mönkemeyer, ehemal. Mitarbeiter der PDS-Fraktion in der DDR-Volkskammer

Rubrik: Golfkrieg; PDS · CD-Datei: daten/aksuche/ak324/17.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:324:17

Seit Anfang August hat die Welt einen "Verrückten" mehr - Saddam Hussein. Hussein, der noch vor einigen Monaten, während des Krieges gegen Iran, westliche Sicherheitsinteressen gegen den irakischen Fundamentalismus verteidigte und würdig war, umfangreiche Militärhilfe zu erhalten, hat sich nun als Gefahr für die gesamte zivilisierte Menschheit entpuppt. Der "Irre aus Bagdad", der "Hitler vom Golf" tritt damit die Nachfolge von Khomeini, Gaddafi, Arafat, Assad und anderen Politikern der Region an, denen in der Vergangenheit ebenfalls solche "Ehrentitel" zuerkannt worden waren.

Beim gegenwärtigen Golfkonflikt wird durch nicht wenige Politiker und Journalisten die gleiche Ignoranz gegenüber den Problemen der Region und den dort agierenden politischen Kräften an den Tag gelegt, wie das auch bei der Palästinafrage, beim Libanonkonflikt oder beim Westsahara-Problem der Fall war und zum Teil noch ist. Die gerechte Empörung über die irakische Aggression und die völkerrechtswidrige Annexion Kuwaits verstellt bei nicht wenigen den Blick auf die objektiven und subjektiven Ursachen des Konfliktes, was die Suche nach einer politischen Regulierung behindert. Schlimmer noch: Politikern, die sich für eine solche Regulierung aussprechen, wird vorgeworfen, die "einheitliche Front gegen Irak" zu schwächen.

Wenn man über die Ursachen der jüngsten Zuspitzung am Golf spricht, ist es unumgänglich, auch einige Überlegungen zum internationalen und regionalen Umfeld anzustellen. Es ist eine Binsenwahrheit, daß dieser Konflikt unter völlig veränderten internationalen Bedingungen vonstatten geht. Es ist faktisch der erste größere Konflikt, der nach dem Zusammenbruch der Ost-West-Konfrontation entstanden ist und nicht vordergründig durch die Auseinandersetzung der beiden Supermächte gekennzeichnet ist. Das Überraschende dabei ist, daß die Beendigung der Blockkonfrontation durchaus nicht zu einer Minderung regionaler Spannungen geführt hat. Im Gegenteil, man kann sich kaum des Eindruckes erwehren, daß der Wegfall der traditionellen Strukturen, in denen sich die internationalen Beziehungen seit Jahrzehnten bewegt haben, dem Golfkonflikt eine zusätzliche Schärfe gibt: Erstmalig konnten die USA davon ausgehen, daß die Konzentration einer derart massiven militärischen Macht unweit der sowjetischen Südgrenze nicht zu einer sofortigen und nicht minder massiven Reaktion durch die Sowjetunion führt. Erstmalig sanktionierte die Sowjetunion ein Vorgehen der USA, das selbst bei engen Verbündeten als unangemessen und unausgewogen kritisiert wurde. Deutlicher als in anderen Bereichen der internationalen Beziehungen zeigt sich beim Vorgehen im Golfkonflikt, daß beide Supermächte (wenn auch in einem unterschiedlichen Grad) aus einer Position der Schwäche heraus operieren. Hinsichtlich der Sowjetunion bedarf diese These sicherlich keiner Untermauerung - die Schwächung internationaler Positionen der UdSSR, ob in Europa oder anderen Teilen der Welt, liegt auf der Hand. Für die USA stellt sich die Lage bei weitem nicht so dramatisch dar, eine Relativierung ihrer Rolle, vor allem im ökonomischen und finanziellen Bereich, ist jedoch kaum zu übersehen. Gerade hinsichtlich der Dritten Welt müssen die USA sehr genau darauf achten, ihre Positionen nicht an andere Kräfte wie Westeuropa oder Japan abtreten zu müssen. Davon ausgehend müßten die USA Saddam Hussein eigentlich dankbar für die Gelegenheit sein, sich den eigenen Verbündeten und den Staaten der Region als wichtigste globale Ordnungsmacht in Erinnerung zu bringen.

Was den USA in den achtziger Jahren trotz massiven Drucks auf die Staaten des Golfkooperationsrates nicht gelungen war - jetzt stimmen sie einer unmittelbaren amerikanischen Militärpräsenz zu. Dabei können sich die USA sogar als Verteidiger der Prinzipien des Völkerrechts und der UN-Charta darstellen. Machtpolitische und ökonomische Interessen, die traditionell das amerikanische Vorgehen bestimmen, werden weniger deutlich sichtbar. Hinzu kommt, daß das militärische Abenteuer auch noch von Staaten der Region und von Verbündeten mitfinanziert wird.

Die USA haben auf den Golfkonflikt in "altbewährter" Weise regiert und damit das Vakuum verdeutlicht, das in den internationalen Beziehungen mit dem Fortfall der Ost-West-Konfrontation entstanden ist. Gleichzeitig werden die bisher bestehenden Mechanismen der Konfliktregulierung, einschließlich des Kapitel VII der UN-Charta, in Frage gestellt, die mehr dem Konfliktmanagement als der Konfliktverhütung und -lösung dienen.

Unter diesen Bedingungen besitzt die nüchterne Betrachtung der entstandenen Lage und der Interessen der an diesem Konflikt beteiligten Seiten einen untergeordneten Stellenwert. Nur ungenügend wird beachtet, daß die Autonomisierung regionaler Konflikte, d.h. ihre Abkoppelung von der Ost-West-Auseinandersetzung zu einer deutlicheren Artikulierung von Eigeninteressen der Konfliktparteien führt, deren Kenntnis und Berücksichtigung für die friedliche Beilegung der Konflikte unerläßlich ist. Einige dieser Interessen seien an dieser Stelle kurz angedeutet:

Bei der Betrachtung der "inneren Aspekte", d.h. der Situation in Irak selbst, muß man verständlicherweise vom irakisch-iranischen Krieg ausgehen, der mehr als acht Jahre das Leben im Land bestimmte und zu immensen menschlichen und ökonomischen Verlusten führte. Obwohl die irakische Propaganda intensive (und nicht einmal erfolglos) Bemühungen unternahm, um Irak als Sieger in dieser militärischen Auseinandersetzung darzustellen, liegt auf der Hand, daß Irak keines seiner Kriegszeile erreicht hat. Im Gegenteil: Das Algier-Abkommen über die Grenzziehung zwischen Irak und Iran, mit dessen Kündigung Saddam Hussein im Herbst 1980 die Lunte an das Pulverfaß legte, mußte durch Irak faktisch wieder akzeptiert werden. Von der gerade mit diesem Krieg angestrebten regionalen Vormachtstellung war Saddam Hussein im Sommer 1990 bedeutend weiter entfernt als noch 1980. Hinzu kommt die katastrophale ökonomische Lage: Ganze für die Ökonomie des Landes lebenswichtige Gebiete sind zerstört, Auslandsschulden in Höhe von mindestens 70 Mrd. Dollar, Probleme beim Export des Rohöls, der Erdölpreisverfall u.a. Die Hoffnungen Iraks, nach Beendigung des Krieges den "militärischen Erfolg" in politischen Einfluß, vor allem aber in ökonomische Unterstützung durch die Golfstaaten umzusetzen, stellten sich als Fehlkalkulation heraus.

Auf diese Situation, die zunehmend auch für ihn persönlich und für sein Regime bedrohlich wurde, reagierte Saddam Hussein mit der ihm zur Verfügung stehenden "Trumpfkarte" - dem Einsatz militärischer Gewalt. (Nur nebenbei sei erwähnt, daß Irak mit Kuwait eines seiner Hauptgläubigerländer überfiel und damit eine "unkonventionelle" Lösung für sein Schuldenproblem zu finden glaubte. So gesehen, wurde hier ein Szenarium vorweggenommen, das durch einige für den Nord-Süd-Konflikt insgesamt prophezeit wird.)

Als Katalysator für die jüngste Zuspitzung im Golf wirkten zweifellos die zahlreichen anderen ungelösten Konflikte in diesem Raum. Seit Jahren werden international und auch regional die israelische Besetzung palästinensischer und arabischer Gebiete oder z.B. das syrische Vorgehen in Libanon akzeptiert. An das daraus entstandene Gefühl der Ohnmacht, der Hoffnungslosigkeit und der Verletzung des Ehrgefühls bei breiten Teilen der arabischen Völker konnte Saddam Hussein anknüpfen. Es zeigt sich, daß Hussein mit seiner aggressiven Politik gegenüber den feudalen Scheichtümern am Golf, mit seinem antiamerikanischen Konfrontationskurs oder mit seinen Aufrufen zum Schutz der islamischen Heiligtümer in hohem Maße die Stimmung der Völker in dieser Region reflektiert, was auch von den Herrschenden in den arabischen Ländern berücksichtigt werden muß. Hinzu kommt, daß auch andere politische Kräfte in der Region Nutzen aus dem Vorhegen Saddam Husseins ziehen, es also ihren Interessen durchaus nicht in dem Maße zuwiderläuft, wie das öffentlich bekundet wird: Für die rechten Kräfte in Israel hat sich der Druck in Richtung auf einen für beide Seiten akzeptablen Kompromiß in der Palästinafrage deutlich abgeschwächt. Eine neue Runde in der "Politik der eisernen Faust" in den okkupierten Gebieten wurde möglich. In der gegenwärtigen Kriegspsychose haben es realistische, auf eine politische Lösung orientierende Kräfte in Israel sehr schwer, Gehör zu finden (ein deutliches Zeichen ist die Auseinandersetzung um die Ereignisse am Tempelberg).

Die Ereignisse um den Golfkonflikt haben ein weiteres Mal verdeutlicht, wie groß die Radikalisierung und die Intoleranz in der Region ist, was in unseren Breiten oftmals als "irre" abgetan wird. In Wirklichkeit zeigt es jedoch, wie tief die Probleme sind, welchen Umfang die nationale und soziale Entwurzelung der Menschen angenommen hat. Es zeigt aber auch die Sinnlosigkeit und Gefährlichkeit der Absicht, diese Fragen z.B. durch die physische Ausschaltung von Saddam Hussein aus der Welt schaffen zu wollen. Um nicht mißverstanden zu werden: Es geht nicht um eine Rechtfertigung für den irakischen Überfall auf Kuwait. Es soll auch nicht der Wiederauflage einer "Befriedungspolitik" gegenüber Aggressoren das Wort geredet werden. Im Interesse einer friedlichen Beilegung von militärischen Konflikten in der Welt und der Verhinderung neuer, muß es jedoch darum gehen, die Begleitumstände objektiv und frei von satter Selbstzufriedenheit zu betrachten und nach akzeptablen Lösungen zu suchen. Die Resolution 598 des UN-Sicherheitsrates, die den Einstieg für eine politische Regulierung des irakisch-iranischen Konfliktes markierte, ist ein Beispiel dafür. Militärische Kraftmeierei, erneute Waffenlieferungen an beteiligte Seiten (z.B. an Israel und Saudi-Arabien) spitzen die Lage weiter zu und legen den Keim für neue, möglicherweise noch bedrohlichere militärische Konflikte.

Ob es uns als Linken gefällt oder nicht: Die Lage im Golf wirkt sich auch auf die Politik des vereinigten Deutschland aus und führt zu einer entsprechenden Positionierung. Bis zum heutigen Tag läuft diese Positionierung jedoch mehr in Richtung auf eine direkte militärische Beteiligung als auf die Suche nach einer politischen Lösung. Heraus ergibt sich eine direkte Verantwortung der linken Kräfte in Deutschland, die sich ungeachtet unterschiedlicher Bewertungen sind Detailfragen wie folgt zusammenfassen lassen:

1. Druck der Öffentlichkeit, daß aus der gegenwärtigen Krise im Golf nicht durch unverantwortliches Muskelspiel der "entwickelten Länder" eine globale Katastrophe erwächst. Dazu ist es unerläßlich, den Blick der Menschen in unserem Land auch auf diese Fragen zu richten und von der deutsch-deutschen Nabelschau wegzukommen. Es müssen die Konsequenzen verdeutlicht werden, die sich aus der angestrebten Grundgesetzänderung zum Einsatz der Bundeswehr außerhalb des NATO-Bereiches ergeben.

2. Beizutragen, daß sich ein demokratisches Europa einer seiner wichtigsten zivilisatorischen Wurzeln, der Region des Nahen und Mittleren Ostens bewußt ist und sich immer vor Augen hält, daß viele Probleme der Region eigentlich ihren Ursprung in Europa haben (Judenfrage/Israel, Grenzziehungen in der Region).

3. Einen Beitrag zu leisten, den multikulturellen Charakter Europas auszuprägen und zu verhindern, daß sich die Beziehungen zum Nahen Osten nur auf den Austausch materieller Güter beschränken. Diese Beziehungen müssen vom Bewußtsein gemeinsamer Werte ausgehen. Dazugehören auch klare linke Positionen gegen Ausländerfeindlichkeit und jede Form des Eurozentrismus.

4. Öffentlicher Druck und gesellschaftliche Kontrolle, daß die Tendenz, den Rüstungswettlauf aus der Ost-West- in die Nord-Süd-Richtung zu verlagern, gestoppt wird.

18. Zur Geschichte der Ukraine

Rubrik: Sowjetunion, Nationalitäten · CD-Datei: daten/aksuche/ak324/25.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:324:25

Die Ukrainer sind nach den Russen das größte der slawischen Völker. Laut Volkszählung gab es 1979 in der UdSSR über 42 Millionen Ukrainer, von denen 36,5 Millionen in ihrer Republik lebten. Das entsprach damals knapp 74% der Gesamtbevölkerung der Ukraine von 49,6 Millionen. Aus der bisher nur bruchstückhaft publizierten Volkszählung von 1989 ergibt sich für die Republik eine Bevölkerung von 52 Millionen, von denen sich 44 Millionen als Ukrainer registrieren ließen. Ihr Anteil ist demnach auf 84,6% gestiegen. Darin widerspiegeln sich vermutlich überhaupt keine echten demographischen Veränderungen, sondern lediglich ein gewachsenes nationales Selbstbewußtsein.

Mehrere Millionen Ukrainer leben außerhalb ihrer Republik. Ähnlich wie die Russen wurden auch Ukrainer als Industriearbeiter, Ingenieure usw. gezielt in anderen Teilen der UdSSR angesiedelt.

Die Ukrainer - nicht nur extreme Nationalisten, sondern auch KP-Offizielle - erheben Anspruch auf eine Nationalgeschichte von mehr als 1.000 Jahren. Sicher ist jedoch, daß die Ukrainer, abgesehen von wenigen Monaten 1918-1920, zu keiner Zeit als Nation in einem eigenen Staat gelebt haben. Jahrhundertelang war ihr Land aufgeteilt unter die Herrschaft konkurrierender Nachbarstaaten, die in nahezu permanenten Kriegen die Grenzen immer wieder zu ihren Gunsten neu zu ziehen versuchten. Erst durch den Sieg der Oktoberrevolution entstand die Republik in ihren heutigen Grenzen, die erstmals die gesamte "ukrainische Erde" in einem einzigen Staat vereinigt.

Die ukrainische und die russische Nationalgeschichte streiten sich um das Erbe der sogenannten Rus von Kiew. Dieses ostslawische Reich entstand um 850 und begann um 1150 wieder zu zerfallen. Das Vordringen der Mongolen (ab 1230) beendete diesen Versuch einer Staatsbildung. Zwar wurde das Reich von der heutigen ukrainischen Hauptstadt Kiew aus regiert, aber es war weder "ukrainisch" noch "russisch". Vielmehr basierte es auf einem Bündnis zahlreicher ostslawischer Stämme, die von lokalen Fürsten und deren Adelscliquen beherrscht wurden. Die südliche Hälfte der Ukraine, mit der Schwarzmeerküste und der Krim, gehörte nicht zu diesem Reich, sondern wurde von asiatischen Völkern dominiert. Nach dem Auseinanderfallen der Rus von Kiew kam es zu regionalen Sonderentwicklungen, in deren Verlauf in jahrhundertelangen Prozessen die drei großen ostslawischen Nationen der Russen, Ukrainer und Weißrussen entstanden.

In dem Maße, wie die Dynamik der mongolischen Expansion erlahmte, geriet die Nordhälfte der Ukraine unter die Herrschaft des Königreichs Polen und des Fürstentums Litauen, die seit ihrem formalen Zusammenschluß 1569 einen vom polnischen Adel dominierten Staat von beträchtlicher Ausdehnung bildeten.

Als Instrument dieser Herrschaft entstand durch die Brester Kirchenunion von 1596 die Unierte Kirche, die auch unter etlichen anderen Namen bekannt ist, von denen "katholisch-orthodox" wohl der treffendste ist. Diese Kirche ist in ihren Grundlagen katholisch, wie Polen und Litauen auch, und untersteht in letzter Instanz dem Vatikan. In der Liturgie und im sonstigen religiösen Brauchtum hat sie jedoch viele Elemente der russisch-orthodoxen bzw. richtiger wohl ostslawisch-orthodoxen Kirche beibehalten. Im 17. Jahrhundert wurde die Unierte Kirche den ukrainischen Untertanen aufgezwungen und galt ihnen als feindlicher Fremdkörper. In seltsamer Umkehrung der Dinge wurde eben diese Kirche später jedoch zu einer zentralen Trägerin des (west-)ukrainischen Nationalismus. In dieser Rolle erlebt sie, 1946 unter Stalin zwangsweise in die russisch-orthodoxe Kirche integriert und erst seit Ende 1989 wieder offiziell zugelassen, heute ein starkes Come Back.

"Wiedervereinigung" oder "Versklavung"?

Das Jahr 1654 gilt in der offiziellen russischen und sowjetischen Geschichtsschreibung als Jahr der "Wiedervereinigung" der Ukraine mit Rußland, und die Jubiläen wurden bisher ausgiebig gefeiert. Für ukrainische Nationalisten hingegen bezeichnet das Datum den Beginn der "schrittweisen Versklavung der Ukraine durch Rußland". In jenem Jahr 1654 unterstellten sich nach einem Aufstand gegen Polen-Litauen ukrainische Kosaken unter dem Hetman Chmelnycki der Oberherrschaft des Zaren. In der jüdischen Geschichte verbindet sich die Rebellion Chmelnyckis mit der Erinnerung an die schlimmsten Massaker und Verfolgungen auf osteuropäischem Boden - vor dem nazistischen Deutschland, versteht sich. Da auch der

Kampf um einen unabhängigen ukrainischen Staat 1918-20 von antijüdischen Pogromen begleitet war, muß von einer gewissen Kontinuität gesprochen werden.

Aus dem Abfall der Kosaken von Polen entstand ein mehr als 10 Jahre dauernder russisch-polnischer Krieg, als dessen Ergebnis lediglich der kleinere nordöstliche Teil der Ukraine, allerdings mit der Stadt Kiew, russisch wurde. Die westliche und mittlere Ukraine blieb bei Polen; der Süden gehörte zum Osmanischen (Türkischen) Reich.

In den Jahren 1772, 1793 und 1795 wurde Polen dreimal geteilt zwischen Brandenburg-Preußen, Österreich-Habsburg und dem russischen Zarenreich. Dies brachte die mittlere Ukraine zu Rußland, die Westukraine (Galizien) um das Zentrum Lemberg (heute ukrainisch Lwiw) fiel an Österreich. Etwa zur gleichen Zeit, zwischen 1770 und 1790, eroberte das Russische Reich die Südukraine und die Krim.

Hatte der Vertrag von 1654 zwischen dem Zarenreich und den Kosaken noch eine relativ weitgehende Autonomie für das ukrainische Gebiet vorgesehen, so wurde diese schrittweise abgebaut und im 19. Jahrhundert ganz liquidiert. 1839 wurde die Unierte Kirche verboten, 1876 der Druck von Büchern in ukrainischer Sprache untersagt. Russische Wissenschaftler "wiesen nach", daß das Ukrainische eigentlich nur eine Dialektabart des Russischen sei, folglich keine Existenzberechtigung als Sprache habe.

Im Gegensatz zur totalen Unterdrückung ukrainischer Autonomie und Identität im Zarenreich ließ Österreich-Habsburg in seinem Machtbereich den Ukrainern einen relativen Spielraum, u.a. auch mit dem Ziel, sie gegen die Polen auszuspielen und so die klassische Politik des "Teile und Herrsche" zu betreiben. Auf diese Weise entwickelte sich das östliche Galizien seit der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts zum ideologischen und politisch-organisatorischen Zentrum des ukrainischen Nationalismus.

Der erste ukrainische Staat

Durch den Ersten Weltkrieg brachen die Reiche des Zaren und später auch der Habsburger zusammen. Kurz nach der Februarrevolution bildete sich im März 1917 die Ukrainische Zentrale Rada (= Rat) als parlamentsähnliche Vertretung und trat in Verhandlungen mit der Provisorischen Regierung unter Kerenski. In dieser ersten Rada überwogen (rechte) Sozialdemokraten und Sozialrevolutionäre. Am 7. November 1917 proklamierte die Rada die Gründung der Ukrainischen Volksrepublik. Bis zu einer Verfassungsgebenden Versammlung, die im Januar 1918 stattfinden sollte, verstand sich die Rada als einzige legitime Autorität im russischen Teil der Ukraine.

Auf dem All-Ukrainischen Sowjetkongress, der am 4. Dezember 1917 stattfand, bildeten die Bolschewiki mit 80 von 2500 Delegierten nur eine kleine Minderheit. Dieser Kongress sah sich einem Ultimatum der jungen Sowjetregierung gegenüber. Diese klagte die Ukrainer an, die Front zu desorganisieren, bolschewistische Truppen zu entwaffnen und den Konterrevolutionären Schutz zu bieten. Wenn diese Politik nicht korrigiert würde, werde sich die Sowjetregierung im Kriegszustand mit der Ukraine befinden. Der All-Ukrainische Sowjetkongreß wies diese Stellungnahme als Einmischung in innere Angelegenheiten zurück. Von diesem Zeitpunkt an befand sich die Ukraine in offener Konfrontation mit der sozialistischen Zentralregierung.

Am 22. Januar 1918 wurde in aller Form die volle Souveränität und Unabhängigkeit der Ukraine verkündet. Anfang März 1918 schloß die Ukraine einen Separatfrieden mit dem Deutschen Reich und Österreich, der auch die Anerkennung des neuen Staats beinhaltete. Große Teile der Ukraine wurden von der deutschen Armee besetzt. Als die Rada gegen die Besatzungspolitik protestierte, wurde mit maßgeblicher deutscher Hilfe ein Putsch organisiert. Der reaktionäre, mit den Großgrundbesitzern verbundene General Skoropadsky ernannte sich zum Hetman und errichtete ein diktatorisches Regime. Nach dem militärischen Zusammenbruch des Deutschen Reichs fiel am 14. November 1918 auch der Hetman, dessen eigene politisch-soziale Basis äußerst schmal war. Ein Direktorium unter Führung des rechten Sozialdemokraten Petliura übernahm die Macht.

Bereits am 1. November 1918 hatte die Westukraine den Zusammenbruch Österreich-Habsburgs genutzt und ihre Unabhängigkeit erklärt. Am 22. Januar 1919 schlossen sich die beiden ukrainischen Republiken zusammen. Dieser erste ukrainische Staat in der Geschichte übte jedoch keineswegs, keinen einzigen Tag lang, die Herrschaft über die gesamte "ukrainische Erde" aus. Neben "Roten" und "Weißen" mischte sich in

den kriegerischen Streit um die Ukraine sofort auch der neuentstandene polnische Staat ein, der sich aufgrund der "historischen Wahrheit" als legitimer Eigentümer der Ukraine (und großer Teile Weißrußlands) verstand.

Die wechselvollen Verläufe des russischen Bürgerkriegs und des polnisch-russischen Kriegs sollen hier nicht nachgezeichnet werden. Sie endeten 1920 mit dem Ende des kurzlebigen ersten ukrainischen Nationalstaats. Das Territorium der Ukraine war nun geteilt zwischen der Sowjetunion und Polen, das die Westukraine annektiert hatte. Insgesamt lebten zwischen den Weltkriegen in Polen etwa sieben Millionen Ukrainer und waren dort die größte nationale Minderheit.

Nicht vergessen seien drei weitere von Ukrainern bewohnte Gebiete: die Karpatho-Ukraine, damals meist Karpatho-Ruthenien genannt, fiel an die nach dem Ersten Weltkrieg neugebildete Tschechoslowakei. Als Nazi-Deutschland im Frühjahr 1939 die CSR zerschlug, wurde das Gebiet mit deutscher Zustimmung von Ungarn annektiert. Nach dem Zweiten Weltkrieg behielt es die Sowjetunion ein und gliederte es der Ukrainischen SSR an.

Die stark oder mehrheitlich von Ukrainern bewohnten Gebiete Bukowina und südliches Bessarabien wurden nach dem Ersten Weltkrieg von Rumänien besetzt. 1940 annektierte die UdSSR diese Gebiete. Die Bukowina wurde der Ukraine zugeschlagen. Auf dem Territorium Bessarabiens entstand die Moldawische SSR, jedoch kam der Süden ebenfalls zur Ukrainischen SSR.

Da die UdSSR aufgrund der deutschsowjetischen Geheimabkommen im September 1939 u.a. die bis dahin polnische Westukraine besetzt hatte, war im Ergebnis des Zweiten Weltkriegs tatsächlich erstmals die ganze "ukrainische Erde" in einem Staat und in einer separaten staatlichen Einheit, wenn deren Souveränität auch beschränkt war, vereinigt. Ein Ergebnis, das die ukrainische Nationalbewegung im Alleingang gegen ebenso mächtige wie begehrliche Nachbarn ohne die Politik Lenins und Stalins schwerlich hätte erreichen können. Ironie der Geschichte?

Eine wesentliche Phase der ukrainischen nationalistischen Bewegung ist noch nachzutragen: jene, die sie direkt in den Kontext der faschistischen "Hochkonjunktur" der späteren 20er und der 30er Jahre sowie dann auch des deutschen Raub- und Vernichtungskriegs brachte.

Im Ergebnis der Anfang der 20er Jahre entstandenen Lage waren zum einen die von Polen annektierte Westukraine, insbesondere Lemberg, aber vielleicht mehr noch die Emigrantengruppen in Berlin und Wien zu Zentren einer Neuformierung und Neuorientierung des ukrainischen Nationalismus geworden. Als eine wesentliche Trennlinie zwischen der Vielzahl konkurrierender, teilweise nur kurzlebiger Gruppen und Fusionen stellte sich die Frage von Legalität oder Illegalität, Teilnahme am polnischen Parlament oder Boykott, friedlicher oder militärischer Kampf dar. Die radikalistischen Gruppen lehnten jede Zusammenarbeit mit dem legalen Flügel der Nationalbewegung ab und gingen gegen gemäßigte ukrainische Politiker auch mit Mordterror vor. Vor dem Hintergrund einer sich besonders nach dem Pilsudski-Putsch (1926) verschärfenden polnischen Nationalitätenpolitik gewann der extremistische Flügel die Oberhand. Entscheidend dafür war sein Sieg als vorherrschende Strömung in der westukrainischen und emigrierten Intelligenz, vor allem unter den Studenten. Die Verhältnisse im repressiv-diktatorisch regierten Polen trugen im Übrigen, ebenso wie später die sowjetische Annexion und danach die deutsche Besatzung, dazu bei, den von vornherein auf Illegalität und Militanz eingestellten Gruppen einen großen Vorteil gegenüber ihrer legalen Konkurrenz zu verschaffen.

Anfang 1929 wurde in Wien die Organisation Ukrainischer Nationalisten, OUN, gegründet. Delegierte verschiedener Gruppen aus der westlichen und aus der östlichen Ukraine waren paritätisch vertreten, um den Gesamtanspruch zu demonstrieren. Eine maßgebliche Rolle bei diesem Zusammenschluß spielte die UVO (Ukrainische Militärorganisation), eine 1920 gegründete, strikt konspirative, militärisch orientierte Kaderorganisation, die sich als Elite der Nation und Avantgarde des "Befreiungskampfs" verstand. Die OUN übernahm viele Elemente des Faschismus-Nazismus. Dazu gehörte ein scharfer Antisemitismus.

Kollaboration mit den Nazis

Nach dem deutschen Überfall auf die Sowjetunion - Beginn am 22. Juni 1941 - wurde die Wehrmacht in der Ukraine von beträchtlichen Teilen der Bevölkerung zunächst freundlich aufgenommen. Am 30. Juni proklamierte die OUN im gerade eben besetzten Lwiw die Wiedergeburt des unabhängigen ukrainischen Staates. Eine Provisorische Regierung der Ukraine wurde gebildet. Da die OUN im Windschatten der ersten

deutschen Truppen und mit direkter Unterstützung der "Abwehr" (Geheimdienst der Wehrmacht) nach Lwow gekommen war, liegt der Gedanke nahe, daß von dieser Seite aus auch die Proklamierung der "Unabhängigkeit" lanciert worden war. Anscheinend, wie so oft, in Konkurrenz mit dem Reichssicherheitshauptamt, d.h. der SS/SD-Zentrale: Nach wenigen Tagen unterband die im Lemberger Raum operierende Einsatzgruppe der SS die Tätigkeit der "Provisorischen Regierung". Im September 1941 wurden der OUN-Chef Stepan Bandera, die Mitglieder der Provisorischen Regierung und viele andere OUN-Funktionäre verhaftet. Eine unabhängige Ukraine entsprach nicht der antislawischen Ideologie des Nazismus und den Vorstellungen etwa von Hitler und Himmler über die totale "Germanisierung" Osteuropas.

Dennoch blieb das Verhältnis der OUN zu den deutschen Besatzern ambivalent bis kooperativ. Ihr militärischer Zweig, die 1942 entstandene UPA (Ukrainische Aufstandsarmee), kämpfte gelegentlich auch gegen Wehrmachtseinheiten, wohl meist eher wider Willen, hauptsächlich aber führte sie einen Vernichtungskampf gegen sowjetische Partisanengruppen. Zugleich schaffte sie es, sich sämtliche konkurrierenden nationalistischen Kampfgruppen, von denen es anfangs noch etliche gab, entweder unterzuordnen oder sie auszuschalten.

Im Mai 1943 richtete das mit den Besatzern zusammenarbeitende sogenannte Ukrainische Zentralkomitee einen Aufruf an die Jugend, sich zur SS-Division Galizien zu melden. Dieser Aufruf wurde unter anderem auch unterstützt von der Leitung der Unierten Kirche und vom "gemäßigten" Flügel der OUN. (Das ist nur scheinbar ein Widerspruch: der radikale Flügel der OUN war konsequenter in seinem Nationalismus und seiner Militanz; er war daher vermutlich eher als die "Gemäßigten" geneigt, auch den deutschen Imperialismus als Gegner zu betrachten.) - Auf den Aufruf hin meldeten sich 100.000 ukrainische Freiwillige, von denen 30.000 angenommen wurden.

Nach dem Rückzug der Wehrmacht setzte die UPA den Partisanenkampf gegen die sowjetische Armee fort. Sie blieb ein Störfaktor in den ersten Jahren nach dem Krieg. Von sowjetischen Truppen und Polizeikräften unter großen beiderseitigen Verlusten niedergekämpft, gab die UPA 1947 ihre Entscheidung bekannt, keine größeren Angriffsoperationen mehr durchzuführen. Ihre Mitglieder wurden aufgerufen, den "revolutionären und ideologischen Kampf" in den Reihen der OUN fortzusetzen. Der Partisanenkampf wurde aber noch bis etwa 1950 sporadisch fortgesetzt. Ebenfalls zwischen 1945 und 1950 führte die UPA auch im östlichen Polen einen intensiven Kleinkrieg, da auch innerhalb der weit nach Westen verschobenen polnischen Grenzen noch eine ukrainische Minderheit von einigen Hunderttausend Menschen lebte.

Deutschland, nun beschränkt auf die Bundesrepublik, blieb auch nach dem Zweiten Weltkrieg ein bevorzugter Aufenthaltsraum der nationalistischen ukrainischen Emigration. OUN-Führer Bandera wurde 1959 in München ermordet, angeblich von KGB-Agenten. Kürzlich wurde erstmals über Gedenkversammlungen für Bandera und Veteranentreffen der UPA in der Westukraine berichtet. An Banderas Geburtshaus soll eine Gedenktafel angebracht werden.

Kt.

19. Ein Jahr Transformation in Osteuropa: Kleinkapitalismus

Rubrik: Osteuropa, Osteuropapolitik; Imperialismus und Weltwirtschaft · CD-Datei: daten/aksuche/ak324/02.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:324:02

Die Staaten des bisher "real existierenden Sozialismus" befinden sich seit geraumer Zeit in wirtschaftlichen Schwierigkeiten. Einige von ihnen haben versucht, durch eine vorsichtige Annährung an kapitalistische Wirtschaftspraktiken sich Lösungsmöglichkeiten zu eröffnen. Aber spätestens seit dem offenen Zusammenbruch dieser Gesellschaften im letzten Herbst wird auf eine forcierte Transformation in kapitalistisch-marktwirtschaftliche Systeme gesetzt. Der folgende Beitrag beleuchtet die bisherigen Erfahrungen und Schwierigkeiten eines Experiments, für das es bislang keine historische Parallelen gibt.

Im Herbst letzten Jahres brachen die osteuropäischen Gesellschaften des "real existierenden Sozialismus" wie ein Kartenhaus zusammen. Begonnen hatte dieser Prozeß in Polen mit der Bildung des runden Tisches und den Wahlen im Juni, dann in Ungarn, bis im Herbst zunächst die DDR, dann die CSFR, schließlich Bulgarien und Rumänien. Die DDR hat bekanntlich aufgehört zu existieren und wurde von der BRD einverleibt. Allen osteuropäischen Ländern gemeinsam ist das Ziel, ihre Gesellschaften zu marktwirtschaftlichen Systemen mit dazugehörigen bürgerlich-parlamentarischen Demokratien zu transformieren, sich vollständig dem kapitalistischen Weltmarkt zu öffnen, was nichts anderes bedeutet, als die bisher durch Nicht-Konvertibilität ihrer Währungen und staatliches Außenhandelsmonopol abgeschotteten Ökonomien eben dieser Konkurrenz von Werten auszusetzen. Der eine Weltmarkt zwingt diese Länder zur Einführung und Durchsetzung warenförmiger Beziehungen auf allen Ebenen des gesellschaftlichen Reproduktionsprozesses in direkter Konfrontation mit den von den führenden imperialistischen Staaten "gesetzten" Maßstäben.

Die neuen Regierungen in den osteuropäischen Ländern sowie die überwiegenden Bevölkerungsmehrheiten versprechen sich von diesen Transformationen einen möglichst raschen Anschluß an das Produktivitäts-, Produktions- und Konsumptionsniveau der führenden kapitalistischen Staaten, insbesondere der EG, während sich umgekehrt für die imperialistischen Staaten - allen voran die BRD - neue potentielle Märkte auftun. In allen diesen Ländern ist, mit unterschiedlichem Tempo, unterschiedlichen Programmen und völlig verschiedenen Voraussetzungen und Bedingungen, mit dem Experiment der kapitalistischen Transformation begonnen worden, für das es historisch keine Parallelen gibt. Dennoch lassen sich nach einem Jahr gewisse Schlüsse ziehen, die nähere Auskünfte darüber geben können, vor welchen Schwierigkeiten und Hindernissen diese Gesellschaften stehen.

I. Krisensymptome allerorten

Das Jahr 1 nach dem Zusammenbruch des Realsozialismus weist in allen osteuropäischen Ländern die gleichen Symptome auf: Produktion und Produktivität sind zum Teil drastisch zurückgegangen, die Arbeitslosenzahlen steigen, die private Konsumption ist im allgemeinen zurückgegangen, die Inflationsraten gestiegen, ebenso die hohen Auslandsschulden.

In Polen sagen die Prognosen für das Jahr 1990 u.a. einen Rückgang des Sozialprodukts um 21%, beim privaten Verbrauch um 37% und bei den Warenimporten um 31% im Vergleich zum Vorjahr voraus ("Neues Deutschland", 14.9.90). Rund die Hälfte der polnischen Bevölkerung lebt unter dem Existenzminimum von 497.000 Zloty (ca. 83 DM) und offiziell sind derzeit 820 000 Arbeitslose registriert.

Ursache dafür ist der sogenannte "Balcerowicz-Plan" des polnischen Finanzministers, der wiederum auf den neoliberalen Schocktherapien des US-Ökonomen Geoffrey Sachs basiert. Dieser Plan beinhaltet u.a. den Abbau des Haushaltsdefizits durch Streichung staatlicher Subventionen und Verringerung der Militärausgaben, die Aufhebung nahezu aller Preiskontrollen, die Schließung unrentabler Betriebe unter Inkaufnahme von Arbeitslosigkeit, die Privatisierung der Betriebe, die Förderung ausländischer Investitionen, die Begrenzung der Lohnsteigerungen mit Einkommenseinbußen um durchschnittlich 30%, die Entwicklung eines internen Kapitalmarktes einschließlich der Gründung einer Börse sowie die begrenzte Konvertibilität des Zloty. Unter den Bedingungen der allgemeinen Warenknappheit bedeutete die Freigabe der Preise zunächst, daß die Inflationsraten "lateinamerikanische" Dimensionen erreichten; im zweiten Schritt wurde auf die klassisch-monetaristische Rezeptur der Inflationsbekämpfung zurückgegriffen. Zwar ist die Inflation in Polen

tatsächlich "im Griff", allerdings unter Inkaufnahme hoher Produktionsrückgänge, des Zusammenbruchs der Investitionstätigkeit und eines Anstiegs der Arbeitslosigkeit.

Was in Polen floriert, ist der Kleinhandel mit westlichen und sonstigen Waren auf den Straßen. Überall sind die lange so heiß ersehnten Bananen, Zitrusfrüchte, westliche Videorecorder im Angebot vorhanden - aber für die große Mehrheit der polnischen Bevölkerung unerschwinglich.

In Ungarn wird die wirtschaftspolitische Transformation von den harten Auflagen des Internationalen Währungsfonds bestimmt. Ende Dezember letzten Jahres mußte sich die ungarische Regierung verpflichten, ein drastisches Sparprogramm durchzuführen, andernfalls drohte Ungarn das Abschnüren von äußeren Krediten.

Die Maßnahmen der Regierung Antall setzten tatsächlich einen drastischen Sozial- und Subventionsabbau durch, um das enorme Haushaltsdefizit abzubauen. Steuersenkungen für kleine und mittlere Privatbetriebe sollen die Angebotsbedingungen verbessern, und der Warenexport wird wegen der prekären äußeren Verschuldung subventioniert. Im Gegenzug ist die Produktion um durchschnittlich 8% gesunken, leben eine Million Ungarn unter dem Existenzminimum und führen die Preissteigerungen vor allem bei Mieten und Grundversorgungsmitteln um knapp 30% zum allgemeinen Absinken des Lebensstandards der Bevölkerung.

In der CSFR wird es erst im kommenden Jahr ernst; bisher hielten sich die Krisensymptome noch in Grenzen. Die Industrieproduktion sank im ersten Halbjahr 1990 um ca. 2%, die Lebenshaltungskosten stiegen um durchschnittlich 3,3% - allerdings stiegen die zum Teil freigegebenen Preise für Grundnahrungsmittel um 25%. Die Inflationsrate liegt derzeit noch bescheiden niedrig.

Das wird sich demnächst ändern, denn im nächsten Jahr will die tschechoslowakische Regierung u.a. Einsparungen im Haushalt durch Subventionskürzungen bei unrentablen Betrieben vornehmen, die Krone gegenüber den westlichen Währungen abwerten und schrittweise freigeben, die Privatisierung der Staatsbetriebe einleiten. Die zu erwartende Arbeitslosigkeit soll mit verschiedenen Maßnahmen (Umschulungen, Verlängerung der Schulzeiten, vorzeitiger Ruhestand für ältere Arbeiter, Einführung von Teilzeitarbeit für Frauen) sozial "abgefedert" werden. Die tschechoslowakische Regierung, die aus der dortigen Bürgerrechtsbewegung hervorging, verfolgt im Vergleich zu den übrigen osteuropäischen Staaten eine vergleichsweise "milde" Transformationsvariante. Ob diese sich allerdings durchhalten lassen wird, bleibt abzuwarten.

Wesentlich dramatischer ist die Lage in Bulgarien. Die wichtigsten Grundversorgungsmittel gibt es nur auf vom Staat herausgegebene Bezugsscheine, während Korruption und Schwarzmarkt von der allgemeinen schweren Krise profitieren. Rund die Hälfte der bulgarischen Bevölkerung lebt unterhalb des gesetzlichen Existenzminimums. Die Inflationsrate liegt derzeit bei knapp 100%, die Zahl der Arbeitslosen steigt unaufhörlich und soll - bei 4 Millionen Erwerbstätigen - auf über 100 000 ansteigen. Die Produktion geht kontinuierlich um derzeit ca. 20% zurück, der Warenexport sogar um 40%.

In Rumänien ergibt sich ein differenzierteres Bild; auf der einen Seite sank die industrielle Produktion rapide um 22%, für den Export gar um 50%. Auch hier stieg die Inflation sprunghaft an, so daß die Regierung die Löhne um 50 bis 100% anheben mußte, um soziale Auseinandersetzungen in Grenzen zu halten. Auf der anderen Seite stieg das Angebot an Nahrungsmitteln (Fleisch, Käse, Obst und Gemüse), die unter dem Ceausescu-Regime noch in den Export flossen, zum Teil kräftig an. Die Regierung Iliescu konzentriert sich derzeit vor allem auf die Sicherung der Grundversorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln und Energie. Der allgemeine Mangel an Energie und Rohstoffen führte zu erheblichen Produktionseinschränkungen und zur Konzentration auf das Notwendigste. Zweifellos zählen Bulgarien und Rumänien zu den "Armenhäusern" Osteuropas.

II. Privatisierung

"Geld und Ware sind nicht von vornherein Kapital, sowenig wie Produktions-und Lebensmittel. Sie bedürfen der Verwandlung in Kapital. Diese Verwandlung selbst aber kann nur unter bestimmten Umständen vorgehn, die sich dahin zusammenspitzen: Zweierlei sehr verschiedene Sorten von Warenbesitzern müssen sich gegenüber und in Kontakt treten, einerseits Eigner von Geld, Produktions-und Lebensmitteln, denen es gilt, die von ihnen geeignete Wertsumme zu verwerten durch Ankauf fremder Arbeitskraft; andererseits freie Arbeiter,

Verkäufer der eignen Arbeitskraft und daher Verkäufer von Arbeit ... Mit dieser Polarisation des Warenmarkts sind die Grundbedingungen der kapitalistischen Produktion gegeben. Das Kapitalverhältnis setzt die Scheidung zwischen den Arbeitern und dem Eigentum an den Verwirklichungsbedingungen der Arbeit voraus. Sobald die kapitalistische Produktion einmal auf eignen Füßen steht, erhält sie nicht nur jene Scheidung, sondern reproduziert sie auf stets wachsender Stufenleiter" - so beschrieb einst Karl Marx die "ursprüngliche" Akkumulation des Kapitals. (MEW 23, S. 743 f.)

Nun befinden sich die osteuropäischen Gesellschaften nicht im Übergang feudaler, sondern realsozialistischer Verhältnisse in den Kapitalismus. Dennoch stellt sich das Problem einer (Wieder)herstellung des Kapitalverhältnisses, sprich: der (Wieder)aneignung der Produktionsmittel durch private Kapitalisten. Die Losung der Privatisierung der unter staatlicher Verfügungsgewalt stehenden Produktionsmittel haben sich alle osteuropäischen Regierungen längst zu eigen gemacht. Sie erhoffen sich vor allem vom westlichen Kapital einen großen Privatisierungs- und Investitionsschub, in dem sich ausländische Unternehmen in Form von Beteiligungen (Joint ventures) in ihren Ländern niederlassen, oder sich auch ohne Beteiligung dort ansiedeln.

Nicht nur in der ehemaligen DDR, sondern in allen osteuropäischen Ländern bleiben die ersehnten ausländischen Direktinvestitionen jedoch weitgehend aus. Zwar sind die gesetzlichen Beschränkungen für die Niederlassung ausländischer Unternehmen gelockert bzw. vollständig aufgehoben worden, sind solche Unternehmen von steuerlichen Belastungen weitgehend befreit und freier Profittransfer gesichert, dennoch kalkulieren die westlichen Kapitalisten sehr vorsichtig. Zwar konkurrieren die osteuropäischen Länder mit den Staaten der "Dritten Welt" um die niedrigsten Löhne, aber offensichtlich können sie nur an diesem Punkt mithalten. Westliche Kapitalisten, nach ihrer Investitionsunlust in Osteuropa befragt, klagen unisono über die miserable Infrastruktur (Transport, Verkehr, moderne Kommunikation), die Nichtkonvertibilität der Währungen und über die politischen Unwägbarkeiten der gesellschaftlichen Transformationsprozesse. Beschwerden über die nach wie vor zeitraubenden bürokratischen Hindernisse runden das Bild ab. Der US-Ökonom Lester Thurow gab an, daß die US-Industrie lieber in den politisch sicheren Gefilden Südostasiens investiere.

Aber auch die Privatisierung der größtenteils staatlichen Betriebe ist in ausnahmslos allen osteuropäischen Staaten, einschließlich der ehemaligen DDR, kaum vorangekommen. Nach den jüngsten Angaben der Treuhandanstalt sind aus dem Bestand von 8000 Betrieben und Kombinaten erst 30 Verkäufe getätigt worden. Zwar wurden alle Betriebe per Gesetz in Kapitalgesellschaften umgewandelt. Allerdings bedeutet dies in den meisten Fällen zunächst nicht mehr als ein neuer Eigentumstitel.

In Polen beträgt der Anteil der privaten Betriebe an der gesamten industriellen Produktion 8,5%; schon die damalige PVAP wollte 150 der unrentabelsten Betriebe schließen - nichts davon ist jedoch erfolgt. Bei den Privatbetrieben handelt es sich ganz überwiegend um sehr kleine Unternehmen. Ausgedehnt hat sich im privaten Sektor vor allem der Kleinhandel, wie er in allen osteuropäischen Ländern, besonders in den Großstädten, augenfällig ist.

Die Ursachen der Verzögerungen bei der Privatisierung und damit der (Wieder)herstellung von Kapitalverhältnissen sind vielschichtig und hängen mit den gesellschaftlichen "Altlasten" des Realsozialismus zusammen. Zum einen gibt es handfeste politische Gründe, daß keine Privatisierungen in großem Stile erfolgen. Die vollständige Öffnung gegenüber dem Weltmarkt zeigt, daß das Gros der noch staatlichen Betriebe - auch die unter der Treuhand verwalteten "volkseigenen" Betriebe der ex-DDR sind ja faktisch in den Händen einer staatlichen Holding - kaum Überlebenschancen haben. Die meisten dieser Betriebe, denen obendrein die staatlichen Subventionen und damit auch Investitionen entzogen werden, produzieren nicht rentabel und müßten Konkurs anmelden. Auch hier hilft ein Verweis auf die DDR, wo nahezu 70% der Betriebe dichtmachen müßten. Eine durchgreifende Privatisierung würde also eine industrielle Reservearmee in Millionenhöhe in allen osteuropäischen Ländern erzeugen und damit zum vollständigen Exitus der Ökonomien führen - mit allen sozialen Folgen und Konflikten.

Ein zweiter Punkt betrifft die nach wie vor vorhandenen alten gesellschaftlichen Strukturen. In fast allen Großbetrieben fehlt es nicht nur an modernem kapitalistischen Know-how, sondern dort sitzen nach wie vor die alten Direktoren und Betriebsleitungen, besteht vielfach ein Netz aus Beziehungen und Seilschaften. Es handelt sich um handfeste eigene spezifische Interessen des politischen und materiellen Überlebens, in den noch vorhandenen alten Strukturen zu überwintern. Die alte herrschende staatliche und betriebliche Bürokratie, wenngleich häufig zu Marktwirtschaftlern mutiert, verteidigt ihre alten Klasseninteressen und

verfügt über genügend Verbündete in den staatlichen Ministerien und Apparaten. Anders ausgedrückt: der marktwirtschaftlichen Privatisierung fehlt häufig die gesellschaftliche Struktur, die gesellschaftlichen Agenten zur Herstellung eines Kapitalverhältnisses.

Drittens begünstigt die marktwirtschaftliche Transformation tendenziell mafiotische, "kolumbianische Verhältnisse" vor allem im Bereich der Distribution; die Solidarnosc prägte unlängst den Begriff von der "Latinisierung Polens". Diese parasitären Formen des sich herausbildenden Kapitalismus zeigen sich beispielsweise darin, daß aufgrund der allgemeinen Knappheit bei gleichzeitiger hoher Nachfrage bestimmte Waren bewußt zurückgehalten und zu höheren Preisen veräußert werden. Eine andere typische Erscheinung ist, daß ein Produzent eine bestimmte Ware erzeugt und diese an seine eigene Handelsfirma zu einem sehr hohen Preis verkauft, ohne daß diese Ware die Fabrik- oder Lagerstätte verlassen hätte. So existieren viele rein parasitäre Kapitalgesellschaften neben diversen Mischformen.

In den osteuropäischen Ländern werden recht unterschiedliche Wege zur Privatisierung beschritten, wobei weiter zwischen einer schnelleren und einer schrittweisen Variante zu unterscheiden wäre. In Polen etwa soll ein Teil der staatlichen Betriebe an die ehemaligen Privatbesitzer zurückgegeben werden, zweitens in Form eines "Arbeiteraktionariats" zumindest die Option von selbstverwalteten Betrieben durch die Arbeiter bestehen, wobei die Arbeiter Aktien ihres Betriebes erwerben; drittens ist an eine Art "Bürgeraktionariat" gedacht, in dem alle Bürger Polens Aktien bzw. Gutscheine erwerben können. Die Gutscheine würden umsonst ausgegeben und über Markt und Börse letztlich der Verkaufspreis ermittelt. Wichtig ist in diesem Zusammenhang, daß es zu einem Wertpapiermarkt mit Kapitalbildung kommt, um die Akkumulation überhaupt anschieben zu können. Viertens und fünftens soll sowohl polnisches Kapital, das in nur geringem Umfang einiger Milliarden Dollar vorhanden ist, und vor allem ausländisches Kapital angelockt werden.

In der CSFR werden, mehr nach dem Vorbild der ex-DDR, zunächst alle staatlichen Unternehmen in Kapitalgesellschaften umgewandelt, wobei die Aktien bzw. die Besitzverhältnisse staatlich bleiben. In einem zweiten Schritt werden Teile der staatlichen Besitztümer in Form von Aktiengutscheinen an die Bevölkerung transferiert. Wie bei einer Auktion soll der Verkaufswert eines Betriebes über den Markt zu entsprechend freien Marktpreisen ermittelt werden, und die Gutscheinbesitzer können ihre Optionen in handelbare Aktien umtauschen.

Beiden Modellen liegt der "Volkskapitalismus" Maggie Thatchers zugrunde. Sie sollen politisch die gesellschaftliche Akzeptanz privater Eigentumsformen erhöhen, die Arbeiter dazu bewegen, sich mit "ihren" Betrieben zu identifizieren, und sie trägt letztlich zur Bildung von Kapital bei, das ansonsten nicht vorhanden ist. Letztlich handelt es sich bei diesen Transfers um einen Deal mit staatlichen Schuldtiteln, denn nach Wegfall der Subventionen übernimmt der Staat sämtliche Verbindlichkeiten der Betriebe, wie übrigens auch die Treuhand in der ex-DDR.

Marx beschrieb diesen Prozeß in der "ursprünglichen" Akkumulation so: "Aber auch abgesehen von der so geschaffenen Klasse müßiger Rentner und von dem improvisierten Reichtum der zwischen Regierung und Nation die Mittler spielenden Finanziers ... hat die Staatsschuld die Aktiengesellschaften, den Handel mit negoziablen (verkäuflichen) Effekten aller Art, die Agiotage (Börsenspekulation) emporgebracht, mit einem Wort: das Börsenspiel und die moderne Bankokratie" (MEW 23, S. 783).

Doch der Privatisierung der staatlichen Betriebe steht eine ganze Reihe von Hindernissen entgegen. Zum einen betreten die betreffenden Länder mit der Einrichtung von Börsen - nur Ungarn und Polen verfügen bisher über diese Institutionen, die CSFR wird bald folgen - Neuland. Börsen allein machen zudem noch lange keinen kapitalistischen Sommer, sofern sich nicht gleichzeitig die "Bankokratie" (Marx), also ein normaler Geld- und Kapitalmarkt herausbildet. Zum anderen ist bei dieser Form der Privatisierung mit rein spekulativen Mitnahmeeffekten zu rechnen, wie sie im Kapitalismus üblich sind. Und schließlich treten Bewertungsprobleme bei den staatlichen Betrieben und deren Überlebenschancen auf. Wer wird sich schon Aktien von prekären Betrieben andrehen lassen, die keine Dividende abwerfen, sondern schließen müssen? All diese Probleme und Fragen zeigen, daß die (Wieder)herstellung eines Kapitalverhältnisses in den osteuropäischen Ländern nur sehr langfristig lösbar sein wird und sich außerordentlich kompliziert gestaltet, weil schlicht viele strukturelle und gesellschaftliche Voraussetzungen fehlen.

III. Die Akkumulation

Nach unterschiedlichen Schätzungen liegt der Investitionsbedarf zur Sanierung nur der ex-DDR zwischen einer und zwei Billionen DM. Allein im Bereich der privatkapitalistischen Produktionssphäre werden dreistellige Milliardenbeträge genannt. Berücksichtigt man ferner, daß die DDR ein entwickeltes Industrieland (Rang 10 in der Welt) war, lassen sich die Dimensionen für die anderen osteuropäischen Länder - ganz zu schweigen von der Sowjetunion - nur erahnen: es wären geradezu astronomische Summen nötig.

Prinzipiell bestehen zwei Möglichkeiten, die kapitalistische Akkumulation anzuschieben: durch die Aufnahme und Verwendung von externen und von internen Krediten, denen jedoch diametral entgegengesetzte Wirtschaftspolitiken und Fakten entsprächen.

Der externen Kreditaufnahme steht die zum Teil hohe Auslandsverschuldung gegenüber den westlichen Gläubigerstaaten entgegen (siehe Tabelle).

Auslandsverbindlichkeiten der osteuropäischen Staaten 1989:

Polen 35,5 Mrd. Dollar

Ungarn 19,0 Mrd. Dollar

DDR 12,0 Mrd. Dollar

CSFR 7,0 Mrd. Dollar

Bulgarien 7,2 Mrd. Dollar

Rumänien 1,5 Mrd. Dollar

Die Zahlen nehmen sich, gemessen an den lateinamerikanischen oder gar US-Dimensionen, geradezu bescheiden aus. Prekär ist die Lage (mit Ausnahme vielleicht Rumäniens) dennoch, weil durchschnittlich über 50% der Warenexporterlöse in den Schuldendienst fließen. Damit werden den internen Akkumulationsfonds wichtige Ressourcen entzogen.

So verwundert es auch nicht, daß alle osteuropäischen Länder inzwischen IWF-Mitglieder wurden und dort, gegen harte Auflagen, Umschuldungsabkommen mit ihren Gläubigern vereinbarten, um den Schuldendienst zu strecken und gleichzeitig neue Kredite für die internen Transformationsmaßnahmen erhielten (1).

Die äußere Verschuldung als eine der realsozialistischen "Altlasten" hat zur Folge, daß die westlichen Banken und Regierungen (letztere müssen für die Kredite Bürgschaften abgeben) bei ihrer Kreditvergabe sehr zurückhaltend agieren. Gemessen an den benötigten Volumina fallen die Kredite erst recht sehr spärlich aus, auch wenn IWF und die "Europäische Bank für Entwicklung und Wiederaufbau" den Kredithahn nach Erfüllung politischer Auflagen etwas weiter öffnen sollten.

Bei der zweiten Möglichkeit, die notwendigen Ressourcen intern aufzubringen, ist die Lage ebenso prekär, zumal es nicht nur an Kapital, sondern auch an vielen infrastrukturellen und materiellen Voraussetzungen, etwa im Bereich der neuen Technologien, mangelt. Das Aufbringen von internen Ressourcen könnte etwa durch eine staatliche Neuverschuldung und durch die genannte Privatisierung einschließlich der Kapitalisierung erfolgen. Die derzeitige Wirtschaftspolitik in den osteuropäischen Ländern ist jedoch auf das genaue Gegenteil ausgerichtet, nämlich auf den drastischen Abbau von Subventionen und Investitionen, zumal der Staat der relevanteste Großinvestor ist. Es war wiederum Marx, der die öffentliche Staatsschuld als einen "der energischsten Hebel der ursprünglichen Akkumulation" bezeichnete (S. 782), von dem ganz entscheidende Wirkungen auf die Entwicklung eines Banken- und Kreditsystems sowie eines Steuersystems ausgehen würde.

Dieses Dilemma wird nochmals am Beispiel der ex-DDR deutlich; die soziale Minimalabsicherung und die neuen Investitionen erfolgen 1. durch das "deficit spending" des westdeutschen Staates und 2. durch Kredite westdeutscher Banken, inklusive der Investitionen aus dem "Fonds Deutsche Einheit" sowie ERP- Mitteln - jeweils in Milliardenhöhen. Wäre die DDR ein souveräner Staat, so handelte es sich um nichts anderes als eine externe Mittelaufbringung zur marktwirtschaftlichen Transformation - ein spezifisches "Privileg" für die DDR, das deren Einverleibung bedeutete. Den anderen osteuropäischen Ländern stehen diese Ressourcen in dem beschriebenen Ausmaß nicht zur Verfügung - umgekehrt befänden sich diese Länder dann jedoch genau

so in der Falle des imperialistischen Gläubigers, ein Dilemma, aus dem es unter den gegebenen Weltmarktbedingungen kaum ein Entrinnen gibt.

Andererseits zeigt gerade das Beispiel der ex-DDR, daß die osteuropäischen Länder allein nicht in der Lage sein werden, aus eigener Kraft die kapitalistische Akkumulation und Reproduktion anzustoßen.

IV. Die Kellerkinder Europas

Am Beispiel der "vier Tiger" Südostasiens, die es immerhin zu einem Status gehobener Schwellenländer in der Weltmarkthierarchie gebracht haben, und an denen sich manche osteuropäischen Ökonomen orientieren, läßt sich zeigen, unter welchen Bedingungen ein "Anschluß" an die gehobene Klasse des "europäischen Hauses" zumindest theoretisch gelingen könnte.

Die Währungen müßten konvertierbar sein und gegenüber dem Westen stark abgewertet werden, um Handelsbilanzüberschüsse zu erzielen und daraus die hohen Importe zu finanzieren; wichtige Industriesektoren müßten vom Weltmarkt abgeschottet werden, um sich zu konkurrenzfähigen Branchen zu entwickeln und zu behaupten; die Kredite müßten durch eine gezielte staatliche Strukturpolitik, wie sie etwa in Südkorea erfolgt, in die industriellen Schlüsselbereiche fließen; und schließlich wäre eine solche Entwicklungspolitik, die nicht vollständig den Auflagen und Bedingungen der imperialistischen Staaten unterliegt, mit einer Politik niedriger Reallöhne verbunden, um nicht die durch die Abwertung bewirkte interne Inflation zusätzlich anzuheizen.

Dieser theoretisch jedenfalls mögliche Weg würde den allseits angewandten rein marktwirtschaftlichen Strategien, die in den westlichen Bankenzentralen, Ministerien und dem IWF vorgegeben wurden, zuwiderlaufen. Nicht vollständige Öffnung gegenüber dem Weltmarkt, sondern zumindest partielle Abschottung; nicht staatliche "Deregulierung" und drastische Sparmaßnahmen, sondern im Gegenteil stärkere staatliche Reglementierungen. Die derzeitigen Entwicklungen in den osteuropäischen Gesellschaften zeichnen sich einerseits dadurch aus, daß sich dort eine recht primitive Form des Kapitalismus, eine Art Kleinkapitalismus, ausbreitet. Die nahezu vollständige Öffnung gegenüber dem Weltmarkt beinhaltet gleichzeitig die Abhängigkeit von den imperialistischen Staaten, allen voran der BRD, die somit auch maßgeblichen Anteil an die Entwicklungsrichtungen in Osteuropa nimmt. Ob sich die osteuropäischen Länder zu abhängigen "Schwellenländern" entwickeln werden, ist derzeit völlig offen; zumindest für Bulgarien und Rumänien ist das mehr als fraglich.

D./Westberlin

Anmerkung:

1) Zwar wurden die Umschuldungen mit dem IWF ausgehandelt, entscheidender jedoch ist die Rolle des "Pariser Clubs", in denen Vertreter der Regierungen (und nicht der Banken) als Gläubiger über ihre säumigen Schuldner richten. Im Unterschied zu den Ländern der "Dritten Welt" erhielten die realsozialistischen Staaten nahezu ausschließlich staatlich verbürgte Kredite.

20. Sowjetunion: Krise und Zerfall unaufhaltsam

Rubrik: Sowjetunion und Nachfolgestaaten · CD-Datei: daten/aksuche/ak324/03.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:324:03

Mit 333 gegen 12 Stimmen nahm der Oberste Sowjet am 19. Oktober die "Richtlinien für eine Stabilisierung der Volkswirtschaft und Einführung einer Marktwirtschaft" an, die maßgeblich von Gorbatschow und seinem Berater Aganbegjan ausgearbeitet worden waren und das monatelange Tauziehen um den Weg einer marktwirtschaftlichen Transformation der Sowjetunion vorläufig beenden.

Die 70 Seiten umfassenden Richtlinien stecken den allgemeinen Rahmen der wirtschaftspolitischen Reformen in Richtung Marktwirtschaft ab, die noch einer Konkretisierung über staatliche Erlasse und Dekrete bedürfen. Dafür hatte der Oberste Sowjet Präsident Gorbatschow bereits im September mit umfassenden Vollmachten ausgestattet.

Vor dem Hintergrund der völlig katastrophalen wirtschaftlichen Situation in der Sowjetunion, die sich in einer sich rapide verschlechternden Versorgung der Bevölkerung, der weitgehenden Funktionsunfähigkeit des administrativen Kommandosystems, der Paralysierung der Lieferbeziehungen, steigender Inflation, einem Funktionsverlust des Rubel und zunehmender Desintegration der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den einzelnen Republiken ausdrückt, bestand für die sowjetische Führung, einschließlich der sogenannten "Radikalreformer", ohnehin nur die Wahl zwischen verschiedenen Übeln.

Letzten Endes setzte sich die Variante Gorbatschows gegenüber den markt- und nicht linksradikalen Forderungen der "Radikalreformer" um Jelzin und Schatalin durch, die die Marktwirtschaft binnen 500 Tagen mit einem knallharten Austerity-Programm durchpeitschen wollten (1). Gorbatschow, der in der gemeinsamen Kommission zur Ausarbeitung der Wirtschaftsreform mit den Schatalin-Vorschlägen sympathisierte, nahm offensichtlich größeren Abstand zu diesem Schockprogramm, das die Sowjetunion in der Tat noch weiter in den Abgrund gerissen hätte.

Die verabschiedeten Richtlinien nehmen zwar Elemente des Schatalin-Plans auf, orientieren sich jedoch schwerpunktmäßig auf eine "Stabilisierung" der ohnehin desolaten Lage. In den Grundzügen sehen die Richtlinien zum einen eine Stärkung der Autonomie der einzelnen Republiken vor. Jede Republik soll selbst über Tempo und Umfang der jeweiligen Maßnahmen beim Übergang zur Marktwirtschaft entscheiden können, einschließlich der Frage der privaten Verfügungsgewalt. Die Unionsregierung behält sich lediglich die Kompetenzen über die Geld-, Kredit- und Währungspolitik, über die staatliche Preisfestlegung für wichtige Rohstoffe und Versorgungsgüter, über die Energieversorgung, Verteidigung, Raumfahrt und das Verkehrswesen vor.

Damit sind erhebliche Widersprüche zwischen den einzelnen Republiken und der Unionsregierung vorprogrammiert, wenn etwa die Republik Rußland gemäß dem von ihr bereits gebilligten Schatalin-Plan die Freigabe der Preise erheblich beschleunigen sollte.

Die Richtlinien stehen im Einklang mit dem Schatalin-Plan, wenn es um die Haushaltskürzungen, unter anderem beim KGB und dem Militär, geht. Auch die staatlichen Subventionen für Preise und Produktion sollen gekürzt werden; für Menschen mit sehr niedrigem Einkommen sind zum Ausgleich für erhöhte Preise Kompensationszahlungen vorgesehen. Im Unterschied zum Schatalin-Plan bleibt es jedoch noch weitgehend bei einer administrativen Preisfestsetzung. Die Preisfreigabe wird in eine nicht näher bestimmte Zukunft verlegt und zugleich an eine Lohnindexierung gebunden. Damit soll die inflationsfördernde Wirkung der Erhöhung der Umsatzsteuer eingedämmt werden. Diese erscheint notwendig, um die staatlichen Einnahmen zu vergrößern.

Während der "Stabilitätsphase" werden die Zinsen für Sparguthaben und Kredite erhöht, was wiederum sehr widersprüchlich ist; zum einen möchte man mit einer Erhöhung der Sparzinsen das "heiße Geld", also den hohen Kaufkraftüberhang, abschöpfen. Höhere Kreditzinsen bremsen jedoch die Investitionen. Die jetzige Staatsbank der Sowjetunion, die gerade erst weitere Banknoten drucken ließ und dadurch die Inflation förderte, soll in eine relativ selbständige Bank nach Art des Federal Reserve Board in den USA umgewandelt und damit ein Stück weit weisungsungebundener von der staatlichen Administration werden.

All diese Maßnahmen werden ein anderes Grundübel nicht lösen können: die schwarzen Märkte vor allem im Bereich der Distribution, wo allerlei Spekulanten Waren bewußt zurückhalten, um die Preise noch weiter in die

Höhe zu treiben. Die Inflation hat obendrein zur Folge, daß die Lieferbeziehungen und -verträge nicht mehr verlängert werden, was zu deren Unterbrechung führen kann. In der Sowjetunion wird aus diesen Gründen für das kommende Jahr ein Produktionsrückgang um 30 bis 50% in einigen Branchen prognostiziert.

Überhaupt nicht marktkonform fallen die Richtlinien zum Punkt der Privatisierung aus. Hier gibt es nur vage Absichtserklärungen wie das Bekenntnis zu "vielfältigen Formen" des Eigentums, was keine Abkehr vom Sozialismus bedeute. Kollektive Eigentumsformen würden nach wie vor überwiegen; wenn Privateigentum zu besseren Erträgen führe, sei dagegen nichts einzuwenden. Hinsichtlich der Privatisierung der Betriebe könnten die Richtlinien allenfalls dazu führen, daß sich Betriebe bzw. Teile davon verpachtet werden, denn nach wie vor ist der Verkauf von staatlichem Eigentum nur an Ausländer möglich, da alle Menschen in der Sowjetunion per Verfassung Eigentümer von Betrieben und Böden sind.

Bezüglich der Besitzverhältnisse auf dem Lande ist nach wie vor an eine Art Referendum gedacht; wann und mit welchem Ziel ein solches Referendum durchgeführt werden soll, wird nicht gesagt. Überhaupt nicht mehr die Rede ist von einer breiten Privatisierungskampagne, in der die Sowjetbürger Wohnungen und Aktien kaufen sollten, wie das von Schatalin zwecks Abschöpfung des Geldüberhangs noch vorgeschlagen wurde.

Später soll ein weiterer Übergang zu Marktpreisen erfolgen, wenngleich rund 30% aller Warenpreise nach wie vor vom Staat festgelegt werden. Neben einer Reform des Lohn- und Gehaltssystems nach mehr "leistungsbezogenen" Kriterien steht die Konvertierbarkeit des Rubel auf dem Programm. Damit soll sowohl die weitere interne "Dollarisierung" des Rubel eingedämmt als auch eine Abwertung gegenüber den westlichen Währungen erreicht werden. Zugleich setzt sich die sowjetische Industrie damit stärker der Weltmarktkonkurrenz aus. Die so dringend benötigten westlichen Kredite und deren Verteilung behält sich der Staat ausdrücklich vor, um das vorgeschossene Kapital gezielt einsetzen zu können.

Die "Radikalreformer" um Boris Jelzin hatten Schaum vor dem Mund; Jelzin sagte den Richtlinien eine Überlebensdauer von 6 Monaten voraus, an deren Ende "Chaos und Armut" stehen würden. Er drohte damit, daß Rußland künftig seine eigenen Wege auf Basis des Schatalin-Plans gehen werde.

Zufrieden äußerte sich hingegen der "Tass"-Kommentar; nun werde es "keinen Kapitalismus" mehr in der Sowjetunion geben. Und der in letzter Zeit mit Rücktrittsforderungen konfrontierte Ministerpräsident Ryschkow sprach sibyllinisch davon, daß der Gorbatschow-Plan die "besten Ideen" aller bisherigen Reformpläne zusammenfasse.

Die Gorbatschow-Richtlinien stellen kein marktwirtschaftliches Transformationsprogramm dar, insofern haben sich die "konservativen" Kräfte in Partei- und Staatsapparaten weitgehend durchsetzen können. Nach außen hin mögen vielleicht der Internationale Währungsfonds, die USA und die EG zufriedengestellt sein, denn Bekenntnisse zu Markt, Gewerbefreiheit und zur Zulassung ausländischer Investitionen finden sich zuhauf. Schließlich hängt davon die Bereitschaft der imperialistischen Staaten ab, wie weit sie sich zur weiteren Kreditvergabe hinreißen lassen.

Vor dem Hintergrund der desolaten Lage in der Sowjetunion, die sich zum Winter hin noch weiter zuspitzen wird - in Moskau bereitet man bereits die Ausgabe von Lebensmittelkarten vor - werden die Richtlinien ohnehin zur Makulatur. Die Union wie auch die einzelnen Republiken sind dazu verdammt, mit Notverordnungen ein Minimum an Versorgung aufrecht zu erhalten. Dies ist nicht die Zeit für schöne Pläne und Programme, die an den unerbittlichen realen Verhältnissen zerschellen.

Doch auch Notverordnungen können nicht viel bewirken; Gorbatschow ist über eine bloße Kritik an der völligen Unfähigkeit der zentralen und lokalen Verwaltungsapparate nie hinausgekommen, muß sich andererseits eben jener Organe zur Umsetzung der Dekrete bedienen. Wie das dann konkret aussieht, machte ein Dekret vom 4. Oktober deutlich, in dem die Betriebe zur Aufrechterhaltung ihrer Lieferverträge angewiesen wurden. Entweder kann in vielen Fällen nicht geliefert werden, oder aber es wird Naturaltausch gegenüber einem entwerteten Rubel bevorzugt - ganz zu schweigen vom Einhalten von Verträgen zwischen verschiedenen Republiken.

Der Zusammenbruch naht.

D./Westberlin

Anmerkungen:

1) Eine ausführlichere Darstellung über die wirtschaftspolitischen Auseinandersetzungen ist in ak 323 vom 15.10.90 nachzulesen.

21. "Wir sind keine Brandstifter, aber auch keine Feuerwehrleute" - Interview mit Tomás Borge (FSLN-Nicaragua)

Rubrik: Nicaragua · CD-Datei: daten/aksuche/ak324/14.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:324:14

Tomás Borge ist das einzige überlebende Gründungsmitglied der sandinistischen Befreiungsfront FSLN. Nach jahrelangem relativ erfolglosem Guerillakampf wurde er 1976 festgenommen. Es folgten Gefangennahme, Folter und Verurteilung zu 180 Jahren Gefängnis. 1978 wurde er im Zuge des geglückten "Unternehmen Schweinestall" (Erstürmung des Nationalpalastes) befreit und kehrte in die Berge zurück. Tomás Borge, der als "harter Marxist" gilt, war bis zur Regierungsübergabe an die bürgerliche Regierung unter Präsidentin Chamorro Innenminister Nicaraguas. Er kam in die Bundesrepublik, um auf der Frankfurter Buchmesse seine Autobiographie "Die rastlose Geduld" vorzustellen, das vor wenigen Wochen vom Peter Hammer Verlag auf den Markt gebracht wurde.

Wir sprachen mit Tomás Borge über die innenpolitische Lage in Nicaragua und die Auswirkungen, welche die Umwälzungen in Osteuropa für die revolutionären Bewegungen Lateinamerikas haben.

ak: Gibt es Unterschiede zwischen der neoliberalen Wirtschaftspolitik der Regierung Chamorro und der Anpassungspolitik, für die bis vor wenigen Monaten die Sandinisten verantwortlich waren?

Tomás Borge: Das wirtschaftliche Anpassungsprogramm, das wir durchführten, unterschied sich nicht substantiell von ähnlichen Programmen, die in anderen Ländern aufgelegt wurden. Wir reduzierten die Staatsausgaben und entließen Personal. Die jetzige Regierung Nicaraguas hat ein ähnliches Vorhaben.

Das wirtschaftliche Konzept der Revolutionäre Nicaraguas glich in den Grundzügen dem der jetzigen anti-revolutionären Regierung?

Der Unterschied war, daß wir versuchten, mit zusätzlichen Maßnahmen die Probleme für die ärmsten Schichten zu lösen. Wir verteilten Land an die Arbeitslosen oder boten ihnen andere Beschäftigungsmöglichkeiten an. Unsere Wirtschaftspolitik kam den Empfehlungen des Internationalen Währungsfonds nahe. Aber im Unterschied zur heutigen Regierung versuchten wir für die Armen und die Arbeiter die Folgen dieser Maßnahmen möglichst abzumildern und die Last auf alle Schultern zu verteilen. Die Regierung Chamorro bürdet allein den Ärmsten das Gewicht der Anpassung auf.

Die jetzige Regierung will staatliche Unternehmen und Agrar-Kooperativen wieder privatisieren, welche von der FSLN gefördert wurden. In Nicaragua wird viel von einer "konzertierten Aktion" ("concertación") geredet, auch von Sandinisten. Läßt sich die FSLN auf dieser Grundlage auf einen Pakt zwischen Unternehmern, Staat, Arbeiterschaft und Kleinbauern ein?

Die Spielregeln, wie sie von der Regierung dafür festgelegt werden, sind für die Bedingungen in unserem Land nicht besonders angemessen. Denn Privatisierung ist kein Ziel an sich, sondern nur Mittel zu einer notwendigen Wirtschaftsanpassung. Wir sind gegen die Privatisierung, die nur dazu dient, ein privatwirtschaftliches System wiederherzustellen.

Aber die FSLN ist nicht prinzipiell gegen die Privatisierung von Betrieben?

Wir sind nicht prinzipiell gegen einzelne Privatisierungsmaßnahmen, wenn diese ökonomisch gesehen rational sind. Wir sind beispielsweise für die Reprivatisierung der Kinos. Aber wir sind gegen die Reprivatiserung von METASA, einem mittelgroßen metallverarbeitenden Unternehmen. Selbstverständlich sind wir auch gegen die Privatisierung der Agrar-Kooperativen und der landwirtschaftlichen Güter des Staates. Obwohl die Regierung aufgrund ihres Klassencharakters und ihrer Ideologie die Privatisierung bis zum Äußersten vorantreiben möchte, kann sie ihre Vorhaben nicht ausführen, weil sie auf eine breite und geschlossene Opposition trifft, die über die Sandinisten hinausgeht.

Im Mai gab es einen breit getragenen Ausstand der Staatsangestellten gegen die Wirtschaftspolitik der rechten Regierung. Der Streikaufruf, den sie sandinistische Gewerkschaftszentrale CNT vor wenigen Tagen mit demselben Ziel herausgab, wurde kaum befolgt. Wie ist dieser Mißerfolg zu erklären?

Es war kein Mißerfolg. Die Streikandrohung versetzte die Regierung so in Schrek- ken, daß sie sofort Verhandlungen akzeptierte. Wir initiieren weder Protest- noch Streikbewegungen um ihrer selbst willen, sondern mit dem Ziel, Verhandlungen zu erreichen. Aus diesem Grund war es kein Mißerfolg, sondern im Gegenteil ein voller Erfolg, daß sich die Regierung mit uns sofort an den Verhandlungstisch begeben mußte. Wir wollen die Regierung nicht destabilisieren, sondern sie stabilisieren.

Was meinen Sie damit?

Wir meinen, daß wir in der jetzigen Etappe eine stabile Regierung haben sollten und daß es nicht günstig ist, eine große Krise herbeizuführen, die ein Machtvakuum zur Folge hätte. Denn wer könnte diese Regierung ablösen? Wir sind derzeit nicht in der Lage dazu. Wir müßten auf verfassungsmäßige Mechanismen zurückgreifen und Neuwahlen ausschreiben. Das wäre so kurz nach den Wahlen, die ja erst im Februar 1990 stattfanden, zu früh. Als taktische Maßnahmen sind die Proteste wichtig. Aber in unserer Strategie sind die Stabilität der Regierung und die Stärkung der Demokratie in Nicaragua entscheidend.

Es scheint, daß die sandinistischen Massenorganisationen zu schärferen Kampfformen greifen wollen, als die Führung der FSLN.

Deine Frage spiegelt nur gewisse Ausschnitte unserer Realität wider. Die Massenorganisationen - die sandinistische Arbeiterzentrale CST oder Gewerkschaftsdachverband FNT - und die FSLN als Partei decken unterschiedliche Aufgabenbereiche ab. Zum ersten Mal verfügen die Massenorganisationen über eine weitreichende Autonomie gegenüber der Partei. In den Zeiten der sandinistischen Regierung waren sie der FSLN politisch völlig untergeordnet. Diese Unterordnung ist verschwunden, obwohl die FSLN nach wie vor über Einfluß verfügt, weil die wichtigsten Leute in den Massenorganisationen Mitglieder der FSLN sind. Es gibt aber einige Widersprüche zwischen den Massenorganisationen und der sandinistischen Front, die jedoch nicht antagonistisch sind. Die Massenbewegungen tendieren zum Radikalismus, neigen dazu die Kämpfe auf den Barrikaden auszufechten und Gewalt anzuwenden. Unter den gegebenen Umständen ist in Nicaragua eine gewaltsame Konfrontation nicht nötig und kann sogar schaden.

Die FSLN wartet auf die Wahlen von 1996?

Darauf bereiten wir uns vor. Aber es kann eine Krise eintreten, welche die Vorverlegung der Wahlen erforderlich macht. Während wir an der Regierung waren, wurden die Wahlen auch zweimal vorgezogen. Aber heute können wir noch nicht an so etwas denken.

Die Sandinisten bremsen die rechte Chamorro-Regierung lediglich, wollen aber die Lunte nicht anzünden und eine soziale Explosion herbeiführen?

Wir sind keine Brandstifter, aber wir sind auch keine Feuerwehrleute. Wir gehören auch keiner Brandversicherung an.

Versucht die FSLN in den Verhandlungen mit der jetzigen Regierung die Anpassungsmaßnahmen abzumildern, also lediglich das Übel zu verkleinern?

Wir sind kein Wahlverein, der sich vor dem Hintergrund der Wirtschaftskrise politische Vorteile verschafft. Wir tragen dazu bei, zugunsten der Arbeitenden die Wirtschaftskrise zu mildern. Wir rufen beispielsweise europäische Regierungen zu Wirtschafts- und Finanzhilfe auf, damit der Leidensdruck auf das Volk vermindert wird. Wir ließen uns sogar dann nicht davon abbringen, wenn die gegenwärtige Regierung daraus Kapital zu schlagen versuchte.

Fungiert die FSLN in gewissem Sinne als Mittlerin zwischen einer sich spontan radikalisierenden Volksbewegung und der bürgerlichen Regierung Nicaraguas, welche die Massen nicht kontrollieren kann?

Wir sind keine Vermittler in dem Sinne, sondern die Anführer. Wir versuchen die Führung des Volkes zu übernehmen, setzen uns an die Spitze und versuchen den angemessenen Weg einzuschlagen.

Aber das Volk verlangt mehr Radikalität?

Man darf das Volk nicht aufhalten, sondern man muß es überzeugen. Die Kampfformen werden so radikal sein, wie es die Umstände erfordern.

Meine letzte Frage zu der innenpolitischen Kräftekonstellation: was ist heute das Ziel der nicaraguanischen Rechten? Wollen sie die FSLN in das politische Leben des Landes integrieren oder wollen sie die Sandinisten auslöschen?

Es gibt verschiedene Strömungen. Letztlich wäre es für die herrschenden Kreise das Ideale, die FSLN zu liquidieren. Diese Tendenzen träumen von der Auflösung der sandinistischen Polizei und Armee oder deren Ersetzung. Aber Träume sind eine Sache und die Realitäten eine andere. Die FSLN und die Sicherheitskräfte des Staates können nicht zu Unterdrückungs- und Herrschaftsinstrumenten verwandelt werden.

Revolutionäre Ideen verschwinden nicht mit dem Fall der Mauer

Der COMECON ist am Ende und vom Warschauer Pakt blieb nur eine Mumie übrig. Welche Auswirkungen hat das auf die Revolutionäre Mittelamerikas?

Zunächst dachten wir, daß die Veränderungen in Osteuropa nicht nur in Mittelamerika sondern in ganz Lateinamerika entscheidende Auswirkungen hätten. Aber diese Veränderungen waren weder für unsere Wahlniederlage, noch für die Offensive der salvadorianischen Befreiungsbewegung FMLN, noch für die Entwicklung von Volks- und Basisbewegungen in ganz Lateinamerika verantwortlich. Wo es gravierende Auswirkungen gab, ist hier in Europa. Ich glaube, daß diese Umbrüche unvermeidlich waren. Aber wir dachten, und darin irrten wir uns, daß die Völker der sozialistischen Länder für die Erneuerung des Sozialismus kämpfen würden und nicht für die Rückkehr zum Kapitalismus. Aber wir müssen in historischen Begriffen denken.

Was wird in Europa passieren, wenn beispielsweise die polnischen Bürger den bitteren Geschmack von Arbeitslosigkeit, Obdachlosigkeit und mangelnder medizinischer Betreuung auf der Zunge haben? Welche Auswirkungen auf das Bewußtsein wird das in den nächsten zehn Jahren haben? Die revolutionären Ideen verschwinden nicht mit Dekreten und mit dem Fall von Mauern.

Aber jetzt, das zeigt doch die Golfkrise überdeutlich, können die imperialistischen Länder ihre Interessen durchsetzen, ohne auf allzuviel Widerstand zu treffen.

Meiner Meinung nach gelangt in diesem Moment der Rückzug der revolutionären Kräfte an seinen Höhepunkt, ebenso wie die neoliberale Welle auf dem Höhepunkt ihres Vormarsches ist. In Lateinamerika gewinnen die revolutionären und Volksbewegungen an Stärke. Auch in den USA gibt es langsame Veränderungen, nicht zuletzt durch die Zuwanderung vieler Latinos. Die UdSSR ist keine Weltmacht mehr, sondern nur noch eine zweitrangige Macht. Die Sowjetunion ist zwar noch unabhängig, aber nach dem Verlust der COMECON-Mitglieder und der Auflösung des Warschauer Paktes geht in diesem Moment der Liberalismus gestärkt hervor. Aber ich meine, daß nicht die revolutionäre Bewegung sich in der Krise befindet, sondern der US-Imperialismus.

Aber konkret gesehen ist doch die Kräftekonstellation für die Revolutionäre Mittelamerikas ungünstiger, als sie am 19. Juli 1979 war.

Das würde ich so nicht sagen. Am 19. Juli triumphierte eine Revolution, die nicht geschlagen wurde. Im Unterschied zu heute gab es weder in Honduras noch in Costa Rica eine relevante Volksbewegung. Der bewaffnete Kampf in El Salvador und Guatemala begann damals und setzt sich bis heute fort. Aber wir müssen von Lateinamerika reden. Bei den letzten Wahlen gewann in Brasilien beinahe ein explizit linker Kandidat. In Peru dehnt sich der bewaffnete Kampf der "Revolutionären Bewegung Tupac Amaru" (MRTA) aus. In Argentinien, Ecuador, Bolivien und in anderen Ländern schießen Massenbewegungen aus dem Boden, die auf die verschlechterten objektiven Lebensbedingungen antworten. Vielleicht schlägt der Rückzug der revolutionären Kräfte gerade in Lateinamerika wieder um.

Aber was können diese Bewegungen gewinnen? Kann es dabei um mehr als ein parlamentarisch-demokratisches System mit bestenfalls sozialdemokratischer Tendenz gehen?

In Lateinamerika ist es in dieser Etappe wichtig, daß zumindest einmal die Gesetze angewendet werden, die existieren. Das wäre ein enormer Fortschritt. Wenn es eine wirkliche und nicht nur eine formale Demokratie in Lateinamerika gäbe, wären die Bedingungen für die Linke besser, Wahlen zu gewinnen. Das wäre ein erster

Schritt. Letztendlich wird die Machtübernahme der Linken in Lateinamerika über Wahlen erfolgen. In anderen Fällen, wie in Peru, gewinnt der bewaffnete Kampf an Bedeutung.

Aber sind damit die sozialen Widersprüche zu lösen?

Das wären die ersten Maßnahmen nach der Machtübernahme. Aber der allererste Schritt ist die Machtübernahme selbst.

Welche strategischen Verbündeten haben denn die revolutionären Kräfte?

Man sprach immer von strategischen Verbündeten. Wir haben unsere Revolution ohne solche Verbündete gemacht. Weder die UdSSR, noch die DDR oder die Tschechoslowakei haben uns dabei in irgendeiner Weise unterstützt. Auch nach dem Sturz Somozas war die Hilfe sehr relativ.

Aber diese Länder schickten Waffen zur Verteidigung der Revolution. Waffen, die weder Frankreich, noch sonst irgendwer schickte ...

Das stimmt. Sie haben Waffen geschickt, die zur Verteidigung unserer Macht dienten. Aber trotzdem verloren wir die Wahlen. Auch die sowjetischen Panzer konnten in jenem Moment das Blatt nicht zu unseren Gunsten wenden.

Wir müssen doch feststellen, daß die notwendige Wirtschaftshilfe nicht kam, um eine hinreichende wirtschaftliche Entwicklung einzuleiten und die Mehrheit der Nicaraguaner an die FSLN zu binden.

Uns fehlte die nötige ökonomische Unterstützung. Sie kam nicht, weil die Länder des COMECON sie nicht im nötigen Umfang leisten konnten, nicht, weil sie nicht gewollt hätten. Ihre eigene Wirtschaftsentwicklung ließ nicht mehr zu. Dies hatte in gewisser Weise in der letzten Etappe unter sandinistischer Regierung Auswirkungen und insofern trug die fehlende Hilfe zu unserer Wahlniederlage bei. Wir mußten härtere Maßnahmen ergreifen, weil beispielsweise die Hilfe aus der DDR in den letzten Monaten ausblieb.

Heute sieht es ja noch düsterer aus ...

Wir knüpften unsere Entwicklung sehr eng an die ausländische Hilfe. Ich glaube, wir müssen in Zukunft mehr unsere eigenen Wurzeln suchen und so unsere Probleme lösen. Zuallererst sollte man die Auslandsschulden nicht anerkennen, um sich so einer Last zu erleichtern. In Nicaragua hätten wir viel kurzfristigere Projekte anpacken müssen. Wir hätten die Hilfe nicht dadurch verplempern dürfen, indem wir den normalen Konsum im Land finanzierten.

Sind die wirtschaftspolitischen Fehler auf die Kopiererei fremder Modelle zurückzuführen, die Fidel Castro im Falle Kubas so oft kritisiert?

Wir kopierten weniger als andere. Aber auch wir haben viel nachgemacht, und wir kopierten das Schlechte.

Was denn zum Beispiel?

Die totale Verflechtung von Staat und Partei. Die Partei verwandelt sich in eine Zwangsjacke, wenn sie es dem Staat nicht erlaubt, eigene Initiativen zu entfalten. Staat und Partei müssen voneinander unabhängig sein. Wir haben es auch versäumt, das Land im ersten und besten Moment zu verteilen, weil wir fälschlicherweise meinten, es wäre revolutionärer, Grund und Boden in staatlicher Hand zu behalten. Dies führte dazu, daß sich relevante Teile der Campesinos von uns abwendeten und mit der Contra zusammenarbeiteten. Ein weiterer Irrtum war der überzogene Einsatz polizeilicher Methoden.

Welche Perspektive sehen Sie für die demokratischen und revolutionären Bewegungen Lateinamerikas?

Wenn es in Lateinamerika gelingt, die formalen Demokratien in wirkliche Demokratien zu verwandeln, dann ist das wertvoll. Eine Demokratie, an der das Volk aktiv teilnimmt, die demokratische Formen und demokratische Inhalte vereint, das ist der Weg für Lateinamerika. Die Diktatur des Proletariats in den sozialistischen Ländern war lediglich die Unterdrückung aller Klassen durch eine Partei. Revolutionäre Organisationen in Lateinamerika müssen die ausgebeuteten Klassen repräsentieren und sie begünstigen, jedoch auch anderen Sektoren Spielräume lassen.

Sozialismus steht nicht auf der Tagesordnung?

Der Sozialismus kann nicht per Dekret ausgerufen werden, es handelt sich dabei um einen Prozeß, der viele Etappen durchläuft. Wir dürfen das Ziel nicht aus dem Blick verlieren und müssen die Augen an den Horizont heften.

Vielen Dank für das Gespräch.

Das Gespräch führte al., Nürnberg

22. Palästina-Woche in Hamburg vom 26.11.-1.12.90

Rubrik: Westdeutsche Linke, intern. Solidarität; Aktionen / Veranstaltungen; Israel / Palästina · CD-Datei: daten/aksuche/ak324/30.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:324:30

Die Sektion Hamburg des Deutsch-palästinensischen Frauenvereins veranstaltet diese Woche aus verschiedenen Anlässen:

- Dritter Jahrestag der Intifada am 3. Dezember

- Zweiter Jahrestag der Proklamation des unabhängigen palästinensischen Staates am 15. November

- Internationaler Solidaritätstag mit dem palästinensischen Volk am 29. November.

PROGRAMM

Veranstaltungsort:

"Haus für Alle", Amandastraße 58, 2000 Hamburg 36, Tel. 43 15 85

Andere Veranstaltungsorte werden jeweils angegeben.

Während der ganzen Woche ab 12.00 Uhr mittags im "Haus für Alle":

1. Dokumentations-Fotoausstellung von Ellen Harms "Palästina in Vergangenheit und Gegenwart"

2. Kunstausstellung des palästinensischen Künstlers Burhan 2. Karkutli

>3. Palästinensische Spezialitäten

Montag, 26.11. Eröffnung der Palästinawoche

19.00 UhrInformationsabend zu drei Jahren Intifada mit der palästinensischen Schriftstellerin Sahar Khalifa

Veranstaltungsort: Haus für Alle

Dienstag, 27.11. Familientag

15.00 UhrEröffnung der Ausstellungen:

Kunst - Fotos - Kunsthandwerk - Handarbeiten

ab 15.00 UhrBasar: Kinderbetreuung

17-19.00 UhrBurhan Karkutli erzählt Märchen (mit Überraschungen!)

20.00 UhrVortrag von Sahar Khalifa und Burhan Karkutli über Kunst und Literatur in Palästina

Veranstaltungsort: Haus für Alle

Mittwoch, 28.11.

14.00 UhrDiavortrag mit Martin Link, Kulturpalast Billstedt:

"Das Bildungssystem in Palästina vor und während der Intifada

"Veranstaltungsort: Universität Hamburg, Philosophenturm (Von Melle Park 6), Hörsaal F

19-20.30 UhrVideofilme zum Palästinakonflikt

Ort: Haus für Alle

20.30 UhrKurzbericht über die medizinische Versorgung in den besetzten Gebieten

Veranstaltungsort: Haus für Alle

Donnerstag, 29.11.

19.30 Uhr"Menschenrechtsverletzungen im besetzten Palästina".

Vortrag der israelischen Rechtsanwältin und diesjährigen Trägerin des Alternativen Nobelpreises Felica Langer

Veranstaltungsort: Haus für Alle

Freitag, 30.11. Podiumsdiskussion

19.00 Uhr"Der Palästinakonflikt in den westlichen Medien" mit palästinensischen und deutschen Journalisten:

Christina Erck, freie Journalistin und Buchautorin

Said Dudin, ehem. Redakteur der palästinensischen Nachrichtenagentur WAFA in der BRD

Dr. Georg Poschinger, ehem. Mitarbeiter der heutigen ägyptischen Nachrichtenagentur MENA

Dietrich Strothmann, langjähriger Nahost-Experte bei "Die Zeit"

Veranstaltungsort: Universität Hamburg, Philosophenturm (Von Melle Park 6), Hörsaal A

Samstag, 1.12. Kulturabend

19.00 Uhrmit der palästinensischen Folkloregruppe

"Uschak Elard" aus Berlin, der chilenischen Musikgruppe "Resistencia" und der kurdischen Tanzgruppe "Koma Welat"

Palästinensische Spezialitäten

Veranstaltungsort: Foyer der Hochschule für Wirtschaft und Politik (Von Melle Park 9), Eintritt DM 7,-/5,-

Kontakt und Auskunft: Hoda Kadora, Peterskampweg 15, 2000 Hamburg 76, Tel.: 040/206863

23. Hände weg von Kuba Die Revolution verteidigen - Jetzt erst recht

Rubrik: Westdeutsche Linke, intern. Solidarität; Kuba · CD-Datei: daten/aksuche/ak324/09.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:324:09

Unter diesem Titel sammelt die Freundschaftsgesellschaft BRD-Kuba e.V. mit Unterstützung des Nicaragua-Vereins Hamburg und des El Salvador-Komitees Frankfurt seit einiger Zeit Unterschriften für einen Appell. Wenn alles gut geht, soll der Text noch diese Woche, d.h. vor Erscheinen dieses AK in der "taz" als Anzeige publiziert werden.

"Die USA und ihre Verbündeten sind durch die Auflösung des sozialistischen Lagers einem imperialistischen Siegeswahn verfallen, dem zum gegenwärtigen Zeitpunkt kaum noch Widerstand entgegengesetzt wird," heißt es zu Beginn des Appells. Die öffentliche Diskussion sei geprägt durch die Veränderungen in Osteuropa, während in der Dritten Welt die Menschen mehr als je zuvor unterdrückt würden. Die ökonomische Einflußnahme erscheine EuropäerInnen fälschlicherweise oft als friedlich. Die Veränderung der Welt bewirke eine immer brutalere Politik der USA, speziell in ihrem "Hinterhof", in Lateinamerika. Die Liste einiger Beispiele endet mit der Warnung vor der Bedrohung Kubas mit ökonomischer Aushungerung und militärischer Intervention durch die USA.

"Kuba", so heißt es in dem Text, "ist heute in Lateinamerika die letzte Bastion gegen die Herrschaft der USA über den gesamten Kontinent. Seit der Revolution 1959 steht die Insel im Fadenkreuz der Yankees. Mit der ‚Kuba-Krise' Anfang der 60er Jahre wurde deutlich, daß die USA auch vor der Gefahr eines Atomkrieges nicht zurückschreckten, um das Land neuerlich in ihren Besitz zu bringen."

Nach einer Reihe von (gescheiterten) Interventionsversuchen erscheine den Yankees die Situation günstig: "Durch die Auflösung des sozialistischen Lagers hat Kuba feste Verbündete verloren. Die ökonomische Situation wird zusehends schlechter. Zwar hat die UdSSR ihr Handelsvolumen mit Kuba 1990 sogar noch erhöht, doch die Entwicklung im RgW insgesamt zwingt Kuba, immer mehr Wirtschaftsbeziehungen auf der Basis von Devisen gestalten zu müssen. Die Folgen sind unsichere ökonomische Perspektiven und Versorgungsengpässe. Interne Probleme auf politischer und ökonomischer Ebene können darüberhinaus für Frustration in Teilen der Bevölkerung sorgen. All dies sind Faktoren im imperialistischen Kalkül der USA.

Washington will endgültig Schluß machen mit dem Beispiel, das Kuba immer noch für Lateinamerika und die gesamte Dritte Welt ist. In Kuba gibt es keinen Hunger, keine Slums und keine Herrschaft internationaler Monopole. Die umfassende Realisierung der kollektiven Menschenrechte auf der Insel genießt weltweite Anerkennung. Das kubanische Beispiel zeigt - trotz aller Probleme - jeden Tag, daß es für die Menschen in Lateinamerika, Asien und Afrika einen Weg jenseits von Ausbeutung und Unterdrückung, jenseits von Hunger und lähmender Armut, jenseits von Militärputschen und schein-demokratischen Marionettenregierungen gibt. Soziale und politische Errungenschaften, von denen die meisten Menschen in der Dritten Welt nur träumen können. Und Träume sind Motoren der Rebellion.

Jeder Beobachter der Situation in Kuba weiß, daß die große Mehrheit der Bevölkerung mit allen Mitteln ihr Land und ihre Revolution verteidigen wird. Dafür braucht Kuba die Solidarität aller Menschen, die das Schicksal der Dritten Welt nicht den Konzernen und Banken den USA und der NATO überlassen möchten."

Die fortschrittliche und antiimperialistische Bewegung sei hier gefordert, "entschlossenen und vielfältigen Widerstand und Protest" zu entwickeln, endet der Appell.

Wir finden, mensch muß die Zustände in Kuba nicht als vollkommen lobpreisen können und kann sogar befürchten, daß die Mehrheit der Bevölkerung auf Dauer nicht die derzeit herrschenden Verhältnisse verteidigen könnte, aber man muß den Versuchen der USA, Kuba wieder in ihren "Hinterhof" einzugliedern, nach Kräften entgegentreten.

Vielleicht können wir als einen bescheidenen Betrag dazu im AK ein wenig kontinuierlich(er) über die Entwicklung in Kuba berichten.

HH

Wer den Text vollständig beziehen will, wende sich an:

Freundschaftsgesellschaft BRD - Kuba

Theodor-Heuss-Ring 26, 5000 Köln 1

oder er spende auf das Konto:

1202999900, BLZ 380 101 11, BfG Bonn

24. Schwarz-Rot-Gold in Wien

Rubrik: Österreich · CD-Datei: daten/aksuche/ak324/07.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:324:07

"Schwarz-Rot-Gold in Wien" - unter dieser Schlagzeile weiß die FAZ am 05.10. zu berichten, wie in Wien der deutsche Wiedervereinigungsfeiertag begangen wurde: Bürgermeister Helmut Zilk hisste auf seinem Rathaus die oben genannte Flagge. Zwei Tage später gewinnt der deutschnationale Führer der Freiheitlichen Partei (FPÖ) - Jörg Haider - bei den Nationalratswahlen, dem österreichischen Pendant zur Bundestagswahl, mit seiner Partei 16,6% der Stimmen. Neben AusländerInnen-"Politik" war eines seiner Hauptwahlkampfthemen die Forderung nach Revision des österreichischen Staatsvertrages und Abschaffung der Neutralität. Im Staatsvertrag ist unter anderem auch das Anschlußverbot an Deutschland verankert.

Die Wahlen

Nicht nur "bei uns" wird gewählt. Am 07. Oktober waren Nationalratswahlen in Österreich. Dabei konnte als einzige Partei die FPÖ Gewinne verzeichnen; sie kam von 9,73% (1986) auf 16,6%. Die beiden Großparteien, die Sozialistische Partei (SPÖ) und die christdemokratische Österreichische Volkspartei (ÖVP), mußten hingegen für die Regierungspolitik ihrer großen Koalition zahlen. Die SPÖ konnte ihr 1986er Ergebnis knapp halten (43,1% 1986 zu 43% 1990), die ÖVP verlor allerdings über 9% und kam auf 32,14% (1986: 41,2%). Die Grünen hielten sich bei ca. 4,8% (Österreich hat eine 4%-Hürde).

"Qualität wählen - SPÖ", "Aufschwung wählen - ÖVP", "Mehr Freiheit, weniger Sozialismus - ÖVP" (mensch beachte das "weniger" im Vergleich zur entsprechenden CDU-Parole; die ÖVP wollte sich nicht die Chance zur Fortsetzung der großen Koalition verderben) - von den Parolen her geht's kaum inhaltsleerer. So war es auch für Jörg Haider nicht weiter schwer, den Parteien sämtliche wichtigen Wahlkampfthemen vorzugeben: die nicht enden wollenden Regierungsskandale, die AusländerInnen-"Problematik" und die Aufhebung der Neutralität. Daß die Quittung für die Regierungspolitik schließlich fast ausschließlich an die ÖVP ging, verdankte die SPÖ einem guten Einfall ihrer Marketingstrategen. Die schafften es nämlich, den SPÖ-Spitzenkandidaten, Kanzler Franz ("Vranz") Vranitzky, von seiner Partei zu lösen. Die SPÖ machte damit Wahlkampf, daß mensch Vranitzky wählen konnte, ohne die SPÖ zu wählen. Das Ganze hieß "Ihre Vorzugsstimme für Vranitzky": "Sie brauchen nur "Vranitzky" in die SPÖ-Zeile schreiben. Sie können dabei die SPÖ ankreuzen, müssen dies aber nicht tun ... Die Vorzugsstimmen für Dr. Franz Vranitzky werden der SPÖ zugerechnet, jedoch nach der Wahl gesondert ausgewiesen (aus einer Wahlkampfanzeige). Den Erfolg dieser Aktion berechnen die Demoskopen mit 5 - 8%, ohne die das SPÖ-Ergebnis dem der ÖVP gleichen würde. Die Pariser Werbeagentur, die hinter der Kampagne steckt, soll übrigens intern einen Auftrag für den ÖVP-Spitzenkandidaten Riegler mit den Worten: "Don't do the advertising, Riegler has the eyes of a looser" zurückgewiesen haben.

Wien darf nicht Chikago werden

Daß "Österreichs Wahlergebnis ... ein Votum gegen rechts" sei, kann eigentlich nur in der taz stehen (09.10.). Eine, bei dem Wahlergebnis, vorsichtig gesagt, gewagte These. Die FPÖ hat bei dieser Wahl kräftig abgesahnt, und zwar kräftig! Und das hängt nicht nur an Regierungsskandalen und ProtestwählerInnen. Wie schon erwähnt, hatte es FPÖ-Chef Haider geschafft, sich im Wahlkampf zum Themengeber für die anderen Parteien aufzuschwingen. Eines dieser Themen waren AusländerInnen in Österreich, was nicht weiter verwundert. Doch wenn eine Partei, die solche AusländerInnen-Hetze betreibt, wie die FPÖ, als einzige Partei mit Stimmengewinn aus einer Wahl hervorgeht, kann das nur jemand "ein Votum gegen rechts" nennen, der wie Günther Nenning - von ihm stammt der taz-Kommentar - der Meinung ist, das Volk habe mit seiner AusländerInnenfeindlichkeit recht, weil es die große, kommende Völkerwanderung ahne (s.a. Nenning in "profil", 43/90). Der FPÖ-Wahlkampf in dieser Frage zeigte jedenfalls, wie gut ins Volk hineingehört worden war. Die Radiospots hätten hierzulande auch von den Reps kommen können.

In Wien legen die Freiheitlichen ca. 10% zu. U.a. mittels ihrer Anti-AusländerInnenkampagne überholten sie in 5 von 23 Bezirken die ÖVP. Dabei war ihnen anscheinend jedes Mittel recht. So wurden Plakate "Wien darf nicht Chikago werden" bevorzugt da aufgestellt, wo sich z.B. der ständige Schwarzmarkt der OsttourisInnen abspielt. 17,4% Plus brachte der FPÖ in einem Wiener Bezirk z.B. der Versuch ein, dort 100 Rumänienflüchtlinge unterzubringen. Die eilends dagegen gegründete Bürgerinitiative wurde vom FPÖ-Mann vor Ort weiter aufgestachelt, indem er das Gerücht in die Welt setzte, die Flüchtlinge hätten zum Großteil TBC.

Das Gerücht konnte selbst durch eine daraufhin durchgeführte Reihenuntersuchung nicht aus der Welt geschafft werden. Die neonazistische Organisation "Ausländer Halt" tat ein weiteres und patrouillierte mit einem Lautsprecherwagen durch den Bezirk.

Einen ersten "Erfolg" in Sachen "OsttouristInnen" konnte Jörg Haider gleich zu Beginn des Wahlkampfes einfahren. Anfang September gaben die Regierungsparteien seinen populären Forderungen nach einer Visumpflicht für PolInnen nach, um doch noch flugs das eigene Stimmenscherflein ins Trockene zu bringen. Zu den dadurch nötigen Grenzkontrollen mußte das Bundesheer herangezogen werden.

Österreich als Anwärter auf eine EG-Mitgliedschaft sieht sich, wie dies in diesem Zusammenhang zynischerweise dargestellt wird, vor die Wahl gestellt, entweder innerhalb oder außerhalb des westeuropäischen eisernen Vorhangs zu stehen - und hat sich für drinnen entschieden. Zwei Tage nach den Wahlen gab Innenminister Löschnak bekannt, daß er plane, knapp 12.000 RumänInnen, von denen über 11.000 politisches Asyl beantragt hatten, nach Rumänien abzuschieben. Haider bereitet hier lediglich das Klima. "Jörg Haider geht, radelt, joggt und fährt durch das ganze Land. Nur wer ins Volk hineinhört, kann dem Volk erklären, wie unzufrieden es ist." (Profil 41/90)

Über die Schlachtung einer heiligen Kuh

Welche Dynamik jener Prozeß, der offiziell unter dem Titel "Europäische Einigung" firmiert, inzwischen entfaltet hat, kann mensch gut außerhalb der EG beobachten. Mit dem Zerfall der Blöcke oder besser des einen Blockes sehen sich Länder, die bislang einen Neutralitätsstatus hatten, vor die Frage nach dem "Wie weiter?" gestellt. Aus Reihen der EG kam schon der Wink mit dem Zaunpfahl: der Vizepräsident der EG-Kommission, Martin Bangemann, riet ihnen, ihre Neutralität "neu zu definieren" (dvz, 26.10). Oder, wie andere schon früher formulierten, Länder, die in die EG wollen, können sich nicht nur die Rosinen aus dem Kuchen picken. Selbst die Schweiz macht bereits erste vorsichtige Schritte zu einer "Neudefinition" ihrer Neutralität. Für Österreich eröffnete Jörg Haider die Debatte - bezeichnenderweise am Tag der Unterzeichnung des Deutschlandvertrags und in München - mit der Klage: "Jene, die uns überfallen haben, bekommen jetzt ihre volle Souveränität - Österreich aber nicht" (WELT, 15.09.) und der Forderung nach Aufkündigung des österreichischen Staatsvertrags und Aufgabe der Neutralität. Österreich sei "nach wie vor an diskriminierende Einschränkungen durch den Staatsvertrag gebunden. Es geht dabei nicht nur um das Anschlußverbot, sondern auch um das Verbot, gewisse Waffen zu produzieren und zu besitzen ... ." (WELT, 15.09.).

Mit seiner Forderung nach Aufgabe der Neutralität und dem Infragestellen des Staatsvertrags tat Haider einen einer geschicktesten Schachzüge im Wahlkampf. Zum einen sprach er damit nur etwas aus, was die Regierung längst plante und aus taktischen Gründen verschwieg, zum anderen verhalf es ihm zu der erwünschten Medienöffentlichkeit.

Neutralität und Staatsvertrag sind zwar nicht das Gleiche, gehören aber eng zusammen. 1955 verabschiedete das österreichische Parlament eine Selbstverpflichtung zu "immer währender Neutralität", die als Ergänzung zu dem im gleichen Jahr unterzeichneten Staatsvertrag zwischen Österreich und den alliierten Mächten gesehen werden muß. Im Staatsvertrag stehen u.a. das Anschlußverbot an Deutschland, der Minderheitenschutz, das Verbot rechtsextremer Organisationen und eine Reihe militärischer und Luftfahrtbestimmungen.

Kaum waren die ersten Proteste über Haiders Vorstoß verhallt, war aus dem Außenministerium in Wien zu hören, daß mensch längst an einem entsprechenden Papier arbeite. Ende Oktober veröffentlichte die österreichische Zeitschrift "profil" das Außenamtspapier. Die von Haider initiierte Diskussion hatte es inzwischen überholt. Eigentlich war geplant gewesen, den Mitunterzeichnern des Vertrags gegenüber einseitig Bestimmungen aufzukündigen: "Jetzt können wir es denen nicht mehr hinknallen, so wie die Finnen", so ein Außenamtsmitarbeiter gegenüber "profil" (43/90). Zumindest die Sowjetunion hat inzwischen Verhandlungen darüber "im Geiste der traditionell freundschaftlichen Beziehungen" verlangt.

Bei den Bestimmungen, die das Außenamt aufkündigen wollte (und auch weiterhin will), handelt es sich mindestens um fünf Paragraphen der "militärischen und Luftfahrtbestimmungen", in denen u.a. das Raketenverbot, das ABC-Waffenverbot sowie das Verbot, Flugzeuge, die "eine größere Zahl von Teilen deutscher oder japanischer Herstellung oder Bauart enthalten", zu bauen oder zu kaufen (Art. 16). Diese

Paragraphen sind entweder überholt, weil nicht eingehalten oder Hindernis auf dem Weg in die EG und das sich in diesem Zusammenhang immer deutlicher herausbildende "Europäische Verteidigungssystem".

Sehr bald reduzierte sich denn auch der Protest der SPÖ gegen Haiders Vorstoß darauf, daß durch den Zeitpunkt seiner Münchner Wahlkampfrede die Debatte "bewußt oder unbewußt in die Nähe der deutschen Frage gerückt wurde" (Peter Jankowitsch, außenpolitischer Sprecher der SPÖ, profil 41/90). Wenn Außenminister Alois Mock (ÖVP) meint, daß, insbesondere "nach der deutschen Vereinigung" sich "die geopolitischen Eckdaten insoweit verändert" hätten, daß "ein Festhalten Österreichs an den in der Nachkriegszeit nützlichen Bestimmungen nicht mehr sinnvoll sei" (dvzö, 26.10.) und die Unterzeichnung des 2+4-Abkommens als die Beseitigung eines Geschwürs in Europa bezeichnete (Volksstimme, 14.09.), zeigt dies nicht nur, daß es Deutschnationale nicht nur in der FPÖ gibt, sondern auch, daß der Vorstoß gegen Neutralität und Staatsvertrag sehr wohl etwas mit dieser deutschen Vereinigung zu tun hat. Schließlich führt, wie hierzulande immer formuliert wird, "der Weg nach Deutschland über Europa", und mit einem EG-Beitritt wäre das Anschlußverbot eh Schnee von gestern.

Der einzige, der in dieser Debatte bislang punktete, war jedenfalls Haider. Das Nächste, was er anstrebt, ist das Kanzleramt. Hiesige Konservative, wie der WELT-Redakteur Carl Gustav Ströhm, der Haiders Wahlkampf solidarisch kommentierte, hoffen jedenfalls mit ihm:"Wenn nicht in diesem Jahr, dann bei nächster Gelegenheit." (WELT, 03.09.).

kl., Antifaschismus-Kommission

KB-Gruppe Göttingen

25. Landtagswahlen in Bayern "Republikaner" scheiterten an 5%-Hürde

Rubrik: Wahlen; Republikaner · CD-Datei: daten/aksuche/ak324/06.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:324:06

Ebenso wie im Saarland, in Niedersachsen und in Nordrhein-Westfalen blieb den REP in Bayern der Einzug in das Landesparlament verwehrt. Bei den bayerischen Landtagswahlen am 14. Oktober 90 erhielten die REP 4,8% der Stimmen, d.h. sie wurden von 538.514 WählerInnen gewählt. Um die 5% Hürde zu knacken, fehlten ihnen ca. 16.000 Stimmen. Im Vergleich zu den Landtagswahlen 1986, bei denen die REP auf 3% der Stimmen kamen, bedeutet dies einen Zuwachs von durchschnittlich 1,9%. Zugute kam den REP sicherlich, daß keine andere offen neofaschistische Partei in Bayern kandidierte. Zur Wahl standen: CSU, SPD, FDP, Grüne, REP, Bayernpartei und die ÖDP.

Die ÖDP (Ökologisch Demokratische Partei) hat sich unter ihrem neuen Bundesvorsitzenden Hans-Joachim Ritter von ihrem rechtsextremen Flügel getrennt und bezeichnet sich selbst als "wert- und ökokonservativ", "weder links noch rechts, sondern vorn." Im Wahlkampf stellten sie die Ökologiefrage in den Vordergrund und erzielten damit einen beachtlichen Zuwachs von durchschnittlich 1%. Bei der Landtagswahl '86 kamen sie auf 0,7% der Stimmen, diesmal auf 1,7%. Dieser Zuwachs paßt durchaus in das derzeitige politische Klima dieses Landes. Nicht die Grünen, als authentische Umweltpartei, werden gewählt, sondern die konservative Variante.

Wahlkampfthemen der REP

Nach Aussagen ihres Bundesvorsitzenden Schönhuber investierten die REP 1,5,Millionen DM in den bayerischen Wahlkampf. Auf ihren Wahlplakaten konzentrierten sie sich auf Themen wie: Innere Sicherheit ("Gegen den Abbau der Inneren Sicherheit", "Gegen die Prügelknabenrolle der Polizei"), Asyl- und Drogenpolitik ("Gegen den Mißbrauch des Asylrechts", "Gegen den Drogenmißbrauch"), Wohnungsnot ("Für einen familienfreundlichen Wohnungsmarkt").

Auf nahezu 40 Veranstaltungen sprach Schönhuber zu seinen Anhängern, manch- mal bis zu 4.000. In den Wahlkampfzeitungen lehnten die REP die "Zememtierung Kleindeutschlands" ab und bezeichneten die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze als "Verrat und Rechtsbruch". Betont wurde ihre Gegnerschaft zur Abtreibung und sie warnten die LeserInnen: "der Asylantenstrom muß gestoppt werden" ... "denn es droht der schleichende Tod unserer Kultur".

Gewählt wurden die REP vor allem in den größeren Städten. (München 5,2%, Nürnberg 5,4%, Augsburg 7,4%, Fürth 6,9%) und dort vielfach in Vierteln, die ehemals SPD-Reviere waren. Ebenfalls überdurchschnittliche Ergebnisse gab es in Bezirken oder Städten, wo Personen oder spezielle Themen REP-WählerInnen mobilisieren konnten (Dachau 8,3%, Cham 7,8%, Rosenheim 7,9%) Schwierigkeiten Fuß zu fassen haben die REP nach wie vor in ländlich-katholischen Gebieten (Donau-Ries 1,5%, Main-Spessart 2,7%).

Schönhuber selber wertet das bayerische Wahlergebnis in der Öffentlichkeit als "großen Erfolg" und als Stabilisierung der Partei. Die ganze Energie will er jetzt auf die Bundestagswahl konzentrieren. Mit einer Wahlkampfkostenrückerstattung von ca. 2,1 Million DM dürfte Schönhuber zumindest keine finanziellen Schwierigkeiten bei seinem Wahlkampf haben. Thematisch wollen sich die REP mit der "Inneren Sicherheit" und der "Grenzfrage" beschäftigen. Mit sozialpopulistischen Forderungen und Sprüchen gegen die "Großkopferten" hoffen sie auf Stimmen bei materiell schlechter Gestellten, insbesondere im ehemaligen DDR-Gebiet.

Die Landtagswahlen am 14. Oktober in den neuen Bundesländern haben indes gezeigt, daß die REP dort derzeit keine Chance haben. Das beste Ergebnis erreichten sie in Brandenburg mit 1,15%. In den anderen Bundesländern blieben sie unter 1% abgeschlagen selbst hinter der Deutschen Biertrinker Union.

Weitere Entwicklungen-unklar

Das relativ gute Abschneiden der REP in ihrem Stammland Bayern, trotz der vorangegangenen, monatelangen Streitereien und Querelen innerhalb der Partei, kann als persönlicher Erfolg Franz Schönhubers gewertet werden. Das schlechte Abschneiden in den neuen Bundesländern, trotz zunehmender nationalistischer und ausländerfeindlicher Töne, zeigt, daß die Regierungsparteien fest im Sattel sitzen und

daß ihnen momentan am ehesten zugetraut wird, die anstehenden Probleme zu lösen. Vergegenwärtigt man sich nochmals das Scheitern der REP bei jeder Landtagswahl 1990, so sind die Chancen für sie bei der Bundestagswahl am 2.12. doch eher gering einzuschätzen. (Der Spiegel prognostiziert ihnen 2%) In diesem Falle bleibt abzuwarten, wie und ob es den REP gelingt, die nächsten vier Jahre zu überstehen.

Gründe für die Profilierungsschwierigkeiten der REP als rechte Avantgarde liegen sicherlich in der allgemeinen Rechtsverschiebung der Gesamtgesellschaft. Originäre rechte Themen sind vielfach von den großen Parteien besetzt. In der Frage der Asylrechtsänderung gibt es inzwischen eine Allparteienkoalition (die Grünen ausgenommen) für eine Verschärfung. Mit der Ablehnung des kommunalen Ausländerwahlrechts durch das Bundesverfassungsgericht (nicht für Gesamtdeutschland, sondern nur für Hamburg und Schleswig-Holstein) wurde das "deutsche Volk" wieder mal ins "rechte" Licht gerückt. Vielleicht wird es ja nicht mehr allzu lange dauern, bis auch das "deutsche Staatsvolk" jenseits von Oder- Neiße, Donau und Wolga zur Wahl aufgerufen wird.

In punkto Innere Sicherheit sind die Versuche der REP, ins Gespräch gekommen, eher hilflos, bezieht man die permanenten Verschärfungen der gesetzlichen Bestimmungen seit Verabschiedung der Notstandsgesetze sowohl unter SPD/FDP als auch unter CDU/FDP-Regierungen mit ein. Auch das Lavieren um die sogenannten "deutschen Ostgebiete" versteht Kohl besser als die REP mit ihrem revanchistischen Verzichtsgeschrei. Erinnert sei hier nur an die Hinhaltetaktik gegenüber Polen, die Vereinbarungen hinsichtlich eines Lehreraustausches für den Deutschunterricht in Schlesien oder an die Entschädigungsforderungen der Sudetendeutschen, die bei Verhandlungen mit der CSFR auf der Tagesordnung stehen.

Auf den verschiedensten Gebieten sind rechte Positionen in die gesellschaftliche Diskussion eingegangen beziehungsweise können wieder diskutiert werden. So initiierte z.B. "Die Zeit" eine neue Euthanasie Debatte (Singer-Debatte), im Rahmen des Historikerstreits werden die Ursachen, Ergebnisse und Folgen des 2.Weltkrieges relativiert, antisemitische Ausfälle des Spiegel (Gysi-Porträt) werden protestlos hingenommen. Diese gesellschaftliche Rechtsverschiebung macht es den REP schwer oder gar unmöglich, neues Profil zu gewinnen.

Zu beobachten ist dagegen eine zunehmende Radikalisierung des gesamten rechten Spektrums und ein Anwachsen der Militanz. Zum dritten Todestag von Hess kamen dieses Jahr dreimal soviel Neofaschisten nach Wunsiedel wie das Jahr vorher. Täglich sind Übergriffe und Anschläge auf Ausländer, insbesondere im ehemaligen DDR-Gebiet in der Presse zu lesen.

Ob sich das neofaschistische Potential in Deutschland neu organisieren wird, an welchen Widersprüchen oder Fragen dies geschehen wird, oder ob es den REP gelingt eine längere Periode des Überwinterns durchzustehen, dies sind alles offene Fragen, über die derzeit nur spekuliert werden kann.

Ul. + Lo., KB/Nürnberg

Quellen

Süddeutsche Zeitung, 15. u. 16.10.90; Rechter Rand, Okt 90; Spiegel, 26.10.90; Republikaner, Sept. u. Okt. 90

26. Frauen gegen Nationalismus, Rassismus/Antisemitismus, Sexismus (Konferenzprogramm) 16.-18.11.90

Feministische Analysen und Strategien in Ost und West

Rubrik: Ausländer- und Asylpolitik; Aktionen / Veranstaltungen; Frauen · CD-Datei: daten/aksuche/ak324/49.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:324:49

Veranstalterinnen:

Sozialwissenschaftliche Forschung und Praxis für Frauen e.V., Beiträge zur feministischen Theorie und Praxis e.V., in Kooperation mit der Frauen-Anstiftung

16.-18. November in Köln, Humboldt-Gymnasium, Kartäuserwall 40

Im Vorgriff auf den zukünftigen kapitalistischen Machtblock Europa, auf die Ost-West-Verbündung gegen die Länder des Südens zu deren zunehmender Ausbeutung, erfolgte die deutsch-deutsche Vereinigung. Dies ist eine "Einheit" zum Nutzen deutscher weißer Männer. In der unterschwelligen Kontinuität des Nationalsozialismus kommen Antisemitismus, Rassismus, Ausländerhaß wieder an die Oberfläche. Wir wehren uns gegen die patriarchalen und kapitalistischen Strukturen, die zudem einen neuen deutschen Nationalwahn hervorbringen. Wir wollen nicht, daß die Frauenbewegung sich noch weiter abspaltet von den hier lebenden Frauen verschiedener ethnischer, kultureller, religiöser Herkunft und Zugehörigkeit. Wir wollen auf diesem Kongreß unsere Situation auf Unterschiede und Gemeinsamkeiten analysieren und nach gemeinsamen Handlungsmöglichkeiten suchen.

Programm

Freitag, 16. November 18 Uhr Ankunft und Schlafplatzverteilung

19 Uhr Begrüßung durch die Veranstalterinnen

Gisela Notz (Beiträge zur feministischen Theorie und Praxis)

Bettina Kaufmann (Sozialwissenschaftliche Theorie und Praxis für Frauen)

N.N. (Frauen-Anstiftung)

Podiumsveranstaltung mit Beiträgen zum Kongreßthema:

Ruth Becker (Stuttgart)

Anetta Kahane (Berlin-Ost)

Sevim Türkoglu (Köln)

Samstag, 17. November 10-13 Uhr Arbeitsgruppen

Rassistische Strukturen im Femininismus - Wie emanzipatorisch ist das "Miteinander"?

Maria Theresia Aden (Aachen)/Helga Emde (Frankfurt/M.)

Bevölkerungskontrolle und feministische Selbstbestimmung

Theresia Degener (Frankfurt/M.)

Abgrenzung - Woher? Wohin?

Angelika Langenohl-Weyer (Ascheberg)/Tatjana Forner (Berlin-Ost)

Frauenbilder - sich wehren müssen

Asgedech Ghirmazion (Köln)

Begegnung mit Grenzen

Ika Hügel (Berlin-West)

Widerstand gegen sexistische Unterdrückung im Iran (Bericht und Film)

Iranischer Frauenverein (Köln)

Antisemitismus

Michelle Jacobsohn (Köln)/Bettina Kaufmann (Köln)

Familienpolitik der CDU

Beate Jansen (Duisburg)

Ausgrenzung, Abschiebung - Flüchtlingspolitik in Ost und West

Anetta Kahane (Berlin-Ost)/N.N.

Rassismus in der Frauenbewegung

Susanne Kappeler (Norwich)/Sanshita Basu (Berlin-West)

Die Wiederkehr des Verdrängten - Rechtsextremismus heute

Claudia Koppert (Ottersberg)

Alt und nichtsnutzig - Frauen jenseits der Lebensmitte

Hertha Kuhrig (Berlin-Ost)/Carola Möller (Köln)

Gibt es einen gemeinsamen Emanzipationsbegriff?

Genka Lapön (Leipzig)/Bärbel Maliszewski (Dortmund)

Feminisierung und Politisierung einer türkischen Jüdin

Stella Ovadia (Istanbul)*

Deutsche Ignoranz

Helga Schmidt (Rohrbach)

13-15 Uhr Mittagspause

15-18 Uhr Arbeitsgruppen

Antisemitismus - Kontinuität von Faschismus

Maria Baader (Berlin-West)

Zwischen Benachteiligung und Privilegierung - Überlegungen und Schlußfolgerungen zur ökonomischen Situation von Frauen

Ruth Becker (Stuttgart)/Ute Großmann (Berlin-Ost)

Frauenhandel Süd-Nord und Ost-West

Film: Westwärts

Jacqueline Crawford (Köln)

Feminismus und die Erfahrung mit dem Stalinismus

Steffi Engert (Köln)/Annett Gröschner (Berlin-Ost)

Sexuelle Gewalt gegen Mädchen und Frauen im familiären Bereich

Heidrun Ehrhardt (Köln)

Wiedervereinigung auf Kosten der Immigrantinnen

- neues Ausländergesetz - Situation in Ost und West

Johanna Kehler (Berlin-Ost)/Günay Sakar (Duisburg)

Frauen haben kein Vaterland

Maria Mies (Köln)/Gabriele Zekina (Berlin-Ost)

Neue Mütter braucht das Land

Hildegard Maria Nickel (Berlin-Ost)/Gisela Notz (Bonn)

Wie kann multikulturelle, feministische Bildungsarbeit aussehen?

Frauengruppe Nozizwe (Berlin-West)

Sexismus und Rassismus in der Türkei - Strategien von Feministinnen

Banu Paker (Istanbul)*

Frauen auf dem Weltmarkt für Arbeitskraft

Lydia Potts (Oldenburg)

DDR-Frauenbewegung - ein Vergleich von Ost- und West-Frauenbewegung

Eva Schäfer (Berlin-Ost)

Das Gefühl Deutschland - oder Identitätszuweisung durch Nationalität

Irmgard Schultz (Schmitten-Oberreifenberg)

Die "DIN-genormte" Fortpflanzung - oder über Rassismus und Sexismus in der Medizin

Beate Zimmermann (Essen)

*türkisch, mit deutscher Übersetzung

18-20 Uhr Abendessen

20 Uhr Lesung (türkisch/deutsch)

Nursel Köse

Disco

Zeit für Gespräche

INFOS:

Die Teilnahme am Kongreß ist kostenlos. Frauen, die Schlafplätze und/oder Kinderbetreuung benötigen, sollen sich bis zum 13. November im Büro melden!

Anmeldungen

Sozialwissenschaftliche Forschung und Praxis für Frauen e.V.

Herwarthstr. 22, 5000 Köln 1, Tel.: (0221)525854, Bürozeiten: Mo.-Do. 12-14 Uhr

27. Deserteure fordern Anerkennung Bundesvereinigung Opfer der Militärjustiz gegründet

Bundesvereinigung Opfer der NS-Militärjustiz gegründet

Rubrik: Antisemitismus/Wiedergutmachung; Antifaschistischer Kampf; Geschichte der Kommunisten · CD-Datei: daten/aksuche/ak324/10.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:324:10

Am Wochenende vom 19.- 21.10.1990 wurde in Bremen die Bundesvereinigung Opfer der NS-Militärjustiz gegründet. Damit hat sich eine der Gruppen von NS-Opfern eine eigene Interessenvertretung geschaffen, die wie verschiedene weitere auch, bislang von der BRD-Politik schlicht ignoriert und ausgegrenzt worden war.

So heißt es im Aufruf zur Gründung des Verbandes: "Wir wollen es nicht länger hinnehmen, daß alle, die dem Hitler-Regime und seinem verbrecherischen, völkermordenden Krieg gedient haben, weiter im Recht sind und wir Opfer weiterhin kein Recht auf Anerkennung und Entschädigung haben. Die Militärrichter, welche uns verurteilten, haben mehr Todes- und Terrorurteile gefällt als der Volksgerichtshof und alle Sondergerichte zusammen, um anschließend in der Bundesrepublik bis in die höchsten Ämter Karriere zu machen".

Eine dieser Karrieren war die des ehemaligen Baden-Württembergischen Ministerpräsidenten Filbinger, der nach öffentlichem Protest gegen seine Tätigkeit als Militärrichter seinen Hut nehmen mußte. Doch wurde diesem Filbinger nicht etwa seine Tätigkeit als Militärrichter generell zum Verhängnis, sondern die Tatsache, daß er noch nach der bedingungslosen Kapitulation der Nazi-Armeen einen Soldaten wegen Fahnenflucht zum Tode verurteilt hatte. Dem nun gegründeten Verband geht es aber darum, die verbrecherische Tätigkeit der Militärjustiz insgesamt zum Thema zu machen und den wenigen Überlebenden dieser Terrorjustiz und ihren Angehörigen eine späte Anerkennung zu verschaffen.

Die Gründung der Bundesvereinigung steht im Zusammenhang mit einer schon länger laufenden Kampagne um die Anerkennung der Deserteure. Öffentlicher Kristallisationspunkt dieser Kampagne ist der Versuch, das Denkmal für den unbekannten Deserteur aufzustellen, einen 16 Tonnen schweren Marmorblock, der zur Zeit "gastweise" für ein halbes Jahr in Potsdam einen Platz gefunden hat, nachdem er zuvor von der Bundestagsfraktion der "GRÜNEN" beim Kanzlerfest enthüllt werden sollte, und auch auf dem Bonner Marktplatz keine Bleibe gefunden hatte. Getragen wird diese Kampagne außer von den Betroffenen insbesondere von einigen Abgeordneten der GRÜNEN sowie einigen sozialdemokratisch regierten Städte (Göttingen) und Bundesländer (Hamburg und Bremen), die zum Teil auch schon praktische Regelungen zur Entschädigung der Opfer jenseits der restriktiven und skandalösen Bestimmungen des Entschädigungsgesetzes hinaus in die Wege geleitet haben.

100.000 Opfer ...

Insgesamt 20.000 Todesurteile wurden von diesen furchtbaren Juristen gegen Soldaten verhängt, etwa 15.000 wurden vollstreckt, insgesamt etwa 3 Mal so viel wie der Volksgerichtshof. Andere Zahlenangaben sprechen von bis 50.000 Todesurteilen, die von den etwa 3.000 Militärrichtern gesprochen worden waren. Tatsächlich sind die Militärjustiz und Militärpsychiatrie der Nazis erst in den letzten Jahren zum Gegenstand der historischen Forschung geworden. Insgesamt wird heute von etwas mehr als 100.000 Deserteuren und Fahnenflüchtlingen ausgegangen. Wessen Todesurteil nicht vollstreckt wurde, bzw. wer nicht zum Tode verurteilt worden war, kam ins KZ (so u.a. 25.000 in die nördlichen Emslandlager; das dortige Dokumentations- und Informationszentrum gehört mit zu den Unterstützern der Anliegen der Deserteure) oder wurde häufig in die sogenannten Strafbataillone versetzt; diese Einheiten waren Himmelfahrtskommandos, aus denen kaum jemand lebend entkam. Unter den Opfern befanden sich neben den sogenannten Deserteuren auch die Fälle sogenannter "Kriegszitterer", die vom NS- Staat entweder kriegsfähig gefoltert wurden, oder als nicht heilbar in die Mordmaschine der NS-Psychiatrie überstellt wurden. Auch Angehörige von Opfern wurden zu Opfern, wenn sie den flüchtigen Soldaten zu Hilfe kamen; es finden sich sogenannte "Wehrkraftzersetzer", wie auch Personen, die sich selbst verstümmelt haben, um dem Kriegsdienst zu entkommen etc. Zum Vergleich: Im zweiten Weltkrieg wurden in der britischen Armee 40 Todesurteile gefällt, davon 36 wegen Mordes; bei der US-Armee wurden 142 Todesurteile vollstreckt, davon 1 wegen Fahnenflucht; in Frankreich waren es 102 vollstreckte Todesurteile.

Keiner dieser Richter wurde für diese Urteile je zur Rechenschaft gezogen. Wie selbstverständlich bekommt Filbinger seine Rente, bekommt die Frau des Roland Freisler ihre Witwenrente in einer Höhe, wie sie sich aus dem Gehalt ihres Mannes ergäbe, wenn dieser in der BRD seine Karriere hätte fortsetzen können. Auch die Nicht-Deserteure, die Offiziere der Nazi-Armee, die Soldaten, die Hitlers Kriege geplant und durchgeführt haben, haben in der BRD-Gesellschaft ihren Platz mit Pensionsberechtigung und Rente wieder gefunden.

... ohne Entschädigung

Die Begründungen, mit denen eine Entschädigung der Opfer nach dem Bundesentschädigungsgesetz verweigert wurden, lesen sich dabei wie blanker Hohn. Der Grundtenor dieser "Begründungen" findet sich bis heute in den offiziellen Stellungnahmen der Bundesregierung. So heißt es z.B. in einer Stellungnahme der Bundesregierung vom 31-10.1986: "Verurteilungen gegen Kriegsdienstverweigerung, Fahnenflucht oder Zersetzung der Wehrkraft haben im allgemeinen nicht gegen rechtsstaatliche Grundsätze verstoßen, da solche Handlungen auch in Ländern mit rechtsstaatlicher Verfassung, z.B. in den westeuropäischen Staaten, während des Krieges mit Strafen bedroht waren". Als entschädigungswürdiger "Verfolgungsgrund" nennt das Bundesentschädigungsgesetz eine Verfolgung "aus Gründen politischer Gegnerschaft gegen den Nationalsozialismus oder aus Gründen der Rasse, des Glaubens oder der Weltanschauung durch nationalistische Gewaltmaßnahmen"; die bloße Verurteilung als Kriegsdienstverweigerer oder Deserteur stellt keine Verfolgung dar, wenn nicht "der Beschuldigte auch wegen seiner politischen, religiösen oder weltanschaulichen Gegnerschaft zum Nationalsozialismus getroffen werden sollte, d.h. wenn er deshalb besonders hart bestraft worden ist." Selbst die Zeugen Jehovas, deren Kriegsdienstverweigerung aus Glaubensgründen unbestreitbar ist, wurden nicht entschädigt, weil der Richter sie nicht als Zeugen Jehovas besonders hart verurteilte, sondern "nur" wegen der Verweigerung!

Neben der Anerkennung als Verfolgter wegen der Zugehörigkeit zu einer besonderen Gruppe sieht das Bundesentschädigungsgesetz noch die Tatsache des "Widerstandes" als Entschädigungsgrund vor, indem es in der Präambel formuliert, "daß der aus Überzeugung oder um des Glaubens willen gegen die nationalsozialistische Gewaltherrschaft geleistete Widerstand ein Verdienst um das Wohl des Deutschen Volkes und Staates war". Zumindest bis 1966 wurde dieser Entschädigungsgrund aber immer nur dann gewährt, wenn die Handlung, für die der Betreffende verurteilt worden war, "Teil eines Gesamtverhaltens war, das eine gewisse Dauer und Nachdrücklichkeit erkennen ließ und gewisse Erfolgsaussichten hatte." Dies war aber bei Deserteuren kaum der Fall - im Gegenteil, es wurde ihnen vorgeworfen, durch ihre Tat andere Wehrmachtsangehörige oder gar ihre Familien in Gefahr gebracht zu haben...

Konsequent zu Ende gedacht, hätte die strenge Anwendung dieses "Erfolgsgedankens" dazu geführt, daß überhaupt kein deutscher Widerstandskämpfer hätte entschädigt werden können. Zwar wurde diese Betonung der "Erfolgsaussicht" der Widerstandshandlung im folgenden stark eingeschränkt; davon profitieren konnten aber nur die Gruppen, die relativ organisiert ihre Ansprüche vertreten konnten. Auch die Haft in Militärstraflagern wurde nicht der KZ-Haft gleichgesetzt, so daß eine Entschädigung und Rehabilitierung auch unter diesem Gesichtspunkt nicht erfolgte.

Mit zur Geschichte der bundesdeutschen "Entschädigungs"-Politik gehört, daß Anträge gemäß BEG nur zweimal, 1956-1958 und später noch einmal - schon damals auf öffentlichen Druck der Betroffenen hin, von 1965 - 30.9.66 zu stellen waren. Wer diese Fristen nicht einhielt, hatte von vornherein keinen Anspruch. Auch das Allgemeine Kriegsfolgengesetz konnte nur in den Jahren 1957 -58 in Anspruch genommen werden. (Mal abgesehen, daß es fraglich ist, ob es den Deserteuren bei einem solchen Antrag besser ergangen wäre). Die oben erwähnte abschließende Härtefallregelung aus dem Jahre 1987 ist Ausdruck dafür, daß bis heute die bundesdeutsche Politik in der Entschädigung der Opfer des Nationalsozialismus in skandalöser Weise versagt hat. Für das Jahr 1988 ist kein einziger Fall bekannt, in dem ein Deserteur Entschädigungsleistungen erhielt; nur einer erhielt eine einmalige Beihilfe. 1989 war es einem Wehrkraftzersetzer gelungen, eine laufende Leistung zu erhalten und sechs Betroffene erhielten eine einmalige Beihilfe.

Die Deserteure sind nicht die einzigen

Die Deserteure des Nazi-Krieges sind nicht die einzigen, die bis heute auf ihre Rehabilitierung und Entschädigung warten. Zu nennen sind hier die Behinderten, die Zwangssterilisierten, die Prostituierten, Homosexuelle, die Zeugen Jehovas, Bettler und Obdachlose, Roma und Sinti, die "Swing-Jugend",

oppositionelle Jugendbanden, Zwangsarbeiter etc. - sie alle gelten bis heute nicht als Verfolgte und Opfer des Nazi-Systems. Seit 1987 sind vom Bundesfinanzministerium im Rahmen einer sogenannten "abschließenden Härtefallregelung" insgesamt etwa 300 Millionen DM zur Entschädigung bisher ausgegrenzter Verfolgtengruppen bereitgestellt worden; 1988 sind davon allerdings nur 5,6 Millionen, 1989 nur 4,4 Millionen ausgegeben worden. Zur Durchsetzung der Ansprüche der Betroffenen hat sich in Hamburg eine Projektgruppe für die vergessenen Opfer des NS-Regimes in Hamburg gegründet (Lindenallee 54, 2000 Hamburg 20) Wer die Opfer der NS-Militärjustiz unterstützen will, kann dies durch Spenden auf das folgende Konto tun:

Kt. 1211/121221, Hamburger Sparkasse, BLZ 20050550, Projektgruppe für die vergessenen Opfer des NS-Regimes (Hamburg), Stichwort: Verfolgte der NS-Militärjustiz.

E., Antifa, KB Hamburg

28. SPD und U-Boot-Skandal: "Wir sind Reisende in einem fremden Land"

Rubrik: Rüstungsexport; SPD; Südafrikanische Republik · CD-Datei: daten/aksuche/ak324/12.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:324:12

"Hegel bemerkte irgendwo, daß alle großen weltgeschichtlichen Tatsachen und Personen sich sozusagen zweimal ereignen. Er hat nur vergessen hinzuzufügen: eine eine Mal als Tragödie, das andere Mal als Farce." Mit diesen Worten leitete Karl Marx seinen "Achtzehnten Brumaire" ein.

Das gilt auch für den U-Boot-Skandal, einen der größten politischen Skandale der BRD. Der Verkauf von U-Boot-Konstruktionszeichnungen an die Rassisten in Pretoria war ein klarer Verstoß gegen das UNO-Waffenembargo bzw. das Außenwirtschaftsgesetz (AWG). An der sich daran anschließenden gigantischen Vertuschungskampagne sind nicht nur die Firmen HDW und IKL, sondern nahezu die ganze Bundesregierung, das Amt für Wirtschaft, die Staatsanwaltschaft Kiel, das Landgericht Kiel, das Amtsgericht Bonn, bis hin zur SPD-Landtagsfraktion in unterschiedlichen Anteilen beteiligt. Dieser Eindruck muß entstehen, hält mensch sich die jüngste Farce vor Augen, die vor der Öffentlichkeit von den staatstragenden Organen aufgeführt wird.

Da bedarf es erst einer Verurteilung durch eine satte Mehrheit in der UNO-Vollversammlung, bis die Kieler Staatsanwaltschaft sich wieder einmal genötigt sieht, gegen die Betreiber dieses mörderischen Geschäftes juristische Schritte einzuleiten, das war im Januar dieses Jahres. Es folgten mehrere Hausdurchsuchungen, u.a. auch in Privaträumen der Firmenleitung; Ergebnis: "Wir sind fündig geworden!" erklärte der leitende Oberstaatsanwalt Lothar von Raab-Straube am 28. März 1990 vor dem Bonner Untersuchungsausschuß. Aus den beschlagnahmten Unterlagen gehe hervor, daß

- das Geschäft weit über den bisher angenommenen Termin (Juni 1985) fortgeführt worden ist (das Kieler Landgericht spricht in seiner Pressemitteilung von Anfang 1987!);

- sich der Verdacht auf materiellen Geheimnisverrat verdichtet.

Dies bedeutet aber, daß die Firmen weit mehr Pläne von brisantem Inhalt ungenehmigt ans Kap transferiert haben, als behauptet. Damit werden die Ermittlungen der Oberfinanzdirektion, die im Januar 1988 zu einem Freispruch führten, ad absurdum geführt. Dieses skandalöse Ergebnis basierte nämlich auf der Einschätzung, daß die Lieferungen der Blaupausen unvollständig gewesen seien und die Rassisten damit keine U-Boote hätten bauen können. Doch die Ermittlungen der Staatsanwaltschaft Kiel fanden schon nach einem halben Jahr ein jähes Ende:

"Die Kammer geht in dem Beschluß davon aus, daß die Sache von der Staatsanwaltschaft an die für die Verfolgung der Ordnungswidrigkeit zuständige Oberfinanzdirektion Kiel abgegeben wird. Gegen diesen Beschluß der Kammer, dessen Begründung vollständig als geheim eingestuft worden ist, ist ein Rechtsmittel nicht gegeben." erklärte das Kieler Landgericht in seinem Urteil vom 5. Juli 1990 lakonisch.

Was nach Zwang aussieht, entpuppt sich allerdings bei näherer Betrachtung als freiwilliger Akt: Die Staatsanwaltschaft wäre "zwar formell an die Aufforderung der Strafkammer nicht gebunden, könnte also, gestützt auf ihre abweichende Auffassung (...) die noch nicht abgeschlossenen Ermittlungen fortführen." Die Staatsanwaltschaft verzichtet aber freiwillig darauf, weil "insbesondere richterliche Beschlüsse", wie sie für Hausdurchsuchungen benötigt werden, "nicht mehr ergehen würden", so der leitende Oberstaatsanwalt in einer Presse-Erklärung am 24.8.1990.

Die Verantwortlichen vom Ingenieurskontor Lübeck atmeten erfreut auf: "Mit großer Erleichterung haben wir heute die Entscheidung zur Kenntnis genommen. (...) Der Vorgang hat damit wieder die Gewichtung erhalten, die ihm der Sache nach zukommt. (...) Wir hoffen, daß die Angelegenheit nun kurzfristig beendet werden kann, damit wir wieder in Ruhe (!) unserer eigentlichen (!!) Arbeit nachgehen können." Prost Mahlzeit - die Akten gehen also wieder zurück an die OFD, die bereits einmal in dieser Sache mit höchst zweifelhaften Argumenten zu einem Freispruch gekommen ist. "Die richtige Gewichtung" meint, diesen Riesenskandal zu behandeln als Ordnungswidrigkeit, wie Falschparken oder zu schnell fahren. Als "Kapitulation vor der Kriminalität der Mächtigen" bezeichnete Wolfgang Nescovic, Landesvorsitzender der Arbeitsgemeinschaft

sozialdemokratischer Juristen diesen richterlichen Schritt. Wie diese Farce ausgeht, deutet sich bereits in der neuesten Untersuchung der OFD: Der selbe Prüfer wie 1986, ein Herr Dreher, kommt nämlich in einem nagelneuen Gutachten vom 25. Juni 1990 zum Ergebnis, daß sich mit den gelieferten Unterlagen noch immer kein U-Boot bauen lasse.

Außerdem brauche man viel viel Zeit, denn die Staatsanwaltschaft habe ja leider nicht angegeben, worin sie Anhaltspunkte für einen Verstoß gegen das AWG sehe - deshalb müßten erstmal "Vorermittlungen" angestellt werden (Presseerklärung der OFD vom 31.3.1990).

Gegen die OFD hatte die Anti-Apartheid-Bewegung im Mai 1989 Strafanzeige wegen des Verdachts auf Rechtsbeugung gestellt. Diese Anzeige ist kürzlich "mangels hinreichendem Tatverdacht eingestellt worden." Schuld an den fehlerhaften Ermittlungen bzw. am Ergebnis hätten allein die Firmen HDW und IKL, die den tatsächlichen Umfang verschleiert bzw. entscheidende Unterlagen in Privatwohnungen verborgen hätten, "deren Durchsuchung mangels konkreter Hinweise seinerzeit nicht zwingend veranlaßt war". Welch Zynismus ist das, bei der derzeitigen Faktenklage solche Schutzbehauptungen aufzustellen!

Folgerichtig bescheinigen die Kieler Staatsanwälte der OFD eine rechtliche Auslegung der bestehenden Gesetze (Außenwirtschaftsgesetz) "mindestens am Rande der Vertretbarkeit". Es handle sich "um eine komplizierte, in Rechtsprechung und Rechtswissenschaft weithin ungeklärte Rechtslage, die es erforderlich macht, sich an eine rechtlich vertretbare Lösung heranzutasten". Sie haben es schon schwer, die armen Jungs von der OFD, sich im Dickicht der Paragraphen und Rechtsnormen zurechtzufinden! Wie gut, daß die Kieler Staatsanwaltschaft ihnen so rührend unter die Arme greift!

Aber auch die schleswig-holsteinische Landesregierung glänzt wieder einmal mit radikaler Rethorik und praktischem Nichtstun: "Nach den jüngsten Entwicklungen im U-Boot-Geschäft muß die SPD alles tun, damit die Sache nicht unter den Teppich gekehrt wird", formulierte Gerd Walter markig in seinem politischen Bericht Nr. 14. Wie aber soll eine SPD-Fraktion, deren Finanzministerin Heide Simonis sich nicht einmal vorstellen kann, daß der Herr Hansen, Präsident der OFD, treues CDU-Mitglied und Freund Stoltenbergs, Fahndungsmaßnahmen vor den Landtagswahlen 87/88 vermeiden wollte (wie es ein Zeuge vor dem Bonner U-Ausschuß ausgesagt hatte), bzw. es für lediglich für "ungewöhnlich" hält, daß der Vorstand der HDW das Land Schleswig-Holstein weniger ausführlich über seine mörderischen Geschäfte unterrichtet hat als die Presse. Soviel Naivität nach alledem, was bisher über die Beteiligten dieser Affaire bekannt geworden ist, kann mensch kaum noch ertragen.

Da bringt die schleswig-holsteinische SPD-Fraktion zusammen mit Karl-Otto Meyer vom Südschleswigschen Wählerverband (SSW) - vielen noch in guter Erinnerung wegen seines beherzten Engagements in der Barschel-Affaire - einen Berichtsantrag ein, indem es um folgende Fragen geht:

- Was geschieht mit den von Südafrika bereits auf ein Sonderkonto gezahlten 40 Mio. Mark?

- Wie kann sichergestellt werden, daß die OFD dem Bonner Untersuchungsausschuß uneingeschränkte Akteneinsicht gewährt?

- Wie kann und soll die OFD die Ermittlungen aufnehmen?

- Welche Initiativen kann die Landesregierung über den Bundesrat ergreifen, um Waffenexporte zu verhindern?

Am ausführlichsten nahm Heide Simonis, Finanzministerin in Kiel, Stellung zu "der Frage, wie die Landesregierung die Kritik der III. Großen Strafkammer des Landesgerichts in Kiel gegen das Auftreten von Herrn Norbert Gansel, MdB, in der UNO in New York politisch beurteilt". Diese Replik auf die Anwürfe durch den Obmann der CDU im Bonner Untersuchungsausschuß, Friedrich Bohl, der den U-Boot-Skandal in eine "Affaire Gansel" umlog, gerinnt zur Rehabilitierungs- und Lobeshymne auf den Parteifreund Gansel. Zwar ringt sich Heide Simonis zu der Feststellung durch: "Was die Entscheidung des Gerichts in Sachen U-Boot betrifft, wäre auch eine andere Entscheidung möglich gewesen". Dennoch sind ihr die Hände gebunden: "Solange jedoch der Geheimhaltungsbeschluß des Gerichts trägt, können und dürfen (!) wir die Gründe der Öffentlichkeit - und dazu gehört auch dieses Parlament in öffentlicher Sitzung - nicht bewertend darstellen." Eine Ausnahme allerdings wird gemacht - in Sachen eines "freigewählten Abgeordneten", der angeblich "kaputtgemacht" werden soll. Hier wird "mit Rücksicht auf die Persönlichkeitsrechte des Abgeordneten augenzwinkernd

versichert, daß das Gericht keine Aussagen getroffen hat, wie sie vom MdB Friedrich Bohl verbreitet worden sind. Dies setzt voraus, daß Frau Simonis die geheime Urteilsbegründung kennt. Aber - dies ist kein Verstoß gegen die Geheimhaltungspflicht, denn: "Noch wichtiger als der Respekt vor den Institutionen unseres Staates ist der Respekt vor der Menschenwürde des Einzelnen". Wo bitte - frage ich mich - bleibt hier der Respekt vor der Menschenwürde der Schwarzen in den Frontstaaten, die potentiellen Opfer der geführten Kriege der Rassisten?

Zum ersten Punkt (Was solle mit den ca. 40 Mio. DM auf dem Termingeldkonto geschehen?) geht es der Landesregierung nach eigenen Aussagen wie "dem Reisenden in einem fremden Land, der davon ausgehen kann, daß am Ende einer Fahrt durch einen langen dunklen Tunnel immer eine Überraschung zu erwarten ist. Jede Ermunterung an den Lokführer, im Tunnel die gebotene Höchstgeschwindigkeit zu überschreiten, um ein wenig früher das Tunnelende zu erreichen, will mir nicht ratsam erscheinen" (Heide Simonis). Mit dieser Metapher hätte Frau Simonis die ignorante und zynische Haltung der SPD-Fraktion zum U-Boot-Skandal nicht besser auf den Punkt bringen können! Wie gut, daß es immer noch jemand anders gibt, der an allem schuld und für alles verantwortlich ist, dem mensch alles aufbürden kann, um ja keine Eigenverantwortung zu tragen. Ist also in Sachen Geld Vorstand und Aufsichtsrat am nächsten Bilanzstichtag gefragt, so "liegen die Akten jetzt allein im Zuständigkeitsbereich des Bundes". Selbstverständlich hat auch eine geforderte Verschärfung der Rüstungsexportrichtlinien "bei den gegenwärtigen Mehrheitsverhältnissen im Deutschen Bundestag" kaum Chancen auf Erfolg. Als Löwe abgesprungen und als Bettvorleger gelandet!

Ein Parlamentarischer Untersuchungsausschuß auf Landesebene - die alte Forderung der Apartheid-Gegner in Schleswig-Holstein - ist nach wie vor kein Thema. Die SPD setzt lieber auf so erfolgreiche Mittel wie diesen Berichtsantrag. Aber auch wenn "diese Mittel nicht zum Ziel führen", so Heinz-Werner Arens, MdL und parlamentarischer Geschäftsführer der SPD-Fraktion, "will ich nicht verhehlen, daß ich nach allen Erfahrungen mit dem Untersuchungsausschuß in Bonn sowohl dem Untersuchungsauftrag als auch den möglichen Ergebnissen eines Untersuchungsausschusses im Schleswig-Holsteinischen Landtag sehr skeptisch gegenüber stehe". So werden viele relevante Fragen unbeantwortet bleiben, da sich die SPD in diesem Lande nur solchen Herausforderungen stellt, die sie bestimmt nichts kosten. Ungeklärt bleiben muß so z.B. die Rolle des ehemaligen Staatsekretärs im Kieler Finanzministerium, Dr. Schleifer, der in mehreren Schreiben im Januar und Februar 1987 Informationen aus öffentlichen und nicht-öffentlichen Sitzungen des Untersuchungsausschusses an HDW-Firmenchef Pieper und Vorstandsmitglied Rohde weitergeleitet hat. Ungeklärt bleiben müssen auch mögliche "Akquisitionsaufwendungen" der HDW (das sind Provisionen, die in erheblicher Höhe in diesem Geschäft geflossen sind), da die Landesregierung laut eigener Angabe Einzelheiten nur "unter Vorkehrungen zur Geheimhaltung" mitteilen kann.

Bleibt nur noch hinzuzufügen, daß der parlamentarische Untersuchungsausschuß in Bonn am 26.10.1990 seine Tätigkeit eingestellt hat - mit einem 800-Seiten starken Abschlußbericht. "Überflüssig", "Schmierentheater" und "Kriminalkomödie" - so die Bewertung durch Bohl, Eylmann und Konsorten. "Mafia-ähnliche Strukturen" und "Waffenschieberring im Kanzleramt", so die Opposition. Eine Wiederaufnahme der Arbeit in der neuen Legislaturperiode sei jedoch nur sinnvoll, wenn die als geheim eingestuften und dem Untersuchungsausschuß bisher vorenthaltenen Akten eingesehen werden können, meint Norbert Gansel. Doch die liegen nun ja bei der OFD - sicher vor dem Zugriff der Öffentlichkeit.

Nein, wir wollen den Lokführer nicht ermuntern, ein wenig eher ans Ende des dunklen Tunnels zu gelangen; wer weiß, was da sonst noch für böse Überraschungen auf uns lauern könnten!

Bernhard Richter, Mitglied

der Anti-Apartheid-Koordination S-H

29. Hafenstrasse - Eine nicht ganz vollständige Chronologie

Rubrik: Staat, Innere Sicherheit; Autonome · CD-Datei: daten/aksuche/ak324/27.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:324:27

1987

19. Juli: Die geräumten Wohnungen werden am Jahrestag des Einmarsches der Sandinisten in Managua erneut besetzt.

November: Die Abteilung FD 7 (Staatsschutz) plant die Erstürmung der Hafenstraßenhäuser, um den illegalen, aber vielgehörten Sender "Radio Hafenstraße" auszuheben. Der Plan scheitert an der fehlenden Bereitschaft der Polizeiführung allein aufgrund von "Gefahr im Verzuge" einen solchen Groß-Einsatz durchzuführen.

18. November: Nach wochenlangen Verhandlungen und Auseinandersetzungen ist eine weitere Etappe im Kampf um die Hafenstraßen-Häuser beendet. Die BewohnerInnen bauen die kurz zuvor errichteten Barrikaden ab. Am darauffolgenden Tag wird der Mietvertrag unterzeichnet.

1988

22. Januar: Generalbundesanwalt Rebmann erklärt als Gast einer Tagung von CSU-Juristen, er hätte gerne dazu beigetragen, diesen Vertragsabschluß zu verhindern. Er schlägt vor, die Auseinandersetzung zu einer bundespolitischen Angelegenheit zu erklären: "Es wäre sicher gut gewesen, wenn der Bund schon damals in die Häuser hineingegangen wäre".

21./22. Juni: Nach einem Fußballspiel versuchen 200 Hooligans, die Häuser zu erstürmen.

31. August: Die Parole "Boykottiert Israel -Waren-Kibbuzim und Strände" auf der Wand eines Hafenstraßen-Hauses wird auf Anordnung des Senats übermalt. Die Hafenstraße erklärt dazu: "Die heutige Schandtat gegen unsere Solidarität mit dem palästinensischen Volksaufstand ist alles andere als das Ergebnis einer einvernehmlichen Lösung ... es ist vielmehr die bekannte widerliche Mischung aus Nötigung und Erpressung". Gleichzeitig tagen in Hamburg 1300 Manager und Unternehmer und beraten über die ökonomischen Perspektiven Norddeutschlands. Tyll Necker, Vorsitzender des Bundesverbandes der Deutschen Industrie, nutzt seinen Auftritt, dagegen zu polemisieren, "daß Hamburg den Hafen mit der Hafenstraße zum Synonym für Chaos verkommen läßt".

15. Oktober: Bürgermeister Henning Voscherau (SPD) hat die Vermieterin der Hafenstraßenhäuser, die Lawaetz-Stiftung, angewiesen, den Mieter, den Verein Hafenstraße abzumahnen: Die Abmahnung ist der erste Schritt in der mietrechtlichen Auseinandersetzung. Bisher sind, nach immer neuen, tatsächlichen, provozierten oder nur behaupteten "Zwischenfällen" mehr als ein halbes dutzend Kündigungen ausgesprochen. Bisher ist es dem Senat aber in keinem Fall gelungen, die Kündigung vor Gericht als rechtmäßig durchzusetzen. Anlaß für die erste Abmahnung ist eine Stacheldraht-Rolle, die an einem Baugerüst befestigt war, um zu verhindern, daß, wie mehrfach geschehen, dieses von Touristen bestiegen wird. Warum der Senat darauf so scharf reagiert, erklärt die Senatorin Kiausch folgendermaßen: "Die Bewohner hätten ein Jahr Zeit gehabt, Normalität zu üben. Jetzt erschöpft sich die Geduld des Senats."

17. Oktober: In einem Artikel des "Spiegel" werden Informationen aus dem Senat lanciert. Denen zufolge gab es seit Vertragsabschluß "33 Zwischenfälle, die dem System Hafenstraße zurechenbar sind", die Justizbehörde informiert über 210 Ermittlungsverfahren, die zwischen November 1987 und Juni 1988 " aus dem Bereich St. Pauli-Hafenstraße aufgelaufen sind". Nur in zehn Verfahren kann die Justizbehörde allerdings Beschuldigte namhaft machen, keiner ist inhaftiert, kein Verfahren ist rechtskräftig durch Urteil abgeschlossen.

8. Dezember: Die Hafenstraße interveniert in die Auseinandersetzungen um 21 jugoslawische Roma, die der Senat abschieben will: "Weil wir für selbstbestimmtes Leben kämpfen, ist es für uns selbstverständlich, Menschen aufzunehmen, die von diesem Staat verfolgt werden."

1989

15. Januar: Eine Demonstration gegen den Paragraphen 129a, für den 16. Januar geplant, wird rechtskräftig verboten. Die Verbotsgründe werden ein Jahr später eine wichtige Rolle spielen (siehe 19. Mai 1990).

12. April: Zwei Streifenwagen stellen sich ohne Grund vor die zum Hafenstraßen-Komplex gehörende Kneipe "Onkel Otto". Alle raus- und reinkommenden Personen werden von den Streifenwagen-Besatzungen fotografiert. Später stürmen vierzig Polizeibeamte die Kneipe, es kommt zu einer heftigen Prügelei, deren Ergebnis in einem Flugblatt der Hafenstraße so dargestellt wird: "wir haben reagiert und sie massiv angegriffen." In den Tagen zuvor hatte es mehrfach kleinere Provokationen durch Zivilbeamte gegeben: Knüppelangriffe auf Bauwagen, Jagd auf Leute, die einkaufen waren, Leuchtmunition-Schießen in der Nähe der Häuser. Am Tag nach dem Polizeikrawall im "Onkel Otto" meldet sich die Deutsche Polizei-Gewerkschaft zu Wort: "Das politische Klima der Polizei droht in extreme Positionen abzugleiten. Nur wenn die Rechtsordnung wiederhergestellt wird, kann es gelingen, daß nicht rechtsextremes Gedankengut zukünftig die Geschicke der Stadt mitbestimmt".

26. Mai: Der bis dahin größte Polizeieinsatz gegen die Häuser wird durchgeführt. Ca. 2.800 Polizeibeamte, Wasserwerfer und Räumpanzer marschieren auf und sperren für die Dauer von etwa 10 Stunden St. Paul Süd. Ziel der Aktion ist es angeblich, die Bauwagen, die auf dem freien Gelände neben den ehemals besetzten Häusern stehen, abzutransportieren. Während des Groß-Einsatzes, gegen den vor Ort nur wenige hundert Leute protestieren, werden aber Durchsuchungsbefehle für zwei Häuser und kurz darauf die Order zur Übertünchung der Zusammenlegungs-Parole auf einer Hauswand nachgeschoben. "Der gesamte Einsatz war darauf angelegt, Reaktionen aus den Häusern hervorzurufen, die eine Räumung und Festnahme der BewohnerInnen nach dem Sicherheits- und Ordnungsgesetz (SOG) erlaubt hätten" schreibt der Initiativkreis Hafenstraße in einem Flugblatt. Diese Einschätzung wird Wochen später durch Indiskretion aus der Polizeiführung bestätigt. Die öffentlichen Wunschphantasien und die Bedeutung, die diesem Großeinsatz beigemessen wird, verdeutlicht tags darauf BILD. "Genscher droht mit Rücktritt" ist auf den unteren Teil der Seite gerutscht, während "Die Räumung an der Hafenstraße" Aufmacher-Schlagzeile des Tages ist. Der Polizeieinsatz zieht eine Anzeige der GAL nach sich, weil gegen 14 Uhr wehrlose Menschen auf den Dächern der Häuser von einem Wasserwerfer beschossen wurden: "Damit nahmen sie in Kauf, daß diese Menschen vom Dach stürzen" (Strafanzeige der GAL). Das Ermittlungsverfahren wird nach wenigen Wochen eingestellt.

28. Juli: Am frühen Nachmittag versucht die Polizei in der Nähe der Balduin-Treppe an den Hafenstraßen-Häusern zwei Jugendliche, die angeblich ein Auto geknackt haben sollen, festzunehmen. Als sich daraufhin mehrere Leute (ohne Knüppel o.ä. und unvermummt) auf die Polizisten zubewegen, geben diese ohne Vorwarnung drei Schüsse in die Luft und einen zwischen die Beine eines der Hinzukommenden ab. Anschließend flüchteten die Polizisten, kommen anderthalb Stunden später aber verstärkt durch die Besatzungen von elf Wannen wieder, brechen das "Onkel Otto" auf und beschlagnahmen dort medienwirksam Sonnenschirme und Dachlatten als "Waffen". Die Presse berichtet tags darauf brav: "15-20 Vermummte Menschen, mit Eisenstangen, Stahlseilen und Fahrradketten bewaffnet, griffen eine Streifenwagenbesatzung an." Gleichzeitig kündigt der Chef der Hafenrand GmbH (die mittlerweile die Lawaetz-Stiftung als Vermieterin abgelöst hat) an, die Freiflächen auf dem Gelände der Häuser zum Anbringen von Werbetafeln zu nutzen. Die Hafenstraße betrachtet das als Provokation, die Arbeiten an den Plakatwänden werden nach längerem hin und her eingestellt.

30. August: Begleitet von 700 Polizisten besichtigt der Geschäftsführer der Hafenrand GmbH statt "seiner" gesamten Häuser nur ein Treppenhaus, weil er sich weigert, ohne Polizeischutz die Wohnungen zu betreten, die Bewohner sich aber weigern, die Polizei (die keinen Durchsuchungsbefehl hat) in ihre Wohnungen zu lassen.

1. September: Die HEW kündigt an, daß zwei Häusern der Strom abgestellt werden soll, weil die Verhältnisse in den Häusern für die Stromgesellschaft "unzumutbar" seien. Daraufhin kündigt die Hafenrandgesellschaft den Mietern der entsprechenden Häuser, weil sie das Zustandekommen von Strom-Abnahmeverträgen hintertrieben. Gegen die Stromsperre und die aus diesem Grund ausgesprochenen Kündigungen wird juristisch erfolgreich vorgegangen.

2./3. September: Vor einem Hafenstraßenhaus explodiert nachts eine Rohrbombe. Bis zum dritten Stock sind alle Fenster zerstört. Kurz vor der Detonation waren vierzig Hooligans, die die Häuser angegriffen hatten, vertrieben worden. Die Polizei, die sonst jeden kleinen Autoradio-Diebstahl mit einem größeren

Polizeiaufgebot untersucht, braucht drei Tage, bevor sie die Ermittlungen aufnimmt. Die Hafenrand GmbH weigert sich, für die zerstörten Fensterscheiben aufzukommen.

3. September: Statt die Spuren des Bombenanschlags zu sichern, tritt die Polizei auf den Plan, um die Fertigstellung eines neuen Wandgemäldes zu verhindern. Das Baugerüst wird beschlagnahmt. Die Malerin Brigitte K. wirft aus Wut, aber ziellos und ohne zu treffen, einen Stein. Ein Jahr später wird sie dafür vom Amtsgericht Hamburg zu acht Monaten Haft (auf Bewährung) und 1500 DM Geldbuße verurteilt. Zu diesem Zeitpunkt steht allerdings bereits fest, daß das Wandgemälde als Kunst zu gelten hat, der Polizeieinsatz also rechtswidrig war.

12. Dezember: Die Hamburger Morgenpost meldet als Aufmacher des Tages: "RAF Terroristen: Spuren in die Hafenstraße". In Nordfriesland sind Ute Hladki und Holger Deilke nach einer Denunziation aus der Bevölkerung festgenommen worden. Die Bundesanwaltschaft behauptet, beide gehörten zur RAF (was die RAF später dementiert) - der Hamburger Verfassungsschutz weist auf Kontakte der beiden zu Leuten aus der Hafenstraße hin.

15. Dezember: Die Hafenstraße informiert auf einem Transparent: "Deutsche Bank und deutsches Geld morden mit in aller Welt". In einem Flugblatt wird auf die behauptete RAF-Hafenstraße-Connection eingegangen: "Wir gehen davon aus, daß VS-Chef Lochte und die BKA Sonderkommission mit der Hetze eine Razzia vorbereiten, einige von uns aus den Häusern holen und als legalen Arm der RAF im Knast verschwinden lassen wollen."

1990

3. April: 200 Polizeibeamte dringen über selbstgebaute Sturmtreppen ins Störtebeker-Zentrum ein, um Haftbefehle (wegen Ladendiebstahl, Widerstand gegen die Staatsgewalt und Trunkenheit am Steuer) zu vollstrecken. Insgesamt kamen 5 Wasserwerfer zum Einsatz, mehrere Wohnungen wurden verwüstet und kein Haftbefehl konnte vollstreckt werden. Am gleichen Tag erläßt der Ermittlungsrichter am Bundesgerichtshof den Haftbefehl gegen Karl-Heinz Gerum und Corinna Kammermeier (Kalle und Cora). Es werden allerdings unmittelbar keine Maßnahmen zur Ergreifung der beiden eingeleitet.

4. Mai: Der Ermittlungsrichter am BGH ordnet die Durchsuchung der angeblich von Kalle benutzten Wohnungen in der Hafenstraße an. Außerdem sollen die Wohnungen weiterer elf Menschen durchsucht werden, weil Anhaltspunkte dafür vorliegen, daß Kalle und Cora enge Beziehungen zu diesen unterhalten, dort also das Auffinden von Beweismitteln zu erwarten sei. Ins Visier der Fahnder sind Kalle und Cora geraten, weil sie Ute und Holger im Dezember 1989 in einer Kate in Lasbek Unterschlupf gewährt haben sollen.

15. Mai: 3000 Beamte des Bundesgrenzschutzes und der Polizei durchsuchen 13 Wohnungen und versuchen, die Haftbefehle gegen Kalle und Cora zu vollstrecken. Das gesamte, mehrere Hektar große Areal um die Hafenstraße wird zu einer Kontrollstelle nach Paragraph 111 StPO erklärt: Alle Menschen, die sich dort aufhalten, Kneipenbesucher, Anwohner umliegender Häuser werden einer Personenkontrolle unterzogen. Die Presse darf die Polizeiabsperrungen nicht passieren (und läßt sich das gefallen). 22 Menschen werden an diesem Tag, wie der Initiativkreis meint "wahllos", festgenommen, zwei Leute werden aufgrund alter Haftbefehle wegen Diebstahls verhaftet. Kalle und Cora selber haben sich an diesem Tag nicht in den Häusern, sondern zu Hause bei ihren Eltern befunden. Zielfahnder des BKA haben sie dort, so heißt es später aus offiziellen Kreisen, gesucht, aber nicht gefunden: Eine Erklärung, die angesichts des Aufwandes, der in der Hafenstraße betrieben wurde, völlig unglaubwürdig klingt. Aus den Häusern wurden mehrere LKWs mit "Beweismaterial" weggeschafft - darunter befand sich ein Kopierer, ein Computer, Dutzende von Aktenordnern etc.pp. Abends kommt es zu einer spontanen Demonstration von ein paar hundert Leuten in der Innenstadt. In der Presse wird das Vorgehen in den folgenden Tagen verharmlost und als überzogen angesehen. "Außer Spesen nix gewesen" behauptet beispielsweise die Hamburger Morgenpost.

19. Mai: Eine Protestdemonstration gegen den Polizei-Überfall wird rechtskräftig verboten: "Die Teilnehmer der Demonstration werden zum Widerstand gegen die Zuordnung von Hafenstraßenbewohnern zu einer terroristischen Vereinigung aufgerufen. Insofern ist davon auszugehen, daß sich in dem Aufzug die Personen befinden, die auch bisher gegen den §129a protestiert haben. Sie werden dabei auch das gleiche gewalttätige Verhalten an den Tag legen, das bereits am 16. Januar 1989 zu einem gerichtlich bestätigten Verbot eines Aufzuges mit diesem Thema geführt hat" (aus der Verbotsverfügung). Die Demonstration fand als

Sicker-Demonstration von etwa 1200 Leuten dennoch statt. Die gesamte Hamburger Innenstadt war von der Polizei besetzt, drei große Gruppen von Demonstranten konnten dennoch ungehindert Richtung St. Pauli ziehen und dort die Abschlußkundgebung durchführen.

Mai: Die Hafenstraßenbewohner veröffentlichen das Flugblatt"irgendwer, irgendwie, irgendwas ... in der Hafenstraße", in dem sie versuchen, die Situation aus ihrer Sicht darzustellen.

28. Mai: Auf seiner Halbjahrespressekonferenz verkündet Generalbundesanwalt Rebmann, bei den Durchsuchungen sei eine Wohnungen entdeckt worden, die "nach Anlage und Ausstattung als Schaltzentrale von RAF-Mitgliedern zu bewerten ist".

1./2. Juni: Fünf Leute, die aus den Hafenstraßen-Häusern kommen, werden von 40-50 Rechtsextremen auf dem Hans-Albers-Platz angegriffen. Sieben zu Hilfe eilende Leute werden von den Rechten durch Steinwürfe verletzt. Dpa übernimmt, ohne weitere Recherchen zu unternehmen, den Polizeibericht. Das liest sich so: "Nach Angabe eines Polizeisprechers hatten zum Teil vermummte und behelmte Personen aus dem Bereich der Hafenstraße gegen 22.40 Uhr Passanten auf dem Hans-Albers-Platz mit Steinen, Flaschen und Leuchtkugeln angegriffen. Als diese sich wehrten, entstand eine größere Schlägerei."

17. Juni: Der Initiativkreis zum Erhalt der Hafenstraße bekommt Informationen zugespielt, denen zufolge die Polizei eine Durchsuchung der Häuser vor dem 26. Juni (dem Beginn des ICC-Kongresses und der Phantom der Oper Premiere) plane. In einem Flugblatt wird diese Information veröffentlicht und vor weiteren eskalierenden Maßnahmen gegen die Hafenstraße gewarnt.

25./26. Juni: Sieben Streifenwagen und ein Mannschaftswagen jagen nachts zwischen 3.20 Uhr und 3.40 Uhr mit Blaulicht und Sirenen zwei Jugendliche durch St. Pauli, die ein Auto in der Hafenstraße aufgebrochen haben sollen.

29./30. Juni (einen Tag nach der verbotenen Demonstration gegen die "Phantom der Oper"-Premiere): Knapp 20 Wannen fahren ohne ersichtlichen Grund einen Blaulichteinsatz auf der Reeperbahn. Kurz darauf stürmen die Besatzungen von sechs Wannen Richtung Hafenstraße und prügeln auf dem Weg dorthin auf alle Menschen ein, die wie "Szene" aussehen. Die Hafenstraßen-Bewohner wollen eine Eskalation vermeiden und ziehen sich in die Häuser zurück. Nach einer halben Stunde Einsatz vor den Häusern fahren die Wannen ab, in den angrenzenden Straßen ist bis zum frühen Morgen ein kleiner Kordon aus drei Streifenwagen und einer Wanne unterwegs.

4. Juli: Die "taz" veröffentlicht einen (bis heute nicht dementierten) Bericht, demzufolge VS-Chef Christian Lochte vor Managern mehrfach versprochen hat, die Hafenstraße werde bis Ende 1990 geräumt sein. Im Rahmen der Veranstaltungen, bei denen Lochte aufgetreten ist, soll er auch immer wieder auf die angebliche "RAF-Hafenstraße"-Connection hingewiesen haben.

13. September: Der "stern" erscheint mit der Titelgeschichte "Die Todesliste der RAF": "Terrorpläne aus der Hafenstraße belegen, daß auf der Todesliste der RAF alle jene nach oben gerückt sind, die für den Anschluß der DDR stehen". Kurz darauf geben Hafenstraßen-Bewohner eine Pressekonferenz: "Der stern lügt". Die "stern"-Redaktion schiebt in der Woche darauf im Editorial weitere "Informationen"über die angebliche Verbindung RAF-Hafenstraße nach.

19. September: Auf Antrag der CDU befasst sich der Deutsche Bundestag in einer aktuellen Stunde mit der Hafenstraße. Außer Tay Eich von den Grünen fordern alle Redner die "Beendigung des Wohnprojekts" und behandeln die Informationen des "stern", als basierten sie auf tatsächlichen Fakten. "Wie lange will der Senat noch dulden, daß die Häuser in der Hafenstraße einer Mörderbande als logistische Basis dienen?" fragt der Hamburger CDU-Bundestagsabgeordnete Echternach, für die FDP fordert der Abgeordnete Lüde die Beendigung des "gescheiterten Projekts" und im Namen der SPD übt Freimut Duve, einst Befürworter des Vertrages, Selbstkritik und sinniert über das Thema "Volksgemeinschaft und Gemeinschaftsfremde": "Es ist ein sehr,sehr ernstes Thema. Es betrifft alle großen Städte. Wir können all die Menschen, die in unser Leben nicht völlig integrierbar sind, nicht mehr so ohne weiteres so behandeln und so unterbringen, wie wir es gern gewollt hätten. Insofern habe ich damals, als ich empfahl, diese Verträge so zu machen, selber einen Fehler gemacht".

24. September: Die RAF veröffentlicht eine Erklärung zu den Angriffen gegen die Hafenstraße: "Jetzt im Rahmen der Hetze gegen den Hafen kochen sie die wildesten Konstruktionen zusammen, da sollen wir dann

in jeder Küche sitzen ... wir sagen gegen diese Lüge: Es gab und gibt keine Pläne von uns in der Hafenstraße, noch gibt es `legale' Mitglieder der RAF - weder im Hafen, noch gibt es die überhaupt." Verfassungsschutz-Chef Lochte, dessen Lieblings-Behauptung damit ins Wanken gerät, reagiert genervt und behauptet ohne weitere Erklärung, das Papier der RAF sei ein Zeichen "taktischer Schwäche und politischer Orientierungslosigkeit". (Vollständige Erklärung s. ak 323)

16. Oktober: Nachdem sich der "stern" geweigert hat die Erklärungen der RAF und der Hafenstraße zur Kenntnis zu nehmen, besetzen Leute aus der Hafenstraße die Kantine, kritisieren die journalistischen Methoden des "stern" und fordern den Abdruck einer vierseitigen Erklärung. Die "stern"-Chefredaktion verweigert das und läßt am frühen Abend das Gebäude von der Polizei räumen. (vollständige Erklärung s. clockwork 20) Ein Protestschreiben der IG Medien/Hamburg wird nicht abgedruckt. In der Woche darauf veröffentlicht der "stern" stattdessen einen Artikel, der behauptet: "Rund hundert Freunde der Hafenstraße, darunter 40 aus dem RAF-Umfeld demonstrierten in der Kantine des Verlags Gruner und Jahr". Mit angeblichen Internas aus Hafenstraßen-VVs und aus dem Zusammenhang gerissenen Textfetzen aus der Erklärung der Hafenstraßen-Bewohner versucht die "stern"-Redaktion, ihre Version aufrechtzuerhalten.

30. "Das Ende der Bescheidenheit" - Kommentar zur Hafenstraße

Rubrik: Medien; Autonome · CD-Datei: daten/aksuche/ak324/26.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:324:26

Mit dem Vertrag von 1987 hoffte der Senat eine gute Lösung gefunden zu haben: Entweder sollte sich die Hafenstraße zum alternativen Wohnprojekt entwickeln oder umstandslos geräumt werden können. Der Mißerfolg war vorprogrammiert, in der Hafenstraße versuchen seitdem 130 Leute ihr Leben gegen das System zu organisieren und die Häuser stehen immer noch.

Es war einmal eine Illustrierte, deren RedakteurInnen die Unterdrückten und Entrechteten, die Geknechteten und Revoltierenden, nein, nicht an die Macht bringen, aber doch wenigstens mal zu Wort kommen lassen wollten. Der "stern", von solchen Vorstellungen mittlerweile Lichtjahre entfernt, hat doch seine aufklärerische Rolle nicht ganz abgegeben: heute werden dort, wenn die letzten Modeschauen, Robbensterben und sonstigen Ökokatastrophen gerade mal keine Titelgeschichte hergeben, die Phantasien der Mächtigen enthüllt und illustriert. "Die Todesliste der RAF", die, dem "stern"-Redakteur Osterkorn zufolge, ausgerechnet in der Hafenstraße gefunden worden und auf der Bundeskanzler Kohl, wie im richtigen Leben, Spitzenkandidat sein soll, ist in diesem Sinne nicht nur ein lanciertes Propaganda-Märchen (das ist sie natürlich auch), sondern ein Warnsignal: Es geht in die nächste Runde. Der "stern" funktioniert dabei als Medium - im doppelten Sinn des Wortes: Mit der Berichterstattung wird versucht die öffentliche Meinung so zu konditionieren, daß immer, wenn jemand "Hafenstraße" sagt, "RAF" gedacht wird. Gleichzeitig dient sie als Mittel, um durch die Reaktionen darauf, vorab die Stimmung zu erfassen, auf die die entsprechenden Staatsaktionen stoßen werden. "stern"-Schreiber Osterkorn und sein treuester Informant, der Hamburger VS-Chef Lochte, können bislang zufrieden sein: Die sogenannte "kritische Öffentlichkeit" hat sich trotz der selbst nach den Maßstäben bürgerlichen Journalismus offensichtlich denunziatorischen Berichterstattung kaum gerührt, die ehemaligen prominenten UnterstützerInnen der Hafenstraße scheinen abgetaucht, desinteressiert oder konvertiert. Eindrucksvoll, wenngleich nicht allzu überraschend, ist, wie verschämt Leute z.B. aus den IG Medien oder MitarbeiterInnen des Gruner & Jahr Verlags, die zum Teil scharfe Kritik an den im "stern" erschienen Texten haben bzw. das Verhalten der Chefredaktion während der Besetzung falsch finden, sich in die "innere Emigration" begeben und ihre Stimme bestenfalls am Kantinentisch oder in internen Versammlungen erheben. Zwar formulierte die Hamburger IG-Medien Ortsgruppe einen kritischen Leserbrief (der nicht abgedruckt wurde) und lud zu einem internen Gespräch zwischen Hafenstraßen-BewohnerInnen und Gruner & Jahr-MitarbeiterInnen ein - weder die IG-Medien Gruppe bei Gruner & Jahr, noch die IG-Medien-Mitglieder aus dem Betriebsrat, noch die in der IG-Medien organisierten Gruner & Jahr-JournalistInnen wandten sich aber in irgendeiner Form an die Öffentlichkeit oder organisierten gar eine ernsthafte Auseinandersetzung an ihren Arbeitsplätzen. Die Zivilcourage Einzelner, über die bundesdeutsche JournalistInnen immer mal gerne berichten, prägt ihr Verhalten bei der eigenen Arbeit überhaupt nicht.

Die mangelnde Bereitschaft von JournalistInnen, der Kampagne der "stern"- Redaktion etwas entgegenzusetzen, korrespondiert mit dem gelassenen Desinteresse, das andere Medien an den Tag legen: Daß durch die Berichterstattung die BewohnerInnen der Hafenstraße "zum Abschuß" freigegeben werden, interessiert z.B. den "Spiegel" so wenig, wie es vorher den "stern" interessiert hat, daß in dem Deutschland-Magazin "Spiegel" eine grandiose Stimmungsmache gegen Roma zur Titel-Geschichte avancierte oder Monate vorher in der mogadischuliberalen "Zeit" immer wieder neue Dossiers für die Freigabe der "Euthanasie" an kranken Alten und behinderten Neugeborenen publiziert wurden. Die Presse formiert sich zur vierten Staatsgewalt - die Reihen werden dabei festgeschlossen: Dort, wo früher der Eindruck erweckt wurde, eine Kontrolle von Legislative und Exekutive finde statt, ordnen sich die SchreiberInnen jetzt in die Volksgemeinschaft der Demokraten ein. Die Nachrichtensperre des Deutschen Herbstes, der sich die bundesdeutschen Medien bereitwillig unterworfen haben, findet heute ihre Entsprechung in den wie auf Bestellung "Gemeinschaftsfremdes" ins Visier rückenden Stimmungsberichten, die in der "Bild am Sonntag" so gut stehen können (und stehen) wie im "stern" oder im "Spiegel".

Wie erfolgreich die Aktionen und Publikationen gegen die Hafenstraße sein werden, ist allerdings dennoch nicht ausgemacht. Die BewohnerInnen selber sind, nachdem sie in der ersten Hälfte des Jahres nach außen hin eher lethargisch auf das Anziehen der Repressionsschraube reagiert haben, jetzt offensichtlich fest

entschlossen, ihr Projekt zu verteidigen. "Die Geschicht des Hafens zeigt, daß in so Situationen nicht die Verzweiflung Oberwasser gewinnt, sondern das Bedürfnis, sich dagegen durchzusetzen ... 1987 ist es gelaufen über die sichtbare und vermittelte Entscheidung von uns, hier nicht wegzugehen und die Häuser zu halten. Und diese Entscheidung liegt heute auch bei uns" haben BewohnerInnen in einem Interview mit "Konkret" (Konkret 11/90) die Stimmung beschrieben. Daß dieses Interview zustandekam, ist ein Zeichen für die Bereitschaft, in die Gegenoffensive zu gehen. Die Besetzung des "stern" ist ein Schritt dorthin. Gleichzeitig wurden auch in Plena in Hamburg Diskussionen mit linken Gruppen und Leuten geführt, um die Auseinandersetzung, die seit 1987 weitgehend abgebrochen war, wieder in Gang zu bekommen: "Ich sehe nicht, daß es keine Solidarität mehr (mit der Hafenstraße, Anm. Red.) gibt. Es klappt allerdings zur Zeit nicht, eine vernünftige Auseinandersetzung hinzukriegen, in der Kritik geäußert wird, in der es Selbstkritik gibt und zu einer Zusammenarbeit kommt. Zu uns kommen auch wenig Leute, die sagen, was macht ihr da für einen Mist. Da arbeiten wir im Augenblick dran und die Bedrohung ist den Leuten klar - und das ist ersteinmal das wichtigste" (aus dem Konkret-Interview).

Sowohl bei der Fußballweltmeisterschaft als auch anläßlich der Vereinigungsfeierlichkeiten, als Übergriffe seitens der Neonazis und Hooligans befürchtet wurden, konnte ein ausreichender Schutz für die Hafenstraße organisiert werden - gegen die Staatsschutzübergriffe ist das allerdings noch nicht gelungen. Hier besteht auch zweifelsohne Diskussionsbedarf, weil ein paar hundert entschlossene und behelmte Leute dafür nicht ausreichen und weil hierfür auch ein Konsens innerhalb der radikalen Linken und ein Konzept, dem es gelingt, wieder Öffentlichkeit zu mobilisieren, notwendig sein werden. Die Behauptung, die RAF lebe in der Hafenstraße, hat zwar durch die überraschende und erfreuliche Erklärung der RAF selber einiges an Überzeugungskraft verloren, auch die klare Haltung der BewohnerInnen der Hafenstraße zu dieser Behauptung hat dazu wesentlich beigetragen, die reale Bedrohung für einzelne Leute ist dadurch aber noch lange nicht vom Tisch - allerdings ist es für den Staatsapparat ungleich schwerer, Leute als RAF-Mitglieder zu verhaften, die offensiv weiterhin legal leben, als welche, die vorher, und sei es aus verständlichen anderen Gründe, abgetaucht sind. "Deshalb machen wir uns jetzt zusammen neue Gedanken, wie wir die Konstruktion der Staatsschutzbehörden aufdecken und brechen können, weil aus uns - genau wie aus Kalle und Cora (die z.Zt. abgetaucht sind, Anm. Red.) - etwas gemacht werden soll, was wir und sie nicht sind; weil wir mit Kalle und Cora solidarisch sind, weil wir es zum Kotzen finden und nicht tatenlos zusehen wollen, weil die beiden gejagt werden ... In unserem Flugblatt nach der Aktion der RAF gegen Herrhausen und nach der Verhaftung von Ute (Hladki) und Holger (Deilke) haben wir noch gesagt, wir finden es immer richtig, sich dem Knast zu entziehen. Daß wir uns so ungenau und oberflächlich auseinandergesetzt haben, wenn einzelne von uns in einer so existentiell bedrohlichen Situation stecken, hat sicher dazu beigetragen, daß und wie die Entscheidung von Kalle und Cora wegzugehen damals gelaufen ist. Die Realitäten angesichts der knallharten Bedingungen in diesem Staat haben uns eingeholt. Wir sehen keine Möglichkeit, sich der Konfrontation zu entziehen und sich eine Struktur aufzubauen, in die Gesuchte flüchten und dann viel schärfer mit dem konfrontiert sind, wovor sie abgehauen sind - wir wollen nicht durch Flucht und Exil unser Leben hier aufgeben. Die RAF hat da klare Worte gesagt und wir haben uns darüber gefreut, daß sie diesen Brief geschrieben haben. Es ist die Verantwortung aller - auch die von Kalle und Cora - sich so zu verhalten, daß wir zusammen die Staatsschutzlügen und das dahinter stehende Vernichtungsinteresse vom Tisch fegen können" (aus dem Flugblatt "Selbst das kleinste Licht durchbricht die Dunkelheit", von der Hafenstraße geschrieben am 16.10.90).

Die Versuche aus der Hafenstraße, in dieser schwierigen Situation aus der Defensive zu kommen und die Diskussion mit linken Kräften zu entwickeln, ist bisher von diesen nur unzureichend aufgenommen worden. Flankiert werden sie jetzt allerdings durch einen Vorstoß des "Initiativkreises zum Erhalt der Hafenstraße", der als Reaktion auf die Mietprozesse, die RAF-Hetze in den Medien, die Angriffe von Faschisten und tägliche kleinere Provokationen gedacht ist und nicht bei der Forderung "Hafenstraße bleibt" verharren will. In einem Flugblatt wird das "Ende der Bescheidenheit" angekündigt und ein Katalog von Forderungen aufgestellt. Über diese Forderungen, die vorerst nur als Vorschlag gedacht sind, soll auf einem Treffen linker Gruppen und Leute am 15. November um 19 Uhr im Gemeindesaal der Friedenskirche, Am Brunnenhof, diskutiert werden: "Wir fordern für die Menschen in der Hafenstraße und die NachbarInnen bessere Lebensbedingungen: Vertragliche Übereignung aller Häuser auf den Verein Hafenstraße. Das heißt die Hafenrand GmbH wird aufgelöst. Sie wurde lediglich gegründet, um den Abriß der Häuser durchzuführen und abzuwickeln. Ihr Stamm- und Gesellschaftskapital soll auf den Verein übertragen werden. 2. Freigabe der ursprünglich von

Senat und Bürgerschaft zugesagten Sanierungsgelder in Höhe der noch ausstehenden 3,5 Millionen Mark. Bisher wurden schon zahlreiche Reparaturen und Instandsetzungen von den BewohnerInnen in Eigenleistung durchgeführt. 3. Änderung des z.Zt. gültigen Bebauungsplanes St. Pauli 35, der Gewerbe und Geschäftshäuser anstelle der Hafenstraßen- Häuser vorsieht. 4. Sperrung der Bernhard-Nocht-Straße zwischen Antonistraße und Davidstraße für den Durchgangsverkehr zur Verkehrsberuhigung, sowie Sperrung der Silbersackstraße ab Reeperbahn für den Durchgangsverkehr. 4. Tempo 30 auf der Hafenstraße. Grundsätzlich muß das Gebiet zu freien Verfügung aller, imklusive des Zugangs zur Elbe stehen. 5. Freigabe des Grundstücks neben dem Haus Hafenstraße 106 zur Gestaltung als Spielplatz und als genehmigter Bauwagenplatz". Zusätzlich fordert eine Minderheit des Initiativkreises (Minderheiten gibts anscheinend überall): "Die Fischereirechte in der Elbe für das Jahr 2060, wenn die Elbe wieder sauber ist und Lichtgeschwindigkeit für die Hafenstraße, damit man die Autos schon jetzt nicht mehr sieht". Darunter sollte sich die Linke wirklich nicht zufriedengeben.

Fassanbass

31. Wie löst mensch einen Geheimdienst auf? Interview mit Hans Schwenke / Komitee zur Auflösung des MfS

Rubrik: Geheimdienste; DDR · CD-Datei: daten/aksuche/ak324/28.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:324:28

ak: Du warst Mitarbeiter des sich nunmehr selbst in Auflösung befindenden staatlichen Komitees zur Auflösung des Ministeriums für Staatssicherheit bzw. des späteren Amtes für Nationale Sicherheit. Wie bist du zu dieser Tätigkeit gekommen?

Hans Schwenke: Ende Januar dieses Jahres hatten mich Freunde von der Vereinigten Linken gebeten, mal zu einer Beratung mit Werner Fischer, dem späteren Regierungsbeauftragten zur Auflösung des MfS mitzugehen, ja, und dann war ich auf einmal drin. Werner Fischer hat mich dann später gebeten, dabeizubleiben und dort mitzuwirken. Ich war ursprünglich nicht so sehr davon begeistert, weil ich glaubte, daß die Aufarbeitung der Vergangenheit noch viel Zeit habe, und es jetzt darum ginge, die Zukunft zu gestalten, die uns ja davon rannte. Heute weiß ich, daß dieses Davonrennen der Zukunft auch damit zusammenhing, daß wir dieses MfS hatten.

Wer war außer dem staatlichen Komitee noch an der Auflösung des MfS beteiligt?

Da waren vor allem die Bürgerkomitees in den Bezirken beteiligt, auch das in Berlin in der Normannenstraße und eins, das für den Berliner Bereich, die Bezirksverwaltung, tätig gewesen ist. Dann die Runden Tische mit ihren Arbeitsgruppen Sicherheit, später waren daran auch noch Regierungskommissionen beteiligt, Volkskammerausschüsse bis hin zum Sonderausschuß von Jochen Gauck.

Du bist 1981 aus der SED ausgetreten. Hattest Du in der Zeit davor oder danach persönliche Erfahrungen mit dem MfS?

Die erste Begegnung mit Mitarbeitern des MfS hatte ich in der Zeit, als sich dieses Ministerium gründete, etwa 1952, als sie versuchten, mich zu werben. Damals kamen sie allerdings zu einer für sie ungünstigen Zeit, denn ich hatte gerade den ersten Konflikt mit der SED und erinnerte mich eines Spruchs meiner Mutter: "Der größte Lump im ganzen Land ist und bleibt der Denunziant". Das hab' ich denen auch gesagt, und seither versuchte niemand mehr, mich zu werben. Ich habe dann später noch einmal Berührung mit dem MfS gehabt, als ich ehrenamtlicher Parteisekretär im Wohngebiet gewesen bin. Da hab' ich sie erlebt als sogenannte Treppenterrier, die von Wohnung zu Wohnung zogen und jeden über alles und jeden befragten. Daran, daß ich nach meinem Parteiaustritt keine Arbeit mehr bekam, war das MfS wahrscheinlich auch nicht ganz unbeteiligt.

Auf welche Schwierigkeiten sind die verschiedenen Auflösergruppen bei ihrer Arbeit gestoßen?

Die größte Schwierigkeit war die, daß wir über die Struktur und Arbeitsweise eines Geheimdienstes und des MfS im besonderen gar nichts wußten. Das einzige, was wir wußten, war, daß es diesen Laden gab, daß er jeden bespitzelt hat, daß er dafür gesorgt hat, daß man keine Arbeit fand, ein Studienplatz verwehrt wurde, die berufliche Entwicklung abgeschnitten wurde, und manch einer auch eingesperrt oder außer Landes verwiesen wurde. Mehr wußten wir nicht. Diejenigen, die als erste mit den Bürgerkomitees in die MfS-Dienststellen reingegangen sind, haben als erstes natürlich danach geforscht, wer hat uns in den vergangenen Jahren bespitzelt, wer hat uns abgehört, wo ist die Abhörtechnik. Das Aufdecken der Struktur und Arbeitsweise war gar nicht angedacht. Man ging einfach daran und hat erstmal das Nächstliegende ermittelt, das, womit man selbst Erfahrungen gemacht hatte. In das andere mußte man sich erst hineinfinden, das wurde erst Stück um Stück sichtbar. Die nächste Schwierigkeit ergab sich daraus: Im MfS-Apparat saßen welche, die wußten Bescheid. Die gaben uns immer nur dosierte Mitteilungen über das, was ihre "Firma", wie sie immer sagten, mal war. Die fütterten uns mit Halbwahrheiten, was manchmal schlimmer ist als eine Lüge.

Vor welchen Schwierigkeiten standen die Auflöser während der Modrow-Regierung?

Unter der Modrow/Luft-Regierung gab es die Schwierigkeit, daß die Regierung versucht hat, diesen Geheimdienst zu retten, indem es ihn erst umwandelte in das Amt für Nationale Sicherheit. Als das beim Runden Tisch auf Ablehnung gestoßen war, erwog man, das AfNS zu teilen in einen Verfassungsschutz und einen Nachrichtendienst. Es war sogar schon das Dienstpapier für den Verfassungsschutz gedruckt, und die

ersten Anweisungen seines Chefs waren auch schon draußen. Erst später sind wir darauf gestoßen, daß es noch andere Probleme gab: Hinter den Regierungsplanungen zur Bildung nationalen Kapitals in der DDR verbarg sich die Absicht, die bisher nur in ihrer Verfügungsgewalt befindlichen Betriebe der DDR nun ins Eigentum der Funktionäre zu überführen. Und darunter fiel dann auch Vermögen des MfS. Es war vorgesehen, etliche Betriebe in das Eigentum von MfS-Angehörigen bzw. gemischte Gruppen von MfS-Angehörigen, Ministerialbürokraten und Parteifunktionären zu überführen. Es gab dann verschiedene Pilotprojekte, z.B. die ehemalige Funkdienststelle in Gosen, aus der eine Handels- und Leasing-GmbH gegründet wurde. Als diese Betriebe dann privatisiert waren, war uns der Einblick in diese Bereiche verwehrt, weil die dann nicht mehr Teil des MfS waren. Außerdem wurde ganze Bereiche des MfS überführt zu den Grenztruppen, zu den Zollorganen, zum Innenministerium, zur Post. Sie waren damit dem Auflösungsprozeß entzogen, sie galten als bereits aufgelöst. Eine vollständige Untersuchung der Arbeitsweisen und Strukturen des MfS in seiner Gesamtheit war von da an schon nicht mehr möglich. Im Grunde genommen kann man davon ausgehen, daß sich das MfS selbst aufgelöst hat, nicht daß es aufgelöst wurde.

Wie sahen die Probleme der Auflösung unter dem Diestel-Ministerium bzw. der de Maizière-Regierung aus?

Das Diestel-Ministerium hat im Grunde genommen die Linie der Modrow-Regierung fortgesetzt und hat zusätzlich den Überführungsprozeß in die BRD vollzogen, der aber mit der Parole von Modrow "Deutschland einig Vaterland" bereits angedacht worden war. Das war ein nahtloser Übergang von Modrow zu de Maizière. Diestel hat sich immer schützend vor seine alten Stasi-Leute, die jetzt im Ministerium des Inneren sind, gestellt. Er hat die Hoffnung geschürt, von der Generalität der NVA bis zur Generalität des MfS, im dann vereinigten Deutschland irgendwo ihren Platz zu finden. Man war der Auffassung, ohne Fachleute ginge doch nichts.

War das eine realitätstüchtige Hoffnung?

Nein. In ihren Funktionen stehen nur noch einige. Die werden wahrscheinlich im Laufe der Zeit noch entfernt. Das lief nach dem Motto: "Der Mohr hat seine Schuldigkeit getan, der Mohr kann gehen".

Welche Rolle hat die PDS bei der Auflösung gespielt?

Die PDS hat eigentlich bei der Auflösung überhaupt keine Rolle gespielt. Die PDS war mit sich selbst derart beschäftigt, mit ihrer Rolle als Nachfolgeorganisation der SED, daß sie sich in Prozesse, die außerhalb der Partei abliefen, kaum einmengen konnte. In diesen Prozeß der Auflösung des MfS schon überhaupt nicht. Da fehlte es ihr einfach an Glaubwürdigkeit.

Kannst du sagen, ob es noch eine Verbindung zwischen MfS und PDS gab?

Es sind einige ehemalige Mitarbeiter des MfS, sicher nicht die meisten, eher eine verschwindende Minderheit, in der PDS drin. Am Anfang haben viele Mitarbeiter des MfS noch geglaubt, daß diese PDS noch etwas für sie bewirken könnte. In der PDS sind das diejenigen, die den Erneuerungsprozeß in der PDS am entschiedensten behindern.

Die PDS steht sicher auch unter dem MfS-Gesichtspunkt in einer besonderen Verantwortung. Gibt es von Deiner Seite Erwartungen, die Du an die PDS stellst?

Ja. Es steht fest, daß der Auftraggeber des MfS die SED-Führung war. Über viele Dinge haben wir schon Kenntnis erlangt durch das Mielke-Archiv. Vieles wird sich auch noch im Parteiarchiv befinden. Vor allem in jenem Teil des Archivs, in dem die Unterlagen der ZK-Abteilung Sicherheit lagern. Das war die eigentliche Kommandozentrale für alle Sicherheitsbereiche, auch für das MfS. Meine Erwartung ist, daß wir da mal reingehen können in das Parteiarchiv und das sichten können. Das ist mir von Gregor Gysi auch schon zugesagt worden, bis jetzt hatten wir wir dazu allerdings einfach keine Zeit, und als wir einmal einen spontanen Versuch gemacht hatten, ließ uns die Deutsche Bundesbank, die jetzt in dem Gebäude residiert, nicht rein. Nur noch gegen Voranmeldung, hieß es. Es gibt schon kuriose Sachen in der Ex-DDR.

Habt ihr bei Eurer Auflösungstätigkeit Versuche einer Einflußnahme westlicher Dienste auf eure Arbeit feststellen können?

Direkter Einfluß auf unsere Tätigkeit war nicht spürbar, das konnten wir nur mutmaßen. Nur am Anfang war das offensichtlich. Beim Sturm auf die Zentrale in der Normannenstraße waren ganz eindeutig Leute

westdeutscher Geheimdienste mit von der Partie. Da wurden im Bereich der Spionageabwehr im ganzen Gebäude verteilte Räume ein und derselben Einheit ganz systematisch aufgebrochen und durchstöbert. Das konnten nur Leute gewesen sein, die sich dort genau auskannten. Es hatte auch kurze Zeit davor einen Überläufer aus diesem Bereich gegeben, der offenbar seine Kenntnis der Räumlichkeiten weitergegeben hatte.

Die gesamte MfS-Hauptabteilung Aufklärung ist nicht in den Prozeß der sog. kontrollierten Auflösung einbezogen worden. Ihr hattet dort keine Zugriffsmöglichkeiten. Warum war das so und welche Rolle hat die HVA während der Auflösung gespielt?

Die HVA wurde grundsätzlich ausgenommen, weil an unser soziales und humanes Gewissen appelliert wurde, mit dem Hinweis, daß noch Agenten im Ausland tätig seien, die bei einer Enttarnung schwere Strafen zu vergegenwärtigen hätten. Diese wolle man geordnet zurückziehen, ihnen ggf. eine neue Identität verschaffen usw. Wir sind darauf eingestiegen, haben sie ihrem Schicksal überlassen und sie haben sich dann selbst aufgelöst, obwohl wir es hätten anders machen können. Zum Beispiel hätten wir uns zur Verschwiegenheit verpflichten können, aber zumindest Einblick nehmen können. Die waren noch zum Juni tätig. Wie sie aufgelöst haben, wie sie ihre Agenten zurückgezogen haben, ob die woanders hingewandert sind, nichts davon ist aufgehellt. Es gab da auch noch einen anderen Bereich, die Spionageabwehr, dort haben wir uns auch lange Zeit rausgehalten. Da habe ich dann mal eher zufällig einen Blick reingeworfen, so 'ne Art Stichkontrolle, und entdeckte dann, daß dort Material vernichtet wurde, was dort überhaupt nicht hingehörte, sondern das aus anderen Bereichen dorthin geschafft worden war. Ich weiß auf jeden Fall, daß die HVA über viele Daten verfügte von Menschen aus dem Westen, sowohl aus den führenden Kreisen von Politik und Wirtschaft, genauso wie aus Kreisen der Linken. Wobei besonders auch Daten gesammelt wurden in jenen linken Gruppierungen, die nach der Auffassung der SED-Führung als Feinde und Verräter einzustufen waren.

Ist Euch etwas über den Verbleib dieser Akten bekannt?

Nichts. Wenn sie noch existieren, mußte den Zugriff darauf die Behörde des Herrn Gauck haben. Dann ist nicht auszuschließen, daß andere Bundesbehörden darauf auch Zugriff haben.

Das heißt, es ist denkbar, daß das Material über westdeutsche Linke, das von der HVA oder anderen Abteilungen des MfS oder auch befreundeten Organisationen im Westen in den vergangenen Jahren gesammelt worden ist, heute auf diese Weise in die Hand der westdeutschen Dienste gekommen ist.

Das ist denkbar. Und wenn es dort noch nicht ist, dann besteht die Aussicht, daß das noch so geschehen wird.

Du hast mal geschrieben, daß es nicht gelungen wäre, den Geheimdienst in einer solchen Weise aufzulösen, daß sich an seiner statt kein anderer mehr etablieren könnte. Wie hätte eine Auflösung aussehen müssen, die genau das gewährleistet hätte?

Die hätte damit beginnen müssen, daß man zunächst einmal alle rausfeuert und niemanden mehr weitermachen läßt. Auch nichts mehr vernichten. Man hätte den ganzen Laden konservieren und sich dann darüber hermachen müssen, die Arbeitsweise und Strukturen dieses ganzen Unternehmens aufzudecken, und Stück für Stück alles zu rekapitulieren. Dann hätte man sichtbar machen können, wie ein ziemlich harmlos anfangender Geheimdienst sich zu einem solchen Monstrum hat entwickeln können. Dann hätte man sichtbar machen können, wie subversiv ein solcher Geheimdienst arbeitet, in dem er alles durchdringt, nichts verändert, nur beobachtet, sich selbst seine Gegner schafft, die er braucht zur eigenen Rechtfertigung. Das alles ist nicht sichtbar gemacht worden.

Ist das jetzt noch zu leisten?

Ich glaube nicht. Allein das Archiv ist durch mehrmalige Umzüge, die dabei erforderlichen Bündelungen, so durcheinander gebracht worden, daß man allein Jahre braucht, um das wieder zu entwirren. Es wird aber sicherlich auch niemand mehr daran interessiert sein, Arbeitsweise und Strukturen aufzudröseln.

Habt ihr denn heute noch Zugriff auf diese Akten, anhand derer eine solche Analyse gemacht werden könnte?

Nein.

Wer hat den jetzt?

Die personenbezogenen Akten unterstehen Jochen Gauck und seiner Behörde, und alle übrigen dem Bundesarchivar. Und damit wird vieles wieder zum Staatsgeheimnis werden, wie es das bisher war. Wenn ich das Vorgehen der Gauck-Behörde jetzt richtig deute, dann sind sie geneigt, etlichen Bundesbehörden das Recht zuzugestehen, Überprüfungen vorzunehmen, Sicherheitsüberprüfungen bei Einstellungen und über ihren Personalbestand. Aber sie sind nicht geneigt, den Stasi-Geschädigten Einblick in ihre Akten zu gewähren. Da wird umständlich nach Benutzerordnungen gesucht und überlegt, ob da nicht vielleicht Rechte Dritter tangiert werden, und wie man das ausschließen kann usw. Wenn aber Behörden anrücken, werden solche Fragen nicht gestellt. Da werden immer Auskünfte erteilt.

Wie beurteilst Du die Bedeutung des MfS für die DDR-Gesellschaft? Welche Auswirkungen hatte die Tätigkeit des MfS auf das tägliche Leben in dieser Gesellschaft?

Das MfS ist selbst nur Ausdruck eines übersteigerten und pervertierten Sicherheitsdenkens der SED-Führung, die sich selbst vom Volk völlig gelöst hatte, über allem thronte und glaubte, man könne auf ewig regieren mit Hilfe eines solchen Sicherheitsapparats. Das Schlimme an diesem MfS, und das trifft im Kern eigentlich für jeden nach innen gerichteten Geheimdienst zu, besteht darin, daß es Menschen einschüchtert. Die Menschen sehen sich jetzt der über sie hereinbrechenden Urgewalt kapitalistischer Ausbeutung wehrlos gegenüber. Sie sind es nicht gewohnt, sich zur Wehr zu setzen. Sie sind zu duldenden und schweigenden Menschen erzogen worden. Und das wirkt bis heute nach. In ganz besonderer Weise wirkt das auf SED-Mitglieder. Die sind ja ganz besonders diszipliniert worden. Die haben es sehr schwer, sich zu erneuern. Die müssen sich nämlich erst mal selbst befreien. Mit dazu beigetragen zu haben, diese sklavische Natur zu erzeugen bei den Menschen, das ist das Schlimmste, was das MfS bewirkt hat.

Auf welchen Ebenen lief die Zusamenarbeit zwischen SED und MfS?

Die lief auf allen Ebenen. Zwischen den Kreisleitungen der SED und den Kreisdienstellen des MfS, ebenso wie auf der Bezirksebene und auf der zentralen. Wir haben z.B. in der ehemaligen Kreisleitung Berlin-Mitte, wo heute das Haus der Demokratie ist, beim Umrücken der Möbel Sammelsuchaufträge für das MfS gefunden. Es ist ganz eindeutig, daß auch von den Kreisleitungen Aufträge an das MfS erteilt wurden, Personen zu durchleuchten, wahrscheinlich auch eigene Mitglieder. Der Apparat der Partei selbst galt für das MfS immer als Tabuzone. Dort durfte nicht ermittelt werden.

Ist das MfS als "Staat im Staate" zutreffend charakterisiert? Gab es Verselbständigungstendenzen oder war die Verbindung zur Partei dazu zu eng?

Das MfS hat sich immer als Exekutivorgan der Partei verstanden. Gegenüber der Partei hat sich, glaube ich, das MfS nie verselbständigt. Gegenüber dem Staatsapparat ja. Es gab eine dreifache staatliche Struktur in der DDR. Einmal der Staatsapparat selbst, analog dazu vom ZK aus die Weisungsstruktur, die gleich aufgebaut gewesen ist, und dazu von seiten des MfS die Kontrollstruktur, die auch genau so aufgebaut war. In den letzten Jahren hat sich das MfS nicht mehr nur als Kontrollorgan verstanden, sondern als Operativorgan. Es schickte Mitarbeiter gezielt in Bereiche, in Betriebe, Kombinate usw., von denen angenommen wurde, daß die dortigen Mitarbeiter nichts zuwege bringen. Man versuchte z.B. im Zusammenhang mit der steigenden Zahl von Anträgen auf Ausreise, die Arbeits- und Lebensbedingungen in den Betrieben zu verbessern, indem dorthin die Offiziere im besonderen Einsatz geschickt wurden. Die sollten danach forschen, warum sich in den Betrieben z.B. Havarien häufen, oder herauszufinden, was die Unzufriedenheit bewirkt, und dem entgegenwirken. In den letzten zwei, drei Jahren haben OibEs sogar Funktionen in der Staats- und Wirtschaftsführung mitübernommen, weil sie den dort Tätigen z.T. überhaupt nichts mehr zutrauten.

Ist das MfS vollständig aufgelöst oder gibt es noch funktionierende Strukturen?

Es gibt zumindest keine nach innen gerichteten Geheimdienststrukturen mehr. Diese Strukturen sind zerschlagen. Was weiter wirkt, das sind einzelne Wirtschaftsgruppierungen, Detekteien, sicherlich bei Einzelnen ein Zusammengehen mit anderen Geheimdiensten.

Wir bedanken uns für dieses Gespräch.

32. Ostkolonisation: Bundesdeutsche Beamte übernehmen DDR- Verwaltung

Rubrik: DDR · CD-Datei: daten/aksuche/ak324/22.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:324:22

In diesen Wochen und Monaten können deutsche Beamte Karrieren machen wie kaum einmal seit der zwangsweisen Angliederung des "Protektorats Böhmen und Mähren". Von einem "Beförderungsschub ohne Beispiel" spricht der Berliner "Tagesspiegel" (20.9.). "Gesucht werden jede Menge Fachleute, die sich zutrauen, drüben Chefs zu werden." Zahlreiche Behörden hätten bereits intern geklärt, "wer an einem höherrangigen Ost-Posten interessiert" sei.

Der Tonfall der Berichterstattung über die Übernahme der DDR-Verwaltung sagt schon alles: Alte Phrasen von Kooperation und gemeinsamem Neuaufbau sind nicht mehr gefragt. Die Haltung der Macher ebenso wie die der Schreiber ist offen kolonial: Man geht ganz selbstverständlich davon aus, die überlegene Kultur zu repräsentieren. Die Verwaltung der unterworfenen Gebiete, der gesamte Staatsapparat der früheren DDR, wird ohne Federlesens dem Kommando westdeutscher Statthalter unterstellt, um sie vollständig nach dem Vorbild westdeutscher Bürokratien umzukrempeln. Das geht von den Zentralstellen in Berlin über die Einsetzung von "Bundeskoordinatoren" für die neuzuschaffenden Länderverwaltungen bis hinunter auf die kommunale Ebene.

Seit dem 3. Oktober heißt das frühere DDR-Finanzministerium "Außenstelle Berlin des Bundesministeriums für Finanzen". Es liefert ein Paradebeispiel für das "Zusammenwachsen" der Bürokratien von Deutschland Ost und Deutschland West: Jeder Brief, der das Haus verläßt, muß die Unterschrift eines bundesdeutschen Beamten tragen. Nur die Westdeutschen haben, wie es in einem Rundschreiben des Bundesfinanzministeriums heißt, ein "abschließendes Zeichnungsrecht", nicht jedoch die ostdeutschen Mitarbeiter. Allgemein gilt: "Die Bonner sollen zwar mit den Ost-Berlinern zusammenarbeiten. Entscheidungen dürfen aber nur sie treffen. Das ist in allen Außenstellen so geregelt. Die Ost-Berliner Mitarbeiter können nur Vorschläge machen." (WamS, 14.10.) Alle früheren DDR-Ministerien sind, wo sie nicht gleich ganz aufgelöst wurden, auf diese Weise zu Außenstellen der Bonner Ministerien umfunktioniert und dem Befehl von BRD-Beamten unterstellt worden.

Für die neu zu schaffenden Länder hat das Bundesministerium des Inneren (BMI) eine "Clearingstelle" zur Aufbau-Unterstützung der Länderverwaltungen eingesetzt. Dort laufen die Fäden in allen Personalfragen für die neuen Bundesländer zusammen. Seit Anfang September gibt es für jedes dieser Länder einen festen Beauftragten des BMI sowie einen zwanzigköpfigen Beraterstab, der sich aus Vertretern der wichtigsten Bundesressorts und Beratern aus den Alt-Bundesländern zusammensetzt. (nach Handelsblatt, 11.10.) Die Clearingstelle koordiniert die Besetzung von Schaltstellen der neuen DDR-Verwaltungen durch zuverlässige BRD-Beamte.

Der Umfang des Ostlandritts ist beträchtlich: Insgesamt seien in den neuen Bundesländern noch rund 2000 Spitzenpositionen zu besetzen. Wo die Minister - der besseren Optik wegen - aus Sachsen oder Thüringen stammen, sollen die Abteilungsleiter, Ministerialdirektoren und -dirigenten Westimporte sein. Besonders stringent wird die rein bundesdeutsche Besetzung der Kommandoposten im Sicherheitsbereich durchgezogen: "Allein fünf neue Landeskriminal- und Verfassungsschutzämter, eine Vielzahl von Polizei- und Finanzämtern brauchen Chefs, die die bald auch in der DDR geltenden Gesetze nicht erst lernen müssen." (Tagesspiegel, 20.9.) Auch das BKA hat einen "Mindestbedarf" von knapp 200 Stellen angemeldet, die allerdings "um der unvermeidlichen Gebietskenntnis willen auch mit früheren DDR-Polizisten zu besetzen wären". (Welt, 27.9.) Vor allem bei den Spezialisten unterhalb der Führungsebene wird man auch im Bundesinnenministerium Teile des alten Repressionsapparats eingliedern (die Rede ist von vorerst 800 der 1800 bisherigen Mitarbeiter) bzw. sie den Länderinnenministerien überstellen. Natürlich wolle man "nur solche Leute übernehmen, die als unbelastet angesehen (!) werden können und fachlich zu gebrauchen sind". (ebd.)

Auch für die Kommunalverwaltungen zumindest der größeren Städte sind westliche Verwaltungsfachleute gefragt. Mit einem Fonds von 50 Millionen Mark im Jahr will die Bundesregierung den Wechsel von "kommunalen Führungskräften" in die Ex-DDR attraktiv machen.

Neue Pfründe für Westler

Ein gewisses Problem für die Planer im BMI stellt der noch keineswegs überwältigende Zustrom von Ostkolonialisten dar. Gewisse Unbequemlichkeiten des täglichen Lebens, schwierige Wohnverhältnisse und öde Freizeitangebote will der deutsche Beamtenbund deshalb mit saftigen Zulagen versüßt sehen. Alle zeitweise in die DDR-Länder abgeordneten Beamten erhalten schon derzeit zwischen 1200 und 1700 Mark mehr im Monat - steuerfrei selbstverständlich. Dazu kommt eine Besoldung, die etwa doppelt so hoch liegt wie die ihrer ortsansässigen Kollegen. Offenbar ist es nicht ganz so einfach, diese Besoldungsunterschiede auch für die auf Dauer in die Ex-DDR wechselnden BRD-Beamten festzuschreiben. Aber solche Hindernisse werden sich aus dem Weg räumen lassen: "Dieser Kreuzzug in Sachen Demokratie darf nicht an niedrigen Minister- oder Staatssekretärsgehältern in den neuen Bundesländern scheitern", fordert "Bild". (17.10.)

Vorerst behilft man sich damit, die neuen Herren der Ostberliner Dienststellen täglich einzufliegen. Jeden Morgen um acht Uhr starten am Militärflughafen Köln-Wahn von der NVA übernommene Tupolews und Boings der Flugbereitschaft des Verteidigungsministeriums - abends geht's dann zurück an die Bonner Bars.

Säuberungen für die Ostler

Während also die dunkelblauen Maßanzüge die Entscheidungen treffen, wartet auf die früheren Beschäftigten eine Säuberungswelle. Derzeit werden ihnen Fragebögen vorgelegt, in denen sie Funktionen im DDR-Staat, in der SED oder gesellschaftlichen Organisationen detailliert anzugeben haben; selbst Verbindungen von Familienmitgliedern werden z.T. bis ins dritte Glied erfaßt. (siehe nebenstehenden Kasten)

Seit dem Anschluß befinden sich die Angestellten des Öffentlichen Dienstes der ehemaligen DDR generell in einem rechtlich ungesicherten Zustand. In Bezug auf Gehalt, Arbeitsvorschriften, Urlaub etc. gelten ihre alten Verträge weiter; ein Kündigungsschutz nach westdeutschem Muster ist aber ausdrücklich ausgeschlossen, so daß es im Belieben des neuen Arbeitgebers steht, wer letzlich übernommen wird. Besondere Kündigungsmöglichkeiten bestehen neben politisch begründeten Berufsverboten, die praktisch für jedes Mitglied der DDR-Bürokratie ausgesprochen werden können, in dem möglichen Hinweis auf "mangelnden Bedarf". Darüber hinaus hat sich das BMI eine Generalklausel für Kündigungen geschaffen: "Die ... aufgeführten Kündigungsgründe sind nicht abschließend. Sie erweitern die Möglichkeit der ordentlichen Kündigung in der besonderen Situation der Umstrukturierung im Beitrittsgebiet mit der Notwendigkeit der Reduzierung des Personalbestands. Die aufgeführten Kündigungstatbestände gehen kündigungsschutzrechtlichen Vorschriften vor."

Angesichts dieser Verhältnisse nützt es den Betroffenen wohl auch wenig, daß die "Personalvertretung bei der ordentlichen Kündigung ... ein Mitwirkungsrecht" hat, denn "es besteht jedoch grundsätzlich kein Weiterbeschäftigunganspruch". (Richtlinien des BMI vom 10.9.90)

Zwar stellt etwa der Ministerialdirektor Jung, der die Außenstelle des Landwirtschaftsministeriums vor Ort führt, mit der gönnerhaften Arroganz des neuen Kolonialherren fest: "Auch wenn sie zum Teil nicht gewöhnt sind, unseren westlichen Ansprüchen gemäß zu arbeiten, können wir auf die Erfahrung vieler Mitarbeiter aus dem DDR-Ministerium nicht verzichten." (WamS, 14.10.) Doch werden in den Berliner Dienststellen, so zitiert der "Spiegel" (43/90) einen Kanzlermitarbeiter, "im Höchstfall zehn Prozent" von ihnen übernommen. Die politischen Kriterien für eine Übernahme können bei solchen Quoten äußerst rigide gefaßt werden (von Sonderfällen etwa bei den Repressionsspezialisten des BMI abgesehen, wo die "Brauchbarkeit" Vorrang hat).

Für den Großteil der Beschäftigten ist der Weg in die Arbeitslosigkeit vorgezeichnet. Im sogenannten "Wartestand" sollen sie noch 6 bis 9 Monate mit einem Übergangsgehalt von 70% des letzten Bruttolohnes ruhig gehalten werden - dann ist für die meisten von ihnen Schluß. Sie haben auch kaum Chancen, sich anderswo zu bewerben: Ihre Ausbildungsabschlüsse werden praktisch durchweg in der BRD nicht mehr anerkannt. Förmliche Verfahren und Gerichtsverhandlungen, wie sie in den siebziger Jahren immer wieder für internationale Aufmerksamkeit sorgten, erspart man sich auf diese Weise. Und mit der Reizvokabel "Berufsverbot" will man die "Bewerberauswahl" in Bonn schon gar nicht in Verbindung gebracht sehen.

anti-rep/KB Hamburg

33. Sind Sie oder waren Sie Mitglied der kommunistischen Partei?

Rubrik: Staat, Innere Sicherheit; DDR · CD-Datei: daten/aksuche/ak324/21.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:324:21

Dies war unter Senator McCarthy die Schlüsselfrage an die Beschuldigten vor dem Ausschuß zur Untersuchung Un-amerikanischer Umtriebe (HUAC) Anfang der 50er Jahre. Und nahezu wortgleich lautet die Frage, die nun seit dem 3.10.90 allen Angestellten im Öffentlichen Dienst der ehemaligen DDR vorgelegt wird, um angeblich ihre Eignung für die Übernahme in den Öffentlichen Dienst der BRD zu überprüfen. Daß es dabei in Wirklichkeit um eine groß angelegte Säuberung der DDR-Verwaltung geht, machen uns vorliegende Fragebogen und Richtlinien des Bundesinnenministeriums und der Bundeswehr deutlich. Alle Beschäftigten in den Staatsorganen der ehemaligen DDR werden damit bei Androhung von disziplinar- und strafrechtlichen Konsequenzen zu einer umfassenden Offenlegung ihrer beruflichen und persönlichen Verhältnisse genötigt. Bei Tätigkeiten für das Ministerium für Staatssicherheit, die SED oder für gesellschaftliche oder Massen-Organisationen liegen nach den Richtlinien "in aller Regel" die Voraussetzungen für ein Berufsverbot vor.

Wir dokumentieren im folgenden Auszüge aus den Dokumenten.

Zusatzfragebogen für die Bewerber der Bundeswehr:

"1. Waren oder sind Sie Mitglied

a) einer kommunistischen Partei oder einer kommunistischen oder offensichtlich kommunistisch beeinflußten Organisation (Verbände, Bewegungen, Gruppen oder andere Zusammenschlüsse von Personen) oder einer sonstigen linksradikalen Partei oder Organisation?

b) einer sonstigen Partei oder Organisation? (...)

2. Hatten oder haben Sie sonstige Verbindung z.B. beruflicher oder geschäftlicher Art zu einer unter Ziffer 1 bezeichneten Parteien oder Organisationen? (...)

4. hatten Sie im kommunistischen Machtbereich eine leitende Stellung oder Funktion in der Wirtschaft, in der Verwaltung, im Erziehungs-, Kultur- oder Sportwesen inne? (...)

6. Sind Sie oder die mit Ihnen in einem Haushalt lebenden nahen Angehörigen (Ehegatte, Kinder - auch Stief- und Pflegekinder - und deren Ehegatten, Eltern - auch Stief- und Pflegeeltern -, Geschwister - auch Halb- und Stiefgeschwister -, und deren Ehegatten, Schwiegereltern, Geschwister des Ehegatten - auch Halb- und Stiefgeschwister -, Verlobte) in irgendeiner Form angesprochen oder angeschrieben worden, die den Versuch einer Anknüpfung von gegen die Bundesrepublik Deutschland oder ihre Verbündete gerichteten nachrichtendienstlichen oder verfassungsfeindlichen Beziehungen vermuten läßt? (...)

7. Hatten oder haben Sie oder die mit Ihnen in einem Haushalt nahen Angehörigen (siehe Ziffer 6.) Kontakt zu kommunistischen Nachrichtendiensten einschließlich der Dienste des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) und der Nationalen Volksarmee (NVA)? (...)

8. Hatten oder haben Sie oder die mit Ihnen in einem Haushalt lebenden nahen Angehörigen (siehe Ziffer 6.) sonstige Beziehungen (verwandtschaftliche, gesellschaftliche, kulturelle, sportliche, wissenschaftliche, technische usw.) in dem kommunistischen Machtbereich?".

("Erklärung über Mitgliedschaft oder Verbindung zu bestimmten politischen Parteien und Organisationen sowie zu bestimmten Institutionen" für ehemalige DDR-Bürger bei Bewerbungen zur Bundeswehr)

Richtlinien des Bundesministers des Inneren

"Demgemäß sind im Personalbogen folgende Fragen erforderlich:

- Waren Sie jemals Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit oder beim Amt für nationale Sicherheit? Wenn ja, welcher Art war diese Tätigkeit (auch nebenamtlich) und von welcher Dauer war sie?

- Haben Sie vor dem 9. November 1989 eine Funktion in der SED, in Massenorganisationen/gesellschaftlichen Organisationen oder eine sonstige herausgehobene Funktion im System der DDR innegehabt? Wenn ja, welcher Art war diese Funktion und von welcher Dauer?"

Wer diese Fragen mit Ja beantwortet, bei dem sieht das Innenministerium "erhebliche Zweifel an der Verfassungstreue". Zur Wahrung der Rechtsstaatlichkeit betont es die Notwendigkeit der Einzelfallprüfung; hierzu sei die Höhe der Funktion, die Zahl der Funktionen, die Abstufung nach Haupt- oder nebenamtlicher Funktion, die Abstufung nach Funktion in der SED etc. festzustellen. Welchen praktischen Wert dieser Hinweis auf die rechtsstaatlich notwendige Einzelfallprüfung real hat, wird in dem Passus über die außerordentliche Kündigung (d.h. das Berufsverbot) deutlich. "Allein die Tätigkeit für das frühere Ministerium für Staatssicherheit/ Amt für nationale Sicherheit rechtfertigt nicht automatisch die Kündigung des Arbeitsverhältnisses. Es muß hinzukommen, daß hierdurch ein Festhalten am Arbeitsverhältnis unzumutbar erscheint. In aller Regel wird jedoch davon auszugehen sein, daß dies der Fall ist".

("Vorläufige Hinweise zu den Übergangsregelungen für die Rechtsverhältnisse der Angehörigen des öffentlichen Dienstes im Beitrittsgebiet" des Bundesinnenministeriums vom 10. September 1990)

34. Der staatlichen Zerschlagungsstrategie begegnet die PDS mit politischer Selbstzerstörung

Rubrik: PDS; PDS-Debatte, linke · CD-Datei: daten/aksuche/ak324/33.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:324:33

Zuckerbrot und Peitsche. Das Vorgehen des BRD-Staates und seiner Parteien gegen die PDS ist deutlich davon geprägt, diese Partei am Rande der Legalität zu halten. Ob man sie verbieten will, bleibt Spekulation; daß man sie domestizieren will, ist eindeutig. Bislang mit Erfolg: die PDS gibt nach, Staat und Parteien stoßen weiter nach, usw. Wie die Reaktion bei einem anderen Verhalten der PDS aussähe, bleibt ebenfalls Spekulation, sie hat es noch nicht darauf ankommen lassen, sondern übt sich in Selbstdisziplinierung. Künftig will sie die "sauberste" und "demokratischste" Partei dieses Landes werden. Neue Pressionen gegen die PDS sind schon in Vorbereitung.

Die Stasi- und Geldschieberhetze gegen die PDS ist allgegenwärtig. Ende September war bereits die Behauptung aufgebracht worden, der PDS seien 460 Millionen Mark von einem Stasi-Konto zugeflossen. Die Stasi-Behauptung war zwar falsch, aber die PDS einmal mehr ins Zwielicht gerückt. Als ein großes, bewaffnetes Polizeiaufgebot in der Nacht zum 18. Oktober das Karl-Liebknecht-Haus, die PDS-Parteizentrale, ohne richterlichen Durchsuchungsbefehl wegen "Gefahr im Verzug" durchsuchte, schien der Akzeptanzboden für dieses Vorgehen bereitet. Doch fast eine Woche entstand der Eindruck, als hätte der rot-grüne (!) Innensenator Pätzold (SPD) überzogen. Zahlreiche Medien, Grüne, Liberale, selbst Christdemokraten protestierten. Zum einen, weil der Verdacht auf Veruntreuung sich nicht zu bestätigen schien, zum anderen weil die rechtsstaatlichen Regeln bei dieser Aktion nicht eingehalten wurden. Über Pätzolds Rücktritt wurde spekuliert, die PDS kam politisch in die Offensive. Nicht wenige zogen Parallelen zu 1933, als die damalige KPD-Zentrale im Liebknecht-Haus besetzt wurde, andere erinnerten an die Zeiten des KPD-Verbots in der BRD. Das "Neue Deutschland" schrieb vom "Gysigate". Das PDS- Präsidium sah im polizeilichen Vorgehen den Versuch, "eine Atmosphäre von Angst und Verunsicherung" zu schaffen, in der sich die Mitglieder "wie Illegale fühlen sollen". Die PDS-Bundestagsabgeordneten fühlten sich "an das dunkelste Kapitel deutscher Geschichte", "eine Hexenjagd auf Linke" erinnert. Die Aktion solle "die PDS kriminalisieren und diffamieren". Das war am 18.10.

Acht Tage später wurde aus dem "Gysigate" das "Waterloo der PDS". Es hatte sich herausgestellt, daß tatsächlich 107 Millionen Mark PDS-Gelder auf (schlecht) getarnten Wegen außer Landes geschafft wurden. Gysi ("unsere Partei braucht das Licht der Öffentlichkeit nicht zu scheuen") stand vor dem Rücktritt, die PDS vor dem politischen Ruin. Zwei führende PDS-Mitarbeiter wurden verhaftet, die erneute Durchsuchung der Parteizentrale am 27.10. fand diesmal nicht nur mit Durchsuchungsbefehl statt, sondern allseits Zustimmung, auch bei der PDS. "Parteiinteresse darf nicht über Rechtsstaatlichkeit gehen", akzeptierte das "Neue Deutschland" jetzt das staatliche Vorgehen. "Selbstkorrektur" sei angesagt, absolute Offenheit gegenüber dem Staat und die Übertragung des gesamten Parteivermögens, mit Ausnahme eines Grundstocks für die laufende Parteiarbeit, an die Treuhandanstalt in Berlin, so die Erklärungen der PDS.

Was aber hat die PDS (bzw. ihre Verantwortlichen) verbrochen? Dazu ein kurzer Rückblick auf ihren Umgang mit dem Parteivermögen.

Vom Widerstand gegen die "drohende Enteignung" zur Kooperation

Auf ihrem außerordentlichen Parteitag im Dezember 1989 hatte die Mehrheit der SED/PDS die von einer starken Strömung geforderte Selbstauflösung abgelehnt. In geschlossener Sitzung hatte der neue Parteivorsitzende Gysi dies u.a. mit Blick auf das Parteivermögen begründet, das bei Auflösung verlorengegangen wäre. Im Februar 1990 beschloß der Parteivorstand die Übernahme der SED-Verbindlichkeiten und die Abführung von 3 Milliarden Mark an den DDR-Staatshaushalt. Im Juni legte Schatzmeister Wolfgang Pohl einen Finanzbericht vor: darin wurde die Überweisung der drei Milliarden Mark dargelegt, die Ausgabe von 1,5 Milliarden Mark (darunter 280 Millionen Mark Darlehen) aufgelistet und das verbliebene Barvermögen mit 1 Milliarde beziffert. 478 Grundstücke, Gebäude und Einrichtungen wurden aufgeführt, von denen bis Juni 200 abgegeben worden seien.

Am 31. Mai hatte die Volkskammer im Handstreich eine ab 1. Juni 1990 inkrafttretende Ergänzung zum Parteiengesetz beschlossen, wonach das Vermögen der SED-Nachfolgerin PDS und anderer Blockparteien

unter "treuhänderischer Verwaltung" einer von Ministerpräsident de Maiziere eingesetzten "unabhängigen Kommission" verwaltet werden sollte. Vermögensveränderungen mußten der Kommission mitgeteilt werden und waren zustimmungspflichtig. Dieses Anti- PDS-Gesetz, das die West-SPD als eine Bedingung für die Zustimmung zum "Staatsvertrag" verlangt hatte, wurde in den "Einigungsvertrag" der Regierungen Kohl/de Maiziere übernommen. Die "unabhängige Kommission" wurde der der Bundesregierung rechenschaftspflichtigen Berliner Treuhandanstalt untergeordnet.

Der PDS-Vorsitzende Gysi persönlich hatte in einem Brief an die Mitglieder und Sympathisanten der PDS das Gesetz als verfassungswidrig und undemokratisch bezeichnet. "Der Begriff ‚Ermächtigungsgesetz` ist nicht übertrieben", schrieb er Anfang Juni. Am 4. Juni führte die PDS mit 80.000 Teilnehmern ihre größte diesjährige Demonstration gegen die "drohende Enteignung" durch. Gysi verwies in einem Offenen Brief an die SPD darauf, daß eine solche Enteignung "die Illegalisierung der PDS" voraussetze.

Verstoßen haben die PDS-Finanzleute gegen ein Gesetz, das die Partei als gegen ihre eigene Existenz gerichtet ansah (Gysi: "Das Ziel, die Liquidierung der PDS, ist klar."). Ein Verstoß war es, die als KPdSU-Forderung getarnte Transaktion der Treuhand nicht anzuzeigen. Illegal war darüberhinaus die Durchführung der Transaktion über fingierte Rechnungen. Doch, wer wurde "geschädigt"? Zunächst einmal die PDS selber, wer sonst? Es sei denn, sie hat inzwischen ihre Meinung über das "Ermächtigungsgesetz" geändert und den staatlichen Eingriff in ihr Vermögen anerkannt. Nach außen wurde dies nicht bekanntgegeben. Wenn aber die PDS geschädigt wurde, dann hätte sie dies nach Lage der Dinge intern klären können. In allen Erklärungen wurde betont, daß die Transakteure Pohl und Langnitschke "integer" seien. "Das Motiv persönlicher Bereicherung halten wir bei diesen beiden Genossen für ausgeschlossen", hatte das PDS-Präsidium erklärt. André Brie hat wenige Tage nach den heftigen parteiinternen Beratungen geschrieben, "daß es in diesem Fall nicht um die Veruntreuung von Volks- oder Parteivermögen, sondern um seine illegale Sicherung gegen Enteignung ging."

Vor diesem Hintergrund erscheint das Vorgehen Gysis, das vom Präsidium der Partei nachträglich gebilligt wurde, ungeheuerlich. Nach seiner Rückkehr aus Moskau, wo ihm klargemacht wurde, daß die KPdSU die Putnik-Transaktion nicht abdecken werde, hat er nach eigenen Angaben Schatzmeister Pohl und Langnitschke zur Rede gestellt und von ihnen das Geständnis erhalten, daß sie das Geld vor "drohender Enteignung" (man beachte die Wortidentität zu Äußerungen Gysis Anfang Juni!) für die Partei beiseiteschaffen wollten. Gysi hat anschließend umgehend die Staatsanwaltschaft informiert. Kurze Zeit später wurden Pohl und Langnitschke wegen "dringenden Verdachts der Untreue zum Nachteil der PDS" verhaftet. Pohl, Langnitschke und Unterhändler Kaufmann in Oslo wurden eindeutig geopfert, um die Partei, insbesondere ihren Vorsitzenden, im öffentlichen Ansehen zu retten. Sämtliche Akten, die die Staatsanwaltschaft haben wollte, hat sie anschließend freiwillig bekommen, weitere Verhaftungen sind nicht auszuschließen.

Auf dem Boden des Grundgesetzes lebt es sich schlecht links

Ein zu hartes Urteil? Nur wenn man die Augen davor verschließt, daß Erneuerung der PDS im politischen Wirkungsraum im Wesen Rechtsanpassung und grundgesetzlicher Legalismus bedeutet. Noch im Juni hatte die Partei einen politischen Begriff vom Bemühen der Herrschenden, sie zu illegalisieren oder kleinzukriegen. Als die Wahlgesetzmanipulationen mit der 5%-Klausel darauf abzielten, die PDS auszuschalten, war dies jedem als gegen ihre Existenz gerichtet klargeworden. Und jetzt? Die Verfehlung einzelner aufgrund "völlig falschen Parteiverständnisses" (Gysi) erregt die Ge- müter, aber nicht mehr die staatlichen Schweinereien und das Eingehen großer Teile der Partei darauf. Dabei gibt es zahlreiche Alarmsignale:

- Die Polizeibesetzung der PDS-Zentrale bleibt auch vor dem Hintergrund neuer Kenntnisse eine Bedrohung für linke Politik. Sie richtete sich gegen die PDS und nicht gegen einzelne, die ihr schaden könnten.

- Die SPD hat zum dritten Mal nach Enteignung und Wahlgesetz zentral einen Angriff auf die PDS gestartet. Es ist bezeichnend für die Veränderung des politischen Klimas im Land, daß die jüngste Kriminalisierungs-Aktion von einer rot-grünen Regierung und nicht etwa von den Rechten gestartet wurde.

- Es geht fast unter, daß der staatliche Zugriff auf die PDS durch eine ganz neue polizeiliche Zusammenarbeit der Berliner Polizei und des Bundeskriminalamts mit dem erst kürzlich eröffneten Interpolbüro in der Sowjetunion erleichtert wurde, und damit die BRD-Polizeiorgane ihren Wirkungskreis erfolgreich nach Osten ausdehnen konnten.

- Niemand scheint mehr wahrzunehmen, daß gegen den von der PDS selber fast nur noch als Kriminellen betrachteten Erich Honecker und andere frühere DDR-Regierungsmitglieder von einer Berliner Sondergruppe zur Bekämpfung der "Regierungskriminalität" wegen Mordes und Körperverletzung "durch Anweisung zum Schießen auf Personen" ermittelt wird; diese Rechtsanmaßung geht von den Organen desjenigen Staates aus, der im Land nicht nur die polizeiliche "putative Notwehr" und den "gezielten Todesschuß" legitimiert hat, sondern der Welt größter Rüstungs- und Giftgasexporteur ist.

- Es scheint fast eine Selbstverständlichkeit, daß Kohls Koordinator für die Geheimdienste, Staatsminister Stavenhagen, ankündigt, man überprüfe zur Zeit, ob man die PDS vom Verfassungsschutz beobachten lasse (was vermutlich sowieso schon geschieht).

"Gesundes Mißtrauen", so VS-Präsident Boeden im "Spiegel", sei gegenüber der PDS angebracht: einerseits habe sie sich demokratisiert, andererseits gehe sie zusammen "mit Extremisten der Linken Liste". Sie "wäre gut beraten, sich sorgfältig von bekannten extremistischen linken Gruppen wie der DKP oder dem Kommunistischen Bund fernzuhalten". Wie eng der Rahmen gesteckt werden soll, machte Boedens Vizepräsident Frisch ausgerechnet im Interview in "Neues Deutschland" deutlich. "Wenn morgen das Neue Deutschland einen Artikel bringen würde, in dem der Marxismus-Leninismus verteidigt wird (...), wäre das verfassungsfeindlich". Der weiteren Erneuerung wird der Weg gewiesen:

- Es fehle bei der PDS an "klaren Absagen an den Marxismus-Leninismus";

- Gysi kritisiere "nicht den realen Sozialismus, sondern nur dessen Handhabung";

- die PDS dulde "in ihren Reihen ausdrücklich eine kommunistische Plattform".

Dr. Peter Frisch vermißt "ein klares Bekenntnis zur Demokratie". Dabei hat die Partei in der letzten Zeit wenig ausgelassen, um dasselbe abzulegen. Die PDS "wirkt auf der Basis des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland an der politischen Willensbildung des Volkes mit", heißt es in der auf dem Septemberparteitag neugefaßten Präambel des Parteistatuts. "Auf seinem Boden zu stehen, heißt nicht, es kritiklos zu adoptieren", hatte das "Neue Deutschland" Kritiker an dieser Passage zu beruhigen versucht. Es gebe "noch eine Menge Handlungsbedarf". "Der von der PDS immer wieder selbst erhobene Anspruch, eine demokratische Partei auf dem Boden des Grundgesetzes zu sein, ist nicht teilbar", mahnte das "Neue Deutschland" nach dem Auffliegen der finanziellen Transaktion. Und der Verfassungsschützer schmunzelt: gibt es da nicht noch den Leninismus, den Marxismus und eine Kommunistische Plattform, derer sich zu entledigen wäre? Es dürfte der PDS nicht leichtfallen, ihren Supra-Legalismus mit der Weiterexistenz kommunistischer Positionen zu verknüpfen. "Wir sammeln bisher nur offen erreichbare Informationen" über die PDS, warnte VS-Vizepräsident Dr. Peter Frisch die PDS-Mitglieder. "Beobachtungsobjekt ist die PDS noch nicht."

Wahrheits- oder Sündenbocksuche?

"Es ist durchaus möglich, daß der Kampf gegen die PDS (...), der ein Vernichtungskampf ist, auch mit eiskalten geheimdienstlichen Methoden geführt wird", schrieb André Brie Ende Oktober. Es stimme, daß es jetzt schon hunderte Berufsverbote gegen PDS-Mitglieder gebe. Trotzdem dürfe man sich nicht Vorstellungen einer "bevorstehenden Illegalität der PDS" hingeben und veralteten "ideologischen Klischees" über die BRD-Demokratie nachhängen, die trotz Einschränkungen überwiegend eine moderne, auf Rechtsstaatlichkeit und Gewaltenteilung basierende Demokratie sei.

Die Botschaft wird gehört werden. "Unsere Mitglieder sind friedfertig und bereit, sich demokratisch einzuordnen", hatte Gysi im TAZ-Interview gesagt. Die PDS wolle "eine demokratische Oppositionspartei" werden, die "nicht in linkes Revoluzzertum verfällt oder meint, mit RAF-Aktionen die Welt verändern zu müssen." Angepaßte Oppositionspartei oder RAF, wäre das die einzige Alternative, man könnte die PDS sofort vergessen. Dieser Gysi-Einwurf ist demagogisch, weil er in der Gegenüberstellung jede andere linke Entwicklung bewußt ausklammert. Der eingeschlagene Weg bedeutet aber, daß die Organe und Parteien des Staates es weiter in der Hand haben, den Weg der PDS zu steuern. Der "Boden des Grundgesetzes" und die BRD-Rechtsstaatlichkeit waren noch nie objektive, gerechte Größen, sondern bilden wie alle Einrichtungen der BRD-Demokratie (noch) den Rahmen, innerhalb dessen das gesellschaftliche Kräfteverhältnis (das auf dieser Ebene für die Linke schlecht ist) und die Ziele des BRD-Imperialismus eine eher reaktionäre oder mehr liberale Ausprägung bestimmen.

Daß die angesichts der Lage in der BRD politisch nicht sonderlich erfolgreichen linken Westtherapeuten der PDS die erwünschte Stärkung bringen könnten, wie Gysi dies angekündigt hat, muß bezweifelt werden. In der aktuellen PDS-Auseinandersetzung scheinen sie die schlechteste Rolle zu spielen. Unhinterfragt verbreiten sie die Legende vom "Millionenbetrug", "Betrügereien" (West-Spitzenkandidatinnen Reymann und Jelpke) der PDS-Finanzverantwortlichen. Sie scheinen offensichtlich der Motor dafür, das in der aktuellen Krise der PDS fortwirkende "

Parteimodell des Stalinismus" (Reymann), die "Parteimentalität" à la Pohl (Michael Stamm), zum zentralen Problem der Partei zu erklären. Sie behaupten zudem, daß die Erneuerungschancen durch die Finanzaffäre besser geworden seien, weil dieses falsche Verständnis offensichtlich geworden sei (Stamm).

Stimmt das? "Die Wahrheit ist unsere Stärke, auch wenn sie uns nichts nützt", wird Stamm in bekannter Wortradikalität im "Neues Deutschland" aus der offenen Parteivorstandstagung zitiert. Welche Wahrheit? Die Antwort gibt Gysi in der PDS-Wahlzeitung "links wählen": "sich absolut legal und rechtsstaatlich zu verhalten, um niemandem einen Vorwand zu geben". Um keine andere "Wahrheit" geht es in der derzeitigen PDS-Situation den "Erneuerern".

Staats- oder Parteiverständnis?

Die Mär vom zentralen Problem "falsches Parteiverständnis" lenkt davon ab, daß es um das erneuerte, angepaßte Staatsverständnis der Partei geht. Zu diesem Zweck wird beim derzeitigen Verlauf nicht die Wahrheit, sondern der Sündenbock gesucht. In seiner Rücktrittserklärung vor dem PDS-Präsidium hatte Schatzmeister Pohl sein Handeln damit begründet, daß es ihm "ausschließlich darum ging, parteieigenes Geld aus Angst vor Enteignung und Illegalität für die zukünftige Arbeit der Partei zu sichern. Mein einziges Motiv war, unserer Partei zu helfen." Die Aufrichtigkeit seines Motivs hat niemand bislang infragegestellt. Wohl aber, daß er damit die Maxime "der Zweck heiligt die Mittel" weiterverfolgt habe. Man unterscheidet bei der Beurteilung der finanziellen Transaktion nicht mehr zwischen Fehlern (der größte dürfte gewesen sein, sie so anzulegen, daß die KPdSU sich gezwungen sah, zu dementieren) und Verbrechen, zwischen falscher Maßnahme und staatlicher Verfolgung, zwischen Freund und Feind. Pohl und Co. haben im wesentlichen Entscheidungen der Partei verantwortet. Ihr Vorgehen ist Konsequenz aus dem gemeinsamen Beschluß, die rechtliche und politische Nachfolge der SED anzutreten, "sich nicht aus der Verantwortung zu stehlen", wie Gysi allerorten verkündet. Gysi und seine Wahrheitsfanatiker verdrehen die eigene Geschichte, wenn sie heute das gemeinsame Dilemma auf ein falsches, überkommenes Parteiverständnis schieben. "Im Januar, als es existentiell um die Auflösung ging, spielte das Eigentum keine Rolle mehr", behauptete Gysi im TAZ-Interview. "Danach mußte klar sein, daß solche Gedankengänge (Anm.: gemeint sind mögliche Enteignung, Illegalisierung) zur Rettung des Parteivermögens nicht mehr in unsere Partei gehören." Das bedeutet zu verdrängen, daß bis zur nächtlichen Durchsuchung vom 18. Oktober das, was Pohl als Begründung für sein Handeln vorgeworfen wird, zum Vokabular der gesamten Partei gehörte. Die Mitgliedermobilisierung im Juni erfolgte entlang dem von Gysi geprägten Wort vom "Ermächtigungsgesetz". Die Illegalisierung war in aller Munde, insofern ist es auch nicht besonders glaubwürdig, wenn Gysi sich vor der Presse selbst anklagt, er hätte gegen solches Denken in der Partei "vorbeugend wirken müssen".

Die Vorwürfe gegen Pohl lassen sich gegen all jene kehren, die an ihm und weiteren in der derzeitigen Notsituation ihre Parteiverständnisdebatte exekutieren. Er ist das sichtbare, dem Staat dargebotene Opfer eines in der SED-Tradition angelegten Partei- und Schuldverständnisses, das immer den einzelnen zum Sündenbock macht und die gemeinsame politische Verantwortung wegschiebt. Erneuerungsstärke hätte die PDS gezeigt, wenn sie im aktuellen Konflikt ihre Genossen vor dem Zugriff des Staates geschützt und die politische Debatte um Fehler, sowie nicht dem Staat, sondern der sozialen Klientel nützenden Verwendung von Parteigeldern, öffentlich diskutiert hätte. Das aber geht nicht, wenn man um jeden Preis so legal sein will, daß der Staat einem nicht ans Leder kann, daß man ihm dann die eigenen Leute opfert, hat eine Logik, die nur dazu führen kann, daß dieser erbarmungslos nachstoßen wird. Derzeit droht die PDS Opfer ihres eigenen Opportunismus zu werden, der sich nach der nächtlichen Durchsuchung am 18. Oktober öffentlich festgelegt hatte, auf die Karte "Saubermann" Gysi und nicht den politischen Widerstand gegen das staatliche Vorgehen zu setzen. Den Tribut zahlen auf jeden Fall einzelne, ebenso wie es Schaden anrichtet, nicht den Widerstandsgeist der eigenen Mitglieder zu mobilisieren, sondern deren "friedfertige" und "demokratische Einordnung" zu beschwören. Aber kann man mit solcher Kritik gehört werden, wenn sich die Meinungsträger dieser Partei nicht auf den politischen Kampf, sondern auf "Gregor for Kanzler" (PDS-Aufkleber) festlegen. "In

der Person Gysi findet ein sehr unterschiedliches Spektrum der Linken einen Ansatzpunkt für das Weitermachen nach dem Scheitern" hatte vor zwei Nummern ein Redakteur dieser Zeitung geschrieben. Dies Eis ist nicht nur dünn, sondern bereits gebrochen.

Kein Wunder, daß von Seiten dieser Westlinken der PDS der Spiegel ihres Anpassungskurses nicht vorgehalten werden kann, da sie viel zu sehr in diese einzige Option verstrickt sind, wenngleich sich die Haltung von der großspurigen Avantgarde beim Aufspringen auf den neuen "Hoffnungsträger" in der Jahresmitte mittlerweile zum trotzigen Jetzt-ja-gerade gewandelt hat. Nach der Anpassung an "Deutschland einig Vaterland" im Januar, nach der Kapitulation vor der Währungsunion im PDS-Wirtschaftsprogramm im April erfolgt jetzt die vor dem BRD-Rechtsstaat. Vieles spricht dafür, daß den Herrschenden die Liquidierung linker Opposition durch politische Selbstzerstörung der meinungsbildenden Träger in der PDS gelingen könnte.

Hr.

35. Offene Fragen zum PDS-"Finanzskandal"

Rubrik: PDS · CD-Datei: daten/aksuche/ak324/39.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:324:39

"Unsere Partei braucht das Licht der Öffentlichkeit nicht zu scheuen." (Erklärung des Präsidiums der PDS vom 19.10.)

"Die vom Präsidium des Parteivorstandes gegebenen Informationen sind sämtlich zutreffend." (Erklärung des PDS-Pressesprechers Hanno Harnisch vom 22.10.)

"Alle erforderlichen Erklärungen wurden bzw. werden dazu abgegeben, und ich bin sicher, daß die, die heute laut rufen, diesbezüglich noch wesentlich leiser werden." (Aus dem Redemanuskript von Gregor Gysi zur Bundestagsdebatte am 24.10., nach ND vom 26.10.)

"Unwahrheit und Halbwahrheit können wir nur durch die Bereitschaft zur Wahrheit begegnen ... Selbstkorrektur durch Parteiöffentlichkeit, gemeinsam mit anderen Linken, ist zu institutionalisieren." (Erklärung des Parteivorstands der PDS vom 27.10.)

Vorweg klar gesagt: Der BRD-Staat und seine etablierten Parteien führen gegen die PDS einen Vernichtungskrieg. Dieser Krieg ist nicht allein rational zu interpretieren. Er ist nicht allein, wohl nicht einmal in erster Linie, mit einer vermuteten "Gefährlichkeit" der PDS für die herrschenden Verhältnisse zu erklären, sowenig wie das KPD-Verbot von 1956 sich mit der praktischen Bedeutung dieser damals schon marginalen Partei begründen läßt. Hier geht es auch und vielleicht in erster Linie um die klassischen Rituale der siegreichen Macht. Zu denken ist an die Potentaten der Antike, die das Andenken ihrer Vorgänger konsequent austilgen ließen, ihre Namen ausmeißeln, ihre Standbilder zerschlagen ließen. Der Triumph des deutschen Imperialismus über den ersten und einzigen Versuch eines "anderen Deutschland" wird erst komplett sein, wenn die letzte Thälmann-Straße umbenannt, die letzte LPG ruiniert, und wenn eben auch die PDS völlig und ersatzlos verschwunden sein wird.

Zu dieser Vernichtungs-Kampagne gehört die Enteignung, der Raub des PDS-Vermögens, für den sich noch heftiger als die übrigen Parteien die SPD ins Zeug legt. Zur Erinnerung: Am 31. Mai verabschiedete die Volkskammer der DDR im Eilverfahren einen "Beschluß zu Parteivermögen" und ein "Gesetz zur Veränderung des Parteiengesetzes". Durch Beschluß und Gesetz wurde eine Regierungskommission eingesetzt, die bis zum 30. Juni einen "Bericht über die Vermögenswerte aller Parteien und der mit ihnen verbundenen Organisationen, juristischen Personen und Massenorganisationen der DDR im In- und Ausland" erstellen sollte. - Der Bericht sollte alle Vermögenswerte, Erwerbungen, Veräußerungen usw. seit dem 8. Mai 1945 erfassen, "insbesondere" auch eine "Vermögensübersicht nach dem Stand vom 7. Oktober 1989 über die seitdem erfolgten Veränderungen", inclusive Unternehmensbeteiligungen und Geschäftsverbindungen. Die Parteien, Organisationen usw. wurden gegenüber der Kommission rechenschaftspflichtig gemacht und mußten sämtliche Unterlagen zur Verfügung stellen.

Zweitens wurde durch die Beschlüsse der Volkskammer vom 31. Mai das gesamte Vermögen der Parteien usw. (einschließlich Gebäuden, Grundstücken, Erträgen aus Verkäufen) der "treuhänderischen Verwaltung" durch die Regierungskommission unterstellt. Die betroffenen Parteien usw. durften "Vermögensveränderungen" nur noch mit Zustimmung des Kommissionsvorsitzenden vornehmen. Gregor Gysi interpretierte das damals ironisch (und stark übertrieben) so, daß die PDS künftig für jedes Plakat eine Ausgabenbewilligung brauche. (taz, 2.6.)

Drittens bekam die Kommission auch den Auftrag, "ein gesetzliches Verfahren vorzubereiten", mit dem "Vermögenswerte zugunsten gemeinnütziger Zwecke eingezogen werden können". - Beschluß und Gesetz enthielten keine Anhaltspunkte, nach welchen Kriterien Parteivermögen oder Vermögensteile beschlagnahmt werden sollten. In der Volkskammer war von Autoren und Befürwortern der Anträge zu hören, es gehe ihnen lediglich um "ungesetzlich", "unrechtmäßig" erworbenes Eigentum. Doch weigerten sie sich, eine entsprechende Formulierung in die Beschlüsse aufzunehmen. Unklar blieb auch, woran "ungesetzlich" gemessen werden sollte. An den Gesetzen und Wertmaßstäben der BRD-Gesellschaft? Wer nach diesen Maßstäben das PDS-Vermögen auseinanderdifferenzieren wollte - ist beispielsweise das aus den Beiträgen von 2,5 Millionen SED-Mitgliedern in Jahrzehnten entstandene Kapital "unrechtmäßig", und wenn ja: wieso eigentlich? -, würde wohl in einige Verlegenheiten kommen. Daß diese Logik ihre Tücken hat, begreift die

sozialdemokratische DGB-Führung auf Anhieb, sobald es nicht mehr nur um die PDS, sondern um die von der CDU/CSU geforderte Einziehung des Vermögens der ehemaligen DDR-Gewerkschaften geht.

Einiges spricht dafür, daß die geforderte Totalenteignung der PDS nur über eine Illegalisierung der Partei als "verbrecherische Organisation" oder über ihre durch Druck erzwungene Selbstauflösung möglich wäre. Hier gäbe es also erhebliche praktische Probleme. So oder so entfaltet aber bereits die Enteignungsdrohung als über der PDS hängendes Damoklesschwert erwünschte Wirkungen. Daß die PDS, oder genauer gesagt: daß Teile des PDS-Apparats versuchen würden, möglichst viel Parteibesitz vor dem BRD- Staat zu retten, war mit Sicherheit zu erwarten. Man kann dies für unklug halten und sich über die Dusseligkeit aufregen, mit der PDS-Funktionäre dem Gegner ins offene Messer gerannt sind. Aber für das Motiv als solches werden viele Linke, vor allem in der BRD, ein gewisses Verständnis aufbringen. Haben wir nicht oft gesagt: "Legal, illegal, scheißegal"? Sollen wir uns etwa über "finanzielle Untreue" und "Vertrauensbruch" empören, wenn eine linke Partei ihr Vermögen und sich selbst nicht einfach dem imperialistischen Staat ausliefert? Zumal allgemein bekannt ist, wie es mit der finanziellen und sonstigen Moral der bürgerlichen Parteien bestellt ist?

Andererseits: Die für diese Finanzmanipulationen verantwortlichen PDS- Funktionäre haben genau das gemacht, wozu die Gegenseite sie von Anfang an treiben wollte. Die zuständigen BRD-Stellen waren offenbar ausgezeichnet in der Lage, alle Transfers von den PDS-Konten zu beobachten, um im passenden Moment, der mit Sicherheit kommenden würde und den sie nur ruhig abzuwarten brauchten, zuzuschlagen. Die offizielle Version, man sei nur zufällig aufmerksam gemacht worden, weil ein PDS-Funktionär in Oslo den unwahrscheinlichen Betrag von 70 Millionen Mark bar abheben wollte, kann man getrost als primitive Legende vergessen.

Die politische Glaubwürdigkeit der PDS hat unter der Aufdeckung des "Finanzskandals" schwer gelitten - besonders gelitten auch deshalb, weil die PDS offiziell die Wertmaßstäbe der bürgerlichen Gesellschaft voll akzeptiert hat und bemüht ist, sich als eine Partei darzustellen, die "auf dem Boden des Grundgesetzes" und der sonstigen Gesetze der BRD steht. Eines Staates also, der die PDS so vernichten will, wie er bereits die DDR liquidiert hat. Als eine Partei, die angeblich "das Licht der Öffentlichkeit nicht zu scheuen braucht" und deren Leitung nach der ersten Polizeiaktion tagelang weiße Westen zur Schau trug, ist die PDS durch das Platzen ihrer Finanzmanipulation zutiefst blamiert. Teile der eigentlich nicht unwohl gesonnenen linksliberalen Öffentlichkeit, die sich über die Polizeiaktion empört hatten, fühlen sich von der PDS getäuscht und mißbraucht.

Leider ist zu befürchten, daß dies nicht die letzte Blamage bleiben wird, sondern daß die Gegenseite geschickt getimed weitere "Enthüllungen" servieren wird. Die PDS wäre gut beraten gewesen, nach dem Platzen des Finanzskandals wenigstens das von sich aus offenzulegen, was die BRD-Staatsorgane ohnehin wissen oder leicht herausbekommen können, statt abzuwarten, bis es ihnen zu einem vom Gegner gewählten Zeitpunkt um die Ohren geschlagen wird und die Partei in eine noch tiefere Krise stürzt.

Nach dem Auffliegen der "illegalen Finanzoperationen", die angeblich ganz allein das Werk von Wolfgang Pohl und Wolfgang Langnitschke waren, war im PDS-Parteivorstand und im ND viel von Wahrheit, Öffentlichkeit und Transparenz die Rede, durch die die PDS versuchen müsse, verlorene Glaubwürdigkeit zurückzugewinnen. Nur ist es leider so, daß zwar viel Erbauliches über "Wahrheit" und "neues Parteiverständnis" als abstrakte Prinzipien zu vernehmen war, aber im Grunde überhaupt keine Fakten über den Hergang der Affäre publiziert wurden, so daß zwangsläufig viele Fragen offengeblieben sind. Daß die Parteibasis sich das anscheinend gefallen läßt, daß Fragen nach dem konkreten Hergang der Sache und nach der Rolle anderer Spitzenfunktionäre außer dem zur moralischen Empörung freigegebenen Sündenbock Pohl nicht gestellt, sondern als Ketzerei abgewiesen werden, zeigt, wie wenig in Wirklichkeit begriffen worden ist.

Einige Fragen sollen hier formuliert werden. Nicht einer abstrakten "Wahrheit" zuliebe, sondern weil der Linken nicht damit gedient ist, wenn die PDS Dreck unter den Teppich kehrt, den die Gegenseite sowieso bei nächster Gelegenheit triumphierend hervorholen wird.

Was haben wir bisher über den konkreten Ablauf der Finanzmanipulation erfahren? Genau besehen äußerst wenig. Der PDS-Parteivorstand hat dazu nach seiner Krisensitzung am 27.10. keine Erläuterungen gegeben. Die am 29.10. im ND publizierte Erklärung des Vorstands spricht zwar von nicht wahrgenommener politischer Verantwortung und beschwört die "Bereitschaft zur Wahrheit", enthält aber nicht einen einzigen Satz zur

Aufhellung der sich aufdrängenden offenen Fragen. Auch in der schon vor der Krisensitzung publizierten Stellungnahme des Präsidiums (ND vom 27.10.) heißt es lediglich wortkarg: "Die Untersuchungen haben erbracht, daß es eine unrechtmäßige finanzielle Transaktion von 107 Millionen DM gegeben hat. Diese Transaktion wurde durch die verantwortlichen Mitarbeiter Wolfgang Pohl und Wolfgang Langnitschke ohne Wissen und ohne Billigung durch das Präsidium des Parteivorstands durchgeführt."

Frage: Wie war das technisch möglich, bzw.: war das denn überhaupt möglich? Nach der ersten Polizeiaktion gegen die PDS-Zentrale, die in der Nacht zum 19.10. stattfand, argumentierte die PDS: beim Transfer von über 100 Millionen Mark von einem PDS-Konto ins Ausland habe es sich um eine legale, normale Begleichung von Schulden bei der KPdSU gehandelt. Besondere Beachtung verdient die auf den 22.10. datierte Erklärung des PDS-Pressesprechers Harnisch, die auszugsweise zusammengefaßt im ND vom 23.10. abgedruckt war und im vollen Wortlaut im PDS-Pressedienst vom 26.10. nachzulesen ist. Es heißt dort u.a.: "Die Forderungen der sowjetischen Seite resultieren aus bereits getätigten Ausgaben, an denen sich die SED beteiligen wollte ... Die Forderungen der sowjetischen Seite wurden bereits seit Januar 1990 gegenüber der PDS (damals noch SED/PDS) geltend gemacht. Eine Bezahlung erfolgte zunächst nicht, da die Forderung sehr hoch war und es beim Parteivorstand keine Unterlagen hinsichtlich der Zahlungsverpflichtungen gab. Erst nach Verhandlungen wurde akzeptiert und beglichen. Der PDS ist diese Zahlung nicht leicht gefallen ..."

Offensichtlich steht diese namens des Parteivorstands abgegebene Darstellung in so eklatantem Widerspruch zur derzeit gültigen Version, daß der Erklärungsbedarf auf der Hand liegt. Jetzt scheint es so, als hätte es überhaupt niemals wirklich Forderungen der KPdSU an die SED/PDS gegeben, jedenfalls nicht annähernd in der Höhe von 100 Millionen DM. Es fragt sich also, wer denn eigentlich im Namen der KPdSU "bereits seit Januar 1990" solche angeblichen Forderungen an die SED/PDS herangetragen haben soll. Hat Pohl oder der beteiligte PDS-Funktionär Karl-Heinz Kaufmann oder ein sowjetischer Komplize gefälschte Briefe im Namen der KPdSU an die SED/PDS geschrieben, wie der "Spiegel" (29.10.) in einem randvoll mit hochinteressanten Details gespickten Artikel behauptet? Wie kommt es, daß es von der PDS und dem ND absolut keinen Kommentar zu den Behauptungen in dieser "Spiegel"-Ausgabe gibt, obwohl man bei anderen Gelegenheiten gern mal Dementis oder Richtigstellungen publiziert?

Angenommen also, es habe die Forderungen der KPdSU nie gegeben, entsprechende Briefe an die SED/PDS bzw. später PDS wären Fälschungen. Hätte das nicht in den seither vergangenen Monaten zwangsläufig irgendwann auffliegen müssen? Ist wirklich zu glauben, daß eine angebliche Forderung von über 100 Millionen Mark nicht von, beispielsweise, Gysi oder Modrow gegenüber hochrangigen KPdSU-Vertretern zur Sprache gebracht worden wäre, und daß diese dann natürlich erstaunt geantwortet hätten, daß sie von solchen Forderungen überhaupt nichts wissen?

Ja, wir lesen doch in der Erklärung des PDS-Pressesprechers vom 22.10., daß der Parteivorstand die geforderte Summe zunächst eigentlich nicht zahlen wollte, daß sie erst nach Verhandlungen akzeptiert worden sei. Die angeblichen sowjetischen Forderungen müßten also irgendwann oder mehrmals im Parteivorstand, im Präsidium oder in irgendeiner anderen informellen Runde beraten worden sein. Irgendjemand müßte darüber mit irgendwem in der Sowjetunion verhandelt haben, und irgendjemand müßte irgendwann entschieden haben, daß nunmehr der Forderungen nachzukommen, daß also 100 Millionen Mark zu zahlen seien. Da wüßte man schon gerne näheres, gerade vor dem Hintergrund der Behauptung, Pohl und Langnitschke hätten total im Alleingang agiert, kein weiteres Präsidiumsmitglied sei eingeweiht gewesen.

Sollen wir annehmen, daß der Finanzverantwortliche der PDS eine Forderung von 100 Millionen einfach erfinden kann, daß niemand das überprüft, daß keiner der bekannten Spitzenfunktionäre das Thema in der UdSSR mal zur Sprache gebracht hat, daß Pohl vom Präsidium eine Blankovollmacht für seine (angeblichen?) Verhandlungen mit der KPdSU bekommen hatte? Daß das gesamte übrige Parteipräsidium es Pohl überlassen hat, alleine zu verhandeln und irgendwann selbständig zu entscheiden, daß nun gezahlt werden müsse? Eine absurde Annahme. 100 Millionen sind auch für die PDS ein Haufen Geld. Und die Beziehungen zur KPdSU sind ein besonders wichtiges und sensibles Element der PDS-Politik. Wenn Pohl jemals versucht haben sollte, dem Präsidium KPdSU-Forderungen über 100 Millionen zu präsentieren, hätten sich zwangsläufig die bekannten Spitzenpolitiker der PDS persönlich in Moskau gemeldet - und der Schwindel wäre dann ja sofort aufgeflogen. So kann es also eigentlich nicht gewesen sein.

Aber gesetzt den unwahrscheinlichsten Fall, es wäre dennoch so gewesen. Gesetzt den ebenso unwahrscheinlichen Fall, das PDS-Präsidium hätte auch nach der ersten Polizeiaktion in der Nacht zum 19.10. nicht zur Sicherheit in Moskau angefragt, bevor es sich öffentlich äußerte. Bereits am Sonnabend, 20.10., war in den Tageszeitungen die Darstellung Gregor Gysis zu lesen, mit den Überweisungen an die "Außenhandelsfirma" Putnik habe die PDS Schulden bei der KPdSU beglichen. Die KPdSU-Spitze, sofern sie vom PDS-Präsidium noch nicht direkt kontaktiert worden war, müßte also spätestens am 21. oder 22.10. aus der Presse oder aus den Nachrichten verblüfft erfahren haben, daß anscheinend unter Mißbrauch ihres Namens irgendein krummes Ding gelaufen war. Hätte sie dann nicht sofort bei der PDS protestiert und damit das Präsidium über seinen Irrtum aufgeklärt? Und hätte in diesem Fall die Parteispitze der PDS noch bis zum Donnerstag, dem 25.10., öffentlich ganz stramm an ihrer "Altlasten"-Version festgehalten? Auch diese Vorstellung macht keinen Sinn. Seltsam ist auch, daß die KPdSU zunächst von sich aus keinen Versuch machte, der sie ja durchaus belastenden offiziellen Version der PDS entgegenzutreten. Bloße Rücksicht auf eine Bruderpartei, obwohl diese irrtümlich oder wider besseres Wissen die KPdSU öffentlich in eine allein von der PDS zu verantwortende unsaubere Angelegenheit hineingezogen hatte?

In der Erklärung des PDS-Pressesprechers vom 22.10. gibt es eine interessante Passage: "Wofür das Geld nunmehr durch die sowjetische Seite verwendet wird und welche Wege es geht, ist Angelegenheit der sowjetischen Seite und nicht die der PDS. Die PDS hat die geforderten Beträge lediglich auf das Konto der sowjetischen Firma bei der Handelsbank der DDR überwiesen und weder Kenntnis noch Interesse hinsichtlich der weiteren Verwendung." - Dies zeigt, daß die PDS-Spitze, falls sie wirklich ahnungslos war, es jedenfalls selbst nicht normal fand, daß die KPdSU angeblich ihr zustehende 100 Millionen Mark auf das Konto einer dubiosen, international bis dahin völlig unbekannten Firma "Putnik" überweisen ließ, und daß diese Firma dann seltsame Transaktionen über mehrere andere Konten damit vornahm. Die vom PDS-Pressesprecher abgegebene Stellungnahme erklärt diese offenkundig unsauberen Begleitumstände leichthin zur Sache der KPdSU, schiebt dieser also im Grunde öffentlich die Schuld zu. Anscheinend ohne die KPdSU vorher zu befragen? Seltsam, sehr seltsam, denn, wie es in der gleichen Presseerklärung heißt: "Außerdem kann unsererseits auch keinerlei Interesse bestehen, Mißtöne in den Beziehungen zur KPdSU zuzulassen. Das wird auch künftig die Politik der PDS bestimmen."

Gibt es irgendeine Form der Entschuldigung des PDS-Parteivorstands gegenüber der KPdSU für die offenbar diskriminierende Erklärung seines Pressesprechers? Wurde diese Presseerklärung irgendwo öffentlich widerrufen? Nichts dergleichen ist bisher bekannt.

Der Verdacht liegt leider nahe, daß die PDS in dieser Hinsicht nichts widerrufen mußte, weil ihre ursprüngliche Version - die KPdSU habe an sie Forderungen von 100 Millionen Mark gehabt und diese habe sie halt begleichen müssen - zwar wohl nicht den Tatsachen entsprach, aber auf einer internen Verabredung zwischen beiden Parteien oder, genauer gesagt, zwischen bestimmten Teilen ihrer Apparate, beruhte, um im beiderseitigen Interesse zwielichtige Finanzoperationen vorzunehmen. Es ist daran zu erinnern, daß die in Moskau beheimatete Firma "Putnik" nicht erst für diese spezielle Manipulation ins Leben gerufen wurde, sondern schon seit Mai 1989 existiert. Eine seltsame Firma, deren eigentliche Geschäfte unbekannt sind, die in einer Bauruine residiert, und die einen PDS-Funktionär aus Halle zum Zeichnungsberechtigten für ihre Konten macht. Einen Herrn, der nach Meldungen, denen die PDS nicht widersprach, "hohe Stasi-Offiziere" als Kompagnons hat.

Nun mag es wohl sein, daß es dennoch für alle ins Auge springenden Widersprüche und Ungereimtheiten harmlose, logische Erklärungen gibt. Nur würde ich die gerne einmal als zusammenhängende, nichts Wesentliches auslassende Darstellung lesen. Erschreckend jedoch scheint mir, daß die PDS-Basis sich anscheinend mit den bloßen Worten "Wahrheit" und "Verantwortung" abspeisen läßt, statt konkrete Fragen zu stellen und auf Antworten zu drängen. Erschreckend auch, daß die PDS-Spitze entweder Zusammenhänge zu verbergen versucht, die ihr ohnehin noch um die Ohren gehauen werden, oder daß sie die Bedeutung einer gründlichen, vorausschauenden und durchdachten Informationspolitik auch ein Jahr nach der Wende immer noch nicht begreift.

Kt., Hamburg, 9.11.

36. PCI wird PDS - Godesberg all" italiana

Rubrik: Italien · CD-Datei: daten/aksuche/ak324/08.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:324:08

Heftig tobt der Streit in der italienischen KP, und wieder mal ist es schwer, keine Satire darüber zu schreiben. In der Parteizentrale an der Via delle Botteghe Oscure in Rom fliegen die Fetzen. Wie in der seit Jahrzehnten an Strömungsgezänk gewöhnten Democrazia Cristiana gehe es bei den "postcomunisti" zu, berichten Augenzeugen. Die Christdemokraten an der Macht brauchen freilich den Zerfall ihrer Partei nicht zu befürchten. Im PCI dagegen deutet derzeit alles auf Spaltung hin. Armando Cossuta, Exponent des "orthodoxen" philosowjetischen Flügels, hat bereits die Gründung eines "neokommunistischen Organismus" angekündigt. Die sardischen Kommunisten denken über eine autonome regionale Organisation nach, die "Kommunistische Einheitspartei Sardiniens" heißen könnte und nur noch lockere Verbindungen zu den GenossInnen auf dem Festland hätte. Bis zu sechs Leitanträge werden für den PCI-Parteitag im Januar erwartet.

Elf Monate hat Achille Occhetto gebraucht, der herbeigewünschten "neuen Formation der Linken" einen Namen zu geben. "Partito democratico della sinistra" - Demokratische Partei der Linken" kurz PDS soll sie heißen. Daß die drei Buchstaben auch für eine neudeutsche Partei stehen, mit der er nun rein gar nichts zu tun haben will, habe er nicht gewußt, versicherte Occhetto vor der Presse. Das ist unbedingt glaubwürdig, zeigt aber gerade den Dilettantismus dieses so gern gesamteuropäisch argumentierenden Wendepolitikers. Anlaß zum Spott der Kommentatoren gibt auch das von Occhetto vorgeschlagene neue Emblem: ein braungrüner Baum, in dem die einen eine - natürlich deutsche - Eiche, die anderen einen Olivenbaum erkennen wollen, der aber in Wahrheit wohl ein reines Phantasiegewächs ist - ein durchaus gelungenes und angemessenes Symbol für eine politische Gruppierung, die nur in Wunschvorstellungen existiert. Von den umworbenen oppositionellen Sozialdemokraten und Sozialisten, den Grünen, Feministinnen und Linkskatholiken hat noch niemand die Bereitschaft zur Mitarbeit in der neuen Partei erklärt. Daß es ihm letztlich doch nur um die Umbenennung des - nach links geschrumpften - PCI gehe, hat Occhetto auf dem Parteitag im März entschieden von sich gewiesen. Sein Antrag, der mit Zweidrittelmehrheit angenommen wurde, versprach vielmehr, "den Käfig des blockierten politischen Systems sprengen" und "um ein fundamentales Programm die Formation eines neuen reformerischen Pols" gruppieren zu wollen. Von dieser "Formation" und ihrem "fundamentalen" Programm sind nicht einmal Ansätze sichtbar. Daß er in den vergangenen Monaten nicht mehr zustande gebracht hat als ein neues Firmenschild, läßt auch Occhettos politische Weggefährten an seinem "Charisma" zweifeln. Occhettos derzeit beste Freunde sind nicht Mitglieder des PCI. "Zuviel Beifall von Eugenio Scalfari ("La Repubblica"), Carlo De Benedetti (Olivetti) und Giorgio La Malfa (Republikaner)", findet "Panorama". Selbst "linke" Christdemokraten loben Occhetto. "Bravo für den neuen Namen des PCI", ruft beispielsweise Angelo Sanza, enger Vertrauter des ehemaligen Ministerpräsidenten und "Leaders" der DC-Linken, Ciriaco De Mita. Selbst neue politische Bündnisse, die "nicht notwendigerweise" gleich Regierungskoalitionen sein müssen, hält Sanza für möglich: "Aber eine Allianz für die Verteidigung der Grundwerte des politischen Systems und für eine Reform der Politik und der Institutionen, ja, diese Allianz ist sicher möglich" ("Panorama", 28.10.). Das hatten wir schon. Die bedingungslose Unterstützung des PCI für Andreottis Regierung der "nationalen Solidarität" zwischen 1976 und 1979, die Zustimmung auch zu "unpopulären Maßnahmen" brachte der Partei keineswegs die erhofften Ministersessel, sondern Stimmenverluste.

Auf internationaler Ebene hält vor allem die SPD zu Occhetto. Godesberg ist überall: die historische Dimension von Occhettos unbeholfen wirkenden Wendemanövern ist niemandem so klar wie den gesamteuropäisch denkenden sozialdemokratischen Strategen. Daß ihre Hilfsstellung für das Projekt Godesberg all'italiana nicht ganz uneigennützig ist, hat "Italienexperte" Peter Glotz in einem "Panorama"-Interview deutlich gemacht. Die entsprechenden Passagen ungekürzt:

"Frage: Denken Sie, daß nach Achille Occhettos Vorschlag, den Namen der PCI zu ändern, der Beitritt seiner Partei zur Sozialistischen Internationale einfacher sein wird?

Glotz: Ich hoffe es. Aber wir müssen ihn möglich machen. Nach den Statuten der SI kann eine Partei nur dann in die Organisation aufgenommen werden, wenn die Mitgliedsparteien des betreffenden Landes dazu ja sagen. Also ist Bettino Craxi (PSI-Vorsitzender; Anm. AK) in einer starken Position. Ich persönlich denken, daß die

italienische Arbeiterklasse ohne den Ex-PCI nicht repräsentiert sein kann. Aber ich bin nicht sicher, daß meine Position die Mehrheit im Exekutivkomitee der SI hat.

Frage: Craxi hat gesagt, daß der Occhettos Vorschlag nicht überzeugend findet. Sind sie mit ihm einverstanden?

Glotz: Es ist für eine Partei immer schwer, das Programm und vor allem die Aktivisten zu ändern. Ich habe keinen Zweifel daran, daß die Führer des PCI Leute sind, die wir ‚Sozialdemokraten' nennen. Zweitens bin ich sicher, daß die große Mehrheit der Partei Occhettos Positionen teilt. Aber ich kann nicht ausschließen, daß Minderheiten weiter am alten Kurs hängen. Jedenfalls finde ich, wir sollten die Energie tausender italienischer Kommunisten für die Ziele der europäischen Sozialdemokratie nutzen" (Übersetzt nach "Panorama", 28.10.90).

Js./Hamburg

37. Das Millionending als Krise

Rubrik: PDS · CD-Datei: daten/aksuche/ak324/42.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:324:42

Die linkspopuläre Argumentation Thomas Ebermanns auf einer Veranstaltung in Bonn, wonach eine radikale linke Partei ihre "moralische Integrität in dem Bemühen (beweise), dem Staat, den sie nicht schätzt, sondern bekämpft, Finanzmittel vorzuenthalten," mag hierzulande auf stürmischen Beifall stoßen. Allerdings geht seine Kritik haarscharf an der Problematik des PDS-Millionendings vorbei. Nicht umsonst ist anläßlich dieser Geschichte eine heftige, sehr grundsätzliche Debatte innerhalb der Partei entbrannt: nicht nur Transparenz im Finanzgebaren, sondern Partei- und Politikverständnis stehen zur Diskussion. Und wenn das abgewählte Präsidiumsmitglied Bernd Meier von einem Machtkampf zwischen ErneuerInnen und Konservativen spricht, dann dürfte er so falsch nicht liegen. Deshalb geht es nicht nur darum, in reiner linker Lehre Staatsknete sinnvoll zu verteilen, sondern mit einem Parteienverständnis zu brechen, dem auch ein Ebermann nur wenig abgewinnen dürfte.

Erst einmal herrschte blankes Entsetzen: viele Diskussionsbeiträge während der 18-stündigen Parteivorstandstagung am 27.10.90, aber auch viele Leserbriefe im "Neuen Deutschland" sind von Wut geprägt. Wut darüber, daß der mühsame Kampf der PDS-Mitglieder, aus der politischen Isolation rauszukommen, sowohl in der parlamentarischen als auch außerparlamentarischen Arbeit einen Fuß auf den Boden zu bekommen, den schwierigen Weg von der Regierungspartei zur Oppositionspartei zu bewältigen, mit einem Schlag zunichte gemacht worden ist. Kaum jemand wagt da noch in den gerade zur Zeit laufenden Veranstaltungen von der besonderen Glaubwürdigkeit der PDS zu reden, Angst vor erneuter Hetze und Diffamierung prägen viele Beiträge zu dieser Affäre. Helga Königsdorf, Schriftstellerin und Kandidatin der PDS in Baden-Württemberg brachte es wohl für viele PDS-AktivistInnen auf den Punkt: "Wieder und wieder liefert diese Partei Gründe, die uns wehrlos machen. Die ehemaligen Mitglieder, die vielen immer noch ‚Getreuen' und die Neuen, die ehrlich und mit Würde ihre Verantwortung für die Zukunft wahrnehmen wollen, stehen wieder schamrot da. Blauäugig waren wir. Weltfremd. (...) Und wir müssen uns beschimpfen lassen. Man kann uns ‚Seilmannschaften der alten SED' nennen, ‚die ihr Unwesen treiben'. Man kann uns ‚feuern', ‚ausräumen' ‚die Amtsstuben von uns säubern'." (ND 5.11.90)

Eine erhebliche Rolle spielte die Frage, wie es passieren konnte, daß 107 Millionen an Präsidium und Vorstand vorbei und nur mit der erforderlichen Unterschrift zweier Finanzer der PDS geschoben werden konnten. Zwar räumten alle Präsidiumsmitglieder ein, daß sie im nachhinein diese Regelung weder rechtfertigen noch begreifen können, daß nicht z.B. zumindest eine quantitative Grenze für Transaktionen festgelegt wurde, ab der unbedingt ein Präsidiums- oder Vorstandsbeschluß erforderlich wäre. Dennoch blieb vor allem die Frage offen, wieso ausgerechnet in diesen Finanzfragen ausschließlich Mitglieder der PDS verantwortlich tätig waren, die bereits in der SED diesen Bereich leiteten. Daß es hier auch um politische Richtungsentscheidungen gehen würde, lag schließlich schon früher auf der Hand. Bestes Beispiel für die Blauäugigkeit gab ein Mitglied der Schiedskommission ab, der von einem Gespräch mit Wolfgang Pohl berichtete. Aufgrund immer wieder drängender Nachfragen, sagte dieser gegenüber der Schiedskommission, daß er bestimmte Dinge weder mit ihr noch sonst jemandem bespreche. Auf die verblüffte Frage von Klaus Höpke, warum er das denn nicht dem Präsidium mitgeteilt habe, meinte der Schiedskommissionär, sie hätten dies im Bericht der Schiedskommission festgehalten, just diese Passage sei aber vom ND rausgekürzt worden.

Wesentlich geprägt war allerdings die Tagung des Parteivorstands vom 27.10.90 wie auch alle nachfolgenden Diskussionen von einer Auseinandersetzung mit sehr grundsätzlichen Fragen zum Partei- und Politikverständnis der PDS. Dabei brachen Kontroversen auf, die teilweise verdeckt durch scheinbar pragmatische, weil unter Zeitdruck getroffene Entscheidungen waren, die bereits alle Konferenzen mitprägten oder Gegenstand des nächsten Parteitags im Frühjahr sein sollten. So wurden Forderungen nach beschleunigter Veränderung des Statuts in Richtung Basisdemokratie laut, die leidige Debatte um die Namensänderung wieder entfacht, mit der sich die Parteibasis vom Präsidium und Beirat verschaukelt fühlte. Eingeklagt wurden schnellere Parteiprogrammdebatten, damit sich endlich auch auf der inhaltlichen Ebene eine Erneuerung ergebe. Intensiv beteiligten sich hieran vor allem die AG's der PDS, die bereits seit langem mit Forderungen in statuarischer, aber auch struktureller und programmatischer Hinsicht die Beschleunigung des sog. Erneuerungs- und Demokratisierungsprozesses der PDS fordern.

Bunkermentalität und Illegalität

"Es ging ausschließlich darum, parteieigenes Geld aus Angst vor Enteignung und Illegalität für die zukünftige Arbeit der Partei zu sichern", so Wolfgang Pohl in seiner Erklärung, bevor er nach Moabit abgeführt wurde. Dieser Bezug auf möglicherweise drohende Illegalität war Anlaß für grundsätzliche Überlegungen zum Parteiverständnis. Ganz offensichtlich haben die ständig erhobenen Drohungen gegenüber der PDS, sie sei zu enteignen oder gar zu verbieten, in den Köpfen - und zwar nicht nur Wolfgang Pohls - zu einer sicheren Annahme geführt, über kurz oder lang werde linke politische Arbeit nur noch unter den Bedingungen der Illegalität möglich sein. Dabei klang vielfach die Gleichsetzung einer Enteignung mit dem Verbot der Partei durch. Diese Schlußfolgerungen aus den zugegeben harten Angriffen gegen die PDS, insbesondere durch die SPD, also nicht die Angst vor einem Verbot an sich, sondern die ins Auge gefaßte Vorsorge für illegale Arbeit, lösten bei vielen der DiskutantInnen Überraschung bis Unverständnis aus. Dies wiederum muß auch überraschen, denn an der Parteibasis lassen sich derartige Überlegungen durchaus häufiger vernehmen. Es kommen da zwei Elemente zusammen: einerseits die generelle, alle Lebensbereiche umfassende Verunsicherung der Menschen in der DDR im allgemeinen, der PDS-Mitglieder in politischer Hinsicht im besonderen, andererseits auch die traditionelle Vorstellung kommunistischer und anderer Parteien, in diesen rauhen Zeiten prophylaktisch parallel illegale Strukturen aufbauen und Mittel bereitstellen zu müssen. Auch wenn die Rede schnell vom "alten Denken", mit dem ein radikaler Bruch zu vollziehen sei, von "Bunkermentalität" und "stalinistischem Parteiverständnis" ist, so bedarf es hier einer ernsten, inhaltlichen Auseinandersetzung, die der politischen Realität der BRD, die nun auch die der ehemaligen DDR ist, gerecht wird, aber gleichzeitig auch die durchaus bestehenden Repressionsinstrumente des BRD-Staates und den Umgang linker Opposition damit berücksichtigt. Auch hier wird die sog. "Staatsfrage" virulent.

Reflex auf diese politisch falsche Schlußfolgerung ist nämlich nunmehr, daß immer wieder betont, erklärt, bekannt und beschworen wird, daß die PDS auf dem Boden des Grundgesetzes stehe, deshalb auch keine Illegalität drohe, sondern vielmehr um den Platz in der BRD-Gesellschaft gekämpft werden müsse. So auch die Erklärung des Präsidiums vom 26.10.90: "Das Präsidium teilt nicht die Vorstellung jener, die meinen, die PDS müsse sich auf eine mögliche Periode der Illegalität vorbereiten. Die PDS sieht sich als eine demokratische Partei, die auf dem Boden des Grundgesetzes steht."

Über den Deister geht dabei gelegentlich ein Demokratieverständnis, das eine kritische Auseinandersetzung auch mit dem Grundgesetz, dem Begriff der Verfassungstreue und dem BRD-Rechtsstaat als Bedingung beinhaltet, was aus linker Sicht unabdingbar ist. Die Sorge, durch allzu laute Kritik erneut mit Angriffen konfrontiert zu werden und womöglich Anlaß zur Verwirklichung der Verbotsdrohung zu bieten, ist Tenor vieler Beiträge.

Nicht berücksichtigt wird dabei, daß derartiges Wohlverhalten keinerlei Garantie gegen Isolierung und eventuell auch Zerschlagung einer Partei ist, was die Geschichte der BRD-Opposition allemal beweist. Gleichzeitig entbehrt hier manche Befürchtung der rationalen Auseinandersetzung mit der politischen Realität in der BRD. Denn dazu gehört auch, daß die Verwirklichung eines Parteiverbots als weitestgehendes Instrument gegenüber politischen Parteien zum Politikum mit Solidarisierungseffekt wird, solange eine Partei noch annähernd gesellschaftliche Relevanz hat, was für die PDS auch jetzt noch gilt. In dieser Diskussion zeigt sich wie schon bei der Debatte um das Wahlprogramm, daß hier noch einiges der tiefergehenden inhaltlichen Auseinandersetzung bedarf. Das, was sich für die DDR-Bevölkerung im Sinne bürgerlicher Rechtsstaatlichkeit als objektiver Fortschritt erweist, ist in dem rasenden Tempo nicht gleichzeitig und differenziert einer linken Kritik zu unterziehen - was nicht wenige Westlinke häufig arrogant übersehen.

Finanzschnitt und Apparateabbau

Daß ein Schnitt erfolgen soll, bestreitet niemand. Strittig dürfte allerdings - vor allem bei der nächsten Parteivorstandssitzung am 10.11.90 - die notwendige Tiefe sein.

Mit der Erklärung des PV vom 27.10.90 wurde beschlossen, daß die Offenlegung der finanziellen Situation der Partei unter Einbeziehung unabhängiger Wirtschaftsprüfer zu erfolgen habe. Eine innerparteiliche Finanzprüfungskommission müsse die parteiinternen Finanzen durchleuchten, wobei ihr keine hauptamtlichen Funktionäre oder gewählte Funktionäre des Parteivorstandes angehören dürften. Entscheidend sei aber, ein

Konzept zum Umgang mit dem Parteivermögen binnen zweier Wochen zu entwickeln, das dann nach Diskussion im PV und an der Basis unverzüglich zu beschließen sei.

"Voraussetzung ist eine klare Bestimmung der für die politische Handlungsfähigkeit der Partei erforderlichen Mittel. Das neue Konzept muß darin bestehen, daß nur jenes Eigentum verbleibt, welches zur Erfüllung von Verpflichtungen und zur Sicherung der politischen Arbeit der Partei auf allen Ebenen erforderlich ist. Dabei geht es auch um klare Entscheidungen zur Abgabe insbesondere politisch-moralisch nicht vertretbarer und durch die Partei nicht genutzter Immobilien. Von wenigen öffentlich zu erklärenden Ausnahmen abgesehen, erfolgt eine Loslösung von den GmbHs, die mit finanziellen Mitteln der Partei gebildet wurden."

Innerhalb zweier Wochen hatten nun sämtliche Kreisverbände, Landesverbände und die PDS-Zentrale aufzulisten, was noch an Besitz vorhanden ist. Allerdings dürften sich in der Definition, was zur Sicherung der politischen Arbeit erforderlich ist, manche Geister scheiden. Hier verlaufen mehrere Widerspruchslinien: zum einen fällt immer wieder das (berechtigte) Argument, man dürfe nicht ausgerechnet der CDU, den Herrschenden, der Treuhand derartige Vermögenswerte in den Rachen werfen, sondern habe diese zumindest auf das Volk, linke Projekte, soziale Einrichtungen umzuverteilen. Ein stichhaltiges Argument, das fast die Ebermannsche Variante berührt, allerdings voraussichtlich wenig Aussicht auf Erfolg haben dürfte, denn die Bedingungen werden nicht von der PDS diktiert, sondern von denen, denen man nichts in den Rachen werfen will. Ein Beispiel möglicher fataler Folgen: Das legendäre "Haus der Demokratie", das von der PDS den Bürgerbewegungen, der Vereinigten Linken, dem Unabhängigen Frauenverband und vielen anderen linken und alternativen Gruppen zur Nutzung überlassen wurde, fällt möglicherweise dem Schnitt zum Opfer. Der PDS stünde es gut an, mit politischer Begründung diese Immobilie den darin arbeitenden Gruppen zu überlassen. Der Kampf der Betroffenen um die weitere Nutzung dürfte sicher sein, die PDS sollte sich diesem durchaus auch mit unkonventionellem, aber auch gut zu begründendem Demokratieverständnis anschließen und das schmutzige Geschäft der Isolierung politischer Opposition u.a. durch die Verweigerung materieller Mittel anderen überlassen.

Zur Disposition steht aber auch der gesamte Apparat. Nicht, daß die PDS künftig gänzlich ohne hauptamtliche Funktionäre auskommen will. Aber der Schnitt soll auch in personeller Hinsicht erfolgen.

Alte SED-Funktionäre sollen nicht mehr die hauptamtliche Tätigkeit prägen. Diese Konsequenz aus dem sog. Finanzskandal ist zwar in allgemeinen Forderungen immer wieder enthalten, wenig realisiert wird jedoch, daß sich an diesem Punkt spätestens die Kontroverse zwischen ErneuerInnen und konservativen Kräften innerhalb der PDS abspielen dürfte.

et., Bargteheide

38. Links wählen ist eine Stimme gegen Großdeutschland

Rubrik: Wahlen; PDS; PDS-Debatte, linke · CD-Datei: daten/aksuche/ak324/52.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:324:52

Es ist ein Kreuz mit den Wahlen für die Linke. Solange ihre Organisationen es nicht vermochten, eigenständig eine aussichtsreiche Kandidatur zustande zu bringen, verstiegen sich die einen auf die Programmkandidatur, wobei sie der Umwelt weiszumachen versuchten, es käme nicht auf das Reinkommen ins Parlament an, sondern auf die Stimmen für das sozialistische Programm. Andere zogen wieder und wieder das "kleinere Übel" vor. Wieder andere versuchten sich darin, aus der Not eine Tugend zu machen, indem die Unfähigkeit, genügend Stimmen zu bekommen, als Tugend ausgewiesen wurde: man wolle da gar nicht rein, weil man sich nicht der parlamentarischen Korruption aussetzen wolle. Und es hat ebenso eine lange Tradition in der Linken, dann, wenn man auf der Wahlebene keine Chancen sieht, die objektive Lage so zu "analysieren", daß jede Beteiligung an den Wahlen Verrat an linken Positionen sei.

Zum letzteren Trick greift eine Gruppe aus der Radikalen Linken, zu der maßgeblich auch die KB-Minderheit zählt, in ihrem Aufruf "Keine Stimme für Deutschland" (siehe AK 323), in dem zur Nichtbeteiligung an den kommenden Bundestagswahlen aufgerufen wird.

Zunächst die messerscharfe Lagebeurteilung: "Die Wahl des 2. Dezember (gemeint ist sicherlich die Wahl am 2. Dezember, denn wer soll schon den 2. Dezember wählen?) ist keine wie jede andere. Schon ihre Festsetzung als Reichstagswahl war Bestandteil der ökonomischen und diplomatischen Blitzkriegs-Strategie für den Griff zur Weltmacht. Mit ihrer Durchführung soll und wird die Bevölkerung die Auslieferung der DDR an die Alt-Nazis, Spätgeburtler, NATO-Stäbe und die Deutsche Bank nachträglich legitimieren."

Selbstredend ist keine Wahl wie die andere, und es gilt auch hier die alte Herberger-Weisheit, daß das nächste Spiel das schwerste ist. Doch das ist es ja nicht, was uns gesagt werden soll. Die Aussage liegt in der Suggestion, diese Wahl unterscheide sich von allen anderen, während die anderen alle gleich waren. Doch ein kleiner Blick in die Geschichte der BRD zeigt, daß die Bundestagstermine schon häufig mit wichtigen gesellschaftspolitischen Prozessen und Entscheidungen verbunden waren, auch mit entscheidenden Weichenstellungen für die Entwicklung der BRD als Groß- und Militärmacht. 1953 stand im Zeichen der Remilitarisierung, 1958 im Zeichen der Diskussion um die Atombewaffnung der Bundeswehr. 1961 war der Höhepunkt des Kalten Krieges erreicht. 1969 endete die Adenauer-Ära und die erste sozialliberale Regierung wurde aus der Taufe gehoben, sicherlich mit großer Unterstützung aus der APO. Zugleich ließ sich diese Wahl auch als "Legitimierung" der 1968 beschlossenen Notstandsgesetze interpretieren. 1972 gab es mit dem Mißtrauensvotum gegen die Brandtregierung einen vorläufig letzten Rollbackversuch der CDU/CSU. Das veranlaßte beispielsweise den KB damals, zur Wahl der SPD als dem in der Gesellschaft als fortschrittlich empfundenen Element aufzurufen. 1980 wandte sich die gesamte Linke gegen Franz Josef Strauß als Kanzlerkandidat. 1983 kam mit den GRÜNEN erstmals eine auch von Linken unterstützte Formation in den Bundestag.

Diese Aufzählung zeigt, daß es in der Geschichte der BRD schon mehr als eine besondere Situation gegeben hat, Situationen, in denen auch in den Wahlen wichtige Entscheidungen für die weitere politische Entwicklung fielen, mindestens jedoch das gesellschaftliche Klima geprägt wurde. So ist beispielsweise die Wahlniederlage der KPD 1953 (sie erreichte nur noch 2%) ein Zeichen ihrer weitgehenden Isolierung gewesen und hat ihre Illegalisierung leichter gemacht, das Klima für die Linke in der BRD nachhaltig beeinflußt.

Die Aussage, diese Wahl sei keine wie jede andere, appelliert an das Ignorieren der eigenen Geschichte und versucht zu suggerieren, die Linke habe noch niemals vor einer solch entscheidenden Situation gestanden.

Es wird behauptet, die Bevölkerung soll und wird mit dieser Wahl die Annexion der DDR legitimieren. Daß sie es soll, unterstellen wir hier einmal als richtig. Daß sie es aber auch wird, ist eine Behauptung, die mit der Unterstellung arbeitet, jeder und jede, die und der sich an der Wahl beteiligt, legitimiere das Herrschaftsinteresse. Subjektiv werden dies viele Menschen anders sehen. Ich gehe einmal davon aus, daß zumindest die große Mehrheit derjenigen, die PDS wählen, gerade diese Annexion nicht legitimieren wollen. Dies geht schlicht aus dem Programm hervor, das zur Wahl steht. Und ich unterstelle, daß dies auch für die Mehrheit der Wähler der GRÜNEN zutreffen wird.

Ein entscheidender Fehler im Gedankengang der Radikalen Linken ist, daß sie es gar nicht interessiert, was die Menschen denken und wollen. Diese rein ideologische Sicht wird, da sind sie ganz konsequent, immer weiter auf die Spitze getrieben. Weil sich in den vergangenen Monaten keine nennenswerte parlamentarischer und außerparlamentarische Opposition gegen den Großmachtkurs entwickelt hat, schlußfolgern die Radikalen Linken, alle Menschen (außer ihnen selbst) würden diese Politik gutheißen, um daraus wiederum den Schluß zu ziehen: "In einer Zeit, in der sich die opportunistische Anpassung an den nationalen Zeitgeist als nüchterne Realpolitik darstellt, in der behauptet wird, Schlimmeres duch Schlimmes verhindern zu können und in der Ressentiment auch bei denen durchbricht, die es bisher zu beherrschen wußten, halten wir es für notwendig, von ‚Massenfreundlichkeit` als dem zentralen Politik-Kriterium Abschied zu nehmen. Wir betrachten es im Gegenteil als unsere Aufgabe, klar und kompromißlos gegen den Nationalismus auch in der Bevölkerung Front zu machen."

Auch hier wird wieder mit einem unlauteren Trick gearbeitet. Mit der Einführung des Begriffs der "Massenfreundlichkeit" als zentralem Politik-Kriterium wird nahegelegt, die Linke wolle nur freundlich, also opportunistisch gegenüber den Menschen sein. Ich will keine Lanze für die gesamte Linke brechen, aber da auch die KB-Mehrheit damit gemeint ist, sei doch festgestellt, daß dies für den KB kein Kriterium war und ist. Gegen faschistische und reaktionäre Tendenzen innerhalb der Bevölkerung haben wir uns immer gewandt, diese auch nie mit dem Hinweis auf die soziale Lage o. ä. entschuldigt. Dennoch haben wir auch immer danach gesucht, welche Gegentendenzen es innerhalb der Bevölkerung gibt, und haben versucht, diese anzusprechen. Wir haben gleichzeitig die Verantwortung für die herrschenden gesellschaftlichen Verhältnisse in der Politik der Herrschenden gesucht, ohne damit das Handeln des einzelnen Individuums zu entschuldigen. Das muß m.E. auch weiterhin Ausgangspunkt linker Politik sein, wenn diese überhaupt noch das Ziel hat, Menschen und schließlich auch Mehrheiten zu gewinnen.

Was will nun die Radikale Linke? Mit "unserer Wahlintervention (soll) zur Neufundierung einer außerparlamentarischen Opposition beigetragen" werden. Wen will sie damit erreichen? Diejenigen, die in Opposition zum Kurs des Großdeutschlands stehen, wohl kaum, denn viele derjenigen, die PDS oder GRÜNE wählen, gehören mit Sicherheit hierzu. Sie macht sich auch gar nicht erst die Mühe, zu analysieren, welche Gründe für Menschen dafür sprechen könnten, die PDS zu wählen. Wenn man um sich herum nur noch Anpassung sieht, nicht aber auch den oppositionellen Gedanken, auch wenn er sich heute gegen die mächtige herrschende Politik nur schwer organisieren kann, dann kommt man unweigerlich zu diesem Schluß.

Als die CDU 1972 die Brandt-Regierung stürzte, hat der KB bei den folgenden Wahlen zur Wahl der SPD aufgerufen. Dies mit der Begründung, daß sich gesellschaftlich in der Bewegung gegen dieses Rollback und für die SPD ein fortschrittliches Element befinde. Dies heute den Wählern der PDS abzusprechen, wäre absurd. Dies würde ich meinen GenossInnen aus der KB-Minderheit nicht unterstellen. Wenn sie trotzdem so operieren, als wäre die Wahl der PDS kein Zeichen linker Opposition in diesem Land, so gibt es dafür nur einen hinreichend triftigen Grund: es soll auf der Schiene Gegen die Anpassung eine Sammlung der letzten verbliebenen Linksradikalen betrieben werden. Dieser Weg verzichtet bewußt darauf, die in der Wahl der PDS sich abzeichnende linke Opposition neu zu organisieren. Das kann man machen. Nur bedeutet dies, auf ein wichtiges Potential für linke Politik zu verzichten und - wenn man denn tatsächlich den gewünschten Einfluß gewinnen würde - dieses Potential den Sozialdemokraten zu überlassen.

he.

39. Außerparlamentarische Opposition gegen Deutschland - Konferenz am 30.11. - 2.12.

Konferenz gegen Nationalismus, Rassismus und Faschismus 30. November bis 2. Dezember 1990 in Hamburg

Rubrik: Radikale Linke · CD-Datei: daten/aksuche/ak324/51.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:324:51

Konferenz gegen Nationalismus, Rassismus und Faschismus

30. November bis 2. Dezember 1990 in Hamburg

Auf zwei bundesweiten Vorbereitungstreffen und dem Kölner Treff der Radikalen Linken ist über eine Boykottkampagne zur diesjährigen Reichtagswahl am 2. Dezember diskutiert worden. Herausgekommen ist ein Aufruf zur Ablehnung der diesjährigen Reichstagswahl, der von Einzelpersonen und der Mehrheit der Radikalen Linken unterstützt wird. Wir haben ihn in ak 323 abgedruckt.

Herausgekommen ist im Zusammenhang damit der nachstehende Vorschlag für eine Konferenz am Wahlwochenende in Hamburg. Es haben an ReferentInnen bisher zugesagt: Antifaschistische Aktion, Hamburg; Regina Behrend; Regula Bott; Joachim Bruhn; Thomas Ebermann; Norbert Feutner, Marianne Friese; Georg Fülberth; Otto Geschke; Eva Groepler; LUPUS-Gruppe, Frankfurt/M.; Gruppe "Nie wieder Deutschland", Stuttgart; Irmgard Pinn; Karl-Heinz Roth; Bernhard Schmid; Wolfgang Schneider; Udo Sierck; Oliver Tolmein, Rainer Trampert; Michael Wilk; Andreas P. Zaleshoff.

Die ReferentInnen kommen politisch aus dem Spektrum der Radikalen Linken, Ex-Grünen, des KB (Minderheit), sowie einzelne FeministInnen, Autonome, Grüne, KB (Mehrheit). Darüberhinaus wird sich zur Zeit noch um RednerInnen aus der PDS, der DKP, Behindertenbewegung, ImmigrantInnengruppen, Libertären und Unorganisierten bemüht. Wir wünschen uns weitere InteressentInnen. Die Trägerschaft der Veranstaltung liegt bei den AnhängerInnen der Wahlablehnung. Nichtsdestotrotz wird auch die Auseinandersetzung mit jenen Nicht-BoykottlerInnen gesucht, die an der Entwicklung gemeinsamer radikal linker, außerparlamentarischer Perspektiven Interesse haben.

Freitag, 30. November

Eröffnungsveranstaltung (Podiumsdiskussion)

Linke und Nationalismus - Warum wir (nicht) wählen

Samstag, 1. Dezember

Arbeitsgruppen

Block 1: Die Linke wird deutsch

Eröffnung: Anti-Nationalismus-Plenum: Alltagsnationalismus, linker Nationalismus und falsche Kritik.

Anschließend AGs:

AG 1: Linke und Nationalismus

*Die neue Groß-BRD: ein besonders nationalistischer oder "nur" ein mehr imperialistischer Staat?

*Erfahrungen und Perspektiven antinationaler Praxis seit der DDR-Annexion

*Schon mal gehabt: Linker Nationalismus in der Friedensbewegung

AG 2: Der Nationalismus in der Arbeiterbewegung/ der Geschichte der deutschen kommunistischen Bewegung/ zwischen 1918 und 1990

AG 3: Internationalismus: Nationale oder soziale Befreiung?

*Die Debatte Lenin/Luxemburg um den Stellenwert des Nationalismus der unterdrückten Völker

Block 2: Rassismus und Antisemitismus - Nebenwidersprüche?

Eröffnung: Anti-Rassismus-Plenum

Anschließend AGs:

*Rassismus in der Linken - Perspektiven internationalistischer und antirassistischer Zusammenarbeit

*Kritik des Konzepts multikulturelle Gesellschaft

*Zur antirassistischen Praxis

*Linke und Antisemitismus

*Behindertenbewegung, Frauenbewegung, Linke - widersprüchliche "Betroffenheiten"

Block 3: Linker Antifaschismus in der Krise

Eröffnung: Antifa-Plenum: Von der Faschisierung zur Normalisierung? Vom Faschismusbegriff der APO zur Normalisierungsthese und die deutsche Wirklichkeit

Anschließend AGs:

AG 1: Nationalsozialistische Massenbasis und linksradikale Verdrängung: die Linke als Teil der Täternation

*Neues Altes: der Umschlag "fortschrittlicher Politik" in faschistische Ideologie, am Beispiel Sozialhygiene, Ökologie, Eugenik

AG 2: Alter und neuer Antifaschismus in der DDR

AG 3: Zur Kritik bisheriger linker und militanter Antifa-Arbeit und den weiteren Perspektiven

Block 4: Wer ist das revolutionäre Subjekt?

Eröffnungsplenum: Klassenzusammensetzung und Integrationspotentiale im Deutschland der 90er Jahre

Anschließend AGs: Parlamentarisch und außerparlamentarisch oder nur anti-institutionell?

*Mythos revolutionäres Subjekt, die Linke und die Arbeiterbewegung. Antiinstitutionelle Perspektive der Linken?

*Zur (Kontra)Produktivität parlamentarischer Oppositionstätigkeit

*Die Linke und ihr Verhältnis zu Staat, Parlament, Parteien

*Neue Formen der Betriebs(Räte)arbeit?

*Zur Institutionalisierung der Frauenbewegung

Gesamt-Plenumsveranstaltung

Berichte aus den Arbeitsgruppen

Sonntag, 2. Dezember

Abschlußplenum:

Außerparlamentarische Opposition gegen Deutschland - Perspektiven des Widerstands

(eingeleitet mit kurzen Thesen/Statements)

Ab dem 13.11. wird der Aufruf in 2. Auflage und mit ausformuliertem Programm (plus ReferentInnenliste) verschickt werden. Mit dem selben Datum werden Plakate vorliegen (Bestellungen aufgeben, Bezahlung nicht vergessen!). Die Unkosten für das Konferenzwochenende werden DM 15/DM 5 reduziert pro Person betragen.

Spendenkonto: W. Wolf, Stichwort: 2. Dezember, Kto.Nr. 131793028, BLZ 37050198, Stadtsparkasse Köln

Kontakt: Konferenzvorbereitungsgruppe, c/o Hamburger Satz- und Verlagskooperative, Schulterblatt 58, 2000 Hamburg 36 Telefon: Montag bis Freitag (nur von) 17-20 Uhr, Tel.: 040/435320

40. Motor, Bremse oder Mahnwache? - die Kommunistische Plattform der PDS debattiert ihre Rolle in der Partei

Rubrik: PDS · CD-Datei: daten/aksuche/ak324/43.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:324:43

20.000 PDS-Mitglieder sind angeblich in den Strukturen der "Kommunistischen Plattform der PDS" (KPF) organisiert. Gebildet hatte sich die KPF zu einer Zeit, als die Debatten um die Auflösung der SED/PDS auf Hochtouren liefen. Es war seitens der Initiatoren ein Akt organisatorischer und ideologischer Notbremse gegen allzu leichtfertige Abwendung vom Parteigedanken und Orientierung an "westlichen Standards". "Gegen Sozialdemokratisierung der PDS und für konsequenten Antikapitalismus" faßt die grundlegende Haltung der KPF wohl am besten zusammen.

Standpunkte der KPF

Inhaltlich hat sich die KPF in ihren bisherigen Stellungnahmen (1) fast ausschließlich mit denjenigen Positionen auseinandergesetzt, die in der PDS mit dem Stichwort "Erneuerung" umschrieben werden. In Abgrenzung von den "Thesen zur Erneurungskonferenz" heißt es z.B.: "Die Thesen-Autoren wollen ja auf Wertbegriffe wie ‚fortschrittlich' und ‚reaktionär' überhaupt verzichten. Wir sind jedoch der Ansicht, solche Wertbegriffe in unseren Instrumentalien zu erhalten. Um nicht mißverstanden zu werden: auch wir bekennen uns uneingeschränkt zu den progressiven Traditionen der deutschen und europäischen Linken; diese dürfen aber nicht jene ausschließen, die seit Jahrzehnten ehrlich und aufopferungsvoll für eine sozialistische Gesellschaft eingetreten sind."

Dieses Zitat ist kennzeichnend für das durchaus schillernde Bild der KPF: die berechtigte linke Kritik an den nach rechts fließenden Positionen der Erneuerer wird verknüpft mit einem Opportunismus gegenüber der eigenen Geschichte und Basis. "Wir sind jedoch mit der These der DKP nicht einverstanden, daß der Sozialismus zusammengebrochen sei. Gescheitert ist unserer Auffassung nach eine frühsozialistische Variante ... Dieses Scheitern ist nicht zwangsläufig eingetreten. Es ist vor allem darin begründet, daß der frühsozialistische Entwicklungsweg nicht auf der Grundlage der wissenschaftlichen Erkenntnisse von Marx, Engels und Lenin beschritten wurde, (...) sondern nach dogmatisierten und voluntaristischen Vorstellungen einer bürokratischen Führungsschicht, die sich jeder demokratischen Kontrolle entzog und deren Handlungen sich immer stärker gegen jene Klassen und Schichten richteten, als deren Repräsentant sie auftrat."

Gegen eine klare Absage an das Sozialismusverständnis der SED, wie sie von den Erneuerern vollzogen wird, verwahrt sich die KPF schon wegen "der moralischen Wirkung solcher unhistorischen Darstellungen: Es ist die größte Schmach für einen Soldaten, der aufopferungsvoll unter Einsatz seiner ganzen Person gekämpft hat, wenn er für die aufgrund taktischer und strategischer Fehler der Führung erlittene Niederlage verantwortlich gemacht wird. Der demokratische Sozialismus der PDS darf sich jedoch mit einer solchen ‚Schmach` nicht belasten, wenn er nicht erprobte Kämpfer verlieren will", werden Genossen aus Friedrichshain zitiert.

In ihren neusten "Thesen für eine Kommunistische Plattform der PDS (Entwurf)" heißt es zur weiteren Positionsbestimmung:

"Die Leninschen Lehren, die ihrem Wesen nach soziologisch, experimentell und operativ sind, wurden kanonisisert und dogmatisiert, und der Kommunismus weitgehend seiner für ihn konstituierenden kritischen Komponente beraubt. (...)

Es bleibt die historische Schuld der KommunistInnen, Stalinismus nicht verhindert, sondern ermöglicht zu haben. Es bleibt ihr Versagen, ihn nicht selbst konsequent überwunden zu haben. (...)

Wir halten jede Form von Demokratie für eine gesellschaftliche Errungenschaft ... Der bürgerliche Staat bleibt aber dennoch ein Machtinstrument der ökonomisch und politisch herrschenden Klasse ... Wir sind der Ansicht, daß der bürgerliche Staat nur revolutionär-demokratisch zu überwinden ist. (...)

Als KommunistInnen arbeiten wir in den sozialen und emanzipatorischen Bewegungen, insbesondere in den Gewerkschaften mit ... Aktiv unterstützen wir den Kampf der Gewerkschaften ... In dem Umfang, in dem die

monopolkapitalistische Gesellschaft der BRD nicht in der Lage ist, ihre sozialen Widersprüche zu lösen und die globalen Probleme zu bewältigen, wachsen die Voraussetzungen eines Bruches mit der kapitalistischen Gesellschaft heran ... Unser Anspruch, eine grundlegende sozialistische Alternative zum Kapitalismus zu erkämpfen, bleibt bestehen. (...)

Die Mitglieder der Kommunistischen Plattform der PDS tragen das Parteiverständnis dieser linkssozialistischen Partei vollständig mit ... Die KommunistInnen in der PDS haben Verständnis dafür, daß nicht alle kommunistischen Gruppen in Deutschland in der PDS ihre politische Heimat sehen ... Wir schlagen vor, einen Minimalkonsens all jener kommunistischen Gruppen zu finden, die sich zu einer Erneuerung kommunistischen Denkens bekennen."

Strukturkonflikte

Daß die KPF in vielem mit dem ideologischen Kurs von André Brie, Gregor Gysi u.a. nicht übereinstimmt, wird von ihr immer wieder betont. Viel schärfer verlaufen aber die Auseinandersetzungen, wenn es um strukturelle und politisch-praktische Differenzen geht. So wird das ganze Konzept der Linken Liste/PDS, wie es vom Präsidium mehrheitlich seit Monaten favorisiert wird, innerhalb der KPF als undemokratisch und ausgrenzend gegenüber der DKP scharf kritisiert - allerdings ohne daß diese Kritik bisher offen und nachvollziehbar ausformuliert worden wäre. Stellvertretend schlägt sich dieser Widerspruch stattdessen immer wieder in Demokratie- und Strukturdebatten nieder.

Beispielhaft sei hier der Streit um die Phantomplattform "AG Radikale Linke in der PDS" (s. dazu ak 321/322) angeführt. Die KPF hatte ihren speziellen Anteil an der Verschärfung dieses Konflikts, indem sie ausgerechnet das Präsidium wegen "Ausgrenzung nach links" und undemokratischen Umgangs mit innerparteilichen Strömungen angriff, obwohl die Querschüsse gegen die AG Radikale Linke offensichtlich aus einem ganz anderen Lager (ND u.a.) gekommen waren und keineswegs der Mehrheitsmeinung im Präsidium entsprachen. Die Schärfe der damaligen Stellungnahme der KPF ist daher nur nachzuvollziehen, wenn man weitere Hintergründe ausleuchtet.

Es ist wohl kaum übertrieben, von "privilegierten Beziehungen" zu sprechen, wenn man die Kontakte zwischen KPF und DKP bzw. den PDS-Initiativen in der BRD charakterisieren will. Auf der Parteivorstandstagung der DKP am 22./23. September erklärte Fred Beuchel, Geschäftsführer der KPF, zum Wahlbündnis Linke Liste/PDS: "Wir sehen eine Dominanz von Auffassungen von Leuten in der Bundesrepublik, die namentlich uns so sehr nahe nicht stehen. Wir fürchten einfach, daß sich im weiteren Prozeß und durch Sachzwänge, jetzt sind es die Wahlen, dann werden die nächsten Sachzwänge kommen, für eine möglichst neue gesamtdeutsche Organisationsform bestimmte ideologische Prämissen dominierend ergeben, die wir dann noch viel weniger tragen können, als das, was wir jetzt in der PDS gemeinsam tragen."

Leider existiert bisher kein einziger Text, aus dem die Unterschiede in den "ideologischen Prämissen" zwischen KPF und beispielsweise dem KB, der ja nun mal maßgeblich am Linke Liste-Projekt beteiligt ist, zu entnehmen wären. Die "Ausgrenzung gegen links", die von der KPF immer wieder als Gefahr für die PDS beschworen wird, läßt sich an der Bündnispolitik des Präsidiums gegenüber der Westlinken keineswegs so einfach verifizieren. Auch die Sichtweise, daß nun ausgerechnet die DKP im Spektrum der westdeutschen Linken als Hüterin revolutionärer Positionen dasteht, ist zumindest arg verzerrt.

Objektiv befindet sich die KPF derzeit in einem Bündnis auch mit solchen Teilen der PDS, die bisher größte Schwierigkeiten haben, sich vom alten undemokratischen (Einheits-)Parteiverständnis zu lösen und die allein deshalb schon ein Zusammengehen mit der in jeder Hinsicht vertrauteren DKP vorziehen gegenüber einer Liste mit der zersplitterten, unüberschaubaren und chaotischen Rest-Westlinken. Nicht selten macht sich die KPF zum Sprachrohr dieser sogenannten "Basis" in der PDS, die sich gegen zuviel Neues im Programm, zuviele Westlinke und zuviele Namensänderungsdebatten im Aufruhr befindet. Damit hat die KPF einerseits (noch) eine starke Verankerung in der Partei, andererseits wird ihr diese Mentalität wie ein Bleigewicht anhängen, wenn sie in Zukunft eine vorwärtsstrebende Rolle in der PDS spielen will.

Der Briefwechsel

Eine weitere Zuspitzung an den bekannten Fronten brachte ein "Offener Brief" von Michael Stamm an die KPF. Auf das "Diskussionsangebot der Zentralen Koordinierungsgruppe der Kommunistischen Plattform der PDS an

alle Kommunisten" reagierte M. Stamm in dem ihm eigenen Stil, der ihn in der westdeutschen Linken in den vergangenen 15 Jahren so außerordentlich beliebt gemacht hat. Mit Verblüffung wurde innerhalb der PDS registriert, daß dieser Brief, der in Form und Charakter der Auseinandersetzung völlig PDS-untypisch ist, von zwei Präsidiumsmitgliedern unterzeichnet war: von Rainer Börner und von Helga Adler, die die offizielle "Anlaufstelle" im Präsidium für alle AGs, IGs und Plattformen ist.

Völlig unabhängig davon, für wie durchdacht oder richtig man die Thesen der KPF im Einzelnen hält: für eine Partei, in der das Diskutieren über Inhalte und gar das schriftliche Formulieren von Positionen wahrlich nicht zum Alltag gehören, wäre das, was die KPF gemacht hat, ein guter Anlaß für ein ernsthafteres Einlassen auf ihre Inhalte gewesen. Stattdessen wird von M. Stamm in oberlehrerhafter Manier ein Text formuliert, der hauptsächlich eines signalisiert: für wie dumm er die Leute von der KPF hält.

Für die KPF nährte dieser Brief erneut den Verdacht, sie solle Schritt für Schritt aus der PDS ausgegrenzt werden. Auch wenn Gregor Gysi anläßlich der Anspielung des Verfassungsschutz-Vizepräsidenten in einem ND-Interview (2) vor 40.000 Zuhörern auf dem Alex erklärte, die PDS lasse sich vom VS nicht vorschreiben, wen sie in ihren Reihen dulde, was von vielen als eindeutiges Bekenntnis gegen eine Ausgrenzung der KPF gewertet wurde, änderte das nur wenig an der Stimmung in der KPF: Wut und Abneigung gegen die Westlinken der Linken Liste und Teile des Präsidiums wuchsen, das Mißtrauen wurde geschürt. Innerhalb der KPF mehrten sich wieder Stimmen, die von der Perspektive einer Organisierung außerhalb der PDS sprachen. Modelle wurden entworfen, nach denen man sich auch vorstellen konnte, Landesverbände einer nach Osten hin ausgedehnten DKP zu bilden. Unklar war, wie die Stimmung in den örtlichen Gruppen der KPF sein würde; das Gefälle zwischen Berliner und Landesstrukturen ist - wie in der ganzen PDS - enorm und die Kommunikationswege sind eingeschränkt.

Die 2. Konferenz der KPF

Am 3.11. fand die zweite ordentliche Konferenz der KPF in Berlin statt. In seinem einleitenden Referat sprach Fred Beuchel vor rund 80-100 Teilnehmern von der "entscheidenden Phase", in der sich die PDS befinde, und von der "großen Verantwortung" der KPF. Er äußerte seine Befürchtung, daß nach dem Finanzskandal die Anpassungstendenzen in der Partei noch stärker würden und damit die Luft für "konsequente Antikapitalisten" noch dünner. Er betonte trotz Kritik am Präsidium die Notwendigkeit der weiteren Arbeit in der PDS und grenzte sich damit gleich zu Anfang gegen etwaige andere Optionen ab. Selbstkritisch stellte er fest, die KPF habe in der Vergangenheit "zu oft Kritik nur intern und zu loyal" geführt, "um der Partei nicht zu schaden". Jetzt sei aber ein offener Streit ("Jede Woche eine Seite im ND") nötig, um das Partei- und Oppositionsverständnis. Er kündigte eine Initiative zur verstärkten Zusammenarbeit mit den anderen AGs und IGs an, mit dem Ziel einer selbstbewußteren und eigenständigen Organisationsstruktur dieser Teile der Partei.

Ausschnitte seiner Rede belegten wieder einmal die Widersprüchlichkeit, die viele der Positionen der KPF durchziehen. So meinte er im Rahmen seiner Kritik am undemokratischen Vorgehen des Präsidiums, "das normale Parteimitglied" sei "früher über die ZK-Debatten besser informiert gewesen als heute über den Vorstand". Die Frage, was real damals debattiert werden konnte, scheint dabei nicht so wichtig zu sein.

Obwohl eigentlich die Diskussion um den vorgelegten Thesenentwurf geplant war, verschlang die Wahl der neuen ZKG ("Zentrale Koordinierungsgruppe", auch so eine kokettierende Reminiszenz an die alten Zeiten, von manchen in der Diskussion auch verräterisch "das ZKG" genannt) die meiste Zeit. Neu ist die Beteiligung von Westlinken an der ZKG: eine Frau von der PDS-Initiative Hamburg und eine ehemalige SEW-Frau aus Kreuzberg. Die Debatte um die Alternative "Raus aus der PDS" oder Drinbleiben flackerte nur kurz noch einmal auf, als Hans-Peter Brenner vom Parteivorstand der DKP ein pathetisches Statement für die eigenständige revolutionäre, kommunistische Organisation hielt, spielte aber ansonsten keine Rolle auf diesem Treffen.

Die KPF scheint auf Westseite eine große Anziehungskraft für die verrücktesten Sonderlinge und Sektierer verschiedener Colour auszuüben. Neben der etwas skurrilen Vertreterin der "Kommunistischen Plattform Kreuzberg" ("Ich war 13 Jahre in der SEW"), die sich in ihrem Referat nicht verkneifen konnte, noch nachträglich die "Errungenschaften der DDR" in einem ihr ganz wichtigen Punkt zu loben, nämlich daß der Chef zum Internationalen Frauentag seiner Sekretärin Blumen auf den Tisch gestellt hat ("was waren wir neidisch"), taten sich ganz besonders die "Trotzkisten von Spartakist/Arbeitermacht" hervor, ein

österreichisches Trüppchen, deren Vertreter die "Gründung einer trotzkistischen Plattform in der PDS" ankündigte. Generös boten sie der KPF eine "Programmatische Zusammenarbeit" an, traten aber auch gleich entschlossen den Kampf gegen das drohende Gift des Opportunismus innerhalb der KPF an: Wenn die KPF nicht mit ihnen den entschiedenen Aufbau einer Linksopposition gegen die Bries und Gysis betreibe und nicht den Kampf um die Führung in der Partei wolle, sei die Feigenblattrolle der KPF schon vorprogrammiert. Zu allem Überfluß wurde die Arbeitermacht von einem Mitglied der ZKG auch noch aufgefordert, sich doch in der KPF zu organisieren: "schließlich war Trotzki ja Kommunist".

"Ich bin Heiner Lehmann, ehemaliger Redakteur der Roten Fahne", stellte sich ein anderer Gast vor und legte gleich - als Alternative zum bisher unregelmäßig erscheinen trostlosen "Infoblatt der KPF", einen "kühnen Entwurf für eine Zeitung der KPF" vor, mit 14tägiger Erscheinungsweise und dem Titel "Radikal?!"; über die Finanzierung müsse natürlich noch geredet werden.

Alles in allem verlief die 2. Konferenz enttäuschend. Weder wurde über den personellen, organisatorischen und inhaltlichen Stand der Plattform gesprochen, noch wurde auch nur an einer einzigen inhaltlichen Frage ernsthaft diskutiert. Es blieb richtig, was Marian Krüger, bis vor einiger Zeit selbst Mitglied in der ZKG, in einem Resumee über zehn Monate KPF geschrieben hatte: "Die Plattform ist ein Spiegelbild des politischen Zustandes unserer Partei, der es schwerfällt, den Schritt von der linken politischen Mahnerin zum Schaffen von Tatsachen zu tun ... Bisher ist es nur in wenigen Fällen gelungen, wirklich zum frühestmöglichen Zeitpunkt in innerparteiliche Meinungsprozesse einzugreifen und uns damit als Initiatoren von Politik und nicht nur als deren kritische Begleiter kenntlich zu machen."

mi., Berlin

Anmerkungen:

1) - Thesen zur Erneuerungskonferenz der PDS in der Diskussion von Mitgliedern der Kommunistischen Plattform der PDS, Infoblatt Nr. 1

- Diskussionsangebot der Zentralen Koordinierungsgruppe der Kommunistischen Plattform der PDS an alle Kommunisten, Infoblatt Nr. 2

- Thesen für eine Kommunistische Plattform der PDS, Entwurf, Infoblatt Nr. 4

die folgenden Zitate sind diesen Texten entnommen

2) "Natürlich sind wir bei der PDS interessiert daran zu sehen, was macht eine Partei mit dem entsprechenden SED-Erbe, vor allem, wenn sie weitgehend aus ehemaligen SED-Mitgliedern besteht und wenn sie ausdrücklich eine kommunistische Plattform in ihren Reihen duldet. Ich vermisse bei Gysi und der PDS ein klares Bekenntnis zur Demokratie." Vizepräsident des VS, Peter Frisch, in einem Interview mit dem ND vom 24.10.90

41. Vereinzelte Linke oder vereinigte linke Vielfalt? Überlegungen zum einjährigen Bestehen der VL

Rubrik: Vereinigte Linke · CD-Datei: daten/aksuche/ak324/29.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:324:29

"Wir sind der Auffassung, daß insbesondere die DDR vor einer historischen Chance radikaler Erneuerung des sozialistischen Gesellschaftskonzepts steht. Wird sie warten, so hat das Folgen, die möglicherweise nicht nur in unserem Land über lange Zeit hinweg die Aussicht auf ein sozial gerechtes und die freie Entfaltung jedes Gesellschaftsmitglieds garantierenden Gemeinwesens suspendieren" (1). Solche Äußerungen wurden letztes Jahr noch von vielen Intellektuellen in der DDR geteilt, stimmen inzwischen jedoch etwas no- stalgisch, denn kaum jemand wird behaupten, die DDR sei zu diesem Zeitpunkt noch reformierbar gewesen. Für viele Menschen sind die alten Utopien nun nicht mehr tragfähig, neue Konzepte aber auch nicht in Sicht. Das kontinuierliche Scheitern linker Hoffnungen und Träume sowie der aussichtslose Kampf gegen Rekapitalisierung und Wiedervereinigung haben zu tiefer Resignation und Lähmung geführt.

Obwohl alle linken und radikal-demokratischen Kräfte hierzulande in einer Krise stecken, gesteht kaum jemand die eigene Schwäche offen ein. Die Bürgerbewegungen präsentieren sich in der Hülse der Vergangenheit, sie agieren und leben immer noch vom Mythos ihrer "Revolution". Die emanzipatorischen Bewegungen wurden durch die skrupellose Annexionspolitik zerstört, alle Kräfte sind jetzt durch Schadensbegrenzung und Wahlkampf ausgelastet. Da faktisch keinerlei Bewegung mehr existiert, zumindest keine demokratische, gibt es keine Basis für Bürgerbewegungen im ursprünglichen Sinne, was aber keineswegs bedeutet, daß die verbliebenen Fragmente sich aufzulösen hätten. Die laufenden Verwechslungen der Vergangenheit und Gegenwart der politischen Organisationen erschweren allerdings die dringend gebotenen Klärungsprozesse im Oppositionsspektrum erheblich. Bürgerbewegte Funktionäre konkurrieren mit verstockten PDS'lern, ihr Streit geht scharf an der Realität vorbei und verhindert den Dialog und die Erneuerung (nicht nur) der PDS. Die verbliebene ratlose Basis aller Gruppierungen ist kaum noch in der Lage, Widerstand zu leisten oder "mitzugestalten". Von Spannung und Humor der riesigen "4. November-Demo" in Berlin ist bei der diesjährigen Veranstaltung auf dem selben Platz praktisch nichts übergeblieben.

Ein Jahr zuvor

Es ist wieder Herbst, auch wir erinnern uns. Vertreter verschiedener Strömungen der linken anti-stalinistischen Opposition veröffentlichten Anfang September '89 die "Böhlener Plattform", den Appell "Für eine vereinigte Linke in der DDR!". Die wenigen Teilnehmer des streng konspirativen Treffens, das gar nicht in Böhlen stattfand, riefen "alle unabhängigen sozialistischen Gruppen und Vertreter selbständigen linken Denkens auf: Entwickelt die enge Zusammenarbeit und das Bündnis der Linken! Vertretet offensiv die Positionen sozialistischer Demokratie und Freiheit! Erarbeitet eigenständige alternative Konzepte und Programmatik im Geiste einer demokratischen, freiheitlichen sozialistischen Entwicklung in der DDR!"

Bereits in dieser Plattform wurden die schwierigen Voraussetzungen für eine sozialistische Umgestaltung sowohl durch die "Diskreditierung einer sozialistischen Perspektive" als auch durch die "Gefahren eines Ausverkaufs an den Kapitalismus" deutlich benannt.

Mit der "Wende" kam die Legalität, aber auch das typisch linke Chaos. Das "erste DDR-weite Arbeitstreffen der Initiative Vereinigte Linke" am 25./26.11.89 war für etliche der über 500 Interessierten desillusionierend. Das breite Bündnis einer vereinigten Linken kam nie zustande, aber die VL ist auch ein Jahr danach für die Umgruppierungs- und Verständigungsprozesse der inzwischen "deutsch- deutschen" Linken nicht unbedeutend.

Leider ist die VL im Wesentlichen auf einen sehr aktiven Kern kollektiv und arbeitsteilig vorgehender Einzelpersonen zusammengeschrumpft. Weil aber alle anderen Bürgerbewegungen, alle linken Gruppierungen sowie auch die Erneuerer in der PDS gleichermaßen wieder auf den aktiven Kern reduziert sind, sollten wir uns leisten, diese Tatsachen nicht länger verschämt zu verschweigen und zu fürchten, das jeweilige Image könne wie Seifenblasen zerplatzen. Thomas Klein schreibt im "Vau-ell Infoblatt": "Das politische Gewicht des Votums der VL im Auseinandersetzungsprozeß mit der PDS, in der Zusammenarbeit mit den westdeutschen Linken und in der Kooperation mit unabhängigen Linken ist viel größer als die Stärke

der Organisation. Dies ist ebenfalls sowohl eine Tatsache, wie eine nicht zu unterschätzende Gefahr, als auch eine in Verantwortung zu nutzende Verpflichtung" (2).

Das bedeutet erstens, daß die Funktion der VL, als Knotenpunkt und Brücke unterschiedlichster linker Strömungen zu dienen, trotz aller Probleme erhalten bleibt, und zweitens, daß das Ansehen der VL auch von relativ wenigen Leuten getragen und benutzt, aber dringend neu begründet und untermauert werden muß. Frei von stalinistischer Vergangenheit, gegen Sektierertum, gegen Partei- und Vereinswesen, gegen Opportunismus: damit kann auch eine VL aus Einzelpersonen einen Kristallisationspunkt vereinigter linker Vielfalt bilden. Ihre Perspektive liegt meines Erachtens derzeit in Projekten, Aktionen und AG'en, die - nicht mitgliedsgebunden sondern in unterschiedlichsten Bündnissen - möglichst qualifiziert und spezialisiert arbeiten sollten.

Der steigende Druck der allgemeinen Resignation

Mehrere Strömungen, die in kritischer Solidarität kooperieren, sind im Gegensatz zu Fraktionskämpfen durchaus wünschenswert, da linke Alleinvertretungsansprüche sowie die "reine Linie" spätestens seit dem Zusammenbruch des "real-existierenden Sozialismus" nur noch lächerlich sind. Eine modellhafte breite inhaltlich bestimmte Kooperation eines Personenbündnisses im Geiste der Initiative Vereinigte Linke könnte ein Auffang-Angebot für frustrierte Linke aus den diversen mächtig bröckelnden Organisationen darstellen. Auf Ost-Seite könnten die Vereinigten Linken dazu einen wichtigen Beitrag leisten, weil sie von Anfang an eigentlich immer überall mit drinnen waren und gute Kontakte im gesamten Oppositionsspektrum haben. Wie lange die VL selbst den weiter steigenden Druck der allgemeinen Resignation aushält, wenn alles zusammenbricht, ist ehrlich gesagt offen. Nicht auszuschließen, daß VL-Gruppen in verschiedene andere Zusammenhänge übergehen - allerdings kaum wegen Spaltungstendenzen, sondern weil sie zweifeln an der Wirkungskraft kleiner Organisationen.

Rückblickend ist der Weg der Bürgerbewegungen äußerst ernüchternd. Am sichtbarsten hat das NEUE FORUM eine den Grünen vergleichbare Entwicklung von basisdemokratischen Versuchen zu ausgrenzender Funktionärspolitik und Organisationsegoismus im Zeitraffer durchgemacht. Zur Darstellung seiner Organisation in der Berliner Zeitung behauptet Klaus Wolfram, mit der Idee des parteiübergreifenden Dialogs habe "das NEUE FORUM" vor einem Jahr den alten Staat erschüttert und zu Fall gebracht. "Nach der Fusion der Grünen ... wird es nur eine Kraft geben, die die Idee der Bürgerbewegungen entfalten kann: das NEUE FORUM" (3). Die einzige Kraft - das erinnert durchaus an selbsternannte Avantgarde-Parteien. Am Anfang waren der Mut und die erfrischende Direktheit der Forums-Bürger, die ehrlichen Herzens ihre Plattform als übergreifende Initiative für alle bilden wollten und hartnäckig um Legalisiering stritten, wirklich bewundernswert. Auch ihr Konzept ist gescheitert; ein neues Politikverständnis wäre dringend notwendig, um den Herausforderungen durch das neue System begegnen zu können. Aber solange Linke im Spektrum der "bürgernahen Kraft der Mitte" gebunden und neutralisiert sind, solange das vom Anspruch her radikaldemokratische Bündnis die Linken nicht endgültig ausschließt, was allen voran Konrad Weiß, der alle Linken mit Stasi-Spitzeln gleichsetzt, regelmäßig versucht, solange gehört die VL auch ins Bürgerbewegungs-Bündnis. Dies darf jedoch nicht als Alternative zur Zusammenarbeit mit den Erneuerern in der PDS verstanden werden. Die direkte Einmischung in diese Partei muß gerade jetzt VL-Option bleiben.

Durch Schönrederei und illusionäre Erwartungen haben sich die Linken immer wieder ihren Frust selbst organisiert und damit zur Resignation beigetragen. Im Herbst '90 ist die Hoffnung auf Selbstorganisation einer breiten Basis wieder in weite Ferne gerückt. Es ist nun an der Zeit, mit dem Eingeständnis der Schwäche und dem Bewußtsein, vorerst nur als Minderheit radikale sozialistische Politik machen zu können, in die Offensive zu gehen.

ma.,Berlin

Anmerkungen

1) Böhlener Plattform, Flugschrift Anfang September 1989

2) T. Klein: Zur Frage des politischen Selbstverständnisses der VL, in: Vau-ell Infoblatt 22.10.90

3) Berliner Zeitung, 17.10.90

42. Nicht Feiern und nicht Vergessen - (Selbst-)kritische Überlegungen zur Demonstration am 3. November

Rubrik: Radikale Linke · CD-Datei: daten/aksuche/ak324/36.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:324:36

"Der Sozialismus ist tot - und die Erde ist eine Scheibe" - dieses Transparent zeigt am deutlichsten, wer sich am 3.11. in Berlin versammelt hatte: eine radikale Linke, die sich trotz allem dem Trend zur Anpassung verweigert und den Mut besitzt, ihren prinzipiellen Widerspruch zum neuen Großdeutschland auf die Straße zu tragen. Die Motive der 10.000, die unter dem Motto "Der Tod ist ein Meister aus Deutschland" die bundesweite Demo "gegen das Feiern - gegen das Vergessen" veranstalteten, waren dennoch vielschichtig. Auch wurden in der Vorbereitungsphase verschiedene Fehler gemacht. Warum dies so war, und wie sich das auf der Demo widerspiegelte, wollen wir in diesem Artikel (selbst)- kritisch nachzeichnen. Die Demonstration, die gegen 12.00 Uhr mit einer Kundgebung vor dem sowjetischen Ehrenmal in Westberlin begann, konnte trotz der Aggressivität der Bullen bis zu Ende durchgeführt werden. Ein wichtiger Faktor hierfür dürfte die Entscheidung gewesen sein, auf einen Teil der vorgesehenen Route zu verzichten. Die Hintergründe dieser - umstrittenen - Entscheidung werden wir genauer darstellen.

Zunächst zu den Positivposten: Etwa 10.000 Menschen konnten mobilisiert werden. Dies ist für eine explizit antinationale und antiimperialistische Demonstration nicht wenig, zumal die Beteiligung der Westberliner Linken recht schwach war.

Zweitens gab es eine Reihe bedeutsamer und unter die Haut gehender Kundgebungsbeiträge, die wir nebenstehend in Auszügen dokumentieren.

Als politischen Erfolg betrachten wir drittens auch die Berichterstattung in der bürgerlichen Presse (siehe nebenstehenden Kasten). Sie war nicht nur relativ umfangreich, sondern ausnahmsweise auch inhaltlich. Kaum eine Zeitung, in der nicht das Anliegen der Demonstration im Vordergrund stand, wo nicht von sich mehrenden faschistischen und rassistischen Übergriffen die Rede war, wo das Signal nicht ankam, daß wir gegen die Entsorgung der deutschen Geschichte auf der Straße waren.

Auch im Ausland scheint dieses Signal nicht überhört worden zu sein: dafür spricht die Beteiligung zweier Busse aus Paris an der Demo oder das große Interesse besonders der US-amerikanischen Presse.

Es ist somit nach außen gelungen, Themen wie Rassismus, Antisemitismus und Faschismus entgegen dem Zeitgeist ein Stückweit wieder in die Köpfe zu bringen. Schließlich waren positive Erfahrungen in Kontakt mit der jüdischen Gemeinde Ostberlin und in der Zusammenarbeit mit ausländischen Gruppen kleine Schritte in eine Richtung, die es auszubauen gilt.

Hinsichtlich ihrer Innenwirkung hat diese Demonstration hingegen Probleme und Widersprüche offenkundig gemacht, die der Analyse und der Aufarbeitung bedürfen.

Konkurrierende inhaltliche Stoßrichtungen

Um die Vorgeschichte der Demo transparent zu machen, ist zunächst eine Darstellung der unterschiedlichen politischen Zielsetzungen notwendig, die bereits im Laufe der Vorbereitungen miteinander konkurrierten. Leider verlaufen die Scheidelinien oft quer zu bestehenden Gruppen oder Strömungen, so daß sich die Differenzen nur an den Inhalten selbst, nicht aber ihren VertreterInnen festmachen lassen.

Der ursprüngliche, auf dem Kongreß der Radikalen Linken vorgestellte Vorschlag, eine Demonstration am 10 November in Leipzig durchzuführen (vgl. konkret 7/90), der - an die Frankfurter Demonstration anknüpfend - sehr stark und bewußt eine provokativ antinationale Orientierung verfolgte, war von Anfang an sehr umstritten. Auch war er darauf ausgerichtet, daß um den 9.11.90 herum staatlicherseits große Feiern abgehalten würden. Für das Spektrum, das hinter dieser inhaltlichen Ausrichtung stand, war die bereits im Juli erfolgte Aufgabe des Mottos "Nie wieder Deutschland" und die Ausrichtung auf Berlin, ein schmerzhaftes Zugeständnis, das schon zu ersten Distanzierungen führte.

* Für andere, z.B. Teile der Autonomen, die sich auch auf "soziale Kämpfe" in der DDR beziehen wollen, war der Wegfall von "Nie wieder Deutschland" essentielle Bedingung, um sich überhaupt in die Vorbereitungen einzuklinken. Die Kontroverse, wie stark das Gewicht auf der aktuell antinationalen Stoßrichtung liegen müsse, und welche Bedeutung demgegenüber dem 9. November 1938, also der historischen Komponente zukomme, wurde nie offengelegt.

* Die Strömung, die als zwei ausschließliche Schwerpunkte den historischen Bezug auf 1938 und Antisemitismus/Rassismus heute sehen wollte und sich nicht antinationalistisch versteht, konnte sich wiederum vor allem den Antiimpis gegenüber nicht durchsetzen.

* Diese machten durch die Eingliederung der 9.11.1918 und 1923 aus dem bewußten historischen Bezug einen fröhlichen Reigen von Jahrestagen und brachten noch ganz andere Themen ins Spiel, wie Waffenexporte der BRD, die Golfkriegproblematik, Isolationshaft etc., was sich auch im Aufruftext so widerspiegelt.

Daß mit diesem Text, nachdem er Ende August in Berlin verabschiedet worden war, unter solchen Voraussetzungen schließlich alle beteiligten Strömungen unzufrieden waren, sollte nicht verwundern. Doch selbst zu diesem Zeitpunkt noch lebten sie alle lieber mit dicken Kröten im Bauch, als die Alternative zu erwägen, die Demonstration letztendlich nicht stattfinden zu lassen.

Diese inhaltliche Heterogenität kam darin zum Ausdruck, daß die Vorbereitung von immer wechselnden Gruppen fortgesetzt wurde, nachdem andere sich enttäuscht zurückgezogen hatten oder zumindest auf Distanz gegangen waren. Eine Weitergabe des bisherigen Diskussionsstands an die jeweils Nachfolgenden fand nicht oder nur sehr mangelhaft statt.

Auch die Zusammenstellung der Reden auf der Demo selbst muß unter diesem Heterogenitäts-Aspekt gesehen werden. Auffällig viele Redebeiträge zu politischen Gefangenen (Spanien, Irland, BRD) sind zwar immer politisch richtig, ihr Bezug zum politischen Anliegen dieser Demo wurde jedoch nicht klar. Die 10.000 Leute demonstrierten nicht unbedingt aus der gleichen Motivation heraus, was sich öfter in der verwunderten Frage äußerte, auf welcher Veranstaltung mensch denn nun eigentlich sei.

Zum Charakter der Demo

Mit der Auswahl der Aktionsform Großdemonstration für eine Intervention zum 9. November 1938, das sehr große Sensibilität verlangt, haben wir es uns nicht gerade leicht gemacht. Bei dieser Demonstration ging es nicht nur darum, gegen scharfe Repression eigene Interessen durchzusetzen - so wie beispielsweise im Mai in Frankfurt und auf jeder radikalen linken Demo in Deutschland. Zusätzlich durfte sie auf keinen Fall in einem Bild von eingeworfenen Schaufensterscheiben oder brennenden Autos enden, das Assoziationen mit 1938 ermöglichen würde. Bündnispartner aus dem antifaschistischen Spektrum sowie jüdische Gruppen wären dadurch auf Jahre verprellt, und unser eigener antifaschistische Anspruch ad absurdum geführt. Da das Verhalten der Polizei aber in jedem Fall ein unkalkulierbarer Faktor in dieser Überlegung bleiben mußte, war das ganze Projekt von Anfang an ein Wagnis.

Umso dringender war eine Diskussion mit potentiellen DemoteilnehmerInnen aus dem militanteren Spektrum genau um diese Fragen. Daß auch diese Debatte nur sehr mangelhaft geführt wurde, liegt nicht zuletzt an den Verhältnissen in Berlin.

Schauplatz Berlin

In Berlin stand die Demonstration von Anfang an auf sehr wackligen Beinen. Die größte potentielle Zielgruppe, die autonome Szene - mit großer Beteiligung aus dem AL- oder humanitären Spektrum war wegen der inhaltlichen Radikalität von Anfang an nicht zu rechnen - zeigte sich zunächst vergrätzt, weil sie an der Entscheidung um den Demo-Schauplatz Berlin nicht beteiligt wurde. Dazu kam eine sehr skeptische Haltung gegenüber dem Projekt Radikale Linke: Neben den bekannten Vorbehalten ("Papiertiger", "Altlinke" etc.) ist diese auch darauf zurückzuführen, daß die Ansätze, vor Ort eine Radikale Linke aufzubauen, eher jämmerlich verlaufen sind. Doch auch hier wurden inhaltliche Streitpunkte, z.B. Kritik an der antinationalen Ausrichtung oder dem historischen Bezug - die Demo sei "zu rückwärtsgewandt" - nicht ausgetragen. Die Szene zog sich leider sehr frühzeitig zurück, ohne diesen Rückzug jemals öffentlich politisch zu begründen, was auch als Ignoranz oder Desinteresse zu kritisieren ist. Nach der "Deutschland, halt's Maul"-Demo am dritten Oktober,

die 10.000 Leute in relativ kurzer Zeit mobilisiert hatte und allgemein als Erfolg eingeschätzt wird, war in Berlin die Attraktivität einer weiteren antideutschen Demonstration vielleicht auch tatsächlich geringer als im übrigen Bundesgebiet, obwohl die beiden Demos vom politischen Ansatz her kaum vergleichbar sind.

Groteskerweise wurde auch nach dem Rückzug praktisch der gesamten Szene dem bundesweiten Demo-Vorbereitungskreis noch das Bild vermittelt, es habe sich in Berlin ein breites handlungsfähiges Bündnis zusammengefunden. (Vgl. die SoZ-Berichterstattung) Während bundesweit die Mobilisierung zu laufen schien, wurde die personelle Lage in Berlin immer prekärer, da sich nach der Verabschiedung des Aufrufs ein Großteil der VorbereiterInnen ebenfalls verabschiedete.

Auch eine bestimmte Spielart von "professionellem" Bündnisverständnis einzelner Radikaler Linker hat zu dieser mißlichen Lage beigetragen: Es reicht eben nicht aus, finanzielle Mittel für die Einrichtung eines Büros zur Verfügung zu stellen, für die technische Abwicklung von Druck, Anzeigenschaltung etc. zu sorgen und auch ansonsten organisatorische Anforderungen zu erfüllen, wenn keine politische Basis für ein Projekt geschaffen wird. Diese kann nur durch eine möglichst breit, ausführlich und genau geführte Diskussion um Inhalte und Demokonzeption zustande kommen. Der bundesweite Vorbereitungskreis hätte spätestens im August merken müssen, daß diesbezüglich in Berlin entscheidende Voraussetzungen fehlten. Auch die AK-Berichterstattung war in diesem Sinne zumindest unvollständig.

Die letzte Berliner Vorbereitungsgruppe, die fünf Wochen vor dem 3.11. mit dem Anspruch angetreten war, in Berlin doch noch eine tragfähige Basis für die Demonstration zu schaffen und die Diskussion in die autonome Szene und andere radikale Linke Zusammenhänge hineinzutragen, konnte dies nicht mehr umsetzen. Wer in so kurzer Zeit ein Spektrum noch für sich gewinnen will, das aus verschiedenen, zum Teil zurückliegenden Gründen den stillen Boykott gewählt hat, bewegt sich auf dem Grat zwischen Opportunismus und Funktionalisierung. Aus diesem Grund wurde auch die oben beschriebene Diskussion um den Charakter der Demo, die zwar kämpferisch sein sollte, sich aber in der Militanz nicht gegen "Objekte" richten durfte, viel zu vorsichtig und verhalten geführt.

Hier wurde auch deutlich, daß in der Frage Antizionismus - Antisemitismus von links nach wie vor Diskussionsbedarf besteht.

Abkürzung der Demoroute - eine problematische Entscheidung

Als sich vor diesem Hintergrund die Demonstration am 3.November schließlich in Bewegung setzte, hatte die Polizei das Klima mit massiven Vorkontrollen, einem Knüppeleinsatz und über 40 vorläufigen Festnahmen bereits geprägt. Allgemein wurde über die Dauer der Auftaktkundgebung gestöhnt. Kaum verwunderlich, wenn ein Konzept, was ursprünglich insgesamt 18 (!) RednerInnen umfaßt hatte, auf immer noch sieben Redebeiträge für die Auftaktkundgebung gekürzt worden war. Direkt nach dem Abmarsch zog ein Polizeispalier auf, daß sich auf einen energischen Block von ca. 1000 Leuten konzentrierte und Zug um Zug verstärkt wurde. Auf der gesamten Strecke Unter den Linden bewegte sich die Demo dann im Stop-and-Go-Tempo vorwärts. Durch die ständigen, bis auf zwei Fälle unnötigen, Zwischenstops kam die Demo nur im Schneckentempo voran. Der hierdurch entstehende Eindruck von Nervosität und fehlender Geschlossenheit ließ für die vielen engen Straßen im Scheunenviertel nichts Besseres erwarten.

Mittlerweile war das Spalier stellenweise dreireihig, und Zugführer der Bullen weigerten sich offen, einen Befehl, den "Begleitschutz" zu lockern, auszuführen. Kurz vor der Kreuzung, von wo aus die Route in das ehemalige jüdische Viertel und zur Synagoge hätte führen sollen, stürmte eine Einheit in den autonomen Block um zwei Leute unter dem Vorwand der Vermummung herauszugreifen. Für weitere angekündigte Angriffe gegen die Demonstration wartete am Anfang jenes Viertels ein Greiftrupp von 200 "Mann". Obwohl dies für die DemoteilnehmerInnen nicht unbedingt physisch nachvollziehbar gewesen war, hatten die Bullen bis zu diesem Zeitpunkt also permanent eskaliert. Offensichtlich wollte die Polizeiführung entweder den Einzug der Demo in das jüdische Scheunenviertel schlicht verhindern, oder aber - was für uns politische sehr schwierig geworden wäre - genau in der Gegend um die Synagoge herum massive Auseinandersetzungen zu erzwingen. Da schon zuvor die Demo nur in Stop-and-Go-Tempo vorwärts gekommen und insgesamt einen Eindruck von Nervosität und fehlender Geschlossenheit an den Tag gelegt hatte, war die Alternative nicht gerade einfach.

Die Demoleitung entschloß sich, auf den Weg durchs jüdische Viertel zu verzichten und direkt zum Alexanderplatz zu gehen, wo die Abschlußkundgebung vorgesehen war. Die Art und Weise, wie diese

Entscheidung getroffen wurde, muß kritisiert werden. Zum einen wurde sie zu schnell und hektisch getroffen, zum zweiten hätte mit organisierten Teilen der Demo Rücksprache gehalten werden müssen, was allerdings auch durch die mangelnde Diskussion im Vorfeld und politische Heterogenität der Demo erschwert wurde.

Bis auf die Demoleitung waren von dieser Entscheidung alle, z.T. auch böse überrascht. Der nächste Fehler war dann, daß die Vermittlung der Entscheidung zu den DemoteilnehmerInnen hin gelinde gesagt ungenügend war.

Dennoch halten wir diese Entscheidung unter den gegebenen prekären Voraussetzungen für sinnvoll und politisch richtig. Die Kritik, es habe sich um ein einfaches Nachgeben gegenüber den Bullen gehandelt, greift zu kurz.

Gab es in dieser Situation verantwortbare Alternativen? Der Zug ins Scheunenviertel wäre mit einiger Wahrscheinlichkeit in einer Schlacht geendet. Diese hätte aber nicht nur die faktische Auflösung dieser ohnehin nervösen Demo zur Folge gehabt; sie wäre auch angesichts des historischen Bezuges auf den 9.11.1938 politisch nur schwer zu verantworten gewesen.

Daß das nichts für zukünftige Demos heißt und die taz sich zu früh gefreut hat, wir hätten endlich Friedfertigkeit gelernt, ist selbstverständlich. Eine abschließende Bewertung muß nach dem Gesagten ambivalent ausfallen.

Durch die Heterogenität der inhaltlichen Schwerpunkte und die Scheu vor deren Diskussion hat die Demonstration eines ihrer politischen Ziele verfehlt: nämlich nach der Frankfurter "Nie wieder Deutschland"-Demo ein weiterer Bezugspunkt im Umgruppierungsprozeß der Linken zu sein, der auch in Abgrenzung zu linksnationalistischen und opportunistischen Tendenzen bewußt polarisiert.

Zugleich hat sich im Vergleich zur Frankfurter "Nie Wieder Deutschland"- Demo die TeilnehmerInnenzahl nicht vergrößert sondern halbiert. Besteht vielleicht ein Zusammenhang zwischen inhaltlicher Eindeutigkeit und Mobilisierungsfähigkeit? Noch drastischer stellt sich die Frage der Mobilisierungsfähigkeit im Spektrum der Radikalen Linken. Daß insgesamt zwar weniger Leute da waren, die Anzahl der DemoteilnehmerInnen aus dem autonomen Spektrum sich aber seit Frankfurt erheblich erhöht hat, zeigt, daß die radikale Linke außerhalb dieses Spektrums an Mobilisierungsfähigkeit eingebüßt hat. Wer will, kann zwar nachrechnen, daß in letzter Zeit auch Bündnisse, bis in die SPD hinein, wie anläßlich der Frauendemonstration vom 29.9. oder Aufrufen der reformistischen DDR-Bürgerbewegungen, wie der zum 4.11.1990, nicht mehr Menschen auf die Straße bringen konnten. Doch ein Trost ist das nicht. Gegen das neue Deutschland ist quantitativ und qualitativ weitaus mehr Widerstand angesagt, als am 3.11. demonstriert.

mir. & mo., Westberlin

43. Redebeiträge Demo 3.11.: K.H. Roth, Sussidrna, J.Weizenbaum, M.Baader Th.Kieseritzy, Dimitris Dessyla

"Sie tragen den Keim zum bürokratischen Massenmord in ihrer Brust"

Rubrik: Wiedervereinigung; Radikale Linke · CD-Datei: daten/aksuche/ak324/23.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:324:23

von Karl-Heinz Roth

Liebe Genossinnen und Genossen,

die ehemalige Metropole der behördlichen Massenmordplanung wird jetzt wieder deutsche Hauptstadt. Dies ist das Ergebnis des Anschlusses der DDR an die BRD, wie er im Verlauf dieses Jahres stattgefunden hat. Die Ideologen und Geschichtsbildner der herrschenden Klasse triumphieren. Sie verkünden, daß mit der Vernichtung und Einverleibung des zum realsozialistischen Staates geronnenen antifaschistischen Kontinuitätsbruchs deutscher Geschichte Auschwitz als "Identifikationsbarriere" für ein positives deutsches Nationalbewußtsein überwunden sei. Sie empfehlen den Untertanen des sich restaurierenden Großdeutschlands angesichts des glücklichen Ausgangs des nazi-imperialistischen Sonderwegs eine neue Form der entsorgungsbewußten "Heiterkeit". Sie verhöhnen die Opfer der europäischen Judenvernichtung und von Auschwitz auf mehrfache Weise.

Erstens fordern sie ein kompromißloses Denk- und Arbeitsverbot allen Bemühungen gegenüber, am Fall von Auschwitz die mörderische Logik von kapitalistischer Expansion und rassistischem Nationalismus herauszuarbeiten. Sie wollen endgültig die Erkenntnis ungeschehen machen, daß die nazistische Verschränkung von Vernichtung und Entwicklung mit all ihren Folgen und internationalen Nachwirkungen nur eine antikapitalistische und zugleich prinzipiell antinationale Antwort zuläßt. Angesichts neuerlich akut gewordener Bedürfnisse nach nationaler "Volksgemeinschaft" soll Auschwitz endgültig aus unserem Gedächtnis verschwinden.

Zweitens wollen die Konsensstifter von der Einsicht ablenken, daß Auschwitz selbst nur als Gipfelpunkt deutscher Nationalstaatlichkeit zu begreifen ist. Schon die Reichsgründung von 1871 basierte auf "Eisen und Blut". Der preußische Reichseiniger hatte Krieg gegen die anderen deutschen Staaten und dann gegen Frankreich geführt. Was damals für "zusammengehörig" erklärt wurde, "wuchs" nur "zusammen" im Gefolge der Annexion von Elsaß-Lothringen und nach der mittelbaren Beteiligung am Massaker der 70.000 Kommunarden von Paris. National-annexionistischer Chauvinismus und kapitalistische Expansion sind in Deutschland seither untrennbar miteinander verbunden, sie provozierten die Flottenrüstung, den ersten Weltkrieg und die Vernichtungswissenschaft des Gaskriegs. Nach 1918 tolerierten die geschlagenen Eliten Weimar nur als Übergangsprovisorium. Sie nutzten die politischen Destabilisierungen im Gefolge der Weltwirtschaftskrise zur Durchsetzung ei- nes volksgemeinschaftlich radikalisierten Bündnisses für den zweiten Anlauf zur Weltmacht. Nach dem Scheitern auch dieses zweiten Versuchs schien die deutsche Geschichte endgültig diskreditiert als Nationalgeschichte: international durch Jalta und Potsdam, im Innern des ehemaligen Reichsgebiets durch den Aufbau zweier antagonistischer Territorialstaaten. Damit ist es jetzt, 41 Jahre später, wieder vorbei, weil der kontinuitätsbrüchige der beiden Territorialstaaten inzwischen geschleift ist.

Geschichte wiederholt sich nie als linearer Prozeß. Aber sie reproduziert und radikalisiert sich solange, wie die entscheidenden Herrschaftsstrukturen fortwirken. Jetzt wird der scheinbare "Exzeß" Auschwitz gekappt, um frohgemut zum eisernen Reichseiniger von 1871 aufzuschließen. Aber auch so bleibt immer noch die Dimension eines "knutogermanischen" Reichs übrig, dem Michael Bakunin und Friedrich Engels ganz unabhängig voneinander bei der Analyse seiner Entstehung bescheinigten, daß seine Offiziere und Schlotbarone den Keim zum bürokratisierten Massenmord in ihrer Brust trugen. An welcher Etappe der großdeutscher Restaurationsschub auch immer ansetzen mag: wer heute zwischen Rhein und Oder lebt, muß gerade nach dem Untergang der DDR antikapitalistisch und antinational zugleich handeln, wenn er epochale Katastrophen nicht nur überleben, sondern verhindern will.

Am schwersten aber wiegt drittens die Methode, mit der in diesem Jahr der großdeutsche Nationalstaat restauriert worden ist. Zynisch hat die herrschende Klasse der BRD das demokratische Aufbegehren der DDR-Bevölkerung vom Herbst 1989 gegen die erstarrte realsozialistische Herrschaftsstruktur ausgenutzt, um die DDR mit den Mitteln des ökonomischen Blitzkriegs zu zerstören und in ihr Hoheitsgebiet einzuverleiben. Die Grundzüge des von den Großbanken und einer Fraktion der Bundesbankdirektoren entwickelten Programms lagen schon Ende November 1989 im Bundeskanzleramt fest und wurden bis März/April dieses Jahres technisch perfektioniert. Die DDR-Wirtschaft wurde währungs- und fiskalpolitisch von ihren Märkten und Krediten getrennt und in den Ruin getrieben, um das Land danach zu völlig einseitig diktierten Bedingungen politisch annektieren zu können. Dieser ökonomische Blitzkrieg war ein uneingeschränkter Erfolg für die westdeutsche Herrschaftselite. Aber war so, wie er sich jetzt darstellt, nicht nur ein Meisterstück monetaristischer Schurkerei, sondern er wurde erleichtert durch die grundsätzliche Kapitulationsbereitschaft der Reform-Intelligenz schon seit der Modrow-Regierung. Schon vor den D-Markwahlen von 18. März waren durch die Parole vom "Deutschland einig Vaterland" alle Versuche zur demokratisch-sozialistischen Erneuerung von DDR-Gesellschaft und -Wirtschaft paralysiert. Seit April haben sich die nationalreformerischen und -konservativen Kräfte der DDR darauf beschränkt, den ökonomischen und dann den politischen Annexionsplan zu modifizieren.

Der Teil Berlins, in dem wir uns gegenwärtig befinden, steht wie die DDR seit dem 1. Juli ökonomisch und seit dem 3. Oktober politisch unter der Fremdherrschaft der BRD. Der Zerstörungsprozeß der gesellschaftlichen und ökonomischen Strukturen hat die Produktion halbiert, die Einkommen an den westdeutschen Staatshaushalt angekoppelt, ein Drittel der lohnabhängigen Bevölkerung arbeitslos gemacht, Verwaltung und Politik den Kommissaren der westdeutschen Annexions-Einheitspartei ausgeliefert. Je weiter die an den Einverleibungsprozeß gebundene Zerstörung fortschreitet, desto gravierender werden die gesellschaftlichen Folgewirkungen. Je mehr die Massen hier und bald auch - aufgrund der Rückwirkungen durch Lohndruck, Pendelwanderungen und allgemeine Deregulierung - im BRD-Gebiet sozial demoralisiert werden, desto dringlicher erscheint es den großdeutschen Machthabern, auf den Mythos der nationalstaatlichen "Volksgemeinschaft" zurückzugreifen. Professorale Söldlinge der Deutschen Bank und der Konrad-Adenauer-Stiftung haben längst im Verbund mit den Wadenbeißern der Sozialdemokratie die einschlägigen Kampagnen gestartet. Die Betrogenen und sozialpsychisch Demoralisierten sollen in dem von ihnen selbst hervorgebrachten "volksgemeinschaftlichen" Aufbruch langfristig Halt finden. Damit sie sich besser fühlen, werden ihnen auch diejenigen vorgeführt, die irrtümlich glaubten, nach ihrer bedingungslosen Kapitulation werde ihnen eine Nische fürs politische Überleben zugewiesen. Hinzu kommen die "volksfremden" Arbeitskräfte als Aggressionsventil. Damit der populäre Rassismus auch seine amtliche Würdigung finde, hat das Bundesverfassungsgericht in den vergangenen Tagen das Verhältnis von Nationalstaat und "deutschem Volkstum" ausdrücklich bekräftigt. Der populäre und der institutionelle Rassismus, den wir heute wieder in seiner explosiven Verschränkung erleben, ist die logische Folge einer Annexionsstrategie, die ganz ohne Waffen, nur mit dem erdrückenden Übergewicht des ökonomischen Potentials, des instinktsicheren Eroberers und einer postmodern glitzernden Kultur des schnellen Geldes, eine ganze Gesellschaft ruiniert, um sich ihr Volkseigentum anzueignen und ihren Territorialstaat zu unterwerfen.

Das Va Banque der westdeutschen herrschenden Klasse und die widerstandslose Kapitulation der DDR-Reformelite haben uns, unsere Gegenkultur und unsere Identitäten unverhofft in eine Existenzkrise gestürzt. Uns wird eine radikale Widerstandsperspektive aufgezwungen, ob wir dies wahrhaben wollen oder nicht. Unsere Überlebenschancen hängen von unserer Fähigkeit ab, die Klassenverhältnisse des neuen Großdeutschland zu analysieren, das durch den inzwischen eingetretenen Widerspruch von Boom und Depression, aber auch von auftrumpfender Macht und ohnmächtig erfahrener Fremdherrschaft tief gespalten ist. Ausgehend von dieser Analyse werden wir unsere Beziehungen zu den Ausgebeuteten, den erniedrigten und Beleidigten neu abklären müssen, wohl wissend, daß eine aussichtsreiche Perspektive des Massenwiderstands nicht leicht zu definieren sein wird.

Eines aber ist klar, und vielleicht könnte dies zu einem gemeinsamen Ausgangspunkt werden: der Boykott der Reichstagswahlen am 2. Dezember. Ganz unabhängig von den grundsätzlichen Problemen von Massenwiderstand und Parlamentarismus boykottieren wir diese Wahlen

- weil sie die Opfer des Faschismus verhöhnen und die faschistischen Täter nachträglich rehabilitieren

- weil sie gerade jetzt fünf Millionen Mitbürgerinnen und Mitbürger als nichtdeutsches "Volkstum" ausgrenzen und die Republik programmatisch in den Zustand eines Apartheid-Nationalstaats zurückführen

- weil wir nicht an den Annexionsverbrechen der westdeutschen herrschenden Eliten mitschuldig werden wollen und den vom Finanzkapital ökonomisch herbeigeführten Staatsstreich des Kanzlers Kohl bekämpfen

- weil wir als Antiimperialisten in der Metropole Großdeutschland nur wirken können, wenn wir antinational sind

- weil wir stolz sind und uns niemals unterwerfen werfen.

44. Wie weiter mit "Nie wieder Deutschland"?

Rubrik: Wiedervereinigung; Radikale Linke · CD-Datei: daten/aksuche/ak324/18.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:324:18

Seit dem 3. Oktober gehört die DDR der Vergangenheit an. Verschwindet damit auch die scharfe Polarisierungslinie zwischen Gegnern und Befürwortern/"Gestaltern" der Wiedervereinigung? Machen wir, nach einem Jahr verzweifeltem Abwehrkampf gegen das "einig Vaterland", jetzt wieder weiter wie gehabt: gegen Nazis, gegen Reaktoren und Raketen, gegen Mietspekulation, gegen Aufrüstung? War die Anti-Deutschland-Politik der Radikalen Linken eine konjunkturelle Episode? Oder andersherum: Wie konkretisiert sich die "Nie wieder Deutschland"-Orientierung, nachdem "Deutschland" Realität geworden ist?

Unsere Strategie: destruktiv und radikal

Es gibt zwei Möglichkeiten für die Linke, sich auf den neuen Staat zu beziehen: als radikale oder als loyale Opposition. Vielleicht könnte man auch sagen: als konstruktive oder als destruktive Opposition, wobei "destruktiv" so klingt, als ob dahinter nur Desperados stünden, und das utopische Moment, das mir gerade jetzt so wertvoll erscheint (s.u.), verschwindet. Am schwierigsten erscheint mir das traditionelle Begriffspaar reformistisch/revolutionär, da sich so viele "Revolutionäre" in den letzten Monaten "konstruktiv" gezeigt haben ...

Die loyale Opposition von Karsten Voigt über Antje Vollmer bis zu Hans Modrow will die "Teilnahme an einer offensiven Gestaltung eines neuen Deutschland in Europa" (Andre Brie, PDS-Vordenker). Diese Haltung ist illusionär. Das Aufbrechen des gesellschaftlichen Status Quo im letzten Jahr schafft keine Ansatzpunkte für linke Reformprojekte; das Beispiel Verfassungsdiskussion zeigt, wie die gesellschaftliche Destabilität viel eher zu einem Rechtsruck (Asylrecht, Bundeswehreinsatz out-of-area) führt und die faschistischen Potentiale stärkt.

Für die radikale Opposition ist "Deutschland" einer der Staaten, die am dringendsten ihrer Zerschlagung bedürfen. In den Worten von Marx: "Krieg den deutschen Zuständen! Allerdings! Sie stehen unter dem Niveau der Geschichte, sie sind unter aller Kritik, aber sie bleiben ein Gegenstand der Kritik, wie der Verbrecher, der unter dem Niveau der Humanität steht, ein Gegenstand des Scharfrichters bleibt. Mit ihnen im Kampf ist die Kritik keine Leidenschaft des Kopfs, sie ist der Kopf der Leidenschaft. Sie ist kein anatomisches Messer, sie ist eine Waffe. Ihr Gegenstand ist ihr Feind, den sie nicht widerlegen, sondern vernichten will." (1)

Die Beispiele für die Richtigkeit dieses radikalen, negativen, destruktiven Herangehens sind Legion. Die Bekanntesten: Für die Verlangsamung des Atomprogrammes sind nicht die Verlangsamungsprogramme der SPD/Grünen verantwortlich, sondern der radikale und militante Kampf für die sofortige Stillegung. Und: Die Forderung der APO nach Revolution hat zwar nicht die Revolution bewirkt, aber die Herrschenden doch zu einigen wichtigen Reformen und Umbauten im System genötigt, die uns den politischen Kampf und das private Leben in der Folgezeit leichter gemacht haben. In diesem Sinne ist die destruktive Opposition keine Vertröstung auf den St. Nimmerleinstag der Revolution, sondern bewirkt schon heute reale Veränderungen (oder verhindert zumindest beabsichtigte Verschärfungen); in diesem Sinne ist die radikale Ablehnung von Deutschland viel realistischer als jede Realo-Reformpolitik.

Unser ideologisches Profil: gegen Deutschland

Nach dem 3. Oktober erscheint vielen die "Nie wieder Deutschland"-Orientierung, die sie noch im Mai mitgetragen haben, obsolet. Sie haben diese Parole nur als Paraphrasierung der Forderung nach Zweistaatlichkeit verstanden und ihre tiefere Bedeutung nicht mitgetragen. In Konkurrenz dazu werden zwei andere Orientierungen als Klammer für die außerparlamentarische Bewegung diskutiert:

Der stumpfe Antifaschismus, wie er beispielsweise von der Volksfront oder in weiter verwässerter Form von der VVN oder der PDS vertreten wird, drängt auf "Verbesserungen" des neuen Deutschland und fügt sich so in den nationalen Konsens ein. So beteiligt sich die VVN an der Suche nach einem geeigneten Nationalfeiertag, zu den Reichstagswahlen wird ein Wahlaufruf gemacht, daß man bitteschön die rechtsextremen Parteien nicht mehr wählen soll - ohne sich der Problematik zu stellen, daß auch die Programme von CDUCSUFDPSPD nach rechts gewandert sind (vom Charakter dieser Wahl ganz zu schweigen). Ein Antifaschismus-Experte der PDS will einen "Antifaschismus und ein positives Verhältnis zur Vereinigung beider deutscher Staaten, zu Deutschland, zur deutschen Heimat, zum deutschen Vaterland" sowie die "geistige Auseinandersetzung mit

nationalem Nihilismus und linksradikalen Negativpositionen" (2). Antifaschismus verkommt hier zur Hintergrundmusik für die nationale "Radikalisierung der Mitte" und das Schönhubern von Lafontaine in der Asylfrage. Überdies wird ausgeblendet, daß sich der national argumentierende Antifaschismus in der DDR seine rechten bis rechtsradikalen Totengräber selbst produziert hat, daß deswegen Antifaschismus ohne Antinationalismus stumpf bleibt.

Der platte Antikapitalismus und seine Vertreter (beispielsweise Teile der Autonomen und die MLPD) sehen den deutschen Faschismus nur als Kapitaldiktatur und die KZs nur in der Profitlogik, d.h. es wird übersehen, wie sehr gerade hierzulande die nationale Demagogie fähig war, größere Sektoren der untere Klassen im Nationalsozialismus zusammenzuschmieden. Da diese Position den deutschen Kapitalismus als einen normalen Kapitalismus bekämpft, unterstützt sie die "Schlußstrichmentalität" der Herrschenden, eines ihrer Hauptanliegen im nationalen Formierungsprozeß. Vergessen wird, daß die nicht aufgearbeitete Vergangenheit die Gegenwart prägt, daß also in der deutschen Gesellschaft faschistische Potentiale wie nirgends anderswo sind, und daß mit der deutschen Einigung die Rahmenbedingungen für diese Kräfte besser geworden sind. Richtig dazu Christian Klar: "Einer der die PDS-Razzia in Berlin leitenden Polizisten meinte: "50 Jahre Zurückhaltung sind genug." Das ist ein Schlüssel für die Bewegung des neuen Großdeutschland." (3)

Während der platte Antikapitalismus die deutsche Vergangenheit - das III. Reich - ignoriert, bagatellisiert der stumpfe Antifaschismus die deutsche Gegenwart - das IV. Reich. Beide haben eine offene Flanke zum Nationalismus. Im Unterschied dazu wäre ich unbedingt dafür, eine "Anti-Deutschland-Orientierung" auch in Zukunft beizubehalten. Diese antinationalistische Schwerpunktsetzung baut Antikapitalismus und Antifaschismus mit ein, betont aber, daß es der Nationalismus ist, der immer wieder die imperialistische Volksgemeinschaft zusammenschmiedet und so den Faschismus möglich und den Antikapitalismus unmöglich gemacht hat. In diesem Sinne meint "Nein zu Deutschland" mehr als ein "Nein zum Staat", das dem Nationalismus und der Nation sprachlos oder apologetisch gegenübersteht, und eröffnet auch neue Zugänge für Unterstützung. Der militante Antiimperialismus einer Ulrike Meinhof hat darin ebenso seinen Platz wie der freiheitliche Kommunismus einer Rosa Luxemburg oder der kosmopolitische Humanismus einer Marlene Dietrich.

Während der stumpfe Antifaschismus oft den Status Quo gegen eine rechtsradikale Verschärfung verteidigt und - spiegelbildlich - der platte Antikapitalismus blind für eine mögliche Verschärfung ist, sensibilisiert die Anti-Deutschland-Argumentation doppelt; wer "Deutschland" hört, versteht darunter einerseits den derzeitigen Staat, assoziiert aber immer auch das NS-Regime. So impliziert schon der Begriff "Deutschland" den Faschismus, ohne daß damit die herrschenden Zustände bereits als faschistisch bezeichnet werden (wie in manchen Analysen der RAF) oder daß eine Verschärfungsprognose zur Legitimation der eigenen Politik herhalten muß (wie in der "Faschisierungsthese").

Die alte und die neue APO

Was macht die radikale Opposition konkret, nach der Anti-Reichswahl-Kampagne? Auch dazu ein Tip von Marx: "Es handelt sich darum, den Deutschen keinen Augenblick der Selbsttäuschung und Resignation zu gönnen. Man muß den wirklichen Druck noch drückender machen, indem man ihm das Bewußtsein des Drucks hinzufügt, die Schmach noch schmachvoller, indem man sie publiziert (...) Man muß diese versteinerten Verhältnisse dadurch zum Tanzen bringen, daß man ihnen ihre eigene Melodie vorsingt! Man muß das Volk vor sich selbst erschrecken lehren, um ihm Courage zu machen!" (4)

Die erste Aufgabe ist also die breite Entfaltung einer Propaganda, einer Denunziation gegen Deutschland. Die radikale Opposition muß vor allem sichtbar machen, daß es sie gibt: Demonstrationen, die das NEIN zu Deutschland in die Öffentlichkeit tragen, Veranstaltungen, die den Illusionismus und Opportunismus der Staatslinken kritisieren und die realen Gefahren aufzeigen, die von Deutschland ausgehen, durchbrechen die schwarz-rot- goldene Gleichschaltung der Öffentlichkeit. Es wird wichtig sein, diese Positionen immer wieder unverwässert und exponiert zum Motto von politischen Aktivitäten zu machen, sie nicht bündnispolitischen Erwägungen zu opfern.

Gleichzeitig darf diese Propaganda nicht seminaristisch verkümmern, will sie nicht den faden Politikstil der MG kopieren. Hier ist ein Blick auf die APO der 68er-Zeit sinnvoll. Natürlich waren die Rahmenbedingungen damals wesentlich besser (verknöcherter politischer Apparat der Bourgeoisie, internationaler Aufschwung

revolutionärer Politik) und eine direkte Erfolgserwartung ist daher heute fehl am Platze - diese Hemmnisse betreffen jedoch nicht nur die radikale, sondern auch die loyale Opposition. Mit dieser Einschränkung erscheinen mir vier Eckpunkte des "APO-Modells" auch heute wichtig:

1.Das Bemühen um einen gesellschaftlichen Bruch

Die APO verschaffte sich gesellschaftliches Gehör und großen Anhang in der Jugend durch einen radikalen Bruch mit dem Massenbewußtsein, nicht durch ein Anknüpfen daran.

"Diese allgemeinen Überlegungen richten sich gegen das Argument, die direkte Aktion isoliere die APO nur von der Bevölkerung und passe sich taktisch zu wenig an deren Bewußtsein an. Sieht man davon ab, daß die taktische Anpassung ans falsche Bewußtsein dieses noch nie verändert, aber fast immer die revolutionären Prinzipien über Bord geworfen hat, so falsifiziert sich dieses Argument an seinem eigenen Erfolgskriterium. Die stille Aufklärung, auf die es unausgesprochen rekurriert, war in den 50er und zu Beginn der 60er Jahre ein Fehlschlag. Erst die radikalen und provokativen, Widersprüche in der Bevölkerung aufreißenden Aktionen der außerparlamentarischen Bewegung haben eine massive Opposition bilden können. Sie haben sich nicht an die abstrakt statistische große Bevölkerung schlechthin gewandt, sondern an die spezifischen Gruppen, deren Bewußtsein noch offener ist als das manipulativ verschlossene der apathisierten Massen (...) Sich aber einen revolutionären Aufklärungsprozeß vorzustellen, der harmonistisch verlaufen könnte, wäre naiv und würde Widersprüche, die es aufzudecken gilt, nur zudecken." Die Aktualität dieser 20 Jahre alten Sätze des APO-Theoretikers Hans-Jürgen Krahl ersieht mensch schon daran, daß sie in einem neueren Diskussionspapier von Gefangenen auftauchen (5), ein Beleg für die Vitalität ihrer Diskussionen, auf die ich gleich noch zurückkommen werde.

Diese Problematisierung des Massenbewußtseins in der "eindimensionalen Gesellschaft" (Marcuse) wird durch die ML-Formel "Die Leute da abholen, wo sie stehen" nicht erfaßt. Hier rächt sich, daß der kommunistische Neuanfang nach '68 die in der APO begonnenen Diskussionen um Freud, Reich und die Erforschung des "autoritären Charakters" seitens der Frankfurter Schule nicht fortgeführt, sondern bestenfalls negiert, schlimmstenfalls verspottet hat.

Gilt dieses Herangehen für die Metropolengesellschaften generell, so tritt für die BRD noch ein Spezifikum hinzu: Es verbietet sich hierzulande besonders, am Massenbewußtsein anzuknüpfen, da dieses durch den Faschismus vorgeprägt ist. "Wie jedermann tragen wir an jenen Zügen unseres Charakters weiter, die vor dreißig Jahren den Nazistaat zur Macht gebracht haben", analysieren die Mitscherlichs in ihrem Buch "Die Unfähigkeit zu trauern" (6). Wie sollte es auch anders sein: Das Komplizentum bei epochalen Verbrechen (oder zumindest die Mitwisserschaft darüber) prägt ein Volk, zumal dann, wenn hinterher diese Verbrechen nicht gesühnt, sondern durch einen "großen Frieden mit den Tätern" (Giordano) sanktioniert werden! Die Abscheu vor diesem dumpfen deutschen Massenkonsens kennzeichnete die APO und findet sich wieder in den beißenden Sarkasmen von Neuss, in den ersten Platten von Degenhardt. Logisch, daß die APO da eher das Bündnis mit den "Schmuddelkindern" suchte, wenn auch die Theoretisierung der Randgruppen als neues revolutionäres Subjekt kurzschlüssig war. (Auch die Schriften von Marcuse schwanken zwischen der sinnvollen Suche nach gesellschaftlichen "Katalysatoren" auf der einen, und dem schlecht begründeten "Abschied vom Proletariat" auf der anderen Seite.)

2. Der Widerstand hat verschiedene Ebenen

"Diese Opposition" - so Marcuse über die APO - "ist sexuelle, moralische, intellektuelle und politische Rebellion in einem. In diesem Sinne ist sie total, gegen das System als Ganzes gerichtet; sie ist der Ekel vor der "Gesellschaft im Überfluß", das vitale Bedürfnis, die Spielregeln eines betrügerischen und blutigen Spiels zu verletzen - nicht mitzumachen". (7)

Der massenhafte Bruch mit den "deutschen Werten" (Fleiß, Ordnung, Sauberkeit ...), der damals gelebt wurde, ist heute in gesellschaftliche Nischen zurückgedrängt. Der Ablösung der deutschen Spießerkultur durch angloamerikanischen Rock mit dem Versprechen der Befreiung der Gesellschaft und des Individuums folgte ein postmodernes New Age, dem Hippie folgte der Yuppie. Allein die Autonomen scheinen in der Lage zu sein, die Verbindung zwischen "Leben und Kämpfen", zwischen Widerstand und Kultur einigermaßen aufrechtzuerhalten, und dies dürfte für ihre relative politische Stabilität im Vergleich zur organisierten Linken

ausschlaggebend sein. Dieses Element muß gestärkt und von Tendenzen zur Selbstghettoisierung befreit werden.

Auch über eine sinnvolle Umsetzung einer anti-deutschen Propaganda durch eine illegale Praxis gilt es nachzudenken, und aus den Knästen kommen hoffnungsvolle Signale, daß eine solche Debatte gewünscht wird. Helmut Pohl schreibt im August 1990: "Diskussion kann jetzt für überhaupt niemanden heißen, irgendwas von dem, was aus seinen Vorstellungen bisher konzeptionelles Projekt von Politik der Umwälzung war, zum Ausgangspunkt aktueller 'Konzepte' zu machen, und für alle anderen wäre Inventur. Die ganze politisch-militante Linke muß jetzt auf eine neue Grundlage kommen. (...) In der revolutionären Politik spielt die Gewalt eine bestimmte Rolle, die bewaffnete Aktion ist durch ihre politische Bestimmung eingegrenzt, die ganze Entwicklung ist politisch kontrolliert." (8)

3. Der "Kampf gegen rechts" wird auf der Straße gewonnen

Bei ihrer Ablehnung des gesamten Systems blieb die APO immer sensibel gegenüber der faschistischen Gefahr, wie sie einerseits in den Notstandsgesetzen, andererseits in den Wahlerfolgen der NPD aufzog. Aber im Kampf gegen rechts wurde nicht auf das "kleinere Übel", sondern auf gesellschaftliche Polarisierung gesetzt. Weil man den Faschismus nicht als etwas dem BRD-System Äußerliches sah, sondern auch die "Transformation" (Agnoli) der bürgerlichen Demokratie selbst analysierte (und im Mord an Benno Ohnesorg, im provozierten Dutschke-Attentat hautnah mitbekam), ging man, zumindest anfangs, nicht in die Sackgasse der Sozialdemokratisierung. Gegen den Vormarsch der Rechten, setzte die APO nicht auf "Willy wählen", sondern erteilte dem Gesamtsystem eine Absage ("Brecht dem Schütz die Gräten, alle Macht den Räten!"). Vielleicht war es gerade diese radikale Polarisierung, die zur "Linksverschiebung" der gesellschaftlichen Mehrheiten in der Bundestagswahl 1969 führte. Oder pointierter: Vielleicht war der Wahlsieg von Willy Brandt nur deswegen möglich, weil es eine "radikale Minderheit" gab, die nicht zur Wahl von Willy Brandt aufrief. Dies sollten diejenigen bedenken, die - wie Jutta Ditfurth - aus der richtigen Erkenntnis der Gefahren von rechts die falsche Schlußfolgerung einer Wahlkampagne ziehen.

Mit der Ablehnung des "Marsches durch die Institutionen" hat die APO eine Diskussion zwischen Lenin und seinen linken KritikerInnen neu aufgerollt. Dessen Schrift "Der linke Radikalismus, die Kinderkrankheit des Kommunismus", die u.a. die Notwendigkeit einer Wahlbeteiligung der KPs postulierte, ironisierte Daniel Cohn-Bendit mit seinem Traktat "Der linke Radikalismus, Gewaltkur gegen die Alterskrankheit des Kommunismus". Daß der "rote Dany" gut 10 Jahre später seine Farbe wechselte, ist kein Argument gegen seinen damaligen Ansatz: viele "Leninisten" hatten es mit dem Farbenwechsel noch eiliger. Die sozialdemokratische Vergreisung der kommunistischen Bewegung erfordert jedenfalls dringend eine erneute Debatte um anti-institutionelle Verjüngungskuren ...

4. Zur "Organisationsfrage"

Der Dualismus zwischen der "breiten lockeren APO" mit ihren offenen Strukturen (Republikanische Clubs u.ä.) und ohne strengere programmatische Festlegungen einerseits, und dem SDS als dem organisierenden, initiativem, stärker theoretischem (und dennoch pluralistischem!) Motor andererseits scheint mir die richtige Bewegungsform für eine radikale Opposition zu sein.

Die Frage, wer oder was die Rolle des "neuen SDS" spielen kann, ist dabei noch unklar. Ausscheiden kann man zwar die "alten" Organisationen DKP, VSP und KB, die durch das Coming-Out eines sozialdemokratischen Flügels in ihren Reihen paralysiert sind. Andererseits können wir auch die "Radikale Linke" nicht vorschnell aufs Treppchen stellen, solange sie von wesentlichen Teilen der Systemopposition, nämlich anarchistischen und autonomen Kreisen, nicht als Angebot, sondern als Konkurrenz begriffen wird. Die klare Beschlußfassung der RL für eine Kampagne gegen die Reichstagswahlen hat immerhin die Chancen zur Überwindung dieser Kluft ein Stück verbessert.

Ein zentrales Problem ist allerdings völlig ungelöst: Unser Kampf muß nicht nur in seinen Inhalten antinational und internationalistisch sein, sondern auch in seinen Formen. Organisatorische Strukturen z.B. müßten Nicht-Deutsche privilegiert miteinschließen. Dabei sind diese Minderheiten nicht nur als Opfer des deutschen Nationalismus zu betrachten, sondern auch als Subjekte emanzipatorischer Veränderung: Sie "können aufgrund ihrer miserablen sozialen und ökonomischen Situation potentiell revolutionär werden und können

somit den "Motor" der neuen multinationalen Klasse bilden. (...) Die Minderheiten sind ... die Hauptbündnispartner der Linken." (9)

Die Brennpunkte unserer Politik

Im Fokus eines Brennglases schnellt die Temperatur hoch, aus Hitze wird Feuer. In den Brennpunkten unserer Politik schlägt die Erkenntnis um, aus Ein-Punkt-Kritik wird Systemgegnerschaft. In bestimmten Politikfeldern liegt die Gefährlichkeit des neuen Deutschland einfach deswegen auf der Hand, weil sich Analogien zum alten Deutschland aufdrängen: Antisemitismus und Rassismus, Antifaschismus und politische Repression, Revanchismus und Militarismus, Eugenik. Hier werden wir die Menschen finden, die am ehesten unserer Argumentation folgen werden - und von denen umgekehrt auch wir noch eine Menge dazulernen können. In diesen Politikfeldern ist es sinnvoll, Bündnisse zu unterstützen, die nicht unsere Maximalposition des "Nein zu Deutschland" vertreten. Wer erstmal "nur" gegen Nazis ist, wird mit der Zeit schon selber merken, daß er/sie auch gegen Deutschland sein muß, weil sonst der Sumpf nie trockengelegt wird.

In anderen Bereichen erscheint es mir schwieriger zu intervenieren, weil dort Brosamen aus der Beute des deutschen Imperialismus für Befriedung sorgen. Die Ökologie beispielsweise wird Einfallsfeld für neue Volksgemeinschaftsstrategien sein und Legitimation für ein Hineinregieren des deutschen Imperialismus nach Osteuropa; hier ist radikale Massen/Bündnispolitik im Augenblick unmöglich, wir würden völlig untergehen. Es bleibt die Propaganda für unsere Positionen, und das Auswerten von Versuchen, Neuansätze hinzukriegen. Ähnliche Schwierigkeiten könnten sich in der Gewerkschaftspolitik und der Frauenpolitik auftürmen, die nur zu oft zur Interessenspolitik des deutschen Arbeiters bzw. der deutschen Frau degeneriert sind. Diese Vorsicht hat übrigens gar nichts damit zu tun, daß Abschied vom Proletariat genommen oder feministische und ökosozialistische Ansätze abgedrängt werden sollen. Ganz im Gegenteil: Die Denunziation der Deformation dieser Ansätze durch bürgerliche Politik soll den Weg frei schaufeln für neue Anläufe!

Noch problematischer als bisher wird es werden, über die Negation der Verhältnisse hinaus Teilziele positiv zu formulieren. So bekommt beispielsweise die Kampagne "Atomwaffenverzicht ins Grundgesetz", von uns u.a. gedacht zur öffentlichkeitswirksamen Entlarvung deutscher Nuklearoptionen, unter den neuen Bedingungen schwere Schlagseite und befördert den schwarz-rot-goldenen Diskurs über eine neue Verfassung. Und das "Raus aus der NATO", das wir noch vor wenigen Jahren wegen seines "systemsprengenden Charakters" (10) massiv propagierten, ist heute deplaziert: Das Bekenntnis zur NATO ist nicht mehr absolute Staatsdoktrin, sondern wird auch in den herrschenden Kreisen selbst problematisiert. 1986 konnten wir noch mit Recht behaupten: "Selbst eine außerhalb der NATO nuklear aufgerüstete BRD - abgekoppelt von den nuklearen Arsenalen der USA und der westeuropäischen NATO-Staaten - stünde heute weltpolitisch schwächer da, als eine NATO-integrierte konventionelle BRD." (10) Nach dem imperialistischen Aufbrechen der Jalta-Ordnung ist das nicht mehr zu halten. Deutschland ist weder innerhalb der NATO zu bändigen, noch durch Neutralität.

Diese Flexibilität bei der Durchsetzung deutscher Großmachtinteressen muß auch beim Aufbau einer Bewegung gegen den Golfkrieg berücksichtigt werden. Sie müßte einen maßgeblichen Fehler der Bewegung gegen den Vietnamkrieg vermeiden: Die BRD nur als US- Komplizen anzugreifen. Damals hat das zur vollständigen Ignoranz der APO gegenüber den BRD-Atomwaffenbestrebungen geführt, wie sie sich um 1968 im deutsch-amerikanischen Streit um den Atomsperrvertrag demaskierten. Und heute gehört zum Widerstand gegen den NATO-Aufmarsch am Golf unbedingt dazu, daß die BRD mit dem Irak eine gemeinsame ABC-Waffenentwicklung betrieben hat. Das ist die Doppelstrategie einer Weltmacht, und sie muß doppelt bekämpft werden.

Unsere Utopie: Weg von der Nation

"Die schroffen Negationen sind die Voraussetzung für politische Utopien", hieß es im Grundsatzpapier der "Radikalen Linken", und tatsächlich sind all die anarchistischen Jugendträume eines Joschka Fischer, Daniel Cohn-Bendit, Bernd Ullrich oder Thilo Weichert in dem Augenblick verflogen, wo sie sich hätten im radikalen Kampf gegen das Bestehende beweisen müssen. Die Anfänge schnöder Realpolitik formierten sich hinter dem Rauchvorhang der Bloch-Exegese Ende der 70er/Anfang der 80er Jahre, die sich als Utopie-Debatte wichtig machte.

Umgekehrt ist es aber für eine "Richtung der Negation" wichtig - und jedeR von uns wird es von sich selber wissen - woher sie ihre Legitimation zur Zerstörung der herrschenden Ordnung zieht. "Wer keinen Mut zum

Träumen hat, hat keine Kraft zum Kämpfen", hieß der entsprechende Sponti-Slogan, und dieser Satz gilt umso mehr in einer Zeit, wo sozialdemokratischer Pragmatismus unter der Parole "Keine Zeit zum Träumen" (11) alle Utopien von einer anderen Gesellschaft zu verschlucken droht.

Der Welle des Nationalismus, die zum dritten Mal in diesem Jahrhundert durch Europa tobt, stehen internationalistische und kosmopolitische Vorstellungen entgegen. Die fortschrittliche Mission, die die Nationalstaaten für eine großflächige Entwicklung des Kapitalismus und seiner Produktivkräfte gespielt haben und die Marx betont hat, ist ausgespielt. Der Nationalismus ist nur noch eine Bemäntelung von Imperialismus und/oder Mittelalter.

Ähnlich bei dem Begriff "Volk", das nur als Kampfbegriff eines antifeudalistischen Bündnisses einen fortschrittlichen Sinn machte. Im fortgeschrittenen Imperialismus ist das "Volk", namentlich in Deutschland, zur "Volksgemeinschaft" der Herrschenden geworden und transportiert notwendig Antisemitismus, Rassismus, Krieg. Dies gilt insbesondere hierzulande, aber auch weltweit geht es nicht mehr um die Befreiung von Völkern und Nationen, sondern um die Befreiung von unterdrückten Individuen und Klassen.

Die Utopie des "Nein zu Deutschland" ist nicht die Wiederherstellung der DDR. Wir lehnen allerdings auch die ML-Vorstellung eines "sozialistischen Deutschland", wie sie bspw. von der MLPD propagiert wird, ab. Wir wollen kein wie auch immer gestaltetes Deutschland, sondern seine Zerschlagung zugunsten der freien Assoziation der Arbeitenden und Kommunen.

"Wenn diese wesentlichen, wahrhaft radikalen Grundzüge, (...) wenn dieser qualitative Unterschied heute als utopisch, als idealistisch, als metaphysisch erscheint, dann ist das genau die Form, in der diese radikalen Grundzüge erscheinen müssen, insofern sie wirklich eine entschiedene Negation der bestehenden Gesellschaft darstellen ..." (Herbert Marcuse, 12)

Mensch muß nicht jahrelang Marx/Engels gelesen haben, um sich für eine solche Utopie zu begeistern: "Imagine there's no countries", sang schon John Lennon, und er fügte hinzu: "It isn't hard to do!" Trotzdem werden wir als KommunistInnen in diese Bewegung die marxistischen Ideen einbringen, wonach ein konstituierender Zusammenhang zwischen Kapitalismus, Staat und Nation besteht, demnach die Aufhebung der Nationen ohne antikapitalistische und antistaatliche Revolution nicht zu machen sein wird. AnarchistInnen und kosmopolitische Linksbürger werden uns mit der kritischen Frage konfrontieren, wieso trotz dieser Ideen die kommunistischen Parteien in der Praxis oft so nationalborniert waren. Eine wichtige und spannende Diskussion, wo sicher auf allen Seiten etwas dazugelernt werden kann. Vielleicht wird man nach dieser Diskussion sagen können: Wer gegen die Nation und gegen Deutschland ist, wird über kurz oder lang beim Kommunismus landen. Und wer nicht gegen die Nation und gegen Deutschland kämpft, wird sich nicht KommunistIn nennen dürfen.

Jürgen

Anmerkungen:

1) Karl Marx, Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie, Einleitung (1844)

2) Rolf Richter auf einem PDS-Antifakolloqium, NEUES DEUTSCHLAND 1./2.9.90

3) Christian Klar, Leserbrief in der taz vom 30.10.90

4) Karl Marx, s. (1)

5) Brief der Gefangenen Bernhard Rosenkötter, Michael Dietiker und Ali Jansen (damals alle Frankfurt), Nostalgie statt kommunistisches Lernen, abgedruckt in ak 322, S.24

6) z.n. Ralph Giordano, Die zweite Schuld

7) Herbert Marcuse, Ist die Idee der Revolution eine Mystifikation?, in Kursbuch 9 (1967)

8) Helmut Pohl, ein machtwahn, in ak 322, S.23

9) Radikale Linke Köln, Thesenpapier zum Thema ethnisch-nationale Minderheiten, RL-Reader II, S.166

10) Dietrich Schulze-Marmeling, Friedensbewegung und NATO-Austritt, in: Initiative "Kein Friede mit der NATO - Raus aus der NATO" (Hrsg.), DIE NATO

11) so der Titel eines Artikels einer Aktivistin der LL/PDS in ak 321, S.30

12) Herbert Marcuse, Befreiung von der Überflußgesellschaft, Kursbuch 16 (1969)

45. Die Berliner Demonstration aus kritischer Sicht (Demo 3.11.)

Rubrik: Radikale Linke · CD-Datei: daten/aksuche/ak324/38.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:324:38

Bei vorurteilsfreier Betrachtung muß die bundesweite Demonstration am 3.11.90 in Berlin unter dem Motto "Gegen das Feiern - gegen das Vergessen - internationalistische Demonstration gegen deutschen Nationalismus, Rassismus und Imperialismus" in mehrerer Hinsicht als ein Mißerfolg bewertet werden. Mit ausschlaggebend waren und sind die zum Teil stark divergierenden Vorstellungen und Ziele, die die radikalen Linken mit der Demonstration verbanden.

Nicht einmal 10.000 Menschen in Berlin demonstrierten an dem Projekt der Radikalen Linken - erheblich weniger nicht nur im Vergleich zur Frankfurter "Nie wieder Deutschland"-Demonstration am 12.5.90, sondern auch hinsichtlich der "Deutschland - Halt's Maul"- Demo, zu der das Westberliner autonome Spektrum am Vorabend des Anschlußvollzugs (2.10.90) aufrief und rund 15.000 Menschen kamen.

Nahezu alles, Ort, Zeitpunkt, Intention und regionale Trägerschaft der Demonstration waren Gegenstand von Auseinandersetzungen. Zur Erinnerung: Auf dem Pfingstkongreß der Radikalen Linken in Köln präsentierten Detlef zum Winkel und Thomas Kieseritzky (KB/Radikale Linke) einen Vorschlag, am 10. November in der "Heldenstadt" Leipzig unter dem Motto "Nie wieder Deutschland" zu demonstrieren. Dies war als Provokation gegen das Feiern des 9. November 1989 gedacht. Stattdessen sollte an die Opfer der faschistischen Pogrome gegen die jüdische Bevölkerung erinnert werden.

Doch sowohl der vorgeschlagene Ort als auch das Datum mit klarem Bezug zum 9. November 1938 setzten sich nicht durch. Gegen Leipzig sprach vor allem der reine Exportcharakter dieser Demonstration, für die es in Leipzig keinerlei Basis geben würde; auch wurden Befürchtungen laut, daß eventuelle Auseinandersetzungen mit den Leipziger "Helden" bzw. mit der dortigen Polizei kaum dem Anliegen des Gedenkens an die Opfer der Pogrome dienlich seien. Damit war die Idee beerdigt, in Leipzig "ein neues Kapitel außerparlamentarischer Politik" aufschlagen zu wollen oder gar einen "neuen politischen Prozeß in Gang zu setzen", wie die beiden Initiatoren vollmundig erklärten (1).

Gegen den Zeitpunkt und die antinationalistische Intention intervenierte vor allem das Ausschwitz-Komitee in einem Brief an den Kreis der Radikalen Linken; damit würde dem "nationalistischen Trubel von links aufgesessen" und sich mehr auf 1989 statt auf 1938 bezogen. Das Auschwitz-Komitee schlug zum einen vor, die Demonstration in einem größeren zeitlichen Abstand zum 9. November durchzuführen, da genau jener Tag dem Gedenken der Opfer der faschistischen Pogrome vorbehalten bleiben sollte. Zum anderen plädierte das Komitee für eine stärkere Stoßrichtung gegen den herrschenden Rassismus und Antisemitismus, auf die Rolle des Nationalismus sollte in diesem Zusammenhang hingewiesen werden.

Tatsächlich setzten sich Elemente der Kritik des Auschwitz-Komitees durch. Der Demo-Termin wurde um eine Woche vorverlegt und das Motto verändert; statt "Nie wieder Deutschland" das bekannte Celan-Zitat aus der Todesfuge, verbunden mit dem Motto "Gegen das Feiern - Gegen das Vergessen". Die stärkere antirassistische Orientierung floß in Ansätzen in den Demo-Aufruf mit ein, der jedoch eine klare und eindeutige Stoßrichtung vermissen ließ. Irgendwie konnten sich alle UnterstützerInnen mit ihren unterschiedlichen Intentionen zwar wiederfinden, aber eher nach der Devise "für jeden etwas".

Seinen Ausdruck fand diese Gemengelage auf der Demonstration selbst; einige RednerInnen bezogen sich sehr klar auf die Reichspogromnacht und heutige Parallelen und Gefahren, ausländische GenossInnen kritisierten die Zunahme von Rassismus und Ausländerfeindlichkeit, aus dem autonomen Spektrum verwiesen RednerInnen auf die Repression und Haftbedingungen in den hiesigen Knästen ebenso wie auf die politischen Gefangenen in Spanien. Es war eben nicht jedermanns/fraus Geschmack, wenn während der Demo ein "Keine Atempause - Geschichte wird gemacht, es geht voran" der Gruppe Fehlfarben ertönt. Jedenfalls nicht für diejenigen, die vornehmlich wegen des "Gegen das Vergessen" gekommen waren.

Die einen, vorwiegend Autonomen, betonten eher den internationalistischen Charakter der Demo, Menschen aus dem Spektrum der Radikalen Linken mehr den Antinationalismus und Rassismus, wiederum andere das

Gedenken - ein sehr schwieriges Unterfangen, daraus ein zentrales, wirksames Eingreifen von links gegen Großdeutschland zu Wege zu bringen.

Erschwerend kam ein weiterer Faktor hinzu: der Ort der Demo, der auf einem bundesweiten Bündnistreffen vereinbart wurde. Bereits auf den regionalen Treffen im Sommer zeigte sich jedoch, daß es für Berlin als Demo-Ort keine relevante Basis gab. Die Diskussionen in Berlin unterschieden sich zum Teil erheblich von denjenigen, die im Bundesgebiet geführt wurden. Distanz bis Abstinenz brachten große Teile der Westberliner Linken dem ganzen Projekt von Anfang an entgegen. Da spielten Vorbehalte gegen die Radikale Linke eine Rolle, die Westberlin eine Demo aufzwingen wollten, oder bestimmte autonome Kreise wollten sich nicht vor den Karren ex-grüner Promis spannen lassen. Weder gelang es, neben dem autonomen Spektrum auch das ImmigrantInnen- und Flüchtlingsspektrum für das Projekt zu gewinnen, noch, die ganze Sache in "Aktionstage" einzubetten. Es stellte sich also relativ frühzeitig heraus, daß die Demonstration am 3.11.90 über keine relevante Trägerschaft und Basis in Westberlin verfügte. Trotzdem wurde an Berlin als Austragungsort festgehalten.

Auch dies sollte sich spätestens am 3.11.90 rächen, denn tatsächlich blieb das vorwiegend autonome/antiimperialistische Spektrum in Westberlin der Demonstration fern; sie hatten "ihre" Demo am 2.10.90 bereits hinter sich und verspürten wenig Neigung, für die Demo am 3.11.90 zu mobilisieren.

Nie wieder "Nie wieder..."?

Mit der Berliner Demonstration vom 3.11.90 wird sich auch das Spektrum der Radikalen Linken fragen müssen, wie und an welchen Punkten wirksamer Widerstand und Protest gegen das imperialistische Großdeutschland zu entfalten wäre - eine Frage, die sich auch allen anderen Linken stellt.

Der Versuch, diesem Großdeutschland mit periodisch wiederkehrenden, sehr langfristig konzipierten zentralen Demonstrationen entgegenzutreten, dürfte nach Berlin zunächst gescheitert sein.

Über den Wahlboykott-Kongreß von Teilen der Radikalen Linken hinaus stellt sich für dieses Spektrum die Frage nach weiteren Perspektiven und praktischen Handlungsmöglichkeiten. Der Ausgang ist offen, zumal die Auseinandersetzungen um die Berliner Demonstration gezeigt haben, daß auch hier die weitere Ausdifferenzierung der Linken in vollem Gange ist.

D./Westberlin

Anmerkung:

1) Thomas Kieseritzky/Detlef zum Winkel: "Was machen wir jetzt?", in: Deutschland? Nie wieder, Kongreß der Radikalen Linken, Frankfurt/Main 1990

46. Althusser lesen! - Zum Tode des Philisophen, der niemals den Klassenkampf vergaß

Zum Tode des Philosophen, der niemals den Klassenkampf vergaß

Rubrik: Geschichte der Kommunisten; Frankreich · CD-Datei: daten/aksuche/ak324/19.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:324:19

Genosse Louis Althusser ist tot - gestorben nach Jahren des Schweigens, der Vergessenheit und der Verhöhnung; fast genau zehn Jahre , nachdem seine Jahrzehnte währende depressive Erkrankung ihren Kulminationspunkt erreichte. 1980 tötete Althusser in einem Anfall geistiger Umnachtung seine Frau. Viel ist darüber spekuliert worden, ob das Drama der Ehe von Louis und Hélène Althusser eine politische Dimension hatte: Hat es etwa zu bedeuten, daß Althusser die Frau umbrachte, die, selbst als "Trotzkistin" aus der Partei ausgeschlossene Kommunistin und Soziologin jüdisch-proletarischer Herkunft, ihn, den 1918 in Algerien geborenen kleinbürgerlichen Intellektuellen, zum Kommunismus führte? Althussers Schüler und Freund Etienne Balibar hat berichtet, daß Althusser in einer schweren Depressionsphase im Sommer 1980 davon sprach, er wolle alles zerstören, was er gemacht hatte und für andere und für sich selbst gewesen ist.

"...ein äußerer und innerer Kampf ohne Ende..."

Es mutet paradox an: Althusser rang um Objektivität und Strenge der Theorie - den Sartreschen Existenzialismus hat er deshalb scharf bekämpft -; aber ein kommunistischer Intellektueller zu sein, war für ihn eine seine gesamte Existenz bis ins Innerste berührende Herausforderung. Sein Ziel war es, ein "organischer Intellektueller des Proletariats" im Sinne Gramscis zu sein; an der Schwierigkeit, wenn nicht gar Unmöglichkeit dieser Aufgabe scheint er zerbrochen zu sein. Um dieses Ziel zu erreichen, sagte Althusser 1968 in einem Interview, "müssen die Intellektuellen eine radikale Revolution in ihren Ideen verwirklichen: eine lange, schmerzliche und schwierige Umerziehung. Ein äußerer und innerer Kampf ohne Ende."

Althussers grundlegende Frage lautete immer: Was ist der revolutionäre Gehalt des Marxismus? Wie ist dieser Gehalt für uns begreifbar? Es ging darum, der stalinistischen Erstarrung des Marxismus in bürokratischer Praxis und theoretischem Dogmatismus nicht eine faule, bürgerlich-liberale Kritik, eine "Kritik" von rechts, sondern eine fundierte Kritik von links entgegenzuhalten - worin liegt das Fundament einer solchen Kritik? Die marxistische Theorie ist nach Althusser nicht eine "Widerspiegelung" der kapitalistischen Gesellschaft, sondern sie produziert deren Erkenntnis als durch Klassenkämpfe, also durch einen Konflikt konstituierte Formation; niemand von uns steht über diesem Konflikt, sondern wir alle sind in ihn einbegriffen. Die Erkenntnis dieses Konfliktes ist Teil des Konflikts; die Position zu finden, von der aus die Klassengesellschaft als solche kenntlich wird, ist selbst Teil des Klassenkampfes. Für den Intellektuellen ist dies jener äußere und innere Kampf, der Althussers qualvolles Leben erfüllte - ein Kampf, der kein Ende und schließlich kein Ziel mehr fand. Oft sprach Althusser von "theoretischer Einsamkeit" - der Einsamkeit von Denkern, die Grenzen überschreiten, bisher Ungedachtes, weil Unerwünschtes denken, damit mit den herrschenden Vorstellungen brechen und dadurch allein stehen - neben Marx faszinierten ihn vor allem Machiavelli, Spinoza und Freud. Am Ende hat ihn die Theorie verlassen, und er ist in menschlicher Einsamkeit - in der Psychiatrie interniert und nach einigen Jahren auf Fürsprache seines vom Guerillakämpfer zum Berater des Präsidenten Mitterand avancierten Schülers Régis Debray wieder auf freien Fuß gesetzt - gestorben.

In seiner Studienzeit ist Althusser ein politisch weit rechts stehender Katholik gewesen. Dann kam der Krieg, Militärdienst und deutsche Kriegsgefangenschaft. Auf den Verlust des religiösen Glaubens folgte die Suche nach einer neuen Identität. 1948 wurde Althusser Philosophieprofessor an der Pariser Ecole Normale Superieure und trat der Kommunistischen Partei bei. In den 60er Jahren war er gewissermaßen ein Scharnier zwischen der Orthodoxie und der intellektuellen Neuen Linken. In der FKP, in der immer ein unguter Zusammenhang von stalinistischer Struktur und opportunistischem Handeln existierte, pochte er auf eine relative Autonomie der Theorie, die nicht willkürlichen Parteidekreten ausgeliefert werden darf. Seine berüchtigte strenge Unterscheidung von "Wissenschaft" (Diskurse mit primär theoretischem Effekt) und "Ideologie" (Diskurse mit primär handlungsorientiertem Effekt) richtete sich vor allem gegen die unter Stalin übliche "Lösung" wissenschaftlicher Fragen durch Parteiideologen (Lyssenkos "marxistisch-leninistische Biologie"!). Althusser bestand darauf, daß auch Fragen der marxistischen Theorie als wissenschaftliche Fragen zu behandeln seien. - Sie richtete sich aber ebenso gegen diejenigen, die im Zuge der

Entstalinisierung den Marxismus zu einer Philosophie des "Hunmanismus" verwässerten (Garaudy, Sartre). Althusser hat versucht, in Anlehnung an die fortgeschrittensten Resultate historischer und vergleichender Wissenschaftstheorie (epistomologische und strukturalistische Ansätze von Bachelard, Foucault, Lacan) die Grundlagen der marxistischen Theorie zu präzisieren. Allerdings veranlaßten ihn die politischen Ereignisse von 1968 zu tiefgreifenden Korrekturen: Studenten griffen ihn von links an und warfen ihm vor, er reproduziere bloß die autoritären Strukturen des bürgerlichen Wissenschaftsbetriebes, indem er vom Katheder aus festlege, was die wissenschaftliche Wahrheit des Marxismus sei und was schlechte Ideologie.

Sein abtrünniger Schüler Jacques Rancière hat es vergleichend so formuliert, daß "M.L. Althusser" auf diese Weise genau dasselbe tue wie die revisionistische CGT, die aufgrund irgendwelcher Wahrheiten des Marxismus-Leninismus den Arbeitern, die sich damals in wilden Streiks mit der studentischen Protestbewegung verbündeten, vorschrieb, was sie zu tun hätten: einen ökonomischen Streik, mit dem eine reale revolutionäre Chance verspielt wurde.

Althusser hat aus dieser Kritik gelernt. Ihm ging auf, daß theoretische Begriffsbildung immer an politische "Einsätze" gekoppelt ist und politische "Effekte" produziert. Althussers theoretische Selbstkorrektur geht einher mit einem politischen Standortwechsel: In den 60er Jahren hatte er versucht, anhand aus wissenschaftlichen Untersuchungen gewonnener Modelle einen harten Kern marxistischer Theorie abzusichern mit Hilfe allein aus theoretischen Erfordernissen resultierender Kriterien.

Unter Berufung auf Lenin hatte er geglaubt, die in der Partei organisierten Intellektuellen hätten die Aufgabe, anhand der Resultate strenger theoretischer Arbeit die Voraussetzungen für die Formierung einer revolutionären Klassenposition zu schaffen. Anders gesagt: die wissenschaftliche Revolution im Werk von Marx leitet als vorgängige Voraussetzung die politische revolutionäre Bewegung an. Nach 1968 hat Althusser diese Konzeption korrigiert in eine Richtung, die durch Mao Tse-Tungs Losungen "Niemals den Klassenkampf vergessen" und "Von den Massen lernen" bestimmt ist: Die Probleme, die in einer Theorie gestellt werden, und die Kategorien ihrer Bearbeitung sind gestellt durch die Praxis; die Arbeit an und mit marxistischer Theorie muß diese Rückkopplung konkret vollziehen, um nicht in den Fehler zu verfallen, all das, was an realen Konflikten ansteht, auf in den Machtstrukturen marxistischer Diskurszusammenhänge - seien es die einer unfehlbaren Partei oder die akademischer Bescheidwisser - verankerte Schablonen einer "allgemeingültigen Wahrheit" zu reduzieren; um konkrete Begriffe produzieren und durch diese auf die gegebenen Konstellationen einwirken zu können. Solche Begriffe sind in Worten Althussers "Waffen, Sprengkörper" gegen die "Beruhigungsmittel und Gifte" der herrschenden ideologischen Diskurse. In Althussers Texten der 70er Jahre gewinnt diese politische Dimension an Schärfe.

Althusser geißelte die Ignoranz und Arroganz der Partei gegenüber den Ansprüchen und Aktivitäten der Massen; seine Frage lautete: Wie kann den Impulsen realer Bewegungen zu theoretischer Klarheit verholfen werden? Die neuen sozialen Bewegungen rücken in sein Blickfeld: Wie können die Kommunisten ein Bündnis emanzipatorischer Bewegungen herstellen, in dem die Verbündeten der Arbeiterklasse gleichberechtigte Partner und nicht "nützliche Idioten" sind? Dies als Herausforderung an die marxistische Theorie. Höhepunkt - und Ende - seiner politischen Interventionen war eine Serie von Artikeln, mit der er 1978 das Feuer auf das Hauptquartier der FKP eröffnete. Er prangerte die Scheinheiligkeit, Halbherzigkeit und Heuchelei der Parteiführung an, die per Diktat, ohne Diskussion, den Begriff der Diktatur des Proletariats aus dem Programm streicht, die von Lenin geforderte "Zerschlagung des Staates" durch die Phrase der "Demokratisierung" ersetzt und sich auf den Parlamentarismus festlegt. Althusser wollte die genannten grundlegenden Begriffe kommunistischer Politik weder nachgebetet noch abgeschafft, sondern endlich einmal umfassend diskutiert wissen. Er betonte die Notwendigkeit, das Verhältnis von Ökonomie und Politik im Marxismus neu zu durchdenken, dachte über "außerstaatliche Politik" nach, bot Stoff für große Debatten. Dann ist er verstummt.

Die bewußte Politisierung der Theorie - unpolitische Gesellschaftstheorie gibt es nicht - führte indes zu einem schweren Dilemma. In den 60er Jahren hatte Althusser die "Ungleichzeitigkeit" verschiedener Praxisformen betont: die theoretische Praxis ist relativ autonom gegenüber der politischen und nimmt ihren Lauf gemäß ihrem eigenen Rhythmus, nicht einem von der Politik diktierten; das erlaube der Theorie einen langen Atem. In dem Maße, wie Althusser dann versuchte, Theorie und Politik zu synchronisieren, litt beides: das Streben nach politischer Aktualität nahm der Theorie den langen Atem. Jedoch kamen Althussers politische Interventionen, mit Reflexion gesättigt, immer zu spät. Im Laufe der 70er Jahre hat Althussser immer weniger publiziert. Vorwiegend kurze, klare, einfache Texte, meist quasi "Gelegenheitsarbeiten": Vorträge, Artikel, Interviews,

Vorworte zu Publikationen seiner Schüler, die er kollegial förderte wie kein anderer Hochschullehrer. War es bloß die sich verschlimmernde Krankheit, die ihn, als äußerer Grund, am Schreiben hinderte? Gewiß: Immer häufigere Klinikaufenthalte machten kontinuierliche Arbeiten unmöglich. Jedoch hat er in jener Zeit viele Manuskripte geschrieben, ohne sie zu veröffentlichen. Er suchte nach einer neuen Art von politisch-theoretischen Texten, für die kein geeigneter Rahmen existiert: Nach bürgerlich-akademischen Kriterien sind seine Texte politische Agitation und theoretisch unseriös, für aktuelle politische Diskussion sind sie theoretisch zu weit gespannt.

In das Jahr 1978 fällt Althussers geistiger Zusammenbruch. An einen früheren Lehrer schrieb er: "Mein gedankliches Universum ist eingestürzt. Ich kann nicht mehr denken." 1979 fährt er nach Rom, wo er eine Privataudienz beim Papst besuchen wollte, die ihm anscheinend nicht gewährt wurde. 1980 will er alles zerstören, was er gemacht hat. Aber seinen eigenen theoretischen Maßstäben zufolge konnte er das nicht. Denn der Gehalt eines Textes ist nicht identisch mit den subjektiven Ansichten seines Autors. Gemäß dieser Auffassung hat Althusser Marx gelesen. Lesen wir so, was Althusser uns hinterließ.

Symptomatische Marx-Lektüre und die Krise des Marxismus

Marx lesen: so könnte die Überschrift zu Althussers gesamtem Werk heißen.

Althussers Marx-Lektüre bricht mit der exegetischen Fragestellung: "Was dachte Marx? Was will uns der Autor damit sagen? Welche Wahrheit teilt er uns mit?", und der Beantwortung dieser Frage durch das Zusammenmontieren und Interpretieren von Zitaten aus irgendwelchen Texten von Marx; und sie bricht mit den Konsequenzen, die dieses Verfahren hatte.

Für die Orthodoxie der III.Internationale war der Marxismus eine universelle Weltanschauung und Methode, die allgemeine "dialektische Gesetze" beinhaltet - hier stützte man sich auf die "Deutsche Ideologie" und späte Schriften von Engels. Das "Kapital" ist dann die "Anwendung" dieser Dialektik auf die Ökonomie. Die meisten westlichen Marxisten haben statt des späten Engels den jungen Marx zur Bestimmung eines allgemeinen (philosophischen) Gehalts der Marxschen Lehre herangezogen. Das "Kapital" stellt dann die spezielle Form der "Selbstentfremdung des Menschen" in der bürgerlichen Ökonomie dar. Althusser geht einen ganz anderen Weg. Seine "symptomatische" Marx-Lektüre fragt: Was ist die Problematik im Werk von Marx? Was geschieht in seiner theoretischen Praxis? In "Das Kapital lesen" (1965, zusammen mit Balibar u.a.) geht Althusser wie folgt vor: Welche Problematik praktiziert Marx als Leser der bürgerlichen ökonomischen Theoretiker? Deren Fragestellung hatte geheißen: Wie wird der Wert der Ware Arbeit bestimmt? Smith und Ricardo gingen davon aus, daß in der Marktwirtschaft Äquivalente ausgetauscht werden. Natürlich wußten sie, daß in der Klasse des Unternehmers ein Mehrwert realisiert wird; wenn die Arbeit als Ware in den Tausch eingebracht wird, erhält der Arbeiter also nicht ihren vollen Wert erstattet.

Wie aber verträgt sich das mit dem Äqivalententausch? Die Ricardosche Schule hat dieses Problem nicht lösen können. Linke Ricardianer sahen hier eine Ungerechtigkeit, einen Verstoß gegen das Prinzip der Gleichheit. Marx hingegen hat das Geheimnis des Mehrwerts entschleiert, indem er eine neue Frage produziert - die Frage nach dem Wert der Arbeit wird durch die nach dem Wert der Arbeitskraft ersetzt. Diese wird zu ihrem Wert verkauft, der durch die Kosten zur Reproduktion des Arbeiters bestimmt ist, welche natürlich so gering wie möglich gehalten werden. Dieser Wert ist, wie jeder Kapital-Leser weiß, von dem durch die Arbeit geschaffenen, vom Kapitalisten angeeigneten, verschieden. Es liegt also keine "Ungerechtigkeit" vor, kein moralisches Problem, sondern ein durch die Ökonomie sachlich wirkendes Verhältnis der Ausbeutung der arbeitenden Klasse durch die Klasse der Eigentümer industrieller Produktionsmittel, in dem die Menschen nichts anderes als "Träger" (Marx) der ökonomischen Verhältnisse sind. Marx entdeckt ein neues Terrain: die durch das Verhältnis von Produktivkräften und Produktionsverhältnissen, durch die die Form der Aneignung des Mehrprodukts organisiert ist, bestimmte Struktur von Gesellschaftsformationen. Die Konstitution dieses Gegenstandes für die Erkenntnis stellt die theoretische Revolution von Marx dar.

Diese Entdeckung wurde Marx nicht an der Wiege gesungen; er ist vielmehr erst im Laufe langwieriger Studien zu ihr vorgedrungen. Althusser betont, daß die Problematik des reifen Marx nicht die ideologische Problematik der "Entfremdung des Menschen" aus den Marxschen Frühschriften ist. Wieso?

Die bürgerliche Ideologie sagt: Die freie Marktwirtschaft entspricht der Natur des Menschen, indem sie durch Konkurrenz das Eigeninteresse aktiviert. Die am jungen Marx orientierten "humanistischen Marxisten"

entgegnen: Das ist nicht etwa wahre Menschennatur, sondern die durch die Warenwirtschaft "entfremdete". Der Streit dreht sich dann also darum, ob der Kapitalismus der "Natur des Menschen" entspricht oder nicht. Demgegenüber stellt der reife Marx fest, daß die Einrichtungen der Klassengesellschaft mit menschlichen Eigenschaften überhaupt nichts zu tun haben, sondern eigenen Gesetzen gehorchen. Für Althussser ist nicht der Mensch, sondern der Klassenkampf das Thema des Marxismus: nicht das Verhältnis von "Mensch" oder "Subjekt" und Gesellschaft steht zur Debatte, sondern das Verhältnis von Klassen, nicht der Mensch macht die Geschichte, sondern der Klassenkampf. Der Begriff des "Menschen" ist kein Instrument zur Erkenntnis konkreter Klassenkämpfe - das meint Althusser, wenn er vom Marxschen "theoretischen Anti-Humanismus" spricht.

Wie konnte Marx zu seiner revolutionären Entdeckung gelangen? Althusser wagt die These: Marx konnte nur deshalb das Kapital denken, weil er den Standpunkt der Arbeiterklasse einnahm; seine Theorie repräsentiert die Arbeiterklasse. Was heißt das? Die klassische bürgerliche Ideologie - deren Stürme uns heute wieder so wild wie lange nicht mehr um die Ohren blasen - sagt: In der freien Marktwirtschaft kann jeder sein Talent einbringen; tüchtige Menschen mit innovativen Ideen haben freie Bahn, sich als Unternehmer zu betätigen. Mit dieser Sichtweise der bürgerlichen Ideologie hat Marx gebrochen, indem er aus der Praxis der Arbeiterklasse lernte, daß Arbeiter nicht aus Mangel an geistigem Talent den kürzeren ziehen, sondern weil diese Klasse durch den Klassenkampf der Bourgeoisie, der sich in den Apparaten der bürgerlichen Ordnung darstellt, als Objekt der Ausbeutung planmäßig zugerichtet ist. Dieser Bruch mit der bürgerlichen Ideologie schafft die entscheidende Voraussetzung für Marx' theoretische Entdeckung: So konnte Marx einsehen, daß das kapitalistische System nicht eine vielleicht durch Reformen zur Erhöhung der "Chancengleichheit" und "Gerechtigkeit" oder dergleichen "zu verbessernde" Talentbörse ist, sondern ein System der Klassenausbeutung.

Hieran wird auch ersichtlich, warum Althussers Definition des Begriffs "Ideologie" vordergründig scheinbar von Marx abweicht: Ideologie ist nicht einfach "falsches Bewußtsein", wie Marx und Engels voreilig formuliert hatten, im Sinne eines durch die realen Verhältnisse produzierten Irrtums, dem irgendwelche klugen Köpfe, die auf wundersame Weise das "Wesen" der Gesellschaft hinter dem "Fetischismus" der "Erscheinungen" zu sehen vermögen, ein "richtiges", "aufgeklärtes" entgegenzuhalten hätten - zumal Marx und Engels immer betont haben, daß nur praktische Veränderungen die "Nebelbildungen" in den Köpfen auflösen können. Ideologie ist nicht einfach ein Irrtum, eine Unwahrheit oder Lüge: Tatsächlich kann im liberalen Kapitalismus jeder Mensch mit erfolgversprechenden Ideen die "Eigeninitiative" ergreifen und einen Kredit aufnehmen, um Produktionsmittel zu erwerben und Arbeitskräfte zu beschäftigen. Insofern ist die Ideologie der freien Unternehmerinitiative nicht "falsch".

Ideologie stellt das gelebte Verhältnis von Menschen zur gesellschaftlichen Realität dar; in diesem Sinne gibt es gemäß den klassenmäßigen Bedingungen, unter denen sich Bourgeoisie und Proletariat ihr Verhältnis zu ihren Existenzbedingungen vorstellen, bürgerliche und proletarische Ideologie, und es wird auch in einer klassenlosen Gesellschaft Ideologie geben, in der die Menschen sich ihr Verhältnis zu ihren neuen Existenzbedingungen vorstellen werden.

Althusser bestreitet, daß "Ideologie" jemals gänzlich durch "Vernunft" abgelöst werden könne. Die bürgerliche Ideologie - Marktwirtschaft als produktiver Wettbewerb usw. - stellt dar, wie die Bourgeoisie ihre Existenzbedingungen sieht. Sie wird nicht dadurch gebannt, daß Theoretiker gleichsam über den Dingen stehend die "Wahrheit" über das gesellschaftliche Ganze erkennen und dann die im "falschen Bewußtsein" Befangenen "aufklären". Vielmehr vermag der Theoretiker nur durch die Aneignung einer revolutionären Ideologie, nämlich durch das Ausgehen von konkreten Bedingungen der Ausbeutung und Unterdrückung, die Funktionsweise des Kapitalismus zu begreifen: Als Ausbeutung einer Klasse durch die andere zu erkennen, was die bürgerliche Ideologie als Wettbewerb unter Menschen interpretiert. Ideologischer Kampf ist nicht Belehrung der Dummen durch Bescheidwisser, sondern praktische Veränderung des gelebten Verhältnisses zur Realität.

Indem die "symptomatische Marx-Lektüre" mit der Frage "Was will Marx uns sagen?" bricht, stellt sie die Frage nach dem Schweigen in den Marxschen Texten: Was bedeutet es für das Ganze der Theorie, wenn Marx uns Auskünfte schuldig bleibt - die Frage nach den Klassen (hier bricht das "Kapital" fragmentarisch ab), dem Staat, der Hausarbeit und privaten Reproduktion ... Hat Marx hier etwas vergessen zu sagen, oder ist er einfach nicht mehr dazu gekommen? So einfach ist es für Althusser nicht. Er fragt: Was sind die Bedingungen,

die der Theorie diese Grenzen setzen, und was sind die Konsequenzen? - Aus theoriegeschichtlichen Gründen, die hier nicht erörtert werden können, lag es für Marx nahe, zur Darstellung seiner Entdeckung die dialektische Systematik der Philosophie Hegels als Modell zu nehmen: Ausgehend von der Analyse der Ware versucht Marx, Schritt für Schritt die Voraussetzungen der Warenwirtschaft einzuholen und so das Ganze der kapitalistischen Gesellschaft aus einem Kern, einer "Keimzelle" abzuleiten. Was hat es mit den Stellen auf sich, wo diese "Ableitung" Unklarheiten oder Sprünge aufweist? Zum Beispiel das zweite Kapitel im "Kapital": Marx erklärt, daß das reale Funktionieren des zuvor deduzierten universellen Warenaustauschs bestimmte politische und juristische Bedingungen voraussetzt, und fügt hinzu, daß der Inhalt dieser Verhältnisse durch die Ökonomie bestimmt ist: worin genau besteht dieses "dialektische" Verhältnis? Anderes Beispiel: Im vierten Abschnitt des dritten Kapitels sagt Marx, daß der Kauf und Verkauf der Arbeitskraft die Existenz einer freien Lohnarbeiterklasse voraussetzt - die (historische) Darstellung der Bedingungen der Entstehung dieser Klasse (in England) wird an eine andere Stelle verschoben, nämlich ins 24. Kapitel (ursprüngliche Akkumulation).

Was sagen solche Lücken und Sprünge über das Verhältnis von ökonomischer Struktur und politischen Bedingungen? Die Marxsche Systematik führt zu einer Reduktion: Im direkten ökonomischen Klassenkampf wird der Kern angesiedelt, dessen Veränderung die der Gesellschaft insgesamt vollzieht; tritt an die Stelle des Kapitalismus die freie und bewußte Kontrolle der Produktion durch die Produzenten, und staatliche Herrschaft wird überflüssig und verschwindet. Überzeugt uns das? In seinem berühmten Referat über die "Krise des Marxismus" kommt Althusser 1977 auf dieses Problem zu sprechen: Die bisher vollzogenen Vergesellschaftungen der Produktionsmittel haben staatliche Herrschaft nicht beseitigt, sondern neue Repression unerhörten Ausmaßes herbeigeführt. Es nützt nichts, so Althusser, zu beteuern, daß dieser "reale Sozialismus" - der heute bereits Vergangenheit ist - kein richtiger Sozialismus sei - gewiß ist er das für uns nicht, aber die Frage der Massen lautet: Wer garantiert denn, daß der Sozialismus, den ihr geläuterten Kommunisten wollt, nicht die gleichen miserablen Resultate hervorbringt? Die Geschichte zwingt uns, die Frage der Staatsmacht, des Verhältnisses von Ökonomie und Politik neu zu durchdenken.

Den marxistischen Hegelianismus, der die bürgerliche Gesellschaft als Totalität interpretiert, die in all ihren Momenten (Politik, Recht, Moral...) stets ihren ökonomischen Kern ausdrückt, hat Althussser stets abgelehnt. Stattdessen hat er vorgeschlagen,den Gegenstand der Marxschen Theorie als "komplexes Ganzes" aufzufassen, als "Struktur mit Dominante", in der verschiedene, historische in unterschiedlichen Zeitdimensionen sich entwickelnde (oder stagnierende) Ebenen gesellschaftlicher Organisation und Herrschaft miteinander verkoppelt sind, die im Kapitalismus unter dem Primat der Kapitalverwertung in "letzter Instanz" (Engels) "überdeterminiert" sind. Diese Verkoppelung gegeneinander relativ autonomer Zyklen mit dem beherrschenden kapitalistischen Reproduktionszyklus entwickelt sich in permanenten strukturellen Verschiebungen: die Brennpunkte gesellschaftlicher Konflikte können ihren Ort wechseln.

Es ist also davon auszugehen, daß der ökonomische Gegensatz von Lohnarbeit und Kapital permanent und zu jeder Stunde diesen Brennpunkt darstellt - der dann dummerweise den bewußten Revolutionären ständig durch die Lappen geht, weil irgendwelche verflixten Gifte die Arbeiterklasse dauernd an der Einsicht hindern, zu welch großer Aufgabe die Geschichte sie auserkoren hat. Den geschichtsphilosphischen Mythos vom "revolutionären Subjekt" hat Althussser verworfen: Die Geschichte ist ein "Prozeß ohne Subjekt und ohne Ziel".

An die Stelle geschichtsphilosophischer Konstruktionen muß die Analyse treten, wo gesellschaftliche Antagonismen sich verdichten. Das Patriarchat oder der Nationalismus und Rassismus etwa sind nicht einfach jene bloßen "Ausdrucksformen" von Kapitalismus, welche die orthodoxen MLer mit dessen Erledigung erledigt glaubten - es sind relativ eigenständige Unterdrückungszusammenhänge, die in das Ganze der bürgerlichen Herrschaft eingehen und die Reproduktion des Kapitals stützen. Es ist zu fragen, welche Effekte das politische Eingreifen in diese Konfliktfelder für die Betroffenen und für das Ganze produziert: Wie wirkt sich das Knacken bestimmter Kettenglieder bürgerlicher Herrschaft auf die Kette insgesamt aus? Lenins "Ketten"-Metapher, Maos Lehre vom Widerspruch, der nur im besonderen existiert und Gramscis Konzept der "Hegemonie" markieren die Ausgangspunkte von Althussers Überlegungen. Zu einem Ende gelangen konnte er nicht, weil niemand das kann - die Geschichte ist ein Prozeß von Klassenkämpfen ohne Subjekt und ohne Ziel.

An der Unfähigkeit des traditionellen Marxismus, diese Probleme anzugehen, entlud sich seine Krise. Althusser hegte 1977 noch die optimistische Hoffnung, der Marxismus werde durch seine Krise geläutert und könne in ihr seine Identität bewahren. So sicher können wir uns dessen nicht mehr sein. Wie dem auch sei,

Althusser hat uns wesentliche Hilfestellungen für den Umgang mit dieser Krise gegeben. Keine ernsthafte Auseinandersetzung mit Marx wird diese Hilfe entbehren können.

Henning Böke, Frankfurt a.M.

47. Wider die tödliche Toleranz - Zwei aktuelle Bücher gegen die neue "Euthanasie"-Debatte

Rubrik: Rechtsradikale, Neonazis; Geschichte des Faschismus; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak324/11.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:324:11

Offensiv und medienwirksam werden seit einigen Jahren wieder Versuche unternommen, in der Öffentlichkeit das Lebensrecht behinderter Menschen "zur Diskussion", d.h. zur Disposition und in Frage zu stellen. Erregte schon seit Mitte der 80er Jahre die eher grobschlächtige "Sterbehilfe"-Kampagne eines Julius Hackethal breite Aufmerksamkeit, die nur durch die Willkürlichkeit der Tötungspropaganda auch auf potentielle AnhängerInnen abschreckend wirkte, so kommt die seit Anfang 1989 inszenierte neue "Euthanasie"-Debatte im streng wissenschaftlich-rationalen Gewande daher. Im Mittelpunkt des von den BefürworterInnen der "Euthanasie" geforderten und in dieser Zeitung mehrfach kritisierten (ak 308, 315, 319) demokratischen Diskurses über den Wert menschlichen Lebens stand bislang der aus Australien importierte "Bio-Ethiker" Peter Singer. Seine "Praktische Ethik", ein utilitaristisches Machwerk, das auf die Praxis des moralisch und rechtlich abgesicherten Mordens zielt, ist inzwischen nicht mehr "nur" Gegenstand humangenetischer und medizinischer Fachtagungen, sondern zum Diskussionsobjekt in Uni-Seminaren und der publizistischen Verteidigung in "Zeit" und "taz" avanciert. Im folgenden werden zwei Bücher vorgestellt und dringend zur Lektüre empfohlen, die sich als Beiträge gegen die breit angelegte Kampagne zur Etablierung des "Tabuthemas" verstehen und - darüberhinaus wie als Voraussetzung dazu - die Auseinandersetzungen mit dem herrschenden (und auch in der Linken tief verankerten) eindimensionalen Menschenbild der verwertbaren Produktivität und technizistischer Fortschrittsgläubigkeit fördern wollen.

"Tödliche Ethik

Der Sammelband "Tödliche Ethik" enthält eine Reihe von "Beiträgen gegen Eugenik und ‚Euthanasie'" und dokumentiert den Widerstand von Frauen-, Behinderten- und Antifagruppen gegen das im Juni 89 erfreulicherweise verhinderte Symposion "Bio-Technik - Ethik - Geistige Behinderung", welches die "Lebenshilfe für geistig behinderte Menschen" (LM) unter der Schirmherrschaft des Bundesministeriums für Jugend, Frauen, Familie und Gesundheit vorbereitet und dazu Singer eingeladen hatte. Die HerausgeberInnen Theo Bruns, Ulla Penselin und Udo Sierck umreißen in einem fundierten programmatischen Vorwort die gesellschaftlichen Dimensionen der Debatte. Sie weisen darauf hin, daß die Popularität der sozialdarwinistischen Ideologie der neuen "Euthanasie"-Bewegung nur vor dem Hintergrund der gesundheits- und sozialpolitischen Entwicklungen der letzten 15 Jahren zu verstehen ist. Die in allen gesellschaftlichen Bereichen wieder verstärkt nachweisbaren biologistischen Interpretationsmuster sozialer Prozesse flankieren, um es hier stark verkürzt wiederzugeben, die ökonomischen und bevölkerungspolitischen Maßnahmen zur Steigerung der "Volksgesundheit" und forcierten Zurichtung der Arbeitskraft auf Mobilität und Flexibilität, Leistungs- und Konkurrenzwillen. Hier hat eine Propaganda zur Tötung von als "lebensunwert" definiertem Leben ihren politischen Ort; anders jedoch als vor dem und im Faschismus wird derzeit das gesellschaftliche Bewußtsein nicht über plakative rasse- und sozialhygienische Propaganda hergestellt: "Geformt wird in der Bevölkerung vielmehr ein Bewußtsein, das selektive Maßnahmen auch ohne permanente staatliche Eingriffe fördert." (S. 9) In diesem Programm freiwilliger Selbstkontrolle liegt die Funktion der philosophischen Offensive: eine neue Ethik, konsistent, aufgeklärt, rational, modern und, nicht zu vergessen, voller Mitleid gegenüber dem "Leid" mangelnder kapitalistischer Funktionstüchtigkeit soll besorgen, was bislang noch von der Vergangenheit überschattet bleibt: der "radikalen Lösung der sozialen Frage", den HerausgeberInnen zufolge die "zentrale Triebfeder für die ‚Euthanasie'-Aktionen während des nationalsozialistischen Regimes", näherzukommen. Charakteristisch für die Argumentationsstruktur der "Euthanasie"-BefürworterInnen ist in diesem Zusammenhang das wichtige Element der "Selbstbestimmung": selbstbestimmt soll die staatlich und ökonomisch erwünschte Selektion unbrauchbaren Menschenmaterials erfolgen, die "individuelle Entscheidung" das Eingehen auf bevölkerungs- und sozialpolitische Sanierungsstrategien legitimieren. Die Pflicht zur Gesundheit, d.h. der herrschenden Leistungsnorm zu entsprechen und der Gesellschaft nicht zur Last zu fallen, wird in ein individuelles Recht umgedeutet ("Recht auf humanes Sterben"). Ebenso brechen das "Recht zur selbstbestimmten Fortpflanzung" oder das "Recht auf ein gesundes Kind" der Pränataldiagnostik und humangenetischen Beratung Bahn, um Frauen als "Muttermaschinen" zur Produktion eugenisch einwandfreien Nachwuchses zu machen.

Ausdrücklich heben die AutorInnen hervor, daß die vielfältigen Versuche, die Akzeptanz für neue Sozialtechniken und "neue Ethik" zu fördern, die Auseinandersetzung um die Thematik salonfähig zu machen und die eugenische und sozialrassistische Ideologie zu einem Bestandteil des "demokratischen" Meinungspluralismus zu erheben, ein klassisches Beispiel für den Funktionsmechanismus der "repressiven Toleranz" (Marcuse) darstellen, dem im "gesellschaftlichen Dialog", welchen die "Euthanasie"-Propagandisten beispielsweise in ihren Publikationsorgan "Zeit" einfordern, nicht zu begegnen ist: "Liberalität ist demgegenüber völlig fehl am Platz. Mit den TäterInnen, die auf den ihnen jeweils eigenen Politik- und Wissenschaftsebenen der Durchsetzung der Kapitallogik über Leichen hinweg dienen, mit denen ist nicht zu diskutieren, die sind zu bekämpfen." (S. 16)

In den folgenden Einzelbeiträgen werden verschiedenen Aspekte eingehend untersucht: so beschreibt Udo Sierck in "Alternative und Euthanasie" die Auseinandersetzungen um Hackethal auf dem Kasseler Gesundheitstag 1987. Franz Christoph kritisiert in einem aktuell zu Singers Ausladung vom LH-Symposion erschienenen Artikel die Haltung der LH, sich in "kritischer" Absicht auf die Debatte mit Singer einzulassen und ihm so ein Forum zur Verbreitung seiner tödlichen Ideen zu bieten. Die drei folgenden Beiträge sind überarbeitete Referate der Gegenveranstaltung zum LH-Symposion: zunächst analysiert Udo Sierck die angebräunte Geschichte dieser Organisation. Es folgt ein umfassender Beitrag von Hans-Jürgen Jonas, der erklärt, wie in der Singerschen Philosophie mit Hilfe des Konstrukts der "Personalität" das Eintreten für den Tierschutz mit einer Relativierung menschlichen Lebens einhergeht. Desweiteren wird Singers Funktion als Hausphilosoph des in Sachen Reproduktionsmedizin forschenden Bio-Zentrums der australischen Monash-University und darüberhinaus sein Stellenwert für die ethische Verbrämung medizinischer Kosten-Nutzen-Analysen untersucht. Im letzten Gegenreferat analysiert Ursula Aurien den in nazistischer Tradition stehenden Zusammenhang des Leidverminderungsarguments mit dem der Kostensenkung.

Die notwendige historische Dimensionierung der "Euthanasie"-Debatte liefert Ludger Weß, der auf den schon lange vor dem Faschismus vorhandenen eugenischen Konsens quer durch das politische Spektrum (auch KommunistInnnen haben hier eine ganz finstere Tradition aufzuarbeiten; d. Rez.) verweist und an der Rezeption der 1920 von dem renommierten Strafrechtler Karl Binding und dem Psychiater Alfred Hoche verfaßte Schrift "Die Freigabe der Vernichtung lebensunwerten Lebens" nicht nur zeigt, daß die faschistischen Vernichtungsaktionen wissenschaftlich lange vorgedacht waren, sondern auch daß sie sich nur durchsetzen konnten, "weil es in der Weimarer Zeit eine von keinerlei grundsätzlichem Widerstand gestörte, vollkommen leidenschaftslos geführte, verwissenschaftliche Debatte über ‚lebensunwertes Leben' gegeben hatte" (S. 65). Der sich geradezu aufdrängende Vergleich zur derzeitigen Situation wird im Artikel von Gabriele Goettle durch die Gegenüberstellung der Aussagen Binding/Hoches mit denen Singers probiert, der tatsächlich verblüffende Ähnlichkeiten in der Prämissen- und Prioritätensetzung wie auch der rhetorischen Struktur der Texte hervorbringt und Singers Vernichtungsethik, nach der auch die Verbrechen eines Mengele in Auschwitz als "verantwortungsbewußte Erlösung" zu rechtfertigen wären, als Beweis dafür qualifiziert, was Singer gerade bestreiten will: nämlich daß die von ihm sog. "Greueltaten der Nazis" keineswegs ad acta zu legen, sondern höchst gegenwärtig sind.

Der letzte Text dieses Bandes ist von der Gemischten Gruppe gegen Gen- und Reproduktionstechnologie Rhein/Main, die einige "vorläufige Ergebnisse und Fragen" vorstellen (S. 79). Neben einer knapp gehaltenen Kritik der Eugenik als solcher werden das Verhältnis von Behinderten und Nichtbehinderten innerhalb des Bündnisses, die Frage der eugenischen Indikation bei der §218-Problematik und die Arroganz von Nichtbehinderten und ihre Unfähigkeit eines selbstverständlichen Umgangs mit Behinderten diskutiert.

Eine ausführliche Chronologie vom April 89 bis Anfang 90 schließt den Band ab.

"Geschätztes Leben"

Der zweite hier vorzustellende Titel ist gerade herausgekommen: "Geschätztes Leben" von Oliver Tolmein argumentiert in einer Mischung aus Reportage, journalistischem Essay und präziser Sprachanalyse umfassend, sehr detailliert und historisch fundiert "gegen eine Ethik, die den Menschen auf seinen biologischen Gebrauchswert reduziert und, statt die Gleichberechtigung allen menschlichen Lebens herauszustellen, ‚lebensunwertes Leben' zur Vernichtung freigibt". In einer Skizze über die Entwicklung der "Euthanasie"-Debatte in den achtziger Jahren zeichnet der Autor die Etablierung des Themas auf juristischen und medizinischen Fachtagungen nach und beschreibt den wirkungsvollen Widerstand, der zuletzt im Juni

dieses Jahres die vom Bochumer Philosophieprofessor Hans Martin Sass organisierte "4. Europäische Konferenz über Philosophie in der Medizin" (s. ak 319) verhindern konnte. Hingewiesen sei auch auf die Textanalysen von "Zeit"- und "Spiegel"-Artikeln, in denen von der "zunehmende(n) Zahl zombiehaft bewußtloser Wesen", dem "Terror der Humanität" etc. die Rede ist.

Nach der darauffolgenden Verortung der Ethik in der Kampagne als notwendiger "Umwertung der Werte" (S. 61) und einer Analyse der empörten Reaktion auf die Störaktionen gegen die tödliche akademische Freiheit seitens der 31 Westberliner PhilosophInnen, die sich im Januar 90 in einer Erklärung in der "taz" äußerten, setzt sich Tolmein eingehend mit dem taxierenden Blick des Philosophen als "Bilanzbuchhalters" (S. 66) auseinander. Geliefert wird eine genaue Kritik der an sich wenig originellen Singer-Philosophie, die jedoch "als Teil eines zunehmend reißerischen mainstreams" (S. 80) in der philosophischen Debatte zu verstehen ist; die Genauigkeit der Untersuchung gilt auch für die Erzeugnisse des "Zeit"-Schreibers Reinhard Merkle, der sich am nachhaltigsten für die Verankerung der "Idee der Verfügbarkeit menschlichen Lebens in der Ethik-Debatte in der BRD" exponierte (S. 85, s. auch Tolmeins Artikel in konkret 6/90), oder des Berliner Philosophen Ernst Tugendhat, der eine Grenze zwischen den Interessen der Behinderten und dem "positiven Interesse aller" an ihrer Vernichtung zog. All diese Texte, so weist Tolmein nach, kennzeichnet die Abstraktion von gesellschaftlichen Entwicklungen, die Ignoranz gegenüber den Interessen behinderter, kranker oder alter Menschen, der positivistisch verengte Blick des "Es ist nun mal so" auf die als "Pflegeökonomie" bezeichnete Verschlechterung der Situation im Gesundheitswesen. So wird Tötung zur Erlösung: "Das Engagement für die ‚Euthanasie'-Diskussion erklärt sich unter anderem dadurch, daß hier die kostengünstige und die human wirkende Lösung (...) eines zu sein scheinen. (...) Die Verzahnung von ökonomischen Interessen und der Motivation, Leiden zu vermindern, (...) kann einen fatal wirkenden Mechanismus in Gang setzen. Selbst wenn (noch) nicht vordringlich aus ökonomischen Motiven heraus gehandelt wird, beschleunigen diese die Entwicklung." (S. 92)

Das nächste Kapitel des Buches machen die Erfahrungsberichte auf drei Intensivstationen aus, die einen Einblick in die alltäglichen Probleme geben und das Vorurteil vom "menschlichen Charakter der Apparatemedizin" widerlegen.

Dieser Reportage folgt eine Analyse der strafrechtlichen Diskussion und der Rechtsprechungspraxis, die differenziert daherkommt, aber doch durchgehend auf den Konsens der "Euthanasie" baut und inzwischen bereits faktisch ein Sonderrecht für Behinderte hergestellt hat. Theresia Degener, die diesen Teil verfaßt hat, zeichnet u.a. die Rechtsprechung gegenüber NS-Ärztinnen, denen regelmäßig die "Tötung aus Mitleid" bescheinigt wurde, und in "Euthanasie"-Fällen nach 1945 nach. Desweiteren bezeichnet sie die heißen Eisen der juristischen Diskussion: das brisante Thema der Kostensparung und die Problematik der "Früheuthanasie" (bei Säuglingen), bei der das Argument der "menschenwürdigen Beendigung eines leidvollen Lebens" ebensowenig zieht wie das des "Selbstbestimmungsrechte des Individuums", dem sein Tod zum Wohle aller schmackhaft gemacht werden soll. "Die Ausführungen zur juristischen Euthanasiedebatte zeigen, daß es heute längst nicht mehr um die Frage geht, ob ‚Euthanasie'-Maßnahmen erlaubt sind. (...) Lediglich ‚unsaubere' Tötungsformen, wie der Genickschuß im Krankenzimmer oder das Weglegen von Neugeborenen in den Mülleimer, rufen Empörung hervor. Ansonsten ist so gut wie alles erlaubt." Dennoch, so betont die Autorin, hätte ein die Euthanasie legalisierendes Gesetz eine neue Qualität: es würde in der BRD möglich machen, was den Nationalsozialisten nicht gelang.

Deren Maßnahmen und der Frage der Kontinuität geht Oliver Tolmein im letzten Kapitel nach. Aufgehängt an der obligatorischen Distanzierung vom Faschismus durch die "Euthanasie"-Befürworter - "einem Textbaustein gleich hat sie jeder parat" (S. 175) - untersucht er die von ihnen mit dem schlichten Hinweis auf die Einmaligkeit, ergo Unvergleichbarkeit und Unwiederholbarkeit der nationalsozialistischen Verbrechen geflissentlich ignorierte Frage nach den Kontinuitäten der Aussonderungspolitik. Kritisiert wird die in diesem Zusammenhang häufig auftauchende, letztlich entschuldigende Interpretation der logischen Zwangsläufigkeit, die zur "Euthanasie" geführt habe; desweiteren wird gegenüber einer Theorie der ökonomischen Zweckrationalität die entscheidende Rolle des "tödlichen Mitleids" als Motiv herausgehoben. In dieser Perspektive des Mitleids, die eine hierarchische Wertigkeit von Leben zur Prämisse hat, liegt genau die Kontinuität nazistischer Ausmerzpolitik; sie zeigt ihr "doppeltes Gesicht" (S. 197) des zum äußersten entschlossenen Utilitarismus, der zum "Zweck an sich" wird und sich in sein Gegenteil verkehrt, das Modell von "Heilen und Vernichten" verselbständigt. Nicht mehr explizit der "Volkskörper", sondern die Abweichung

von einer abstrakten Norm ist heute der Bezugspunkt des abschätzenden Blicks der "Euthanasie"-Befürworter; "nicht verändert hat sich aber der Wille zu definieren, wie ein Mensch zu sein habe, und damit die Bereitschaft zur Selektion." (S. 198)

O.

Theo Bruns/Ulla Penselin/Udo Sierck (Hg.): Tödliche Ethik. Beiträge gegen Eugenik und "Euthanasie". Hamburg 1990. Verlag Libertäre Assoziation, DM 12,80

Oliver Tolmein: Geschätztes Leben. Die neue "Euthanasie"-Debatte. Mit einem Beitrag von Theresia Degener. Hamburg 1990. Konkret Literatur Verlag, DM 26,-

48. Die Kämpfer an der unsichtbaren Front Die Erfolge der Hauptverwaltung Aufklärung

Rubrik: Geheimdienste; DDR · CD-Datei: daten/aksuche/ak324/46.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:324:46

"Wir geloben

auf der Grundlage und in konsequenter Durchsetzung der Beschlüsse unserer Partei und Regierung, mit politischer Reife, standhaft und kompromißlos den Feind zu bekämpfen, seine verbrecherischen Pläne und Absichten und Maßnahmen rechtzeitig zu erkunden und zu vereiteln, dem Feind keine Chance für seine gegen Frieden, Demokratie und Sozialismus gerichteten Machenschaften zu lassen."

Szenario:

Herbst 1981. Es findet der X. Parteitag der SED statt. Erich Honecker trägt in seinem Bericht zur planmäßigen Entwicklung und zum Ausbau der Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik vor, daß sich die Volkswirtschaft der DDR in Erfüllung der Beschlüsse von Partei und Regierung umfassend und unter Mobilisierung aller Schichten der werktätigen Bevölkerung darauf vorbereitet, die elektrotechnische Industrie der DDR, insbesondere das volkseigene Kombinat Robotron, in die Lage zu versetzen, während der Periode des nächsten Fünfjahresplans auf technologischem Gebiet Weltniveau zu erreichen (starker, lang anhaltender Beifall). Geplant ist unter Anspannung aller Kräfte die eigenständige Entwicklung eines 1 Mega-Bit-Chips.

"Wir Mitarbeiter des Ministeriums der Staatssicherheit sind jederzeit bereit, alle Aufträge von Partei und Regierung bedingungslos und mit schöpferischer Initiative in Ehren zu erfüllen, die Deutsche Demokratische Republik, in der die Ideen von Marx, Engels, Lenin revolutionäre Wirklichkeit wurden, mit unserer Person, bis zum Einsatz des eigenen Lebens, entschlossen zu verteidigen. Das geloben wir."

In die Sprache westdeutscher Geheimdienste übersetzt bedeuten die Aufträge des X. Parteitages: Die DDR wird durch die Hauptverwaltung Aufklärung des MfS (HVA) alles daransetzen, mittels Spionage auf wissenschaftlich-technischem, politischem und militärischem Gebiet die ökonomischen Kosten für den Mega-Bit-Chip runterzusetzen. In Kenntnis der professionellen Arbeit der HVA beraumen die Behördenleiter der drei westdeutschen Geheimdienste eine Arbeitskonferenz an, um das Ansinnen der HVA zu durchkreuzen. Es erscheinen:

- Der Leiter der Spionageabwehrabteilung des militärischen Abschirmdienstes und Stellvertreter des Amtschefs MAD, Oberst Krase. Über den Schreibtisch von Oberst Krase geht "alles, was mit der Bundeswehr, dem MAD und den Partnerdiensten zu tun hat. Seit 1974 ist er so gut wie über alle Aktionen der bundesdeutschen Geheimdienste und über militärische Geheimdienste informiert."

- Der Chef der Spionageabwehr und Abteilungsleiter beim Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV), Tiedge. Ihm untersteht das gesamte Netz der westdeutschen Gegenagenten und er ist über laufende Aktionen auf dem Gebiet der DDR informiert.

- Der Regierungsoberamtsrat beim BfV für Spionageabwehr Kuron. "Kuron genießt in seinem Amt hohes Vertrauen und wird ausgezeichnet beurteilt. Die Operationen der Spionageabwehr der Bundesrepublik und ihre `Quellen' sind ihm wohlbekannt."

- Die zuständige Regierungsdirektorin des Bundesnachrichtendienstes für Spionageabwehr.

Der exklusive Kreis der Agentenjäger tagt abgeschirmt und ist unter sich. Als Dienstältester bringt Oberst Krase einen Begrüßungstoast aus:

"Wir geloben

in enger unlösbarer Verbundenheit mit dem Volk der DDR, die revolutionäre Wachsamkeit zielstrebig und umfassend zu erhöhen und die kameradschaftliche Zusammenarbeit mit den Werktätigen der DDR, mit den Kämpfern und Patrioten an der unsichtbaren Front als bedeutende Quelle der Organe des Ministeriums für Staatssicherheit allseitig zu festigen und zu vertiefen."

Starker, lang anhaltender Beifall aller Anwesenden. Denn alle Anwesende, die gesamte Führungsspitze der westdeutschen Spionageabwehr, sind zu diesem Zeitpunkt seit Jahren als Agenten für das MfS tätig. Die Stellung der MfS-Mitarbeiter innerhalb ihrer westdeutschen Geheimdienstbehörden ist völlig unumstritten. Sind sie doch die einzigen, die ab und an einen Ost-Agenten in der BRD enttarnen. Denen gelingt allerdings meist in letzter Minute die Flucht. Die 1976 von Oberst Krase als MfS-Mitarbeiter enttarnten, und bald darauf mit der DDR ausgetauschten, Lutze und Wiegel führen im Gefolge des Wirbels um die von ihnen ausgespähten Geheimnisse zum Rücktritt des ausspionierten Verteidigungsministers Leber. Zu diesem Zeitpunkt ist Krase seit mindestens zwei Jahren für das MfS tätig. Mit einer geschickten Regie im Hintergrund wäre es Krase während der Kießling-Affäre 1984 fast gelungen, Verteidigungsminister Wörner zu Fall zu bringen.

Als Tiedge vom BfV sich 1985 in die DDR absetzt, muß aufgrund seiner Kenntnisse die Führungsspitze der Spionageabwehr erneuert werden. BND-Präsident Hellenbroich, durch die ‚Erfolge` von Tiedge erst in diese Position gekommen, muß nach dessen Flucht zurücktreten und erklärt bei dieser Gelegenheit: "Die Spionageabwehr des Verfassungsschutzes gegen die DDR lief über Jahre ins Leere." Anläßlich des öffentlichen Wirbels um Tiedge läßt es sich sein Kollege, MAD- Oberst Krase (MfS) nicht nehmen, einen Leserbrief im 'Spiegel' zu veröffentlichen. Krase schreibt: "Spionage, logisch, braucht Spione und sie zeitigt Verräter; überall." Vermutlich hat Krase zu Geburtstagen seine Kollegen mit geschmuggelter Club-Cola und Goldbroilern bewirtet, und alle haben sich amüsiert. Überhaupt ist es die westliche Überheblichkeit, die die Erfolge des MfS möglich macht. Hier herrsche schließlich die Demokratie und im Osten nur der Despotismus, so die Erklärungen als lange nach der Pensionierung und dem friedlichen Tod von Oberst Krase dessen MfS-Mitarbeit aufgedeckt wird. Markus Wolf wird später erklären, daß die HVA fälschlicherweise davon ausgegangen sei, daß die Westgeheimdienste professionell arbeiten. So sei Kanzler-Spion Guilliaume (MfS), der den Sturz Willy Brandts auslöste, eigentlich auf jemand anderes angesetzt worden. Nie sei damit gerechnet worden, daß der ehemalige DDR-Bürger Guilliaume eine solche Position erreichen könne. Wolf gibt sich in seinen Statements im Rückblick bescheiden. So erklärt er, daß es Devise der HVA gewesen sei, sich die Mitarbeit von Sekretärinnen sowie Beamten aus der Aktenregistratur zu sichern; schließlich könne man das geheimnisvolle Wissen von Politikern immer drei Wochen später in der Zeitung lesen, die Akten der Ministerien seien das Interessante, und die liefen über Schreibtische und wurden übers Wochenende archiviert. Die HVA sichert Mitarbeitern an der geheimen Front im Falle der Enttarnung absoluten Schutz. Während die große Zahl aufgeflogener BND-Agenten in der DDR Bautzen zur zweiten Heimat machen muß, können MfS-Agenten im Westen dank diskreter Hinweise meist fliehen und sich in der DDR einen Orden umhängen lassen. Die wenigen, die erwischt werden, sind innerhalb kürzester Zeit ausgetauscht. Tiedge, Krase und Co. sorgten dafür, daß das MfS immer genügend BND-Agenten auf Halde hatte, um sie gegen eigene Leute einzutauschen. Regierungsamtsrat Kuron vom BfV erhält Monate nach der Auflösung von MfS und HVA im Sommer 1990 das Angebot, in die SU überzusiedeln. Kuron lehnt ab und stellt sich. Erst nach Kurons Verhaftung wird die Doppelagententätigkeit des verstorbenen Krase bekannt. Das Bonner Verteidigungsministerium erklärt im Oktober 1990 zum Fall Krase mit dürren Worten: "Die Tätigkeit des hochrangigen Agenten mit entsprechenden Zugängen dürfte bewirkt haben, daß der MAD in den genannten Jahren seinen Spionageabwehrauftrag nicht erfolgreich durchführen konnte." Besser läßt sich ein gegnerischer Geheimdienst nicht Schach matt setzen. Die HVA gehört damit zweifellos zu den Errungenschaften der DDR.

"Wir geloben

als Erben des Vermächtnisses Wladimir Lenins die unzerstörbare Bande der Freundschaft und der Zusammenarbeit mit der Sowjetunion, dem ersten Arbeiter- und Bauern-Staat der Welt und den anderen Staaten der sozialistischen Gemeinschaft wie unseren Augapfel zu hüten, das im gemeinsamen jahrzehntelangen Kampf gegen den Imperialismus, für den Aufbau des Sozialismus/Kommunismus geschmiedet und bewährte Kampfbündnis mit den sowjetischen Tschekisten und den Bruderorganen der anderen sozialistischen Staaten durch neue Siege über den gemeinsamen Feind zu stärken."

Daraus ist trotz aller Erfolge nichts geworden. Erich Honecker konnte im Sommer 1989 zwar noch den 1 Mega-Bit-Chip Marke Robotron vorstellen, doch half weder dies noch die HVA den Untergang der DDR aufzuhalten. Aber es gibt Gründe dafür anzunehmen, daß die HVA-Mitarbeiter ihren Lebensabend nicht in der Tristesse einer Moabiter Gefängniszelle als Kumpel von Erich Mielke werden verbringen müssen. Bislang nämlich hält die Führungsspitze der HVA dicht und niemand kann einzelnen Mitarbeitern im Augenblick

konkrete Handlungen im Dienste der HVA nachweisen. Die, die dies im Westen eigentlich wissen und Beweise liefern könnten, trinken heute nämlich immer noch Club-Cola, essen Goldbroiler, schreiben Leserbriefe und gedenken ihrer ehemaligen Chefs von der HVA aus Berlin/DDR.

mar., Hamburg

49. KALENDER

CD-Datei: daten/aksuche/ak324/24.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:324:24

Waffen kosten Geld. Solidarität ist eine Waffe

Die Rote Hilfe Kiel veranstaltet unter diesem Motto ein Solidaritätskonzert und Infoabend. Es wird ein Film gezeigt, Bands treten auf und Jongleure zeigen ihr Können. Gezeigt wird der Streifen: "Kommune Karl Marx", es spielen "Me and the Boys" sowie "Graue Zellen".

Ort: Hansanstr. 48 in Kiel, 17.11.90, ab 18.00 Uhr

Europastrategien des deutschen Imperialismus in Geschichte und Gegenwart

Die Hamburger Stiftung für Sozialgeschichte des 20. Jahrhunderts veranstaltet zu diesem Thema eine internationale Tagung. Detlef Hartmann, Karl Heinz Roth, Lutz Klinkhammer, Miroslav Kamy, Sergio Bologna und Susanne Schunter-Kleemann sind einige der ReferentInnen, die zu den unterschiedlichsten Aspekten dieses Themas Stellung nehmen. Sowohl in Plenumsdiskussionen als auch workshops sollen die Strategien des deutschen Imperialismus in punkto Europa in Vergangenheit und Gegenwart beleuchtet werden.

Ort: 24. + 25.11.90, Hochschule für Wirtschaft und Politik (HWP), Von Melle Park, 2000 Hamburg 13, Beginn: 13.00 Uhr.

Gesundheit unter dem Hakenkreuz. Tabuisierte Vergangenheit - ungebrochene Tradition?

Zu Fragen der Tradition und der Gegenwart von Euthanasie führt das Gelsenkirchener antifaschistische Plenum eine Veranstaltung durch:

15.11.90: Geschätztes Leben; Euthanasie in der BRD. Buchvorstellung von Theresia Degener und Oliver Tolmein.

Die aktuelle Situation in El Salvador und die Politik der FMLN Reise von Commandante Rebeca durch die BRD.

Sie wird über die Politik der Frente, die festgefahrenen Verhandlungen und die Lage im Land berichten. Veranstaltet wird die Reise von unterschiedlichen lokalen Initiativen. Commandante Rebeca tritt an folgenden Orten auf:

Hamburg, 22.11.: 19.30 Uhr; Hochschule für Wirtschaft und Politik (HWP)

Berlin: 23.11. und München: 24.11. Für diese Städte standen bei Redaktionsschluß die Örtlichkeiten noch nicht fest; achtet also auf lokale Bekanntmachungen.

"Für gleiche Rechte und Demokratie"

Im Rahmen der gleichnamigen Kampagne findet eine von türkischen, kurdischen und deutschen Gruppen unterstützte zentrale Demonstration statt.

Ort: 1.12.90 um 11 Uhr, Ebert-Platz, Köln

Kontakt: Devrimci Isci, Postfach 2603, 3000 Hannover 1, Tel. 0511/318654

Göttingen: Wut und Trauer über Connys Tod

Ein Jahr ist es mittlerweile her, daß in Göttingen eine Antifaschistin bei einem Polizeieinsatz in den Tod getrieben wurde. Aus diesem Anlaß wird es am 17.11.90 eine Demonstration geben.

Infos, Aufrufe, Plakate: Buchladen Rote Straße, Rote Straße 10, 3400 Göttingen; oder: Infoladen im Juzi, Bürgerstr., 3400 Göttingen

Kein Krieg am Golf - "Entrüstet Daimler! "

Die bundesweite Demonstration richtet sich gegen den Daimler-Benz-Konzern als einen der Haupt-Profiteure an Rüstungsexporten und an Kriegen in der Dritten Welt und gegen die Bundesregierung als seine

Helfershelferin. Gefordert wird ein Stop aller Rüstungsexporte, die Umstellung auf die Produktion sozial und ökologisch sinnvoller Güter sowie der Stop von Projekten wie dem "Jäger 90". Die Demonstration ist eingebettet in eine Kampagne eines breiten Spektrums christlicher Friedensgruppen und Dritte-Welt-Initiativen.

Ort: 17.11.90 in Stuttgart. Auftakt bei der Daimler-Benz-Niederlassung Stuttgart, Türlen-/Ecke Heilbronner Str.

Kontakt: Kampagnen-Büro, Bahnhofstr. 18, 6270 Idstein, Tel. 06126/53118

50. Demokratie deutschen Blutes

BVG-Urteil gegen kommunales Wahlrecht für AusländerInnen

CD-Datei: daten/aksuche/ak324/40.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:324:40

Die obersten deutschen RichterInnen haben gesprochen: "Wahlen, bei denen auch Ausländer wahlberechtigt sind, können demokratische Legitimation nicht vermitteln." Das Volk, von dem alle Gewalt in diesem Staat ausgeht, ist und bleibt deutsch und damit basta!

Das Bundesverfassungsgericht (BVerfG) hat mit seinen beiden Urteilen vom 31.10. die zaghaften Versuche einer Einführung des kommunalen Ausländerwahlrechts durch die Landesregierungen von Schleswig-Holstein und Hamburg kassiert. Nach diesen Entscheidungen werden über 4 Millionen EinwohnerInnen allein der "alten" BRD, die keinen deutschen Paß besitzen, auf absehbare Zeit von den primitivsten Formen politischer Partizipation ausgeschlossen bleiben.

Mit diesem vorläufigen Ende der knapp 20-jährigen politischen und juristischen Diskussion um das kommunale Wahlrecht für InländerInnen ohne deutsche Staatsangehörigkeit ist auch die Sozialdemokratie von einem eher ungeliebten politischen Projekt befreit worden.

Die Forderung nach der Einführung eines kommunalen Wahlrechts für AusländerInnen hatte in den letzten Jahren zunehmend an AnhängerInnen gewonnen. ImmigrantInnenorganisationen, Ausländerbeiräte, Kirchen, Gewerkschaften, Wohlfahrtsverbände, der Ausländerbeauftragte der Bundesregierung (das war 1979 noch Kühn), der Deutsche Juristentag und Parteitage hatten sie sich zu eigen gemacht, so daß ihre Realisierung nur eine Frage der Zeit schien.

Zunächst wurde das kommunale Wahlrecht von seinen liberalen BefürworterInnenn als Abschluß einer überwiegend gelungenen "Integration" begriffen und sollte dem Umstand Rechnung tragen, daß ein großer Teil der ArbeitsimmigrantInnen ihren Lebensmittelpunkt dauerhaft in der BRD gewählt hat. Es sollte als symbolischer Akt den Weg für die endgültige politische und rechtliche Gleichstellung ebnen. In den letzten Jahren wurde es darüberhinaus als ein staatliches Zeichen gegen zunehmende ausländerInnenfeindliche Stimmungen in der Bevölkerung gefordert, die allerdings seiner Einführung bis heute wesentlich im Wege stehen.

Welche Probleme auch die SPD zunächst hatte, hin- und hergerissen einerseits zwischen den Ergebnissen von Untersuchungen, nach denen die "neuen" WählerInnen hauptsächlich ihr zugute kommen würden und andererseits der Gefahr, ihren rechten Anhang zu verprellen, sich an dieser Frage zu profilieren, wurde in Hamburg besonders deutlich. Hier hatte der sozialdemokratische Senat 1980 ein Rechtsgutachten über die Verfassungsmäßigkeit eines Wahlrechts von Ausländern zu den Bezirksversammlungen in Auftrag gegeben. Der Staatsrechtler Helmut Rittstieg kam zum Schrecken der Auftraggeber zu dem Ergebnis, daß ein solches Wahlrecht verfassungsrechtlich unbedenklich sei.

Die daraufhin 1981 vom Landesparteitag der Elb-SPD beschlossene Einführung des kommunalen Wahlrechts wurde allerdings 1986 sang-und klanglos wieder aus dem Bürgerschaftswahlprogramm gestrichen.

Stattdessen versuchte der Hamburger Senat in der Folgezeit, der Wahlrechtsforderung die - im Ergebnis allerdings gescheiterte - Einrichtung von bezirklichen Ausländerbeiräten entgegenzusetzen.

Das Wahlrecht in Schleswig-Holstein und Hamburg

Entsprechend halbherzig fielen dann auch die jetzt auf Initiative von 235 CDU/CSU BundestagsabgeordnetInnen und der Bayerischen Staatsregierung vom BVerfG gestoppten "Anschläge auf die Verfassung" (Zimmermann) aus.

In Schleswig-Holstein sollte den seit mindestens 5 Jahren rechtmäßig im Land lebenden DänInnen, IrInnen, NiederländerInnen, NorwegerInnen, SchwedInnen und SchweizerInnen (in diesen Ländern haben dort lebende Deutsche ebenfalls ein kommunales Wahlrecht) auf Antrag die Teilnahme an den Kommunalwahlen im März dieses Jahres ermöglicht werden.

Dieses Vorhaben hatte das BVerfG bereits im Oktober letzten Jahres per einstweiliger Anordnung unterbunden, um "schwere Nachteile" von dem "gemeinen Wohl" für den Fall abzuwenden, daß sich die Stimmabgabe der ca. 5.500 zusätzlichen Wähler im nachhinein als verfassungswidrig herausstellen sollte.

Ausschließlich symbolischen Charakter hatte das geplante Wahlrecht für Menschen mit ausländischer Staatsangehörigkeit in Hamburg. Sie sollten nach achtjährigem rechtmäßigen Aufenthalt zu den Bezirksversammlungen wahlberechtigt sein. Dabei handelte es sich nicht einmal, wie in der öffentlichen Diskussion immer zu unrecht behauptet, um ein kommunales Wahlrecht, das aufgrund der Besonderheiten der Hamburger Verfassung das Wahlrecht zum Landesparlament, der Bürgerschaft, wäre. Die Bezirksversammlungen hingegen sind lediglich Verwaltungsausschüsse mit stark begrenzten Entscheidungs- und Mitwirkungskompetenzen.

Insbesondere vor diesem Hintergrund gewinnt der Spruch der VerfassungsrichterInnen seine Bedeutung.

Wer ist das Volk?

Dreh- und Angelpunkt der juristischen Debatte um das Wahlrecht ist die Auslegung des Begriffes "Volk", dem allein nach Artikel 20 GG das Wahlrecht zusteht.

In der deutschen Staatsrechtslehre wird überwiegend davon ausgegangen, daß das "Volk" eines Staates die Summe seiner Staatsangehörigen ist. Der Weg zu voller politischer und rechtlicher Gleichstellung führt damit nur über den Erwerb der Staatsbürgerschaft, auf den die hier dauerhaft lebenden nicht-deutschen zynischerweise immer wieder verwiesen werden.

Dieses edle Gut nämlich wird nach dem deutschen, auf dem "Abstammungsprinzip" (ius sanguinis) beruhenden Staatsangehörigkeitsrecht im Regelfall nur durch Vererbung erlangt. Der Erwerb durch Einwanderer ist nur ausnahmsweise vorgesehen. Er wird durch das völkisch-nationalistisch ausgerichtete Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetz von 1913 (dieses biete hervorragend Gewähr, den "völkischen Charakter und die deutsche Eigenart zu erhalten und zu bewahren" hatte der deutschkonservative Reichstagsabgeordnete Giese es damals im Reichstag angepriesen) und die darauf bezogenen Einbürgerungsrichtlinien von 1978 geregelt und (vor allem) begrenzt.

Demnach kann die "Verleihung der deutschen Staatsangehörigkeit in Betracht kommen", wenn ein "öffentliches Interesse an der Einbürgerung" besteht.

Neben den Anforderungen der "Unbescholtenheit" (was weit über das bloße Fehlen von Vorstrafen hinausgeht) und der (auch zukünftigen) Absicherung des Lebensunterhalts wird die Aufgabe der alten Staatsbürgerschaft verlangt.

Diese Forderung ist auch im neuen Ausländergesetz, das die Einbürgerung für einen begrenzten Personenkreis für einen Übergangszeitraum erleichtert, noch einmal bekräftigt worden, denn "eine generelle Hinnahme von Mehrstaatlichkeit würde dem Ziel einer Hinführung zu einer Loyalität zu unserem Staat nicht dienen", wie es in der Gesetzesbegründung heißt.

Demgegenüber verweist eine Minderheit von liberalen StaatsrechtlerInnen darauf, daß über 4 Millionen EinwohnerInnen der (alten) Bundesrepublik, obwohl hier dauerhaft lebend, zu einem Großteil hier geboren und aufgewachsen, die deutsche Staatsangehörigkeit nicht besitzen. Deshalb müsse die Auslegung des Volks-Begriffes in Artikel 20 über das Merkmal der Staatsangehörigkeit hinausgehen. Durch die Zulassung der Dauerniederlassung von AusländerInnen, ohne ihnen einen Einbürgerungsanspruch zu gewähren, habe die Staatsangehörigkeit als Kriterium für die Gewährung voller politischer Rechte an Bedeutung verloren.

Diese Position läuft faktisch darauf hinaus, den Grundkonsens herrschender Politik, nach dem die BRD kein Einwanderungsland ist, auf der staatsrechtlichen Ebene aufzugeben.

Es ist deshalb nicht überraschend, daß das BVerfG beim Kippen dieses Grundkonsenses, auf dem die rechtliche Diskriminierung der InländerInnen ohne deutsche Staatsbürgerschaft wesentlich beruht, nicht behilflich war.

Die Qualität des Verfassungsgerichtsurteils liegt jedoch in der ausdrücklichen Bestätigung der rechtlichen und politischen Ausgrenzung eines erheblichen Teils der Wohnbevölkerung der BRD mit dem Mittel des völkischen Staatsangehörigkeitsrechts.

Den juristisch ohne weiteres vertretbaren Weg, die Frage des "Volks-Begriffs" offen zu lassen, sind die VerfassungsrichterInnen nicht gegangen.

Nach der "Hilfsargumentation" der WahlrechtsbefürworterInnen kommt es auf diesen für das kommunale Wahlrecht gar nicht an. Rechtlich gesehen seien Gemeinden Körperschaften öffentlichen Rechts, wie etwa auch berufsständische Vereinigungen, Hochschulen etc. und als solche keine Träger staatlicher Gewalt, deshalb müsse das "Wahlvolk" nicht mit dem "Staatsvolk" identisch sein. Die Hamburger Bezirksversammlungen seien darüberhinaus von Kompetenz und Aufgabenstellung bei weitem nicht mit Kommunalparlamenten vergleichbar, sie bräuchten noch nicht einmal notwendig gewählt zu werden.

Das BVerfG hat es sich aber nicht nehmen lassen, seinen Beitrag zum nationalen Erwachen der Deutschen zu leisten.

Selbst den Hamburger Bezirksversammlungsmitgliedern, so das Verfassungsgericht, werde eine besondere Legitimation verliehen, da sie durch Volkswahlen ermittelt würden. Und in den Adern des legitimierenden Wahlvolkes fließt ausschließlich deutsches Blut, bitteschön.

Nach dieser Entscheidung, so hofft der Kommentator der FAZ vom 1.11. unter der sinnigen Überschrift "Die Deutschen sind das Volk", werde das Gerede von den "ausländischen Mitbürgern" endlich ein Ende nehmen, da diese eben keine Bürger seien, sondern Gäste, denen es nicht anstehe, mitzubestimmen "über das Schicksal des Volkes, das ihnen Gastrecht gewährt."

AG Rassismus

51. LESERINNENBRIEFE

CD-Datei: daten/aksuche/ak324/41.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:324:41

"Die Banalität des Bösen"

betr.: ARD vom 1.11.90, 20.15 h

Diesen an Hannah Arendt gemahnenden Titel meinte der Sender Freies Berlin seinem Film über die "Innenseite der SED- Macht", einem jener Enthüllungsberichte, wo selbst noch ein von Honecker verhängtes Baum-Fäll-Verbot zur politischen Repression an seinem Gärtner wird, geben zu müssen. Als Autor des Werks nennt der Film-Abspann dann einen Roland Jahn, und man erinnert sich dunkel an einen jener DDR-Oppositionshelden, die damals mit soviel Publizistik bedacht wurden.

Hajo, Heidelberg

"Fressen Ficken Fernsehen"

Am Vorabend des "Tages der deutschen Einheit" - 2.10. - hing ich eine schwarz-rot-goldene Fahne mit der Aufschrift "FRESSEN FICKEN FERNSEHEN" aus meinem Atelierfenster. Herkunft der Fahne: eine weggeworfene DDR-Fahne, von der bereits das Emblem abgerissen war. Mit dieser Kunstaktion wollte ich gegen nationalistischen Taumel, gegen Wendehalstum und Geschichtsverdrängung protestieren bzw. Betrachter zum Nachdenken provozieren.

Die Behörden der Stadt Suhl bewiesen ihre Humorlosigkeit, indem sie Beamte der Kriminalpolizei in Marsch setzten und die Fahne beschlagnahmen ließen. Der Beschlagnahmungsbefehl und eine entsprechende Anzeige sind, wie mir mitgeteilt wurde, durch den Staatsanwalt (der DDR?) unterzeichnet worden. Mir droht nun ein Prozeß mit der Strafandrohnung einer hohen Bußgeldsumme bzw. einer Verurteilung zu einer Haftstrafe bis zu drei Jahren. Sollten Sie an dieser Geschichte Interesse haben, stehe ich Ihnen gern zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Ronald, Suhl/DDR

Linke Liste/PDS

Eine Zukunft für die Linke?

Wir betrachten es als bedenklich, mit welcher Selbstverständlichkeit jetzt - wo wir die Grünen als abschreckendes Beispiel vor Augen haben, die nun auch die letzten linken Positionen über Bord geworfen haben - ein Wahlbündnis gegründet wird, das bereits zu diesem Zeitpunkt programmatisch keine Hoffnungen auf antikapitalistische Oppositionspolitik rechtfertigt. Auch personell fällt es uns schwer, in dieses Bündnis Vertrauen zu setzen, dessen prominente Vertreter zu einem großen Teil dem Ex-DKP und linkssozialdemokratischen Spektrum zuzurechnen sind.

Bei der LL/PDS handelt es sich nicht einmal um ein klares Anti-Wiedervereinigungsbündnis. Die Positionen vieler LL/PDS-Vertreter zu dem Thema sind schwammig bis windelweich. Der deutsche Patriotismus eines Gregor Gysi, der nach eigenen Aussagen auch ohne Vorbedingungen zu einer Zusammenarbeit mit der SPD bereit ist, erscheint uns wenig ermutigend. Hinzu kommt, daß mit diesem Gregor Gysi auch ein erheblicher Personenkult bei der LL/PDS getrieben wird: das mit einem Mann, der je nach Bedarf und Art der Veranstaltung mal der SPD und mal der BRD-Linken nach dem Munde redet. Sein politischer Spagat geht soweit, Kapitalismus abzulehnen und "soziale Marktwirtschaft" zu befürworten. Die Frage für uns ist: Wenn wir als Linke nun auch noch auf den Parlamentarismus setzen, von wem wollen wir dann noch außerparlamentarischen Widerstand erwarten? Wir haben die Befürchtung, daß die LL/PDS sehr schnell zu einem endgültigen Begräbnis systemoppositioneller Politik wird. Die Bereitschaft vieler radikaler Linker, LL/PDS zu wählen, ist weniger in politischen Inhalten begründet, als in der zweifelhaften Hoffnung, diesen Staat noch einmal richtig zu ärgern. Der Einzug der LL/PDS ins Parlament dürfte von den Rechten jedoch längst einkalkuliert sein.

Für uns als AKTION GEGEN ATOMANLAGEN ist natürlich das Verhältnis einer politischen Organisation zur Atomenergie von besonderer Bedeutung. Wir haben uns in der Vergangenheit immer gegen politische Kräfte zur Wehr gesetzt, die zur Ablehnung der Atomenergie keine klaren Positionen haben. In der LL/PDS gibt es offensichtlich starke Kräfte, die gegen einen sofortigen Ausstieg aus der Atomenergie sind. Es besteht die Gefahr, daß viele AtomkraftgegnerInnen, die ja in der LL/PDS mitarbeiten, sich darauf einlassen, in dieser Frage Zugeständnisse an eine Pro-Atom-Politik zu machen, die ihre Wurzeln in der alten SED-Politik hat.

Warum ist die BRD-Linke trotz aller eigenen Theorien und antikapitalistischen Erkenntnisse bereit, ihr Niveau auf das der sozialdemokratischen PDS herunterzuschrauben? Programmatik und Inhalte der PDS/LL lassen den Eindruck entstehen, daß die Inhalte hier ganz bewußt wahltaktischen Überlegungen geopfert wurden.

Sind die Positionen der PDS, von denen viele vor zwei Jahren für fast jeden Linken völlig indiskutabel gewesen wären, durch den Zusammenbruch der DDR denn qualitativ besser geworden.

Aufgrund des desolaten Zustandes, der im Augenblick in Bezug auf linke Kräfte bei uns herrscht, ist es uns zwar verständlich, daß viele durch die scheinbare Ausweglosigkeit zur LL/PDS getrieben werden. Uns belastet diese Situation auch sehr. Wir denken aber, daß mit einer Vereinigung sämtlicher Linker in diesem Wahlbündnis ein weiterer schwerer, nicht wiedergutzumachender Fehler begangen würde.

Aktion gegen Atomanlagen

Kamen/Bergkamen

52. Diskussionsangebot der Kommunistischen Plattform der PDS an alle Kommunisten

CD-Datei: daten/aksuche/ak324/47.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:324:47

Dokumentation

Diskussionsangebot der Kommunistischen Plattform der PDS an alle Kommunisten

Zu grundsätzlichen programmatischen und politischen Fragen anläßlich des Entwurfes der Thesen zur Vorbereitung der erweiterten Parteivorstandstagung der DKP am 22./23. September 1990:

"Der Platz der erneuerten DKP im künftigen Deutschland"

1. Wir unterstützen die Auffassung der DKP, daß der deutsche Imperialismus unmittelbar "vor seinem größten Erfolg seit den Tagen der 'Blitzkrieg'-Siege zu beginn des 2. Weltkrieges" steht und seine Niederlage von 1945 weitgehend revidieren kann.

Wir sind jedoch mit der These der DKP nicht einverstanden, daß der Sozialismus zusammengebrochen sei. Gescheitert ist unserer Ansicht nach eine frühsozialistische Variante, die ungerechtfertigterweise schon als "realer Sozialismus" interpretiert worden war. Dennoch halten wir das Ende der DDR für einen schweren politischen Einschnitt in der europäischen Geschichte, weil mit ihr ein antikapitalistischer Versuch auf deutschem Boden verloren geht, und der neue Machtzuwachs für das deutsche Großkapital zugleich eine Zunahme der Bedrohung der Unabhängigkeit und Selbständigkeit anderer Völker darstellen könnte.

2. Dieses Scheitern ist nicht zwangsläufig eingetreten. Es ist vor allem darin begründet, daß der frühsozialistische Entwicklungsweg nicht auf der Grundlage der wissenschaftlichen Erkenntnisse von Marx, Engels und Lenin beschritten wurde - um über die Entwicklung einer neuen sozialökonomischen Grundlage eine Gesellschaft freier Produzenten zu gestalten -, sondern nach dogmatisierten und voluntaristischen Vorstellungen einer bürokratischen Führungsschicht, die sich jeder demokratischen Kontrolle entzog und deren Handlungen sich immer stärker gegen jene Klassen und Schichten richteten, als deren Repräsentant sie auftrat. Der Sozialismus läßt sich nicht für die arbeitenden Menschen, sondern nur durch sie gestalten. Es gelang nicht, jene notwendigen demokratischen Formen zu schaffen, in denen entstehende Widersprüche ihre Bewegungsform finden und im Interesse des gesellschaftlichen Fortschritts lösbar werden. Damit erstarrten die bestehenden Produktionsverhältnisse, und der ihnen adäquate politische Überbau nahm konservative Züge an, wodurch die Widersprüche eskalierten und der schrittweise Übergang zu einer sozialistischen Gesellschaftsordnung erschwert bzw. es dem Klassengegner möglich wurde, diesen noch möglichen Übergang zu verhindern.

3. Mit der ökonomischen und politischen Okkupation der DDR durch die imperialistische BRD werden auf ihrem Territorium wieder kapitalistische Produktionsverhältnisse und ein ihnen adäquates Rechts- und Staatssystem eingeführt. Wir wenden uns entschieden gegen alle Versuche, die kapitalistischen Produktionsverhältnisse als "soziale Marktwirtschaft" zu verklären oder den neuen deutschen Imperialismus als eine "kapitaldominierte moderne Gesellschaft" zu verharmlosen.

Der deutsche Monopolkapitalismus erreicht seine "Modernität" lediglich im hohen Entwicklungsstand seiner Produktivkräfte und der Flexibilität seiner Machtstrukturen. Damit werden aber weder seine hochgradig monopolisierten privaten Eigentumsverhältnisse bzw. der Grundwiderspruch zwischen Kapital und Arbeit noch die globalen Probleme aufgehoben, die objektiv eine neues Fortschrittsverständnis erfordern.

Der Klassenkampf wird damit auch weiterhin das elementare Wesen der sozialen, politischen und ideologischen Auseinandersetzungen bleiben und ist heute gleichbedeutend mit dem Kampf um das Überleben der Gattung Mensch.

4. Die soziale Struktur der Arbeiterklasse hat sich mit der wissenschaftlich-technischen Revolution weitgehend verändert. Sie ist nicht mehr nur auf das Industrieproletariat zu beschränken. Ihre gesellschaftliche Funktion hat die Arbeiterklasse aber dadurch nicht verloren: den sozialen Fortschritt durch die Überwindung der

bürgerlichen Gesellschaft zu sichern. Dazu ist Aufgeschlossenheit für alle sozialen Bewegungen und basisdemokratischen Strömungen sowie ökologische und feministische Problemstellungen erforderlich.

5. Wir halten jede Form von Demokratie für eine gesellschaftliche Errungenschaft. Die parlamentarischen Demokratie, bürgerliche Rechte und Freiheiten sind auch von Kommunisten gegen jeden Angriff konservativer und faschistischer Kräfte zu verteidigen. Der bürgerliche Staat bleibt aber dennoch ein Machtinstrument der ökonomisch und politisch herrschenden Klasse. Wir haben nicht vergessen, daß diese bisher nie bereit war, ihre Machtpositionen freiwillig an demokratisch gewählte Volksvertretungen abzugeben, sondern zu deren Sicherung stets Gewalt einsetzte und in für sie labilen Machtsituationen dazu überging, auf demokratische Formen zugunsten diktatorischer Herrschaftsstrukturen zu verzichten. Daher warnen wir vor Illusionen (wie sie in den Thesen zur Erneuerungskonferenz der PDS zum Ausdruck kamen), über eine grenzenlose Ausdehnung der bürgerlichen Demokratie eine qualitativ neue Gesellschaft erreichen zu können.

Wir halten jeden Versuch, den bürgerlichen Staat über seine parlamentarischen Organe und allein über eine aktive "Gestaltungspolitik" im Verlauf einer Transformationsperiode in seiner Klassen- und damit Herrschaftsstruktur aufzuheben, für ebenso illusionär. Wir sind der Ansicht, daß der bürgerliche Staat nur revolutionär-demokratisch zu überwinden ist.

6. Als Kommunisten arbeiten wir in den sozialen und emanzipatorischen Bewegungen, insbesondere in den Gewerkschaften mit.

Wir treten für den Ausbau aller demokratischen Rechte, insbesondere für die Entwicklung der Basisdemokratie ein. Wir schlagen die Bildung von Betriebszellen der Linken vor.

Aktiv unterstützen wir den Kampf der Gewerkschaften, sowohl für die Erweiterung der politischen und sozialen Rechte der Werktätigen als auch um ihre Einheit. Wir fordern das Recht auf Arbeit und Wohnung und die Schaffung realer Voraussetzungen für seine Realisierung.

Die Mitgestimmungsrechte der Werktätigen sind zu erweitern und das Tarif- und Arbeitsrecht weiter auszubauen.

Wir bestehen auf staatlichen Beschäftigungsprogrammen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit sowie auf einen den durchschnittlichen Lebensstandard garantierenden sozialen Sockel für alle.

Die Kommunisten setzen sich für dynamische Lohn- und Gehaltserhöhungen über neue Tarifabschlüsse ein, verteidigen das Streikrecht und verlangen das Verbot jeder Aussperrung.

Obgleich mit diesem Engagement zur Schaffung einer funktionierenden Wirtschaftsdemokratie sich kein "sozialstaatlich modifizierter Kapitalismus" in eine Wirtschaft und Gesellschaft transformieren ließe, die fähig wäre, die grundlegenden sozialen und ökonomischen Widersprüche sowie die ökologischen Fehlentwicklungen des Kapitalismus aufzuheben, werden die Kommunisten dennoch auch die Forderung nach Bildung von Wirtschafts- und Sozialräten unterstützen, die gegenüber den Parlamenten Informations-, Beratungs- und Initiativrecht erhalten müssen.

Wir befürworten auch jede Parlamentsarbeit, die der Sicherung der Rechte der Werktätigen und der mit ihnen agierenden sozialen Schichten dient. Wir lehnen jedoch jede Verselbständigung parlamentarischer Arbeit ab und streben nach einer basisdemokratischen Kontrolle über alle Parlamentarier. Die Interessen der Werktätigen lassen sich im Parlament überhaupt nur durchsetzen, wenn diese selbst für sie kämpfen.

7. Wir sind der Ansicht, daß sowohl der soziale wie insgesamt zivilisatorische Fortschritt der Menschheit nur über die Lösung der sich auch weiterhin entwickelnden globalen Probleme möglich sein wird. In dem Umfang, in dem die monopolkapitalistische Gesellschaft der BRD nicht in der Lage ist, ihre sozialen Widersprüche zu lösen und die globalen Probleme zu bewältigen, wachsen die Voraussetzungen eines Bruches mit der kapitalistischen Gesellschaft heran.

Dieser Bruch kann nur durch eine Mehrheit der Werktätigen und aller mit ihr zusammengehenden demokratischen Kräfte auf der Grundlage eines breiten gesellschaftlichen Konsenses erfolgen. Dieser Bruch hat revolutionären Charakter und die Aufhebung der Kapitalverhältnisse zum Ziel. Seine Formen sind abhängig von den konkreten Klassen- und Machtverhältnissen. Er kann sich auch im Rahmen verfassungsrechtlicher Normen vollziehen, soweit die Bourgeoisie keine Gewalt einsetzt.

Um ihn vorzubereiten, sind vielfältige Organisationsformen zu entwickeln, deren Träger zueinander bündnisfähig sein müssen. Eine parteimäßig organisierte linkssozialistische Bewegung könnte gegenwärtig in Deutschland die Grundlage für die Herausbildung eines notwendigen demokratischen Potentials bilden. Alle Kommunisten sollten sich als gleichberechtigter Bestandteil dieser Bewegung verstehen.

8. Die Kommunisten dürfen jedoch die Organisationsfrage angesichts der hochgradig organisierten deutschen Großbourgeoisie nicht unterschätzen. Wir lehnen daher die Reduzierung einer linkssozialistischen Partei auf ihr basisdemokrati- sches Element als Unterschätzung der gesellschaftlichen Funktion politischer Organisationen ebenso ab, wie wir die Zersplitterung der revolutionär-sozialistischen und kommunistischen Kräfte für ihre Politikfähigkeit für erschwerend halten. Die Organisationsform darf aber auch nicht als dogmatisiertes Theorem verstanden werden. Die Frage, wieweit die Kommunisten sich eine autonome Partei schaffen oder sich mit einem Fraktionsstatus in einer offenen linkssozialistischen Formation (wie z.B. die Kommunistische Plattform in der PDS) organisieren, muß aus den sich daraus ergebenden Wirkungsmöglichkeiten entschieden werden. Wir sind daher nicht der Ansicht der DKP, daß es zur organisatorischen Autonomie und Eigenständigkeit der Kommunisten keine erfolgreiche Alternative gibt.

9. Wir bekennen uns zu einem marxistischen Kommunismus, zur Theorie und Methode des dialektischen und historischen Materialismus. Dabei verstehen wir uns in der kritischen Auseinandersetzung mit der Geschichte und Tradition der kommunistischen Weltbewegung als ihr integraler Bestandteil. Wir sind bemüht, das theoretische Erbe Lenins von dogmatischen und simplifizierten Entstellungen durch die Stalinisten zu befreien und Lenins streitbare Ideen im breiten Spektrum kommunistischer Denker (F. Mehring, N. I. Bucharin, L. D. Trotzki, R. Luxemburg, A. Gramsci u.a.) sowie in kritischer Auseinandersetzung mit ihren theoretischen Vorstellungen wieder für den sozialen Fortschritt der Gesellschaft nutzbar zu machen.

10. Unser Anspruch, eine grundlegende sozialistische Alternative zum Kapitalismus zu erkämpfen, bleibt bestehen. Wir halten den Sozialismus nicht nur für eine Utopie, für eine humanistische Idee bzw. für eine Bewegung des sozialen und ökologischen Fortschritts der Gesellschaft, sondern für die Konzeption einer Gesellschaft freier, bewußt und planmäßig handelnder Produzenten, in der das Verhältnis von Einzelnem und Gesellschaft die vollständige Entfaltung der Individualität ermöglicht: vor allem aber für eine Produktionsweise, in der alle sozialen und ökologischen Widersprüche der Kapitalverhältnisse aufgehoben werden, die auf dem gesellschaftlichen Eigentum basiert, in der effiziente Wirtschaftsstrukturen auch eigenständige Bedürfnisstrukturen hervorbringen, und die in der Lage ist, auf einem hohen Niveau soziale und ökologische Grundwerte, und damit die Würde des Individuums, zu sichern.

Die Kommunisten in Deutschland sind gegenwärtig in verschiedenen Parteien und Gruppierungen organisiert. Ihre ideologischen und theoretischen Ansichten sind noch unterschiedlich ausgeformt. Wir halten aber die Zusammenarbeit aller kommunistischen Gruppen für ihre wirksame Mitwirkung an einer antikapitalistischen und demokratischen Alternative für unverzichtbar.

Daher schlagen wir als Kommunistische Plattform der PDS vor, daß sich alle kommunistischen Gruppen und Strömungen in einer Arbeitsgemeinschaft als Diskussionszusammenhang zusammenfinden und sich einen gemeinsamen Minimalkonsens erarbeiten.

Berlin, am 20. September 1990

53. Offener Brief an die Kommunistische Plattform

von Helga Adler, Rainer Börner und Michael Stamm

CD-Datei: daten/aksuche/ak324/48.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:324:48

Liebe Genossinnen und Genossen,

in dem "Diskussionsangebot", das Ihr anläßlich der erweiterten Parteivorstandstagung vom 22./23.9.90 unterbreitet habt, stellt Ihr am Ende fest, die Kommunisten Deutschlands seien gegenwärtig nicht nur verschieden organisiert, sondern in ihren Ansichten auch verschieden ausgeformt. Dennoch haltet Ihr die "Zusammenarbeit aller kommunistischen Gruppen" an einer "antikapitalistischen und demokratischen Alternative für unverzichtbar." "Alle kommunistischen Gruppen und Strömungen" sollen sich "in einer Arbeitsgemeinschaft als Diskussionszusammenhang zusammenfinden und sich einen gemeinsamen Minimalkonsens erarbeiten." Wir halten das für einen selbstzerstörerischen Vorschlag, der zugleich zeigt, daß Ihr über die Gründe des Scheiterns des "realen Sozialismus" nicht gründlich nachgedacht habt. Wir wollen das im folgenden begründen.

1. Man/frau sucht in Eurem Papier erfolglos nach einem Argument für die Sonderrolle der Kommunisten, die Ihr geltend macht. (Übrigens: gibt es nicht auch Kommunistinnen?) Ihr kritisiert zwar die Vorstellung der DKP, organisatorische Autonomie und Eigenständigkeit von KommunistInnen seien unverzichtbar, argumentiert aber auf der gleichen idealistischen Grundlage. Denn wodurch zeichnen sich in Eurem Text KommunistInnen aus? Allein durch ihren Anspruch, also durch Selbsternennung. Aus diesem subjektiven Akt leiten sie dann ihren Sonderstellung in den verschiedenen Bewegungen der linkssozialistischen PDS etc. ab. Wie ihr wißt, hatte Marx, zu dessen Kommunismus Ihr Euch "bekennt", im Kommunistischen Manifest nichts dergleichen formuliert, sondern KommunistInnen als solche Menschen charakterisiert, die sich gegenüber anderen Teilen "der Bewegung" durch eine vorhandene höhere Einsicht in den "Gang der Entwicklung" real auszeichnen. Eure idealistische "Begründung" einer Sonderstellung der KommunistInnen ist trotz aller Bekenntnisse zur notwendigen "Mehrheit der Werktätigen", trotz aller (oberflächlichen) Kritik an der SED etc., die Gemeinsamkeit, die Euch mit dieser "aufgehobenen" Partei, der DKP und ähnlichen Vereinen strukturell verbindet.

2. Außer dem Namen "kommunistisch" und dem abstrakten "Kampf" gegen Kapitalismus und Imperialismus verfügt die DKP zu allen von Euch als wichtig angesprochenen Themen, - Ökologie, Patriarchatskritik, globale Fragen -, über keinerlei "höhere" Einsicht. In Wirklichkeit "trabt" sie den von Grün-Alternativen, Feministinnen, unabhängigen Linken etc. entwickelten Positionen hinterher. Das gilt auch für die Kritik des "realen Sozialismus". Es ist zwar nicht zulässig, Parteien etc. eine etwas "verspätete" Korrektur ihre Positionen zum Richtigen hin zu verweigern, avantgardistische Ansprüche wird man/frau aber zurückweisen müssen.

3. Da Ihr alle kommunistischen Gruppen in Deutschland zusammenführen wollt, schlagen wir Euch vor, einige davon wenigstens mit ihren spezifischen Aufgaben vorzustellen. Z.B. die MLPD, die in ihren Texten davon zu berichten weiß, daß der volksfreundliche Sozialismus unter Stalin durch Chruschtschows bürokratische Restauration des Kapitalismus zerstört worden sei. Z.B. die VSP, von der zumindest Teile der Auffassung sind, die Zerstörung des Sozialismus unter Stalin hätte bei stärkerer Orientierung an Trotzki vermieden werden können. Z.B. die MG ..., die DKP ..., der BWK ..., die Radikale Linke(?)..., die KPD der DDR etc.etc. Wer nur ein wenig über die spezifischen Auffassungen dieser Gruppierungen weiß, der weiß damit auch, daß der einzig mögliche "Minimalkonsens" dieser Gruppen im gemeinsamen "K" (oder "M" oder "M/L" oder "revolutionär" oder ... oder) besteht.

Wenn Ihr Euch dennoch für einen Minimalkonsens dieser Gruppierungen einsetzt und damit für die leersten Abstraktionen, die zur Zeit für SozialisInnen/ KommunistInnen möglich sind, dann zeigt Ihr damit, daß es Euch vor allem um den Anspruchsavantgardismus geht, der den antikapitalistischen Bewegungen so verheerend geschadet hat. Zugleich macht Ihr deutlich, daß Euch der mit diesen Gruppierungen gemeinschaftliche Anspruch wichtiger zu werden beginnt als die Übereinstimmung, die z.B. zwischen Eurem Text und der Wahlplattform der PDS und LiLi/PDS konkret nachgewiesen werden kann. (Allerdings sind die Aussagen z.B. zur Mitbestimmung in der Wahlplattform radikaler als Eure Äußerungen.)

4. Zu den spannenden Fragen, die heute neu gelöst werden müssen, und deren auch nur partielle Beantwortung wirklichen Avantgardismus erfordern würde, schreibt Ihr leider nichts. So weist Ihr zwar "entschieden" alle "Versuche" zurück, den Kapitalismus "zu verharmlosen". Da Ihr jedoch nichts zur Widerlegung der Thesen von der "sozialen Marktwirtschaft" und der "kapitalistischen Gesellschaft" beitragt, besteht Eure "Kritik" lediglich in einer Haltung oder Pose, die man/frau teilen oder ablehnen kann. Überlegt Euch einfach mal, was es konkret bedeutet, wenn Ihr in einer Stellungnahme (auch für die DKP) die Botschaft "rüberbringt", André u.a. versuchten - also beabsichtigten(!) - den Kapitalismus zu verharmlosen etc. Abgesehen davon, daß es zur schlechtesten Tradition der "kommunistischen Bewegung" gehört, Kontrahenten nicht immanent zu kritisieren, sondern durch die Unterstellung äußerlich herangetragener Motive zu denunzieren, bestärkt Ihr mit solchen "Deutungen" das falsche Selbstbewußtsein der DKP (und Euer eigenes), die "wahren Kommunisten" müßten "fürchterlich auf der Hut sein". Mit dieser Haltung braucht man/frau über Fehler nur wenig und über konkret bessere Lösungen überhaupt nicht nachzudenken.

5. Das tut Ihr auch kaum. Zwar schreibt Ihr richtig, Sozialismus könne nicht für, sondern nur durch die arbeitenden Menschen gestaltet werden, aber was die "bürokratische Führungsschicht" ökonomisch-gesellschaftlich konkret falsch gemacht hat, - darüber schreibt Ihr nichts. Stattdessen bietet Ihr sympathische Bekenntnisse, die hauptsächlich von Eurem Anspruch auf eine grundlegende sozialistische Alternative zum Kapitalismus leben. Gerade diese Teile Eures Textes sind mit Sicherheit weit über die PDS konsensfähig und dennoch nur geeignet, die ungeklärten Probleme zuzudecken. Denn wie eine sozialistische/kommunistische Gesellschaft organisiert werden muß, wenn sie sozialen und ökologischen Fortschritt durch eine Assoziation "freier, bewußt und planmäßig handelnder Produzenten" ermöglichen soll, - das ist unseres Erachtens gerade die spannende Frage. Es nützt nach den Erfahrungen des "realen Sozialismus" für die Köpfe nichts mehr, hehre Ziele zu proklamieren und zu suggerieren, der gute Wille sei ausreichend, um die Würde des Individuums, effiziente Wirtschaftsstrukturen etc. auf der Grundlage gesellschaftlichen Eigentums zu realisieren. Es ist eine falsche (und verharmlosende!) Kritik, Honnecker u.a. von vornherein den irgendwann auch mal vorhandenen guten (=kommunistischen) Willen zu bestreiten. Viel mehr muß die alte Einsicht und naiv richtige Idealismuskritik bedacht werden, daß nämlich der Weg zur Hölle mit guten Vorsätzen gepflastert ist.

6. Ein Teil Eurer theoretischen Äußerungen ist unseres Erachtens oberflächlich oder schlicht falsch. Wenn Ihr z.B. schreibt, der Klassenkampf werde auch weiterhin das elementare Wesen der sozialen etc. Auseinandersetzungen bleiben und sei heute gleichbedeutend mit dem Kampf um das Überleben der Gattung Mensch, dann habt Ihr mit dieser Identifizierung die Widersprüche in der Realität per Dekret abgeschafft. Die Gattung Mensch kann unter den fürchterlichen Bedingungen von Ökodiktaturen sehr wohl gerettet werden, wie auch bestimmte ökonomische Klassenkämpfe die ökologischen Probleme verschärfen können. Die von Euch genannten Kämpfe fallen nicht zusammen, sondern müssen -, durch kluge Politik zusammengeführt werden. Das ist ein himmelweiter Unterschied! Die erste Auffassung ist theoretischer "Stalinismus", der in umgekehrter Form inzwischen auch von den Grünen aus der BRD vertreten wird, der zweite dagegen der Versuch, mit dem Wissen von Marx etc. eine nicht reduktionistische moderne sozialistische Politik unter bewußtem Verzicht auf jeden "Universalschlüssel" zu betreiben. Darüber - und über eine Menge anderer Probleme - würden wir gern mit Euch in der PDS, mit den GenossInnen der Linken Liste/PDS und anderen streiten.

Helga Adler,

Rainer Börner, Michael Stamm

Berlin, 1.10.90

54. Keine Stimme für Deutschland!

CD-Datei: daten/aksuche/ak324/54.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:324:54

Die Reichstagswahlen sind gelaufen, Die Grünen bleiben, Gysi kommt, für Oskar Lafontaine reichts nur zu "Der Kandidat" und Deutsch wird am 2. Dezember 18 Uhr gesiegt haben: Diejenigen, die in den letzten Wochen und Monaten immer wieder darauf verwiesen haben, daß es eine Massenstimmung "für Deutschland" nicht gebe, haben eben nur scheinbar recht. Bundeskanzler Kohl und die CDU/CSU - noch im Sommer letzten Jahres mit einem herablassenden "Der Oggersheimer kriegt bei den nächsten Wahlen sein Fett weg" bedacht - werden jetzt von den 60% der Deutschen, die für die Wiedervereinigung keine Mark zahlen wollen, genauso gewählt werden, wie von Arbeitslosen, DDR-Rentnern und dem aufstrebenden Mittelstand. Klassenbewußtsein, wie gebrochen auch immer, ist "out" - Weltmachtgefühle sind "in". Die herrschende Klasse braucht keinen lauten Hurra-Patriotismus, solange der verinnerlichte funktioniert: Als Angehöriger der siegreichen Nation ist man stolz, ein Deutscher zu sein.

Und auch dies ist absehbar: Die Regierung der Annexion wird es mit einer parlamentarischen Opposition zu tun haben, die zwar verbal opponiert, sich ansonsten aber mit den Spielregeln imperialistischer Herrschaftschaftsausübung arrangiert, schlimmstenfalls sogar identifiziert.

Nicht ausgemacht ist hingegen die Zukunft jener systemgegnerischen Fraktionen, Gruppen und Zirkel, die sich als Bestandteil der nicht-reformistischen Opposition begreifen.

Ihre Zukunft dürfte sehr weitgehend von der Bewertung der Wiedervereinigung und ihrer Folgen, von der Analyse der eigenen Situation und von den daraus gezogenen Schlußfolgerungen abhängen.

Nur wer die Wiedervereinigung als ein Chance, oder doch zumindest als nicht allzu gravierende Veränderung bewertet, wird die vor uns liegende Reichstagswahl als eine Wahl wie jede andere betrachten und darauf verzichten, sich über die neuen Rahmenbedingungen linker Politik Rechenschaft abzulegen. Für uns ist die Errichtung des neuen Großdeutschland der mit Abstand bedeutsamste und zugleich folgenreichste Einschnitt in der bundesdeutschen Nachkriegspolitik. Für die Neuformierung systemoppositioneller Politik kommt es deshalb unseres Erachtens entscheidend darauf an, daß die objektive Zäsur der Verhältnisse auch von einer subjektiven Zäsur in der Gesamtanlage fortschrittlicher Politik begleitet wird, anstatt einfach nur weiterzumachen wie bisher: Bündnisse, Parlamentsbeteiligung, kleinere Übel herausfinden und mit Bauchschmerzen wählen gehen.

Eine zweite Differenz betrifft die Bewertung der eigenen momentanen Handlungsspielräume. Ist des tatsächlich so, daß mit dem zu erwartenden parlamentarischen Einzug der PDS "Adenauers Niederlage endlich offensichtlich" wird, wie es die PDS-Wahlkampfzeitung als Aufmacher präsentiert? Oder sind derartige Muntermacher nicht viel eher als ungute Erscheinungsform linker Krisenverarbeitung zu bewerten, die in Verdrängung und Selbstsuggestion flüchtet, anstatt sich der momentan sehr realen Einflußlosigkeit linker Politik zu stellen? Wenn die DDR- Annexion den seit 50 Jahren größten Sieg des deutschen Imperialismus darstellt, markiert sie zugleich die für uns seit Jahrzehnten größte Niederlage.

Unsere Politik hat es im vergangenen Jahr nicht an einem einzigen Punkt geschafft, auch nur ernstlich störend in den seit 1941 beispiellosen Siegeszug des deutschen Imperialismus einzugreifen. Es hat angesichts der drohenden Wiedervereinigung über ein halbes Jahr gedauert, bis überhaupt, mit der "Nie wieder Deutschland"-Demonstration im Mai, eine sichtbare außerparlamentarische Opposition auf die Straße ging; auch die Vereinigungsfeiern wurden lediglich in wenigen Orten und mit der zwar großen, angesichts des Anlasses aber dennoch viel zu kleinen "Halts Maul Deutschland"-Demonstration in Berlin gestört. Die systemintegrierte Opposition ist, im Schlepptau der SPD, in Riesenschritten nach rechts gewandert und überlegt, wie deutsche Weltmacht-Politik am besten mitzugestalten sei.

Während es für den von der BRD-deutschen Bevölkerung begrüßten, von der DDR-Bevölkerung forciert unterstützten Siegeszug der westdeutschen herrschenden Klasse objektive Gründe gibt, erklären sich die Kapitulation und die Bereitschaft weiter Teile der Linken, mitzumachen, zu wesentlichen Teilen aus eige- nen Fehlern. Diese anzuerkennen anstatt sie in einer Politik des "Weiter wie bisher" zu perpetuieren, ist vermutlich die entscheidende Voraussetzung, um in Deutschland eine Opposition aufzubauen, die mehr ist, als eine kritische Garnierung der herrschenden Politik.

Zu den Fehlern linker Politik gehört wesentlich die beschönigende Einschätzung der realen existierenden Interessen und Verhältnisse in Deutschland. Eine weitere mutmaßliche Ursache für die Unfähigkeit von Linken, auf die sich verschärfende Situation zu reagieren, dürfte in der Methodik politischer Aktivitäten angesiedelt sein, die sie das letzte Jahrzehnt geprägt haben. Die verschiedenen Fraktionen haben in diesen Jahren vor allem in Bewegungen mitgemischt, die die gemeinschaftlichen Sorgen, Ängste und Nöte deutscher "Betroffenengruppen" in das Zentrum ihres Engagements gerückt haben. Für die Friedensbewegung hieß das z.B., daß die wirkungsvollste Massenmobilisierung über das Szenario "Der Atomkrieg auf deutschem Boden" (Ground Zero bei Hattenbach) geleistet wurde: Das hatte zum einen zur Folge, daß die Friedensbewegung real existierende Kriege in anderen Regionen kaum zur Kenntnis nahm, zum anderen, daß die Forderung nach deutscher Souveränität eine innerlinke Akzeptanz erfuhr. Heute aber sind wir, die wir gelernt haben, in Bewegungen immer den linken Flügel zu formieren, mit einer fürwahr massenhaften und alle anderen Fragen überlagernden Chauvinismus-"Bewegung" konfrontiert, in der es einen linken Flügel nicht geben kann.

Aus all dem gesagten ergibt sich die spezifische Bedeutung der für das Wahlwochenende in Hamburg geplanten Arbeits- Konferenz "Außerparlamentarische Opposition in Deutschland - Gegen Rassismus, Nationalismus und Faschismus": Nicht nur, weil ihre Vorbereitung zu antinationalen Aktionen vor Ort genutzt werden sollte (wir verschönern nationalistische Wahlplakate und freuen uns mit deutschnationalen Partei-RednerInnen), sondern auch, weil sie die Möglichkeit bieten soll, die Erfahrungen, die wir mit linksradikaler Politik seit dem Fall der Mauer gemacht haben, zu reflektieren und daraus Konsequenzen für die nächste Zeit zu ziehen. Das erscheint vor allem deswegen notwendig, weil der Prozeß, der so schön als "Neuformierung der Linken" bezeichnet wird, sich bisher im wesentlichen als allseitiger Abbröckelungsprozeß darstellt.

Auf der Arbeitskonferenz soll die Alltagsroutine linker Politik, ihr Pragmatismus und ihre analytische Bequemlichkeit zur Disposition gestellt werden. Da die Formierung der Volksgemeinschaft, die Privilegierung der Leistungsfähigen und die Ausgrenzung der der nach variablen Kriterien als "gemeinschaftsfremd" definierten Menschen derzeit die deutschnationale Politik wesentlich prägen, sollen die Auseinandersetzung mit Nationalismus, Rassismus und Antifaschismus und vor allem die Kritik an der bisherigen linken Praxis in diesem Bereich im Mittelpunkt stehen. Zwar geht es immer um eine theoretische Neubestimmung, Ausgangspunkt für die Arbeitsgruppen sind aber ebenfalls die praktischen Erfahrungen, die Autonome, AnarchistInnen, FeministInnen, SozialistInnen und KommunistInnen gemacht haben und machen. Wir wünschen uns und hoffen, daß Menschen aus diesen Spektren und andere, die Interesse an der Entwicklung linksradikaler außerparlamentarischer Perspektiven haben, auf diesem Kongreß zusammenkommen.

Es geht uns bei der Konferenz und der Wahlintervention "Keine Stimme für Deutschland" nicht darum, der geschwächten und kraftlosen Gysi-Partei, die durch das BVG-Urteil zwar parlamentarisch abgesichert, ansonsten aber von den Herrschenden gejagt und gebeutelt wird, hinterherzutreten oder ihr Schlechtes zu wünschen. Und wir gehen auch immer noch davon aus, daß nicht alle Mitglieder dieser Partei so flach, unpolitisch und anti-emanzipatorisch denken, wie sich die Image- und Langnese-Wahlwerbung jener Partei ("Lust auf links", "Links ist lebendig", "... das andere Deutschland") präsentiert. Gänzlich falsch ist auch, was ein "wählender Systemoppositioneller" in der westberliner "interim" schreibt: Daß es erneut um "diese ewiggleichen Anti-Wahl-Kampagnen" geht. Die Aktion "Keine Stimme für Deutschland" ist stattdessen der Versuch, in objektiv desolater Gesamtsituation aus einer krassen Minderheitenposition heraus die politische Rekonstruktion und künftige Organisierung einer Linken zu befördern, die sich der Integration in das imperialistische Deutschland widersetzt. Der lange Marsch durch die Institutionen hat nach Deutschland geführt. Ein neuer langer Marsch gegen die Verhältnisse und die sie tragenden Politikmuster und Institutionen steht auf der Tagesordnung. Die Ablehnung der Reichstagswahl und die Entwicklung einer neuen, außerparlamentarischen Perspektive sind in diesem einzigartigen historischen Fall eins.

Fassanbass & max

Zur Kampagne "Keine Stimme für Deutschland - Reichstagswahlen ohne uns" wird es ab Mitte November ein DIN A 1 Plakat geben, das ca. 1 DM kosten wird, außer der Parole und einem Bildmotiv in einem Kasten die Arbeitskonferenz ankündigt und ansonsten trefflich zum antinationalen Plakatieren geeignet ist:

Es sollte schnell, möglichst mit Vorkasse, beim Konferenzbüro (siehe Kasten) bestellt werden.

55. Jugoslawien vor der Spaltung

CD-Datei: daten/aksuche/ak324/jugo.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:324:jugo

Im Oktober rief die jugoslawische Regierung das Verfassungsgericht des Bundesstaates an: Sie will die Republiken Slowenien, Kroatien und Serbien zwingen, ihre gegen das Bundesrecht verstoßenden, auf weitgehende Souveränität abzielenden Gesetze und Beschlüsse außer Kraft zu setzen. Doch die Möglichkeiten der Bundesregierung, sich gegen die zentrifugalen Tendenzen und spezifischen Interessen der Republiken noch durchzusetzen, sind eng begrenzt und scheinen immer geringer zu werden. Slowenien und Kroatien haben ein Konföderations- modell vorgelegt, daß sie, wenn die anderen Republiken nicht mitziehen, wohl im Alleingang, außerhalb des Bundesstaates Jugoslawien, verwirklichen wollen. Serbien strebt für diesen Fall die Vereinigung aller Serben - starke Minderheiten leben auch in Kroatien und Bosnien-Herzegowina - in einem Staat, unter Einschluß der Republik Montenegro an. In dem von Serbien besetzten Gebiet Kossovo, dessen Bevölkerung zu 90% Albaner sind, wächst mit der Repression auch der Widerstand. Die Republik Bosnien-Herzegowina droht zum Streitobjekt zwischen kroatischem und serbischem Nationalismus zu werden.

Die ökonomischen und politischen Entwicklungen der sechs jugoslawischen Republiken sind weit auseinandergedriftet. Es ist heute keine Kraft in Sicht, die den multinationalen Staat noch zusammenhalten könnte. Andererseits ist eine friedliche Auflösung des Staates in die Teilrepubliken angesichts der Verflechtung ihrer Wirtschaften und der vielfältigen Nationalprobleme schwer vorstellbar.

Hintergrundbericht auf S. 12